

# Margrit Kennedy

# Geld ohne Zinsen und Inflation

Ein Tauschmittel, das jedem dient



**Aktualisierte  
Neuausgabe**

Mit einem Beitrag und Grafiken  
von Helmut Creutz

**GOLDMANN**

## *Buch*

Dieses Buch handelt von dem grundsätzlichen Konstruktionsfehler in unserem Geldsystem, der die Entwicklung einer wirklich freien, sozialen und ökologischen Marktwirtschaft verhindert. In der Vergangenheit, und auch heute wieder, hat unser Geldsystem zu großen sozialen Problemen, unbezahlbaren Schulden, zur Ausbeutung unseres Ökosystems Erde, zu Revolutionen und Kriegen geführt. In diesem Buch wird gezeigt, wie wir den Konstruktionsfehler in unserem Geldsystem beheben und ein Tauschmittel schaffen können, welches allen dient: uns selbst und dem Planeten Erde.

## *Autorin*

Dr. Margrit Kennedy, 1939 in Chemnitz geboren, studierte in Darmstadt Architektur und wirkte anschließend als Stadtplanerin und Ökologin in Deutschland, Nigeria, Schottland und in den USA. Seit 1972 arbeitete sie in Forschungsprojekten für das Schulbau-Institut der Länder (Berlin), die OECD und UNESCO in 15 Ländern Europas sowie in Nord- und Südamerika. Von 1979 bis 1984 leitete sie den Forschungsbereich Ökologie/Energie und Frauenprojekte im Rahmen der Internationalen Bauausstellung und hatte in den zwei folgenden Jahren eine Gastprofessur für Stadtökologie an der Gesamthochschule Kassel inne. Von 1991–2003 war sie Professorin für Technischen Ausbau und Ressourcen sparendes Bauen an der Universität Hannover. Seit 2003 widmet sie sich der Einführung von Komplementären Zahlungssystemen, vor allem Regionalwährungen.

Margrit Kennedy

---

Geld ohne  
Zinsen und  
Inflation

Ein Tauschmittel, das  
jedem dient

Mit einem Beitrag und Grafiken  
von Helmut Creutz

**GOLDMANN**



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich  
bewirtschafteten Wäldern und  
anderen kontrollierten Herkünften

Zert.-Nr. SCS-COC-1900  
www.fsc.org  
© 1996 Forest Stewardship Council

Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100  
Das FSC-zertifizierte Papier *München Super* für Taschenbücher  
aus dem Goldmann Verlag liefert Mochenwangen Papier.

#### 9. Auflage

Aktualisierte Neuauflage Januar 2006

© 1990 by Permakultur Publikationen, Steyerberg  
© der überarbeiteten und erweiterten Ausgabe 1994, 2006

Wilhelm Goldmann Verlag, München,  
in der Verlagsgruppe Random House GmbH  
Umschlaggestaltung: Design Team München  
Umschlagillustration: Margrit Kennedy

Redaktion: Dieter Löbbert

KF · Herstellung: Str

Satz: Uhl+Massopust, Aalen

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-442-12341-4

[www.goldmann-verlag.de](http://www.goldmann-verlag.de)

# Inhalt

Einleitung .....	9
------------------	---

## Teil 1:

### Das Problem und die Lösung

I. Fünf grundsätzliche Missverständnisse bezüglich der Funktion des Geldes .....	19
--	----

Missverständnis Nr. 1: Es gibt nur eine Art von Wachstum 20 • Missverständnis Nr. 2: Zinsen zahlen wir nur dann, wenn wir uns Geld leihen 27 • Missverständnis Nr. 3: Das gegenwärtige Geldsystem dient allen gleichermaßen 33 • Missverständnis Nr. 4: Inflation ist ein integraler Bestandteil eines jeden Geldsystems 37 • Missverständnis Nr. 5: Unser Geld- und Finanzsystem verhält sich neutral zu Fragen nachhaltiger Entwicklung 44

II. Ein Geldsystem ohne Zinsen und Inflation .....	47
--	----

Eine Nutzungsgebühr ersetzt die Zinsen 48 • Erste Experimente mit zinsfreiem Geld 50 • Ein Lösungsansatz für heute 53 • Die notwendige Bodenreform 60 • Die notwendige Steuerreform 66

III. Wer profitiert von zins- und inflationsfreiem Geld? .	68
--	----

Das Land oder die Region, die mit der Geldreform beginnt 70 • Politiker und Banken 72 • Die Reichen 81 • Die Armen 86 • Kirchen und spirituelle Gruppen 93 • Handel und Industrie 96 • Die Landwirtschaft 98 • Künstler 100 • Frauen und Kinder 100 • Die Ökologie unseres Planeten 103

IV. Wie stichhaltig sind die Einwände gegen eine Geldreform? .....	106
--	-----

**Versuch einer Klärung von Helmut Creutz**

Zinssenkungen führen zu mehr Nachfrage und damit zu einem Wachstumsschub 109 • Die Arbeitleistenden werden ihren Kaufkraftzuwachs durch sinkende Zinsen voll ausschöpfen 109 • Die Wünsche der Menschen sind unbegrenzt 110 • Mit einer Umlaufsicherung läuft das Geld schneller um 112 • Niedrigere Zinsen führen zu noch mehr Verschuldung 113 • Bei niedrigen Zinsen flüchtet das Geld ins Ausland 114 • Heute hortet doch niemand mehr Geld, und wenn, so ist das kein Problem mehr 115 • Bargeld, das durch die Umlaufsicherung am höchsten belastet wird, spielt doch heute kaum noch eine Rolle 117 • Bei einer Umlaufsicherung auf Bargeld und Girokonten hortet man Goldbarren oder andere Wertgegenstände 119 • Wenn die Zinsen sinken, übernimmt der Gewinn die Rolle des Wachstumsantreibers 119 • Wachstumsstillstand bedeutet Rückschritt 121 • Mit einer Zinssenkung sind die Umweltprobleme nicht zu lösen 122

**Teil 2**

**Vergangenheit · Zukunft · Gegenwart**

V. Lernen aus der Geschichte .....	127
------------------------------------	-----

Zur Entstehung des Geldes in der Antike 128 • Das Brakteatengeld, eine Grundlage der kulturellen Blüte des Hochmittelalters 138 • Vergleich zweier Geschichtsepochen im Hinblick auf die Auswirkungen ihres Geld- und Bodenrechts 149

VI. Drei Zukunftsmodelle .....	155
--------------------------------	-----

Modell 1: Wachstum ohne Ende 155 • Modell 2: Begrenztes oder Nullwachstum 165 • Modell 3: Qualifiziertes Wachstum 176

VII. Praktische Beispiele heute: Vorläufer einer neuen Ökonomie .....	183
---	-----

Das LET-System 184 • Der WIR-Ring 189 • Das J.A.K.-System in Schweden 193 • Vor- und Nachteile alternativer und komplementärer Geld- und Kreditsysteme 198

VIII. Komplementäre Währungen ..... 204

Gründe für die Einführung 204 • Nutzen stiftendes Geld 207 • Vorschlag für eine Bildungswährung 209 • Regionalwährungen 213 • Neue Wege zur Lösung sozialer Probleme 218 • Hinweise für den Entwurf 220 • Fazit 221

IX. Wie kann jeder an der Veränderung des

Geldsystems mitwirken? ..... 223

Informationen weitergeben 223 • Bewusster mit Geld umgehen 225 • Modellversuche fördern 229 • Politik verändern 231

**Anhang:**

Begriffe zum Begreifen (von Helmut Creutz) 235

Ich danke 239

Internet-Seiten 241

Zeitschriften 241

Anmerkungen 243

Literaturhinweise 254

Register 263



# Einleitung

Was bringt eine Architektin, Stadtplanerin und Ökologin mit einer Doktorarbeit über »Öffentliche und internationale Angelegenheiten« dazu, ein Buch über Geld zu schreiben?

Um diese Frage zu beantworten, muss ich zu den Jahren 1979 bis 1984 zurückgehen, als ich im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) in Berlin den Forschungsbereich Ökologie/Energie leitete. In diesem Zusammenhang war es zum ersten Mal möglich, umfangreiche ökologische Projekte im städtischen Raum zu planen und auszuführen. Während zahlreicher Einladungen zu Vorträgen im In- und Ausland stießen unsere Arbeiten auf großes öffentliches und fachliches Interesse, aber auch immer wieder auf Skepsis. Das häufigste Argument lautete: »Das ist ja alles sehr schön und wichtig, aber das rechnet sich nicht.«

Nun war für mich die Anwendbarkeit unserer Ideen nicht nur von fachlicher Bedeutung, sondern auch eine Frage des Überlebens, und ich fragte mich: Was nützt es denn, wenn es »sich rechnet«, aber wir die Luft nicht mehr atmen, das Wasser nicht mehr trinken, die Energie nicht mehr produzieren, den Lärm nicht mehr ertragen und die Nahrung nicht mehr essen können? Denn schon zwischen 1979 und 1980 wurde deutlich, dass die biologischen Lebensgrundlagen in der Stadt – Luft, Wasser, Boden, Energie, Nahrung – gefährdet waren. Das hieß, sollten wir wirtschaftlich nicht in der Lage sein, diese Grundlagen zu verbessern und zu erhalten, würden wir uns mittel- bis langfristig selbst umbringen.

Die wirtschaftliche Frage aber wurde immer mehr zur ent-

scheidenden. Ich begegnete weltweit Menschen guten Willens und voller guter Ideen. Alle ökologischen Probleme waren technisch lösbar – was fehlte und immer noch fehlt, sind die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für die Anwendung auf breiter Basis, oder einfach gesagt: das Geld. Mir war klar, dass der Kampf ums Geld für ökologische Maßnahmen und Projekte einen Konflikt an vielen Fronten bedeutete: Erstens befanden wir uns damals in einer Einführungs- und Umstellungsphase, die immer mit erhöhten Kosten verbunden ist. Zweitens waren und sind noch immer langfristige volkswirtschaftliche Gesichtspunkte keine Grundlage von Finanzierungsrichtlinien oder Baubestimmungen. Und drittens konnten und können noch immer Luft, Wasser und Böden relativ kostenlos belastet werden, obwohl neue gesetzliche Grundlagen für deren Schutz und/oder Besteuerung die Lage inzwischen verbessert haben.

Doch eine – die vielleicht wichtigste – Kampffront blieb mir bis 1983 verborgen: die zinsbedingte Kraft des Geldes, mehr Geld zu erwirtschaften, beziehungsweise die Tatsache, dass sich die Rentabilität jeder ökologischen Maßnahme mit dem Zins, den man für sein Geld auf dem Kapitalmarkt bekommt, messen lassen muss. Als mir dann noch die verschiedenen Wachstumsmuster in der Natur und im Geldwesen und die Ursachen unseres pathologischen Wirtschaftswachstumswangs klar wurden, geriet ich ziemlich in Rage. Ich fühlte, dass ich gut vierzig Jahre meines Lebens eine der grundsätzlichen Voraussetzungen für mein tägliches Leben nicht durchschaut hatte: die Funktion unseres Geldwesens. So begann ich, mehr darüber zu lesen, zu diskutieren und dann auch zu schreiben, weil ich fast überall bei Freunden, Bekannten, Kollegen und Fachleuten auf das gleiche Unverständnis stieß. Die Aussicht, dass uns oder spätestens unseren Kindern mit diesem zerstörerischen System der schlimmste ökonomische oder ökologische Zusammenbruch in der neueren Geschichte

bevorstand, und das weit verbreitete Unwissen um die Folgen unseres Geldsystems ließen mich anfangen, darüber zu schreiben. Zuerst einige Aufsätze, die von vielen Menschen gelesen und kommentiert wurden.

Es vergingen jedoch fünf Jahre, bis ich erkannte, dass Geld – aus der Sichtweise dieses Buches – eher eine »öffentliche und internationale Angelegenheit« ist als eine rein ökonomische. Da ich in jenem Bereich promoviert hatte, begann ich, obwohl Nichtökonomin, ein Buch über Ökonomie zu schreiben, das sich mit der grundlegenden Maßeinheit dieses Berufsstands, dem Geld, beschäftigt.

Mein Ziel war, eine Einführung zu geben, die sowohl spannend als auch leicht verständlich sein würde und vielen Menschen als Anregung dienen sollte, mehr über die Hintergründe, Probleme und Möglichkeiten der Veränderung erfahren zu wollen.

Seit das Buch 1988 in einer ersten Version veröffentlicht wurde, hat sich die Welt dramatisch verändert. Die sozialistischen Länder sind unter anderem daran gescheitert, dass sie meinten, ohne eine freie Marktwirtschaft auskommen zu können. Damit verhinderten sie, dass sich die ökonomische Wahrheit in den Preisen ausdrücken konnte. Was die meisten Menschen in den ehemaligen Ostblockstaaten jedoch bis heute nicht begreifen, ist, dass im wirtschaftlich dynamischeren Kapitalismus die Preise bisher weder die ökologische noch die soziale Wahrheit ausdrücken und dass dieser Mangel nicht durch das Auswechseln von Parteien, Parteiprogrammen oder führenden Politikern zu beheben ist. Die Fehler liegen hier tiefer und besser versteckt im Geldsystem, doch auch im Boden- und Steuerrecht. Um sie zu beheben, muss ein Bewusstwerden und Umdenken bei vielen erfolgen.

Durch die Öffnung der Ostblockstaaten und neuerdings Chinas für westliche Importe und Kredite ist die Geschwindigkeit, mit der die Problematik des Geldsystems in den letz-

ten Jahren weltweit zugenommen hat, dramatisch weiter angewachsen. So weiß heute jeder, dass weder die hoch industrialisierten Länder noch die Länder der Dritten Welt ihre Schulden zurückbezahlen können; dass sich die Diskrepanz zwischen Armen und Reichen in allen Ländern ständig vergrößert und dass Unterschiede in den Devisenreserven heute schon als potenzielle Waffe gelten. Auch weitsichtige Ökonomen und Bankfachleute verlangen nun fundamentale Veränderungen. Von einer solchen Veränderung handelt dieses Buch.

Es beschreibt die Funktionsweise des Geldes und legt die Gründe für die anhaltenden Schwankungen eines unserer wichtigsten Maßstäbe dar. Es erklärt, warum das Geld die Welt nicht nur »in Schwung hält« (money makes the world go round), sondern dabei auch immer wieder zerstörerische Krisen verursacht. Es zeigt, wie die gewaltigen Schulden der Dritten Welt, ebenso wie Arbeitslosigkeit und Umweltprobleme, Waffenproduktion und Bau von Atomkraftwerken, verbunden sind mit dem Mechanismus, der das Geld bis heute in Umlauf hält: dem Zins. Zusammen mit dem Zinseszins (Zins auf Zinsen) ist er einer der Hauptgründe für das wirtschaftliche Überwachstum und die Konzentration und Umverteilung der Geldvermögen. Nach dem amerikanischen Wirtschaftshistoriker John L. King ist der Zins »die unsichtbare Zersörungsmaschine« in den so genannten freien Marktwirtschaften.

Es ist das Anliegen dieses Buches, Möglichkeiten der Veränderung aufzuzeigen, von denen nur wenige Experten wissen (wollen?), zu denen aber eine immer breitere Öffentlichkeit Informationen verlangt. Da das Thema zu wichtig ist, um es allein vermeintlichen Experten zu überlassen, ist es notwendig, eine öffentliche Diskussion zu initiieren, an der viele teilnehmen können. Das Besondere meiner Ausführungen liegt deshalb in der Art, dieses komplexe Thema so einfach wie möglich darzustellen, so dass jeder, der mit Geld umgeht, verstehen kann, was auf dem Spiel steht. Zwei weitere Besonder-

heiten liegen darin, dass im Unterschied zu anderen Büchern, die sich in der Vergangenheit mit diesem Thema beschäftigt haben, herausgearbeitet wird, wie die vorgeschlagenen neuen Geldsysteme ausnahmslos für alle einen Gewinn bedeuten und welche Maßnahmen jede/r selbst ergreifen kann, um die notwendigen Veränderungen herbeizuführen.

Es ist nicht so schwierig, wie es scheinen mag, den Mechanismus des Zinses, der das Geld heute in Umlauf hält, zu ersetzen und Geldsysteme zu schaffen, die gleichzeitig umlaufgesichert sind und verschiedenen Zwecken dienen. Die Grundprinzipien der hier angebotenen Lösungen wurden im Lauf der Geschichte in verschiedenen Ländern angewendet und seit Beginn dieses Jahrhunderts an mehreren Orten erfolgreich erprobt. Was ansteht, ist die breite Anwendung dieser Lösung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene.

Seit 2003 wird nun – vor allem im deutschsprachigen Raum – die Anwendung auf der regionalen Ebene von einer wachsenden Menge von Menschen, die sich zu Initiativen zusammengeschlossen haben, erprobt.

Die Idee, regionale »Komplementärwährungen« einzuführen – die ich im Laufe einer fünfmonatigen Vortragsreise um die Welt 2001 bis 2002 entwickelt hatte –, fiel 2003 auf fruchtbaren Boden. Christian Gelleri und Thomas Mayer entwickelten den »Chiemgauer«, ein Gutscheinformmodell zur Förderung der Region um Prien am Chiemsee. Außerdem tauchte dieselbe Idee, fast zeitgleich, in unterschiedlichen geographischen Gebieten auf: in Bremen mit dem Roland, in Berlin mit dem Berliner, in Witzenhausen mit der Kirschblüte, in Traunstein mit dem Sterntaler und in Sachsen Anhalt mit dem Urstomtaler. Inzwischen sind es über 50 Initiativen im deutschsprachigen Raum, wovon 13 schon ihre eigene Währung ausgegeben haben. Das bestärkt mich in der Annahme, dass es sich hier um ein Konzept handelt, welches entwicklungsfähig ist. Eine zentrale Frage ist, ob die zarten Pflänzchen der Selbst-

hilfe dieses Mal die Chance haben, ihre optimale Größe und damit ihr Lösungspotenzial voll zu entfalten.

Im Gegensatz zu Wörgl, Schwanenkirchen und vielen anderen deutschen und US-amerikanischen Beispielen der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, die durch gesetzliche Vorgaben »von oben« beendet wurden, hoffen die Initiativen nun, dass ihre kreativen, neuen, unterschiedlich gestaltete Lösungen – als Antwort auf die spezifischen Probleme der jeweiligen Region – den Beweis erbringen können, dass es auch anders geht: dass Globalisierung und Regionalisierung sich nicht ausschließen müssen, sondern fruchtbar ergänzen können. Sie erwarten, dass ähnlich wie in Japan, der Staat und die Zentralbanken einsehen, dass diese Bewegung die wirtschaftliche und vor allem die soziale Lage stabilisieren und helfen kann, das Gemeinwohl zu fördern, ohne den Staat und damit letztlich den Steuerzahler durch zusätzliche Ausgaben zu belasten. Denn diese Möglichkeit – neue Nutzen stiftende Währung zu schaffen – stellt die billigste und effektivste Maßnahme dar, um ungenutzte Ressourcen – wie Millionen von Arbeitslosen – und ungedeckten Bedarf – wie Millionen von Aufgaben, die darauf warten, erledigt zu werden – zusammenzubringen.

Obwohl es inzwischen ein Buch zum Thema »Komplementäre Währungen« gibt (Margrit Kennedy und Bernard Lietaer, »Regionalwährungen – neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand«, Riemann Verlag, München, 2004) –, habe ich dieses erste Buch noch einmal überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht, denn es bietet noch immer eine leicht lesbare Einführung in das Thema Geldreform als eine der wesentlichen Begründungen für sektorale und regionale Komplementärwährungen, die auch – wie ich zeigen werde – aus anderen Gründen wichtig sind.

Die Analyse des Problems und der Lösung (Teil 1) ist noch fast dieselbe wie vor fast 20 Jahren. Die Zahlen zeigen – im Lauf der Zeit noch drastischer –, wie sowohl die enorm ge-

wachsene Staatsverschuldung wie auch die Umverteilung von Vermögen und die Umsätze im Bereich der spekulativen Geldtransaktionen parallel mit den exponentiell wachsenden Zinsansprüchen gestiegen sind.

Die praktische Umsetzung in der Gegenwart (Teil 2) sieht allerdings anders aus. Ich sehe sie nicht mehr allein in der Umsetzung durch Zentralbanken und Staat, sondern vorerst in der Einführung sektoraler und regionaler Komplementärwährungen (Kapitel VIII). Sie sind – wie der Name sagt – keine Alternative zum heutigen System, sondern eine Ergänzung und werden das heutige Geld weder abschaffen noch gefährden. Im Gegenteil, sie werden helfen, es zu stabilisieren und länger am Leben zu erhalten. Vielleicht werden sie auch helfen, es auf die Bereiche zu beschränken, die es gut erfüllt und mit entsprechenden Änderungen in der Steuergesetzgebung auch weiterhin erfüllen könnte.

Das ist leicht nachvollziehbar. Komplementärwährungen entstehen und funktionieren immer dann am besten, wenn das herkömmliche Monopol-Geld-System mit seinem exponentiellen Wachstumszwang an seine voraussehbaren Grenzen gerät, weil exponentielles Wachstum auf Dauer – mathematisch nachweisbar – nicht funktionieren kann. Die Akzeptanz und breite Umsetzung dieser Lösungen könnte bedeuten, dass wir endlich das ungenutzte Potenzial einer der genialsten Erfindungen der Menschheit – Geld – zur Lösung der schwierigsten Konflikte nutzen können, die wir im Moment in Deutschland und weltweit haben.

Margrit Kennedy  
Steyerberg, Oktober 2005



**TEIL 1**

**Das Problem  
und die Lösung**



# I. Fünf grundsätzliche Missverständnisse bezüglich der Funktion des Geldes

Tag für Tag benutzen die meisten Menschen auf dieser Erde Geld. Dennoch verstehen sehr wenige genau, wie es funktioniert und wie es ihr Leben direkt und indirekt beeinflusst. Sehen wir uns zuerst die positive Seite des Phänomens an: Weil Geld den Austausch von Gütern und Dienstleistungen enorm erleichtert und damit die arbeitsteilige Wirtschaft erst möglich macht, ist es eine der genialsten Erfindungen der Menschheit. Würden wir beispielsweise in einem Dorf leben, wo man nur Tauschhandel kennt, und dort ein Kunstwerk produzieren, das lediglich den Beerdigungsunternehmer interessiert, so könnten wir für unser Kunstwerk nur Säрге einhandeln und müssten bald aufgeben. Bekommen wir Geld dafür, können wir es gegen alles eintauschen, was wir brauchen. Geld schafft die Möglichkeiten zur Spezialisierung und ist damit die Grundlage unserer Zivilisation.

Das Problem besteht nur darin, dass Geld nicht nur dem Austausch von Gütern und Dienstleistungen dient, sondern diesen ebenso behindern kann, wenn es nicht in Umlauf kommt. Somit wird eine Art »privater Zollstation« geschaffen, an der jene, die über mehr Geld verfügen, als sie gerade benötigen, von anderen, denen es fehlt, einen »Freigabetribut« oder Zins erzwingen können. Die Ökonomen betrachten wie die meisten Menschen den Zins als den Preis für Geld. So wie für alle anderen Waren ein Preis bezahlt werden muss, so entrichtet man auch für die begehrteste aller Waren – das Geld – einen Preis. Das macht zuerst einmal Sinn und scheint logisch. Doch ist dies ein faires Geschäft? Die Antwort lautet: keineswegs!

Tatsächlich könnte man unser gegenwärtiges Geldsystem, wie wir sehen werden, heute in allen demokratischen Nationen als verfassungswidrig bezeichnen.

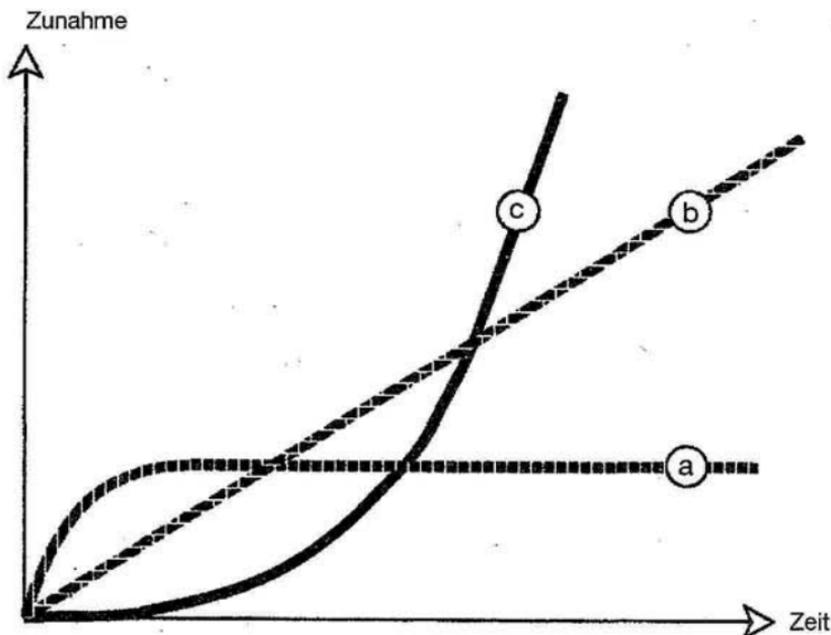
Um dies zu erklären, muss ich fünf Missverständnisse zum Thema Geld näher beschreiben. Natürlich sind diese fünf nicht die einzigen. Unsere Vorstellungen über Geld sind ein recht exakter Spiegel des Abbilds der Welt in uns, und diese Bilder erweisen sich als so vielfältig wie die Menschen auf diesem Planeten. Trotzdem bilden die nachfolgend besprochenen fünf Irrtümer die Haupthindernisse für ein Verständnis des Konstruktionsfehlers im gegenwärtigen Geldsystem, und sie machen gleichzeitig deutlich, welche Möglichkeiten ein neues Geldsystem bieten kann.

## **Missverständnis Nummer eins: Es gibt nur eine Art von Wachstum**

Wir neigen zu der Vorstellung, dass es nur eine Art von Wachstum gibt, nämlich jene, die wir an uns selbst erleben. Darüber hinaus gibt es jedoch andere, mit denen wir weniger vertraut sind.

*Abbildung 1: Kurve a zeigt in vereinfachter Form das physische Wachstumsverhalten in der Natur, dem sowohl unser Körper folgt als auch Pflanzen und Tiere. Wir wachsen recht schnell in den frühen Phasen unseres Lebens, dann langsamer, bis dann gewöhnlich das körperliche Wachstum nach dem 21. Lebensjahr abgeschlossen ist. Ab diesem Zeitpunkt, also die längste Zeit unseres Lebens, verändern wir uns zwar qualitativ, aber nicht mehr quantitativ. Biologen bezeichnen diese Kurve als »Annäherungskurve«. Nun gibt es jedoch, wie die Abbildung zeigt, zwei weitere grundlegend unterschiedliche Wachstumsmuster:*

## Grundsätzliche Arten von Wachstumsabläufen



- 1 natürlicher Ablauf
- 2 linearer Ablauf
- 3 exponentieller Ablauf

»Kein Baum wächst in den Himmel«, sagt das Sprichwort. Diese Regel gilt für alle Wachstumsvorgänge in begrenzten Räumen, also auch für die auf der Erde. Ständig gleich bleibende Zuwachsraten (wie bei b) und noch mehr ständig zunehmende (c) sind also widernatürlich. Das gilt auch für die Entwicklung in der Wirtschaft. Auch sie unterliegt den Naturgesetzen und kann sich ihnen nicht ungestraft entziehen. Doch obwohl diese Zusammenhänge täglich deutlicher werden, rufen fast alle politisch Verantwortlichen in der Welt nach immer noch weiterem Wirtschaftswachstum (Helmut Creutz).

*Kurve b* veranschaulicht das mechanische oder *lineare* Wachstum: Das heißt, mehr Menschen produzieren mehr Güter, mehr Kohle produziert mehr Energie und dergleichen. Dies ist für unsere Analyse von geringerer Bedeutung. Dennoch sei darauf hingewiesen, dass auch eine solche gleich bleibende Leistungszunahme auf einer Erde mit begrenzten Kapazitäten nicht durchgehalten werden kann.

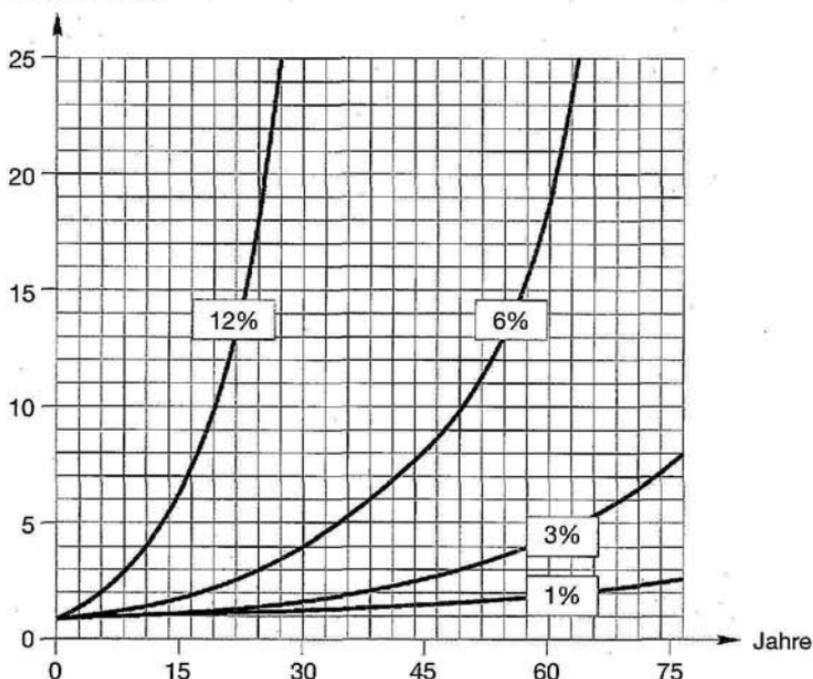
Wichtig hingegen ist das Verständnis von *Kurve c*, die einen *exponentiellen*, mit *Verdoppelungsraten wachsenden Verlauf* angibt, welche man als das genaue Gegenteil zu *Kurve a* bezeichnen könnte. In *Kurve c* ist das Wachstum anfangs sehr gering, steigt dann aber kontinuierlich an und geht schließlich in eine fast senkrechte *quantitative* Zunahme über. Im physischen Bereich der Natur spielt sich ein solches Wachstum gewöhnlich dort ab, wo Krankheit oder Tod zu finden ist. Krebs, zum Beispiel, folgt einem exponentiellen Wachstumsmuster. Zuerst entwickelt er sich langsam. Aus einer Zelle werden 2, daraus 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256, 512 usw. Er wächst also ständig schneller, und wenn man die Krankheit schließlich entdeckt, hat sie oft bereits ein Stadium erreicht, in dem sie nicht mehr geheilt oder zumindest zum Stillstand gebracht werden kann.

*Exponentielles Wachstum endet gewöhnlich mit dem Tod des »Gastes« beziehungsweise des Organismus, von dem er abhängt.* Deshalb ist das Unverständnis dieses Wachstums die folgenschwerste Fehlvorstellung hinsichtlich der Funktion des Geldes, denn mit Zins und Zinseszins verdoppeln sich *Geldvermögen* in regelmäßigen Zeitabständen, das heißt, sie folgen *einem exponentiellen* Wachstumsverhalten. Und das erklärt, warum wir in der Vergangenheit in regelmäßigen Zeitabschnitten und auch gegenwärtig wieder mit unserem Geldsystem Schwierigkeiten haben. *Tatsächlich verhält sich der Zins wie ein Krebs in unserer sozialen Struktur.*

## Abbildung 2

### Prozentual gleich bleibende Wachstumsabläufe

Vervielfachung



© Helmut Creutz

Prozentual gleich bleibende Zuwachsraten führen zu keinen entsprechenden, sondern zu immer größeren Wachstumsschüben, also so einer exponentiellen Entwicklung, bei der sich die gegebenen Ausgangsgrößen in gleichen Zeitabständen immer wieder verdoppeln. Die Zeitabstände der Verdoppelungen sind umso kürzer, je größer der Zunahmeprozentsatz ist. Aber selbst bei geringen Sätzen von einem oder drei Prozent kommt es schließlich zu irrealen Zuwachsgrößen. Wer also möglichst hohe gleich bleibende prozentuale Zuwachsraten in der Wirtschaft fordert, weiß nicht, wovon er spricht (Helmut Creutz).

*Abbildung 2* demonstriert die Zeitperiode, die nötig ist, damit sich das Geld, das angelegt wird, verdoppelt: Bei drei Prozent brauchen wir mit Zins und Zinseszins 24 Jahre, bei sechs Prozent zwölf Jahre, bei zwölf Prozent sechs Jahre.

Selbst bei einem Prozent erfolgt mit Zins und Zinseszins eine exponentielle Wachstumskurve mit einer Verdoppelungszeit von 72 Jahren.

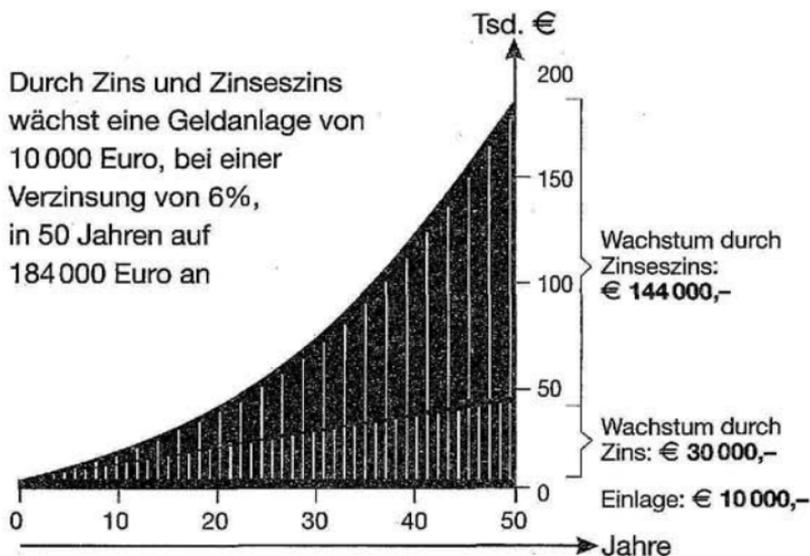
Durch unser eigenes körperliches Wachstum haben wir nur jenes Wachstumsverhalten der Natur kennen gelernt, das bei der optimalen Größe aufhört (Kurve a). *Deshalb ist es für die meisten Menschen schwer zu verstehen, was exponentielles Wachstum im materiellen Bereich wirklich bedeutet.* Wir haben eine andere biologische Lebenserfahrung. Das exponentielle Wachstum müssen wir über den Kopf bewusst verstehen lernen, erst dann können wir es, zum Beispiel in unserem Geldsystem, verändern.

Wie schwierig es ist, ein solches Verständnis zu entwickeln, beweist die folgende Analogie. Hätte Joseph zur Zeit der Geburt seines Sohnes Jesus einen Cent mit fünf Prozent Zinsen investiert, so hätte jener bei einer Rückkehr im Jahr 2005 sage und schreibe 589 Milliarden Kugeln aus Gold vom Gewicht unseres Planeten bei dieser Bank »abheben« können.<sup>1</sup> Dies veranschaulicht eindrücklich die Unmöglichkeit eines permanenten exponentiellen Wachstums. Wären jedoch die Zinszuwächse Jahr für Jahr auf ein unverzinsliches Konto umgeleitet worden, so hätten sich dort in der gleichen Zeit statt des utopischen Betrags nur etwas mehr als ein Euro (genau 1,01 €) angesammelt. Welch ein Unterschied!

Leider lässt sich jedoch der Zins nicht so einfach begrenzen. Wo Zins gezahlt wird, entsteht auch die Notwendigkeit, Zins auf Zinsen zu zahlen – und damit der Zinseszins-Effekt. In welchem Maße dieser bereits über den kurzen Zeitraum von fünfzig Jahren eine Geldanlage wachsen lässt, zeigt *Abbildung 3*.

Abbildung 3

## Die Eskalation der Geldvermögen und Schulden ist vor allem eine Folge des Zinseszins-Effekts



© Helmut Creutz

Normalerweise bilden sich Geldvermögen aus erspartem Arbeitseinkommen. Je älter eine Volkswirtschaft jedoch wird und je größer die bereits gegebenen Geldvermögen sind, desto mehr beginnen die Geldvermögen »von alleine« zu wuchern. Das heißt, sie wachsen durch die Zinsen und die Zinsen auf die Zinsen, also durch den Zinseszins-Effekt.

Wie die Grafik zeigt, macht sich dieser widernatürliche Zinseszins-Effekt in den ersten Jahren einer Geldanlage kaum bemerkbar. Im Laufe der Zeit aber übersteigt er die reinen Zinszuwächse um ein Vielfaches. So wächst beispielsweise eine mit sechs Prozent verzinsten Anlage in fünfzig Jahren durch die Zinsen auf das Vierfache der Ausgangsmenge, durch den zusätzlichen Zinseszins-Effekt jedoch auf das gut Siebzehnfache.

Dass ein solches lawinenartiges Wachstum schließlich in einem Kollaps enden muss, bedarf keiner näheren Erklärung (Helmut Creutz).

Auf unsere Zeit bezogen, können wir daraufhin folgende Überlegungen anstellen: Im statistischen Durchschnitt besitzt jeder Bundesbürger ein Geldvermögen von 44 000 Euro. Hätte davon jeder im Jahr 1990 bei der Wiedervereinigung 10 000 Euro erhalten – damals etwa der Betrag, den man pro Jahr zum Leben brauchte – und zu fünf Prozent Zins und Zinseszins angelegt (was im Durchschnitt im Lauf der Geschichte bezahlt wurde), könnten wir uns alle rein rechnerisch nach 32 Jahren zur Ruhe setzen und unsere Kinder und Kindeskinde (solange deren Zahl gleich bleibt) auch. Denn nach diesem Zeitraum bekommt jeder für die angelegten 10 000 Euro das gleiche Geld jährlich an Zinsen – und zwar für immer. Alle könnten in der Sonne liegen, und das Problem der Arbeitslosigkeit wäre ein für allemal gelöst, denn niemand müsste mehr arbeiten. Wenn aber nicht mehr gearbeitet wird, weil alle von ihren Zinsen leben, muss es einen Forderungs-Crash geben. Wenn nämlich niemand mehr arbeitet, ist auch niemand da, der noch für die Zinsen, die anderswo kassiert werden, ein »Sozialprodukt«, nämlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, herstellt.

Paul C. Martin sagt: »Die Kapitalisten können nicht rechnen. Das ist die ganze Wahrheit des Kapitalismus.«<sup>2</sup> Anders formuliert heißt das: *Die andauernde und langfristige Zahlung von Zins und Zinseszins ist mathematisch nachweisbar praktisch unmöglich*, und damit befinden sich die ökonomische Notwendigkeit und die mathematische Unmöglichkeit in einem Widerspruch, der nicht zu lösen ist. Er führt heute wie in der Vergangenheit zur Akkumulation von Kapital in den Händen von zunehmend weniger Menschen und damit zu wirtschaftlichen Zusammenbrüchen, Kriegen und Revolutionen.

Heute liegt im Zinsmechanismus darüber hinaus eine Hauptursache für den pathologischen Wachstumszwang der Wirtschaft mit allen bekannten Folgen der Umweltzerstörung. Investitionen werden überwiegend nur dann vorgenommen,

wenn sie eine höhere Rendite versprechen, als wenn man das Geld auf der Bank anlegt, oder wenn man mehr Gewinn macht, als man für geliehenes Geld bezahlt. *Der Zins bestimmt also, wie schnell die Wirtschaft wachsen muss.*

Die Lösung der Probleme, die durch das zinsbedingt exponentielle Wachstum von Geldanlagen hervorgerufen werden, liegt darin, *ein Geldsystem zu schaffen, das der qualitativen Wachstumskurve (Abbildung 1, Kurve a) folgt.* Dazu ist eine andere Umlaufsicherung erforderlich, die in Kapitel 2 beschrieben wird.

### **Missverständnis Nummer zwei: Zinsen zahlen wir nur dann, wenn wir uns Geld leihen**

Ein weiterer Grund für die Schwierigkeit, das Wirken des Zins- und Zinseszinsmechanismus auf unser Geldsystem vollständig zu verstehen, liegt darin, dass seine Folgen verdeckt sind. Die meisten Menschen glauben, nur dann zinspflichtig zu sein, wenn sie Geld borgen, jedoch keine Zinsen zahlen zu müssen, wenn sie sich nicht verschulden.

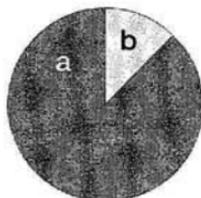
*Abbildung 4* verdeutlicht, dass dem nicht so ist; denn in jedem Preis, den wir bezahlen, sind Zinsanteile enthalten: nämlich diejenigen, welche die Produzenten von Gütern und Dienstleistungen der Bank zahlen müssen, um Maschinen und Gebäude anschaffen zu können. Oder es sind die Zinsen, die sie für ihr eingesetztes Eigenkapital bekämen, wenn sie es der Bank als Spareinlage oder zur sonstigen Anlage überlassen würden. Der Anteil schwankt bei den Gütern und Dienstleistungen, die wir kaufen, entsprechend der Höhe des jeweiligen Kapitaleinsatzes.

Einige Beispiele zeigen diesen Unterschied klar auf. Der Anteil der in der Kostenrechnung ausgewiesenen direkten Zins-

kosten beträgt in Abfallentsorgungsgebühren etwa 11%, in Trinkwassergebühren etwa 24%. Berücksichtigt man, dass beim Einkauf des – getrennt ausgewiesenen – Materials jedoch wiederum Zinsanteile gezahlt werden, so liegt der tatsächliche Zinsanteil bei diesen Gebühren bereits über diesen Anteilen von 11% bzw. 24%. Bei der Miete liegt der direkt ausgewiesene Zinsanteil schon bei relativ geringen Zinssätzen (in der Beispielrechnung 3,9%) bei etwa 50%. Aufgrund der hohen Zinsbelastung zahlt man eine kreditfinanzierte Wohnung nicht nur einmal ab, sondern über die Zinsen praktisch dreibis viermal. Bei einer 80-Quadratmeter-Wohnung, die heute etwa 160 000 Euro kostet, müssen bei 4% Zinsen jährlich 6400 € (oder monatlich 533 €) nur an Zinskosten in der Miete enthalten sein. Steigen die Hypothekenzinsen von 4 auf 6%, so vergrößert sich die Zinslast in der Monatsmiete von Neubauwohnungen gleicher Größe und Erstellungskosten ebenfalls um die Hälfte auf 800 € pro Monat. Hinzu kommen dann Abschreibung, Reparatur- und Verwaltungskosten sowie ein Gewinnanteil, den der Vermieter erzielen kann. Kein Wunder, dass in Zeiten hoher Zinsen der Wohnungsbau zurückgeht und Wohnraum für viele selbst bei relativ geringen Zinssätzen unerschwinglich ist.

Im Durchschnitt erstatten wir dreißig bis fünfzig Prozent Zinsen in den Preisen für Güter und Dienstleistungen, die wir zum täglichen Leben benötigen. Gäbe es also eine Möglichkeit, den Zins durch einen effektiveren Umlaufmechanismus zu ersetzen, *dann könnten die meisten von uns ihre Kaufkraft um mindestens ein Viertel erhöhen*, oder sie müssten entsprechend weniger arbeiten, um ihren derzeitigen Lebensstandard zu halten.

## Konkrete Beispiele für Zinsanteile in Preisen und Gebühren



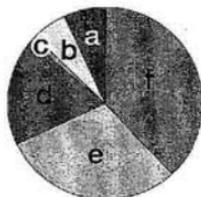
### 1 Müllabfuhrgebühren

Beispiel Stadt Aachen 1983

a) Abschreibung, Sach- und Personalkosten, Sonstiges 88%

b) Kapitalverzinsung 12%

Gebühr für 110-Liter-Tonne: DM 194,- 100%



### 2 Trinkwasserpreis

Beispiel eines norddeutschen Versorgungswerkes 1981

a) Energiekosten 7%

b) Unterhalt der Anlagen 6%

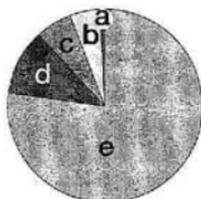
c) Wasseraufbereitung 1%

d) Personal- und Wachkosten 18%

e) Abschreibung 30%

f) Kapitalverzinsung 38%

Preis je cbm: DM 1,36 100%



### 3 Kostenmiete im sozialen Wohnungsbau

Berechnung des statistischen Bundesamtes für 1979

a) Wagnis und Gewinn 1%

b) Betriebs- und Verw.-Kosten 5%

c) Instandhaltung 6%

d) Abschreibung 11%

e) Kapitalverzinsung 77%

Miete je qm: DM 13,40 100%

Die absolute Höhe der Zinsanteile in einem Preis ergibt sich aus der eingesetzten Kapitalmasse, multipliziert mit dem Zinssatz. Der relative Zinsanteil im Preis wird von den übrigen Kosten bestimmt, die in die Preisbildung eingehen, also vor allem von Personal-, Material- und Abschreibungskosten. Bei personalintensiven Produktionen oder Leistungen wie etwa der Müllabfuhr ist also der Zinsanteil im Preis relativ gering, beim Trinkwasserpreis mit höheren Anlagekosten liegt er schon wesentlich höher, und bei kapitalintensiven Preisen wie der Miete beträgt er mehr als drei Viertel der Gesamtkosten (Helmut Creutz).

### »Überschlägige Berechnung des Zinsanteils in den Preisen der Güter und Dienstleistungen für das Jahr 2001«:

Die genaue Höhe des Zinsanteils in allen Preisen ist nicht ganz einfach zu ermitteln. Die folgende überschlägige Berechnung von Ralf Becker beruht im Wesentlichen auf Vorarbeiten von Helmut Creutz.

In der Realität kalkulieren die Unternehmen ihre Preise unter Einbezug der üblichen Zinslasten sowie kalkulatorischer Zinsen auf das eingesetzte Eigenkapital. Gegebenenfalls erzielte Zinsgewinne werden dagegen in den Preiskalkulationen regelmäßig nicht als Kosten mindernd angesetzt, so dass am Markt stets über die erzielten Preise sowohl die Fremd- als auch die kalkulatorischen Eigenkapitalzinsen erwirtschaftet werden.

Laut der Statistischen Sonderveröffentlichung 4 »Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991–2001« der Deutschen Bundesbank, S. 25, betragen die Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften in Deutschland (= Unternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft ohne Banken) Ende des Jahres 2001 3.365 Mrd. Euro. Selbst wenn man für diese Verbindlichkeiten nur einen durchschnittlichen Zinssatz von 5% annimmt, betrüge die Zinsbelastung der Unternehmen schon 168 Mrd. Euro.

Die Verbindlichkeiten der Unternehmen und des Staates zusammengenommen machten nach der obigen Bundesbank-Statistik im Jahr 2001 75% der Gesamtverbindlichkeiten aus. Nehmen wir nun an, dass der Staat seine Zinszahlungen entsprechend dem Mehrwertsteuer-, Mineralölsteuer- und Unternehmenssteueranteil zu zwei

Dritteln auf die Unternehmen und letztlich Verbraucher umlegt, so werden insgesamt fast 70% der in unserer Volkswirtschaft anfallenden Zinskosten letztlich über die Güterpreise finanziert.

Bezogen auf die gesamten Geldvermögen und Schulden in unserer Volkswirtschaft lassen sich diese Gesamt-Zinsgrößen in etwa an den Zinserträgen und Zinsaufwendungen der Banken ablesen, die jedes Jahr von der Bundesbank veröffentlicht werden. Zwar stammt etwa ein Viertel dieser Beträge aus bankinternen Ausleihungen, die man also herausrechnen muss. Andererseits aber kommen mindestens in gleicher Höhe geldbezogene Zinsen hinzu, die nicht von den Banken erwirtschaftet werden, z. B. aus dem Bereich von Versicherungen, Investmentfonds usw.

Zieht man also die für den Bankensektor ausgewiesenen Beträge als Richtgrößen heran, dann lagen im Jahr 2001 die Zinserträge bei 391 Mrd. €, die Zinsaufwendungen, also die Ausschüttungen an Sparer und sonstige Geldgeber, bei 311 Mrd. € (Bundesbank, Monatsbericht September 2003, Gewinn- und Verlustrechnung der Kreditinstitute, S. 36).

Die hier ausgewiesene Größe von 391 Mrd. €, als Richtgröße für die Schuldenzinsbelastung unserer Volkswirtschaft, ist jedoch nur ein Teil der zugrunde zu legenden Zinsgrößen.

Will man die gesamte Zinslast ermitteln, muss man auch noch die Verzinsung für das schuldenfreie Sachkapital hinzunehmen. Denn auch jeder Investor, der mit eigenem Geld arbeitet, beansprucht dafür mindestens die gleiche Verzinsung, die er vorher bei der Bank, ohne Arbeit und fast ohne Risiko, erhalten hat. Für diese Ei-

genkapitalverzinsung gibt es jedoch keine statistischen Unterlagen, vor allem weil diese im Gegensatz zu den Verzinsungen des Fremdkapitals in den Bilanzen nicht gesondert ausgewiesen werden.

Hier muss man sich also mit Annäherungsrechnungen behelfen, z. B. indem man die gesamten in der Volkswirtschaft eingesetzten Sachvermögenswerte in Höhe von etwa 9-10 Billionen € heranzieht (s. iw, Deutschland in Zahlen 2003, 2.10 Bruttoanlagevermögen). Rechnet man von dieser Größe dann die Verschuldungen in Höhe von rund 6 Billionen ab, verbleibt als Rest das schuldenfreie Sachkapital. Das heißt, zur Ermittlung der gesamten Zinsbelastung muss man die für die Schulden ausgewiesenen Größen noch etwa um die Hälfte erhöhen. Damit käme man insgesamt auf rund 600 Mrd. €. Nehmen wir nun an, dass etwa 70% dieser Zinslast über die Preise der Güter und Dienstleistungen finanziert wird, so wären dies 420 Mrd. €.

Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt hätten diese 420 Mrd. € Zinslasten im Jahr 2001 mit 30 Prozent zu Buche geschlagen, bezogen auf das Volkseinkommen mit 27 Prozent und bezogen auf die Ausgaben der Haushalte, die sich aus dem verfügbaren Einkommen abzgl. der Ersparnis ergeben, mit 34 Prozent.

Nimmt man dann noch die Tatsache hinzu, dass ein Viertel der Zinsausgaben des Staates mehr oder weniger über die Lohnsteuer finanziert werden, welche die Kaufkraft der Verbraucher bereits vor der Auszahlung der Nettolöhne belastet, so ließen sich rein rechnerisch weitere 5% der Zinslast von 600 Mrd. € = 30 Mrd. € als Kaufkraftverlust zurechnen, was dann einen vorab wirksamen Zinsanteil von 2,5% ergäbe.

Bezieht man die für den Hauskauf relevanten Hypothekenschulden sowie die Verbindlichkeiten der Personengesellschaften mit ein, die in der Statistischen Sonderveröffentlichung 4 der Bundesbank unter den Verbindlichkeiten der privaten Haushalte erscheinen, müssten weitere 25% der Gesamtzinslast von 600 Mrd. € = 150 Mrd. € mit einbezogen werden, was dann einen Zinslastanteil von insgesamt sogar 46% in Bezug auf die Ausgaben der Haushalte ergibt.

14.06.2005

Dipl.-Kfm. Ralf Becker

### **Missverständnis Nummer drei: Das gegenwärtige Geldsystem dient allen gleichermaßen**

Eine dritte Fehlvorstellung über unser Geldsystem könnte so formuliert werden: Weil alle Zinsen erstatten müssen, wenn sie sich Geld leihen, um Güter oder Dienstleistungen zu kaufen, und Zinsen gutgeschrieben bekommen, wenn sie Geld sparen, geht es uns allen gleichermaßen gut (oder schlecht) im gegenwärtigen Geldsystem.

Auch dies stimmt nicht. In der Tat besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen denjenigen, die in diesem System gewinnen, und denjenigen, die zur Kasse gebeten werden. *Abbildung 5* zeigt einen Vergleich zwischen Zinszahlungen und Einkommen aus Zinsen bei zehn zahlenmäßig gleich großen Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik. Es zeigt sich, dass achtzig Prozent der Bevölkerung mehr Zinsen bezahlen, als sie erhalten, zehn Prozent einen geringen Ertragsüberschuss ha-

ben und bei den restlichen zehn Prozent der Zinsertrag beim Doppelten der Zinslasten liegt. Das ist zusammengenommen genau der Anteil, den die ersten achtzig Prozent der Bevölkerung verloren haben. *Dies erklärt vorbildlich einfach einen Mechanismus – vielleicht den wichtigsten –, der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden lässt.*

Wenn wir die zehn Prozent der Bevölkerung, die von dem System profitieren, bezüglich ihres Einkommens aus Zinsen etwas genauer betrachten, so tritt erneut das Phänomen des exponentiellen Wachstums zutage. Für das letzte Zehntel in dieser Kategorie müsste die Säule für das Einkommen aus Zinsen etwa um das Fünffache erhöht werden, für das letzte Hundertstel und für die 31 Milliardärsfamilien in unserem Land (nach der Untersuchung des Wirtschaftsmagazins »Forbes« im Jahr 2003) um das Zweitausendfünfhundertfache. Bei einer fünfprozentigen Verzinsung werden jene 31 Superreichen täglich um rund 583 000 Euro reicher.

*Mit dem Zins in unserem Geldsystem ist also eine Umverteilung von Geld verbunden, welche nicht auf Leistung beruht, sondern letztlich darauf, dass jemand die freie Marktwirtschaft, das heißt, den Austausch von Waren und Dienstleistungen, durch Zurückhalten des Austauschmittels behindern und für die Aufgabe dieser Behinderung eine Belohnung erzwingen kann.* Und so wird ironischerweise ständig Geld ver-

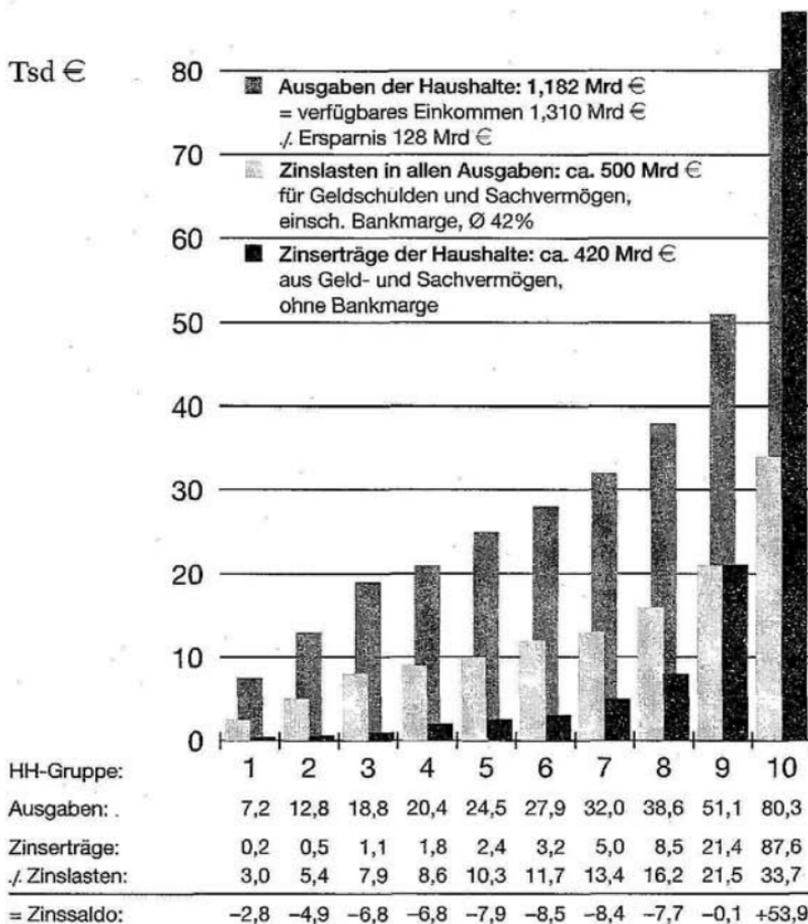
Die Zinserträge eines Haushalts resultieren aus den Zins bringenden Vermögenswerten, über die er verfügt. Seine Zinslasten lassen sich – da etwa jeder dritte ausgegebene Euro ein Zinseuro ist – mit einem Drittel der Gesamtausgaben ansetzen. Da die Vermögensverteilung bei den Haushalten steiler ansteigt als die Kurve der Einkommen und Ausgaben, ergibt sich die hier dargestellte Diskrepanz der Zinslasten und -erträge. Die Folge ist eine Umschichtung der Einkommen von der überwiegend von Arbeit lebenden Mehrheit zur überwiegend von Geldbesitz lebenden Minderheit. Aufgrund des Überwachstums der monetären Größen gegenüber der Wirtschaftsleistung nimmt diese Umschichtung ständig zu und wird sogar noch beschleunigt in Zeiten hoher Zinsen (Helmut Creutz).

## Abbildung 5

### Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge der Haushalte

bezogen auf 10 Haushaltsgruppen mit je  
3,8 Millionen Haushalten

Größen jeweils in Tsd. Euro p. a. je Haushalt – Bezugsjahr 2000



Quelle: Bundesbank u. a. – eigene Umrechnungen

© Helmut Creutz

schoben: von denjenigen, die weniger Geld haben, als sie brauchen und sich Geld leihen müssen, zu denen, die mehr davon haben, als sie benötigen.

Dies ist eine andere und eine weit subtilere und effektivere Form der Ausbeutung als jene, die Karl Marx zu beheben versuchte. Fraglos hatte er Recht, auf die Quelle des Mehrwerts in der *Produktionssphäre* hinzuweisen. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft realisiert sich der Mehrwert jedoch auch in der *Zirkulationssphäre* von Geld und Waren, ja in immer größerem Umfang ausschließlich in der Geldsphäre.

Heute, am Ende einer langen wirtschaftlichen Wachstumsphase und der Trennung des Geldes vom Goldstandard, kann man das sehr viel klarer erkennen als Marx zu seiner Zeit. Das Ende wird dadurch gekennzeichnet, dass sich immer größere Geldsummen auf immer weniger Personen oder Firmen konzentrieren. Hinzu kommen noch die Gewinne aus der weltweiten Geldspekulation, die sich seit 1980 vervielfacht haben. Der durchschnittliche Tagesumsatz mit Devisen wuchs seit 2001 um rund 57 Prozent auf 1,88 Billionen oder 1880 Milliarden US-Dollar.<sup>3</sup> Die Weltbank schätzt, dass inzwischen die grenzüberschreitenden Geldtransaktionen weltweit etwa das Fünfzehn- bis Zwanzigfache dessen ausmachen, was für den Welthandel, das heißt für den Austausch von Waren, tatsächlich erforderlich ist.<sup>4</sup>

Der Mechanismus von Zins und Zinseszins erzeugt aber nicht nur ein pathologisches Geldvermögens- und Wirtschaftswachstum, sondern arbeitet auch, wie Dieter Suhr aufgezeigt hat, *gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Menschen*.<sup>5</sup> Wenn eine Verfassung den Bürgern gleichen Zugang zu allen Dienstleistungen des Staates garantiert – und das Geldsystem kann als solch eine Dienstleistung aufgefasst werden –, dann ist es verfassungswidrig, dass durch einen Fehler in diesem System zehn Prozent der Bevölkerung auf Kosten der Mehrheit ständige und immer höhere Gewinne machen können.

Es könnte so aussehen, als ob eine Änderung in unserem Geldsystem »nur« achtzig Prozent der Bevölkerung dienen würde. Das sind diejenigen, die gegenwärtig mehr Zinsen bezahlen, als sie zurückbekommen. Dennoch würde, wie wir im Kapitel 3 sehen werden, jeder von dieser Lösung profitieren, langfristig selbst jene, die aus unserem derzeitigen krankhaften System Vorteile ziehen.

### **Missverständnis Nummer vier: Inflation ist ein integraler Bestandteil eines jeden Geldsystems**

Eine vierte Fehlannahme bezieht sich auf die Rolle der Inflation in unserem Wirtschaftssystem. Für die meisten Menschen scheint Inflation, das heißt Kaufkraftzerfall des Geldes, fast natürlich, weil in der Welt kein kapitalistisches Land ohne diese auskommt. *Abbildung 6*, Entwicklung wesentlicher Wirtschaftsindikatoren 1996–2001, lässt eine Tendenz erkennen, die in enger Beziehung zur Inflation steht: die zinsbedingte Auseinanderentwicklung der geldbezogenen und realen Größen. Während das Bruttosozialprodukt (BIP) um 13 Prozent gestiegen ist, ebenso wie Steuern und Nettolöhne, sind im selben Zeitraum, 1996–2001, die Geldvermögen um 39 Prozent, die Bankzinserträge um 48 Prozent und die Bankzinsaufwendungen und das Geschäftsvolumen um über 60 Prozent gestiegen. Die Krankenversicherungen, deren Anstieg oft in den Medien kritisiert wird, sind hingegen nur um 8 Prozent gestiegen.

Die Zinserträge und Zinslasten in den Volkswirtschaften nehmen also schneller zu als die Einkommen, was früher oder später zum Kollaps führen muss, selbst in den industrialisierten Nationen. Wenn der Körper eines Kindes zwischen seinem zweiten und dritten Lebensjahr um 13 Prozent wächst, seine

Füße oder seine Lunge im selben Zeitraum jedoch um 48 Prozent, würde jeder es krank nennen. *Das Problem ist, dass nur sehr wenige Menschen die Krankheitssymptome im Geldsystem diagnostizieren und dass noch weniger ein Heilmittel kennen.* Denn bisher war noch niemand in der Lage, ein gesundes Geldsystem zu entwickeln, das auch Bestand hatte.

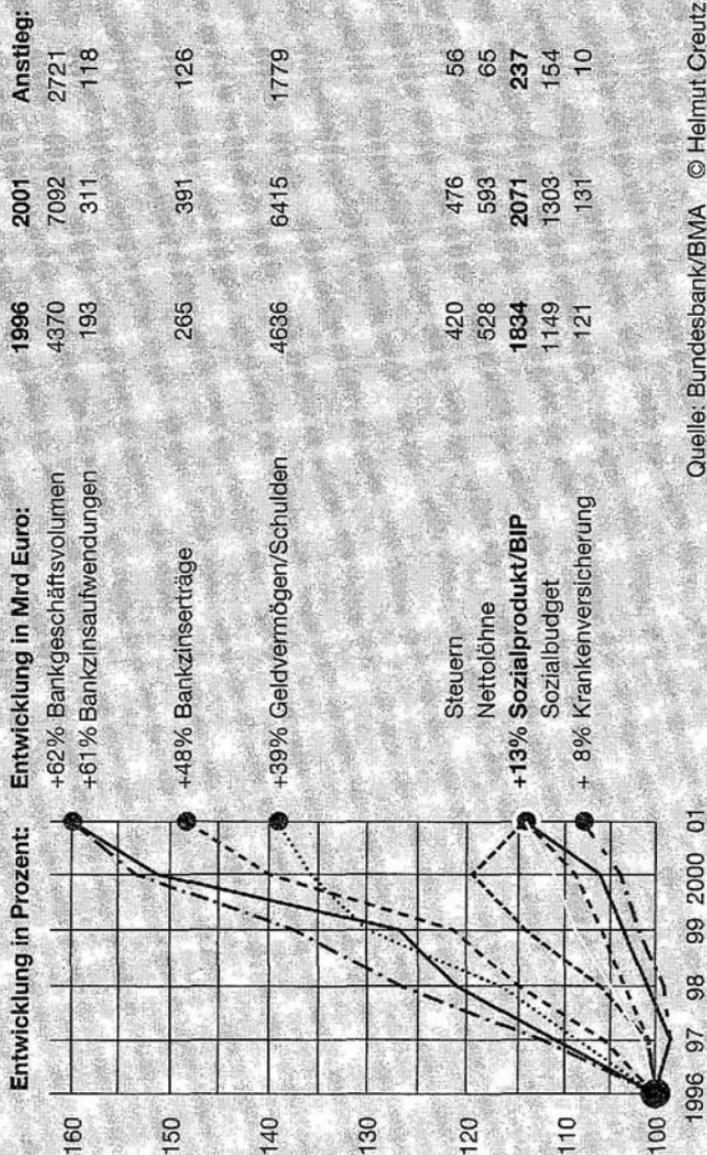
*Eine Möglichkeit für die Regierungen, die schlimmsten Probleme hinsichtlich ihrer ansteigenden Schulden zu bewältigen, besteht im Erzeugen von Inflation durch eine Aufblähung der Geldmenge, die nicht durch entsprechende Werte aus Arbeit und Produktion abgedeckt ist.* Das gilt besonders für solche Länder, in denen die Notenbanken auf Anordnung der Regierenden dem Lauf der Notenpressen keinen Einhalt gebieten. Doch auch in den Staaten mit »unabhängigen« Notenbanken ist es bisher nicht gelungen, die Geldvermehrung der wirklichen Leistungssteigerung anzupassen. Wie *Abbildung 7* verdeutlicht, war die Deutsche Mark in der Bundesrepublik 2001 (vor der Umwandlung in den Euro) nur noch 20 Pfennige wert. Diese Abwertung trifft jene Leute am härtesten, die ihr Vermögen nicht in »inflationsbeständigem« Grundbesitz oder anderen Investitionen anlegen können, am wenigsten dagegen den kleinen Bevölkerungsteil mit dem höchsten Einkommen und dem größten Sachvermögensbesitz.

Ein Organismus bleibt stabil, wenn sich alle seine Teile in ihrer Entfaltung am Ganzen orientieren. »Das Ganze« in der Wirtschaft, nach der sich alle anderen Größen richten müssen, ist die volkswirtschaftliche Leistung, das Brutto-sozialprodukt. Entsprechend dieser Leistung können alle Ansprüche zunehmen, die Einkommen der Unternehmer und Arbeitnehmer, des Staates und des Kapitals.

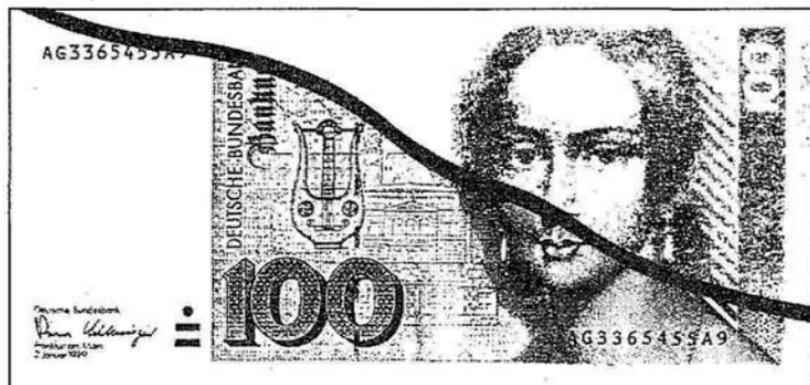
Der nebenstehende Entwicklungsvergleich lässt erkennen, dass diese Wachstums- und Verteilungsregel in unserer Volkswirtschaft nicht eingehalten wird: Die Kredite und Verschuldungen nehmen rascher zu als das Bruttosozialprodukt, noch rapider die zinsbezogenen Größen. Zurückgeblieben sind dagegen die Einkommen des Bundes sowie jene aus Unternehmertätigkeit und unselbständiger Arbeit (Helmut Creutz).

Abbildung 6

# Entwicklung diverser Wirtschaftsindikatoren/1996-2001



## Durch die Inflation war die Mark nur noch 20 Pfennig wert



1950

2001

Maßstäbe müssen stabil sein, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Das gilt nicht nur für Längen-, Hohl- und Gewichtsmaße, sondern auch für den wichtigsten und am meisten benutzten Maßstab: das Geld.

Wie die Grafik zeigt, wurde dieser Maßstab jedoch seit 1950 auf weniger als ein Drittel seiner Ausgangslänge verkürzt. Konkret: Die Mark von 1950 war 2000 (vor der Umwandlung in den Euro) nur noch 20 Pfennig wert. Wer also 1950 für hundert Mark Leistungen erbracht und den Betrag zurückgelegt hat, erhielt 2000 dafür nur noch eine Gegenleistung in Höhe von 20 Prozent des Ausgangswertes. Und bei dieser ständigen »Kürzung« des Geldmaßstabs handelt es sich nicht um eine gleichmäßige und berechenbare, sondern eine schwankende Größe.

So wie der Krieg das denkbar größte Gewaltverbrechen ist und der Zins die größte vorstellbare Ausbeutung, so kann man die Inflation ohne Übertreibung als den größten denkbaren Betrug bezeichnen. Und im Gegensatz zu vielen kleinen Gaunereien werden diese drei Kapital-Verbrechen von allen Staaten immer noch legitimiert (Helmut Creutz).

Der Wirtschaftshistoriker John L. King zieht eine Parallele zwischen Inflation und den Zinszahlungen für den »US-Kreditballon«. Im Januar 1988 schrieb er mir:

»Ich habe bisher hinlänglich über den Zins als die wichtigste Ursache der steigenden Preise geschrieben, da er in den Preisen für alle Dinge, die wir kaufen, versteckt ist; jedoch wurde dieser Gedanke, obwohl er den Tatsachen entspricht, bisher nicht recht akzeptiert. Neun Billionen US-Dollar Inlandschulden ergeben bei zehn Prozent Zins 900 Milliarden US-Dollar, die in steigenden Preisen bezahlt werden, und dies entspricht dem vierprozentigen Anstieg der Preise, den die Experten als Inflation bezeichnen. Ich habe den Zins und Zinseszins stets als eine unsichtbare Zerstörungsmaschinerie betrachtet, die gerade jetzt hart am Werk ist. Wir müssen versuchen, uns von dieser sinnlosen finanziellen Besessenheit zu befreien.«

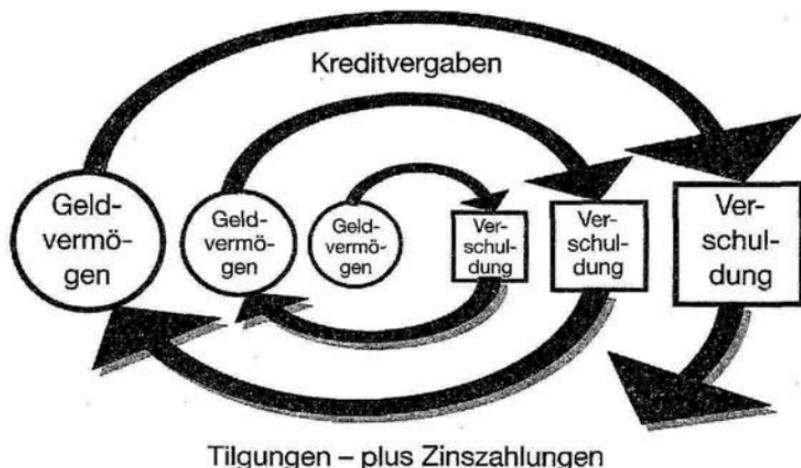
Allein während der dreiunddreißig Jahre von 1955–1988 stiegen die privaten und öffentlichen Schulden in den USA um tausend Prozent, wobei der größte Anteil auf die Unternehmen und Privathaushalte entfiel. Alle Mittel der Regierung wurden eingesetzt, um die Kreditaufnahme und damit das Wirtschaftswachstum weiter anzuheizen: Garantien bei der Vergabe von Darlehen, subventionierte Hypothekenraten, niedrige Eigenanteile beim Kauf von Häusern und Konsumgütern, erleichterte Konditionen bei der Kreditvergabe, Steuervorteile, Sekundärmärkte und Auszahlungsversicherungen.

Doch seit immer offensichtlicher wird, dass die Dollarflut durch die Wirtschaftsleistung der USA nicht mehr gedeckt ist, hat der Absturz des Dollar begonnen. In den Jahren seit 2002 hat die US-Währung 35 Prozent Wert gegenüber dem Euro und 24 Prozent gegenüber dem japanischen Yen verloren; allein seit Oktober 2004 beläuft sich der Wertverlust auf insgesamt 7 Prozent. Im September 2001 betrug die Brutto-Schuld 7815 Milliarden US-Dollar, verrechnet mit eigenen Forderungen an

## Abbildung 8

### Die monetäre Teufelsspirale

Automatische Eskalation der Geldvermögen und Schulden



© Helmut Creutz

Die sich selbst beschleunigende Entwicklung der Geldvermögen und Schulden wird in der Grafik als Schema dargestellt: Die überproportionale Zunahme der Geldvermögen erzwingt entsprechende Kreditausweitungen, die größeren Schuldenmassen führen zu verstärkten Zinsrückflüssen an die Geldvermögen, die dadurch wiederum zunehmen und zur erneuten Schuldenausweitung zwingen.

Wir haben es also hier mit einem widernatürlichen (positiv rückgekoppelten) Regelkreis zu tun, der sich in seiner Überentwicklung selbsttätig beschleunigt, anstatt sich wie natürliche (negativ rückgekoppelte) Regelkreise abzu-bremsen. In der Natur kennen wir solche positiv rückgekoppelten Regelkreise weitgehend nur bei krankhaften Entwicklungsprozessen, etwa dem eines Tumors. Bringt man das Überwachstum des Tumors nicht zum Stillstand, ist der biologische Organismus auf Dauer zum Zusammenbruch verurteilt. Das gleiche gilt auch für eine Volkswirtschaft, wenn ein wesentlicher Teil derselben, nämlich die Geldvermögen und Schulden, ständig weiter wuchern (Helmut Creutz).

das Ausland bleibt immer noch eine Netto-Verschuldung in Höhe von 3.493 Milliarden Dollar übrig. Bei einem BIP der USA von etwa 10 000 Milliarden Dollar beträgt die Auslandsverschuldung damit knapp 35 Prozent. Zum Vergleich: Die DDR wurde im Oktober 1989 von einer Arbeitsgruppe des Politbüros für bankrott erklärt, weil sie eine Westverschuldung von 49 Milliarden Valutamark hatte. Das waren lediglich 16 Prozent des BIP der DDR.

Die Erklärung für diese Politik ist, dass nur auf diese Weise die Reinvestition der Geldvermögen und damit der Kreislauf des Geldes aufrechterhalten und die Konsequenzen des Zinssystems für die große Mehrheit der Bevölkerung erträglicher gemacht werden konnten. *Durch das Erzeugen eines schnellen wirtschaftlichen Wachstums, das dem exponentiellen Wachstum der Geldvermögen folgt, bleiben die sozialen Konsequenzen noch eine Weile unsichtbar.* Der Teufelskreis, der sich ebenfalls immer schneller dreht, heißt nun: höhere Zinslasten, größere Geldvermögen in den Händen von immer weniger Menschen und Verschuldung, mehr soziale Ungleichheit und immer schlimmere Auswirkungen auf unsere Umwelt (siehe Abbildung 8). Viele Gesichtspunkte sprechen also dafür, diesen zerstörerischen finanziellen Zinsmechanismus durch eine andere Umlaufsicherung zu ersetzen. Mit einer vernünftigen Geldpolitik der Notenbank mit der Abschaffung des Zinses als Umlaufsicherung oder einer umfassenden Einführung komplementärer Währungen (s. Teil 2, Kapitel VIII).

## **Missverständnis Nummer fünf: Unser Geld- und Finanzsystem verhält sich neutral zu Fragen nachhaltiger Entwicklung**

Der Bericht an den Club of Rome »Die Grenzen des Wachstums« erklärte 1972 in seiner Präambel, dass das Geldsystem neutral sei und daher nicht thematisiert werde. Diese Auffassung besteht irrtümlicherweise in weiten Kreisen bis heute.

Die im Jahr 2003 von der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste herausgegebene Studie »Wie wir wirtschaften werden – Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte«<sup>6</sup> versteht sich explizit als Korrektur dieser Einschätzung und betont, unser Finanz- und Geldsystem sei ein äußerst wirkungsvolles und das bisher am meisten vernachlässigte Instrument zur Förderung nachhaltiger Entwicklung.

Damit findet die in der Gründung des globalisierungskritischen Netzwerks Attac zum Ausdruck gekommene Kritik an der heutigen Funktionsweise der internationalen Finanzmärkte nunmehr ganz offiziell Unterstützung aus wissenschaftlichen Kreisen. Die Studie listet fünf verhängnisvolle Wirkungen unserer gegenwärtigen Finanzarchitektur auf, die sich durch folgende Merkmale beschreiben lassen:

### **1. Instabilitäten im gegenwärtigen Finanzsystem**

Investitionen in die Zukunft basieren immer auf Spekulation, da unsichere zukünftige Entwicklungen in der Gegenwart abgeschätzt werden müssen. Die Finanzmärkte neigen jedoch sehr häufig dazu, aufgrund von vielerlei Instabilitäten falsche Investitionsentscheidungen hervorzubringen, etwa aufgrund von Intransparenz, mangelhafter Kontrolle und Kooperation oder Herdenverhalten.

## 2. Ungerichteter Wachstumsdruck

Das gegenwärtige Geld- und Finanzsystem verstärkt bei verschuldeten Wirtschaftsteilnehmern die Notwendigkeit, ökonomisches Wachstum um jeden Preis zu realisieren – unabhängig davon, ob sich damit die Lebensqualität verbessert.

## 3. Kurzfristorientierung

Das gegenwärtige Finanzsystem erschwert Investitionen in langfristige Projekte deutlich und bevorzugt eine kurzfristige Gewinnerorientierung.

## 4. Asymmetrische Wohlstandsverteilung

Das Sprichwort »Die erste Million ist die schwierigste« ist ebenso bittere Realität wie die sich vertiefende Spaltung der Welt zwischen Nord- und Südhalbkugel. Hierfür ist wesentlich der Aufbau unseres Geld- und Finanzsystems mitverantwortlich.

## 5. Entwertung von Sozialkapital

Verschiedene Faktoren beschreiben den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Dazu zählen die Folgen der marktförmigen Gestaltung immer weiterer Gesellschaftsbereiche sowie Veränderungen von Arbeitsbedingungen aufgrund einer immer schärferen Profitmaximierungsstrategie der Unternehmen.

Bereits einer dieser fünf Mängel der gegenwärtigen Finanzarchitektur hat zur Folge, dass die gegenwärtige Entwicklung nicht auf Dauer durchzuhalten ist – sie ist nicht zukunftsfähig.

Ganz explizit verweist die Studie auf das derzeitige Zinssystem als wesentliche Ursache dieser Missstände. Insbesondere wird der im gegenwärtigen Zinssystem begründete Wachstumszwang herausgestellt samt seinen erheblichen Nebenwirkungen. Anschaulich wird ebenfalls der Einfluss des Zinsni-

veaus auf alle ökologischen und sozialen Investitionsentscheidungen dargestellt.

Positive Zinsniveaus bevorzugen demnach generell und in erheblichem Maße kurzfristiges Denken. Mittels der betriebswirtschaftlich weltweit gängigen Abzinsung aller zukünftigen Ertragswerte um den gültigen Zinsfuß auf so genannte Kapitalwerte, rechnen sich langfristige Investitionen wirtschaftlich betrachtet nicht. Und diese wirtschaftliche Bewertung verändert sich radikal bei einer Senkung des allgemeinen Zinsniveaus.

Schließlich wird der Beitrag des Geld- und Zinssystems zur zunehmenden Auseinanderentwicklung der internationalen und nationalen Schere zwischen Arm und Reich betont, die zukünftig immer weniger durch staatliche Umverteilungen in Richtung auf eine symmetrische Wohlstandsverteilung abgeschwächt werden kann.

Zur Förderung nachhaltiger Entwicklung führt die europäische Akademie der Wissenschaften und Künste dreizehn Gestaltungsmöglichkeiten auf, darunter insbesondere lokale Komplementärwährungen und Barter-Organisationen. Diese würden ganz direkt die der Studie vorangestellten Nachhaltigkeitsziele unterstützen – im Unterschied zu elf weiteren, eher indirekt wirkenden und teilweise gut bekannten Instrumenten wie z. B. die Tobin-Steuer und Mikrokredite.

Die Autorengruppe wagte jedoch nicht, eine alternative Umlaufsicherung vorzuschlagen, obwohl diese nachweislich allen beschriebenen negativen Wirkungen der bisherigen Finanzarchitektur am nachhaltigsten entgegenwirken würde. Noch immer fürchten zahlreiche Wissenschaftler um ihre Reputation, wenn sie diese radikale (= an die Wurzel gehende) Lösungsmöglichkeit unterstützen. Sie wird im nächsten Kapitel beschrieben.

## II. Ein Geldsystem ohne Zinsen und Inflation

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts beobachtete Silvio Gesell, ein erfolgreicher deutsch-argentinischer Kaufmann, dass sich seine Waren manchmal schnell absetzen ließen und einen guten Preis erbrachten, während zu anderen Zeiten wiederum eine gegenteilige Entwicklung eintrat. Er begann darüber nachzudenken und Gründe dafür zu suchen. Bald erkannte er, dass dieses Auf und Ab wenig mit dem Bedarf an seinen Gütern zu tun hatte oder mit deren Qualität, sondern fast ausschließlich vom Preis des Geldes abhing, also den Zinsen, die das Verhalten der Geldbesitzer beeinflussten.

Wenn die Besitzer für ihr Geld weniger als zweieinhalb Prozent Zinsen erhielten, neigten sie eher dazu, es zu behalten und verursachten damit eine Verringerung der Investitionen. Die Folge war, dass weniger produziert werden konnte und es weniger Arbeitsplätze gab. Waren dann nach einiger Zeit die Leute wieder bereit, mehr Zinsen für Geld zu bezahlen, kam es erneut in Umlauf. Auf diese Weise entstand ein neuer wirtschaftlicher Zyklus mit anfangs hohen Zinssätzen und entsprechenden Preisen für die Waren. Dann verringerten sich mit langsam steigendem Waren- und vermehrtem Geldangebot die Zinssätze wieder und führten schließlich wiederum zu einem »Streik« der Geldhalter.

Gesell erklärte dieses Phänomen damit, dass Geld im Gegensatz zu allen anderen Gütern und Dienstleistungen praktisch ohne Kosten zurückbehalten werden kann. Wenn jemand eine Tasche voll Äpfel hat und eine andere Person das Geld, um diese Äpfel zu kaufen, so wird derjenige mit den Äpfeln in kurzer

Zeit gezwungen sein zu verkaufen, wenn er nicht seine Ware durch Verderb verlieren will. Der Geldbesitzer jedoch kann warten, bis der Preis seinen Erwartungen entspricht. Sein Geld verursacht keine »Lagerkosten« – im Gegenteil, es bringt ihm einen »Liquiditätsvorteil«, das heißt, mit Geld in der Tasche oder Kasse ist man beweglich und kann warten, bis der günstigste Zeitpunkt beziehungsweise Preis für eine Ware erreicht ist. Und wenn zwei in Verhandlungen treten, von denen der eine unter Druck steht, macht der andere den Profit.

Wenn nun ein Geldsystem entwickelt werden könnte, in dem das Geld ebenso wie alle anderen Dienstleistungen und Waren »Lagerkosten« verursacht, folgte Gesell, dann müsste logischerweise auch eine Wirtschaft frei vom Auf und Ab der Geldspekulation entstehen. Dabei müssten für diese Kosten im Mittel fünf Prozent jährlich zugrunde gelegt werden, was im Durchschnitt etwa den Zinsen entspräche, die im Laufe der Geschichte für Geld bezahlt wurden. Er schlug vor, das Geldsystem so zu gestalten, dass das Geld darin »rostet«, das heißt, es sollte einer Benutzungs- oder Rückhaltegebühr unterworfen werden.

## **Eine Nutzungsgebühr ersetzt die Zinsen**

1916 formulierte Silvio Gesell seine Idee einer »natürlichen Wirtschaftsordnung«<sup>1</sup>, die den Geldfluss sichert, indem Geld zu einer staatlichen Dienstleistung wird, für die Menschen eine Nutzungsgebühr entrichten. *Statt denjenigen, die mehr Geld haben, als sie benötigen, für die Freigabe des Geldes eine Belohnung (sprich Zins) zu geben, sollen diese eine geringe Gebühr (sprich Nutzungsgebühr) zahlen, wenn sie ihr Geld vom Umlauf zurückhalten.* Diese Gebühr kommt nicht einzelnen zugute, sondern der Allgemeinheit und damit allen aktiv am Marktgeschehen Beteiligten, die miteinander Aus-

tausch betreiben und die Akzeptanz des Zahlungsmittels gewährleisten.

Um diesen Gedanken besser zu verstehen, ist es hilfreich, das Geld mit einem Eisenbahnwaggon zu vergleichen, der ebenso wie dieses den Austausch von Gütern erleichtert. Auch hier bekommt der Benutzer für die Freigabe des Waggons am Zielort keine Prämie. Vielmehr wird er mit einer Standgebühr zur Kasse gebeten, wenn er den Waggon nicht entlädt. Und dieses »Standgeld« ist hoch genug, dass die meisten Benutzer den Waggon innerhalb kurzer Zeit abfertigen und damit anderen zur weiteren Nutzung überlassen. Das wäre im Grundsatz alles, was wir mit dem Geld tun müssten, um die negativen Folgen des Zinses zu vermeiden. Der jeweilige Benutzer bezahlt ein geringes »Standgeld« oder eine Bereitstellungsgebühr, wenn er das Geld länger behält, als für den Zweck des Austauschs erforderlich ist.

Während heutzutage Zinsen einen privaten Gewinn darstellen, würde die Bereitstellungsgebühr für das Geld eine öffentliche Einnahme sein, mit der die Kosten der Notenbank für den Geldumtausch abgedeckt werden. Überschüsse gingen – wie heute auch – in die Bundeskasse und könnten für Schuldentilgungen zweckgebunden werden. *Eine solche Änderung – so einfach sie auch scheinen mag – stellt eine Lösung dar für die vielen Probleme, die durch den Zins und Zinseszins hervorgerufen werden.*

Silvio Gesell nannte dieses Geld, weil es zinsfrei wäre, »Freigeld«<sup>2</sup>. Dieter Suhr hat dafür in den letzten Jahren den Begriff »Neutrales Geld«<sup>3</sup> geprägt, weil es »verteilungsneutral« allen dient und keinem einseitige Vorteile einräumt wie das heutige Geld. Peter Knauer bezeichnet die Gebühr, die den Zins als Umlaufsicherung ersetzt, als Bereitstellungsgebühr.<sup>4</sup> Dieser Bezeichnung möchte ich mich anschließen. In der historischen Betrachtung benutze ich die zu der jeweiligen Zeit gebräuchlichen Bezeichnungen.

## Erste Experimente mit zinsfreiem Geld

In den dreißiger Jahren unternahmen die Anhänger der Gesellschaftlichen Theorie der Freiwirtschaft einige Versuche mit zinsfreiem Geld, welche die Richtigkeit ihrer Gedanken bewiesen. In Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich, Spanien und den USA gab es Bemühungen, Freigeld einzuführen, um die Arbeitslosigkeit zu beheben. Am erfolgreichsten erwies sich ein Versuch im österreichischen Wörgl.<sup>5</sup>

Die Tiroler Marktgemeinde, damals 4200 Einwohner zählend, begann sich 1932 mit dem Thema Geldreform zu befassen. Der Bürgermeister überzeugte Kaufleute und Verwaltung, dass sie viel zu gewinnen, aber nichts zu verlieren hätten, wenn sie ein Geldexperiment durchführen würden, so wie es in Silvio Gesells Buch »Die natürliche Wirtschaftsordnung« vorgeschlagen wurde.

Die Einwohner stimmten zu, und so gab der Wohlfahrtsausschuss eigene Geldscheine, die »Arbeitsbestätigungen« genannt wurden, im Wert von 32 000 Schilling heraus. Sie wurden durch den gleichen Betrag gewöhnlicher österreichischer Währung abgedeckt und deshalb als gleichwertig angesehen. Die Stadt bezahlte Löhne und Material mit diesen Geldscheinen. Und mit Hilfe der wieder in Fluss geratenen Steuereinnahmen ließ sie eine Skisprungschanze erbauen, verbesserte Straßen und Kanalsysteme. Die Geschäftsleute nahmen das neue Geld ebenfalls an. Die Nutzungsgebühr für dieses Tauschmittel betrug ein Prozent monatlich, also zwölf Prozent im Jahr, und musste von demjenigen entrichtet werden, der die Geldscheine am Ende des Monats besaß. Sie wurde in Form einer Marke mit dem Wert von einem Prozent des Nennwerts entrichtet, die man auf die Rückseite klebte. Ohne diese Marke war das Geld ungültig. *Die geringe Gebühr bewirkte, dass ein jeder, der es als Bezahlung erhalten hatte, dieses Geld so*

schnell wie möglich wieder ausgab, bevor er sein gewöhnliches Geld benutzte. Die Bewohner von Wörgl bezahlten sogar ihre Steuern im Voraus, um die Gebührenkosten zu vermeiden. Innerhalb eines Jahres waren die 5490 Arbeitsbestätigungen 463mal umgelaufen und hatten auf diese Weise Güter und Dienstleistungen im Wert von  $(5490 \times 463 =) 2\,283\,840$  Schilling ermöglicht.<sup>6</sup>

Gerade zu jener Zeit, in der viele Länder Europas mit zunehmender Beschäftigungslosigkeit zu kämpfen hatten, senkte Wörgl seine Arbeitslosenquote um 25 Prozent innerhalb dieses einen Jahres. Die von der Stadtverwaltung eingenommene Gebühr betrug zwölf Prozent = 658 Schilling, die für öffentliche Zwecke verwendet wurden; das heißt, für das Wohl der Gemeinschaft und nicht zur Bereicherung einzelner.

Als sich dann über 100 Gemeinden in Österreich für das Modell zu interessieren begannen, sah die Österreichische Nationalbank ihr Monopol gefährdet. Sie intervenierte und ließ die weitere Verwendung dieses lokalen Geldes verbieten. Ebenso erging es entsprechenden Versuchen in der Schweiz und in Frankreich. Auch in Deutschland passten die Freigeld- und Tauschringexperimente der dreißiger Jahre nicht ins nationalsozialistisch-zentralistische Konzept einer Geldordnung. Die 1929 gegründete Wära-Tauschgesellschaft, die bis 1931 bestand, verhalf Schwanenkirchen mitten in der Krise zu einem erstaunlichen wirtschaftlichen Aufschwung. Der Ausbreitung dieses überregionalen Versuchs einer Selbsthilfeaktion auf privater Basis wurde jedoch durch die Verordnung über Notgeld vom 30. Oktober 1931 ein Ende gesetzt. Herstellung, Ausgabe, Weitergabe und Annahme der Wära-Scheine (die ebenfalls mit Marken von einem Prozent des Wertes beklebt wurden, um die monatliche Abwertung auszugleichen) wurden verboten.<sup>7</sup>

Doch die Notgeldverordnung sollte sich als ein Fehlschlag herausstellen, denn die Tauschgesellschaften stiegen daraufhin auf bargeldlose Zahlungsmethoden um, und es gründeten

sich etliche so genannte »Ausgleichskassen«. Erst 1933 und 1934 trafen Banken und Reichsbank, die ihre Position im Geldwesen gefährdet sahen, den Lebensnerv der Ausgleichskassen und Arbeitsgemeinschaften durch das Verbot von Einlagen, worüber nicht durch Barabhebung verfügt werden konnte.<sup>8</sup> Damit wurde auch den Tauschringexperimenten ein vorzeitiges Ende bereitet.

In Dieter Suhrs Buch »The Capitalistic Cost-Benefit Structure of Money« (Die kapitalistische Kosten-Nutzen-Struktur des Geldes) berichtet Cohrssen von dem Versuch, das Konzept von Gesell 1933 im Rahmen des »Stamp Scrip Movement« (»Marken-Geld-Bewegung«) in den USA einzuführen.<sup>9</sup> Cohrssen war Mitarbeiter von Irving Fisher, einem der bekanntesten Ökonomen und Geldtheoretiker in den USA. Fisher, der sich selbst als »bescheidener Schüler des Kaufmanns Gesell« bezeichnet hatte, unterstützte Versuche mit zinsfreiem Geld in den USA. »Freigeld«, hat Fisher einmal gesagt, »könnte der beste Regulator der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sein, die der verwirrendste Faktor in der Stabilisierung des Preisniveaus ist. Bei richtiger Anwendung könnte es uns tatsächlich binnen weniger Wochen aus der Krise heraushelfen.«<sup>10</sup> Zu jener Zeit planten in den USA mehr als hundert Gemeinden, darunter mehrere große Städte, Geld einzuführen, das ähnlich wie die Arbeitsbestätigungen in Wörgl funktionieren sollte.

Arbeits-, Innen- und Wirtschaftsministerium in Washington befassten sich mit diesbezüglichen Anträgen, und obwohl keines von ihnen dagegen war, sahen sie sich nicht imstande, eine Genehmigung durchzusetzen. Zuletzt fragte Dean Acheson, der spätere Innenminister, den wirtschaftlichen Berater der Regierung, Harvard-Professor Russel Sprague, was dieser davon halte.

Cohrssen erinnert sich eines Treffens mit ihm, das sehr herzlich verlief und bei dem Sprague meinte, dass im Grunde nichts gegen die Herausgabe von Markengeld einzuwenden sei, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dennoch wandte er

ein, dass das Vorhaben weit darüber hinausginge: Es wäre eine Maßnahme, die das amerikanische Geldsystem vollkommen umstrukturieren würde, und er hätte nicht die Vollmacht, eine solch massive Veränderung zu befürworten.

Damit war der »Stam-Script-Bewegung ein abruptes Ende beschieden, einem Modellprojekt, das wahrscheinlich zu einer wirklichen Geldreform geführt hätte.

Präsident Roosevelt verfügte im März 1933, die Banken zeitweise zu schließen, und er verbot, irgendwelches Notgeld herauszugeben. Als Schlussfolgerung aus seinen intensiven Bemühungen schrieb Cochrane: »Insgesamt können wir sagen, dass die technischen Schwierigkeiten, um eine Stabilität des Geldes zu gewährleisten, im Verhältnis zum mangelnden Verständnis des Problems sehr klein sind. Solange die Illusion des Geldes nicht überwunden wird, wird es unmöglich sein, die notwendige Geldstabilität politisch durchzusetzen.«<sup>11</sup>

## Ein Lösungsansatz für heute

Grundlage einer Geldreform müsste die Erkenntnis eines großen Teils der Bevölkerung sein, dass wir das Geld auf seine Funktionen als Tauschmittel, Preismaßstab und gleich bleibenden Wertspeicher zu beschränken haben, wenn wir die Probleme lösen wollen, die seine jetzige Zusatzfunktion als Wertaufbewahrungsmittel mit exponentiell wachsenden Ansprüchen in Form von Zinsen verursacht. Wenn sich diese Erkenntnis in konkretes politisches Handeln umsetzen ließe, könnte die einfachste Lösung folgendermaßen aussehen:

Die EZB beschließt auf Weisung der Regierungen, den Umlauf des Geldes statt über Zinsen über eine Bereitstellungsgebühr (im Fachjargon als »Demurrage« bezeichnet) sicherzustellen.

Die Bereitstellungsgebühr als Umlaufsicherung macht eine

genaue Anpassung an die für alle Transaktionen notwendige Geldmenge möglich. Ist genug neues Geld für die Ausführung sämtlicher Transaktionen vorhanden, braucht kein weiteres mehr in Umlauf zu gelangen. Damit folgt das Anwachsen der Geldmenge dem Wachstum der Wirtschaft und dieses wiederum dem natürlichen Wachstum (*Kurve a, Abbildung 1*). Hat man mehr Bargeld, als man zur Zeit benötigt, zahlt man es als Guthaben bei der Bank ein. Damit werden die Bereitstellungsgebühren – je nach Laufzeit des Guthabens – beträchtlich verringert oder ganz aufgehoben. Wie *Abbildung 9* veranschaulicht, wird die heutige »Zinstreppe« durch eine »Bereitstellungsgebührentreppe« ersetzt. Bei Bargeld ist die Gebühr am höchsten; bei langfristigen Anlagen entfällt sie vollständig.

Erhalten die Banken Geld ohne Zinsen als Einlagen und müssen sie ebenfalls Bereitstellungsgebühren entrichten, wenn sie das Geld nicht weitergeben, so brauchen auch Kreditnehmer keine Zinsen mehr zu bezahlen. Es bleiben somit nur Bankvermittlungs- und Risikogebühren sowie der Inflationsausgleich übrig, die auch im derzeitigen System im Kredit enthalten sind.

### Die **Kreditkosten** betragen im Jahresdurchschnitt

#### bei **Zins tragendem** Geld (2001)

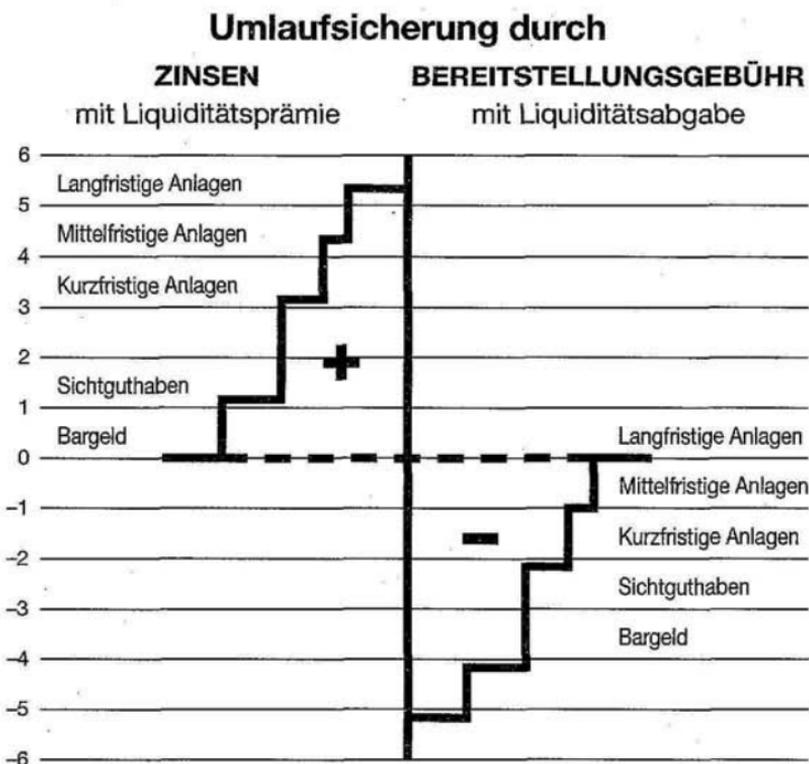
a) <i>Arbeit der Bank</i>	1,7%
b) <i>Risikoprämie</i>	0,8%
c) <i>Liquiditätsprämie</i>	2,2%
d) <i>Inflationsausgleich</i>	1,0%
<i>Insgesamt</i>	5,7%

#### Bei **verteilungsneutralem** Geld

a) <i>Arbeit der Bank</i>	1,7%
b) <i>Risikoprämie</i>	0,8%
c) <i>Liquiditätsprämie</i>	0,0%
d) <i>Inflationsausgleich</i>	1,0%
<i>Insgesamt</i>	3,5%

Obwohl Neutrales Geld den Guthabenbesitzern keine Zinsen mehr einbringt, lohnt es sich, Geld zu sparen, denn das Geld behält seinen stabilen Wert, da mit einem umlaufgesicherten Geld endlich auch die Notenbank die Geldmenge präzise

**Abbildung 9**



Im Gegensatz zum Zins als Liquiditätsprämie, der Einnahmen aus Geld ermöglicht, wenn das Geld verliehen wird, verursacht die Liquiditätsabgabe Kosten, wenn das Geld zurückbehalten wird. In beiden Fällen sind die langfristigen Anlagen die günstigsten, die kurzfristigen Anlagen, Geld auf Girokonto und Bargeld am ungünstigsten. Zinsen sind vorwiegend eine private Einnahmequelle und wachsen durch den Zinseszins-Effekt exponentiell (Abbildung 1, Kurve c). Die Liquiditätsabgabe ist eine staatliche Einnahmequelle und erhöht sich nur in dem Maß, wie die Geldmenge wachsen muss, um alle Tauschvorgänge abzuwickeln, das heißt in einer natürlichen Wachstumskurve (Abbildung 1, Kurve a). Statt Umverteilung von Reichtum als Folge der Umlaufsicherung durch den Zins wirkt die Liquiditätsabgabe verteilungsneutral; statt Inflation, Deflation und Crash sind natürliches und optimales Wachstum möglich.

steuern kann; das heißt, für die Banken ergeben sich langfristig weit geringere Risiken als im heutigen Geldsystem.

Die Bereitstellungsgebühr schafft klare Verhältnisse für die Kreditvergabe, weil jeder darauf aus ist, Geld langfristig anzulegen, um ihr zu entgehen. Die Gebühr selbst – soweit sie die Banken einziehen – fließt der Bundesbank beziehungsweise dem Staat zu und käme somit letztlich allen zugute – nicht nur, wie die Zinsen heute, einer kleinen Minderheit. Ansonsten würde sich praktisch wenig ändern. *Die Aufgabe der Banken bleibt weiterhin die Vermittlung von Geld.*

Um ein Gleichgewicht zwischen volkswirtschaftlicher Leistung und der Geldmenge zu gewährleisten, geben die Banken – genau wie heute – größere Überschüsse an Neutralem Geld an andere Banken mit Geldbedarf weiter beziehungsweise an die Zentralbank zurück. Schwankungen in der Nachfrage nach Krediten können über einen niedrigen Knappheitsindikator (Anreiz zum Leihen plus ein Prozent, wenn zu viel Geld vorhanden ist; Gebühr von minus einem Prozent, wenn es knapp ist) austariert werden. Dieser Knappheitsindikator von plus/minus einem Prozent ist aber *nicht (wie heute der Zins) ein Mechanismus zur ständigen Umverteilung des Reichtums.*

Knappheitsindikator, Risikoprämie und Bereitstellungsgebühr zusammen wären »verteilungsneutrale Größen«, deshalb die Bezeichnung »Neutrales Geld«. Im Gegensatz dazu ist der Zins, der neben Knappheitsindikator, Risikoprämie, Bearbeitungskosten und Inflationsausgleich eine Belohnung für die Aufgabe von *Liquidität* enthält, *nicht* verteilungsneutral. Der entscheidende Unterschied liegt also im Ersatz der Liquiditätsverzichtsprämie (= Zins) durch eine Liquiditätsabgabe (= Nutzungsgebühr), und da durch die Umlaufsicherung auch die Inflation überwunden werden kann, entfällt der heute im Zins enthaltene Inflationsausgleich.

Die *Hortung barer Scheine* des neuen Geldes kann heute auf einfachere Weise als mit dem Aufkleben von Marken auf der Rückseite von Banknoten wie im Beispiel Wörgl (siehe Seite 52.) verhindert werden. Nach dem Vorschlag von Helmut Creutz wird, ähnlich wie beim Zahlenlotto, eine Umlaufsicherung durch Auslosung einer Geldscheingröße vorgenommen.<sup>12</sup> Geht man von den heutigen acht Geldscheingrößen aus (5, 10, 20, 50, 100, 200, 500, 1000 Euro), dann muss jeweils im Durchschnitt nur ein Achtel der gesamten Bargeldmenge eingezogen werden.

Für die Auswahl bietet sich in optimaler Weise die heute allgemein bekannte *Kugel-Auslosungsmethode* an, die auch bei den wöchentlichen Lotto-Ausspielungen eingesetzt wird. Durch eine entsprechende Relation zwischen farbigen Geldscheinkugeln mit entsprechender Größenmarkierung und weißen Blindkugeln ist die Häufigkeit des Umtausches einfach zu regulieren.

So kann man zum Beispiel die Auslosungen regelmäßig am ersten Samstag im Monat durchführen und das Verhältnis der Kugeln so bestimmen, dass es im statistischen Durchschnitt zu zwei Umtauschvorgängen im Jahr kommt. Wenn eine Geldscheingröße ausgelost wird, läuft die Umtauschfrist bis zum Ende des Monats. Bis dahin sind auch die »aufgerufenen« Geldscheine weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel, das heißt, man kann mit ihnen in allen Geschäften bezahlen, wobei jedoch die Nutzungsgebühr abgezogen wird. Wer diese Scheine bis zum Ende des Monats nicht ausgegeben hat, kann sie danach bei lokalen Banken gegen Abzug derselben Gebühr umtauschen.

Da niemand gern eine solche Gebühr bezahlt, schränkt jeder seine Geldscheinhaltung auf den erforderlichen Umfang ein und baut überschüssiges Geld durch Einzahlung als Bankguthaben ab.

Beim Umtausch einer Geldscheingröße braucht man nur auf *eine* Stückelung zu achten. Da die neuen Scheine eine

andere Farbe als die alten haben, sind sie leicht zu unterscheiden. Wenn beispielsweise neu herausgegebene Hunderter in einem gelben Farbton in Umlauf kommen, fällt jeder alte blaue Hunderter auf. Außerdem wird die Länge oder Breite der neuen Scheine um einige Millimeter verändert und die Leitfarbe bis zur Außenkante durchgezogen. Damit ragt jeder andere Schein auch aus dem dicksten Geldbündel hervor, ohne dass man es durchzublättern braucht. Ein Einschmuggeln von abgelaufenen Scheinen ist praktisch unmöglich.

Gegenüber anderen Verfahren wie Klebe-, Stempel- oder Drei-Serien-Geld hat die Auslosung einer Geldscheingröße den Vorteil, dass man kein neues Geld ausgeben muss, sondern beim gewohnten bleiben kann und dass die Kosten nicht viel höher sind als der normale Ersatz alter Geldscheine heute.

Eine solche Reform der Geldumlauftechnik bedeutete für die achtzig bis neunzig Prozent der Bevölkerung, die beim heutigen System draufzahlen (siehe Kapitel I), einen enormen Zuwachs an Kaufkraft (etwa dreißig bis fünfzig Prozent). Den zehn Prozent, die jetzt von dem System profitieren, wird zwar der Zuwachs ohne Arbeit verwehrt, aber dafür eine langfristige gleich bleibende Erhaltung ihrer Geldvermögen geboten.

Das Neutrale Geld ist nicht nur *verteilungsneutral* – was heißt, dass keinem durch den Besitz von Geld einseitige Vorteile erwachsen –, sondern auch *zeitneutral*. Wie jeder eine Ausbildung oder Wohnung zum Leben braucht, gibt es keinen vernünftigen Grund, warum ein Kind in 24 Jahren das Vielfache dafür zahlen soll. Das Neutrale Geld stellt sicher, dass ich für das Darlehen, das ich heute aufnehme, um mein Haus zu bauen, in den 24 Jahren, die ich es abzahle, etwas Gleichwertiges in den volkswirtschaftlichen Kreislauf zurückgegeben habe.

Wenn die Guthabenbesitzer, die mir ihr Geld leihen, dieses Geld in Waren anlegen müssten, hätten sie auf alle Fälle »Durchhaltekosten«. Häuser müssen unterhalten werden, Klei-

der werden unmodern und sind von Motten bedroht, Getreide und Nahrungsmittel können verderben und müssen vor Mäusen geschützt werden. Im Durchschnitt kostet Lagerhaltung etwa fünf Prozent des Werts der gelagerten Güter. Also können die Geldbesitzer schon froh sein, wenn sie den vollen Wert ihres Geldes zurückbekommen, weil man ihnen hilft, die Durchhaltekosten zu reduzieren.

Natürlich wird es beim Übergang zum Neutralen Geld eine Flucht in andere »Kapitalien« geben – mit entsprechenden Preisanstiegen, also auch mit entsprechenden Renditen. Zu den interessanter werdenden Kapitalien gehört dann alles, was über die reine Werterhaltung hinaus noch Nutzen und Erträge abwirft. Schöne Bilder oder Skulpturen, die Werterhaltung erwarten lassen, garantieren neben diesem Nutzen noch den täglichen Ertrag an Kunstvergnügen. In dieser Beziehung sind sie dann bloß langweiligen Obligationen, die nur Bestanderhaltung bieten, überlegen. Das dürfte auch der Grund sein, warum im Mittelalter, als die Brakteaten in Umlauf waren, so viel in »Kunst am Bau« investiert wurde (siehe Kapitel V).

Was die Einführung eines Neutralen Geldsystems nicht automatisch löst, ist das Problem, wie mit der bisher entstandenen Ungleichheit umgegangen wird. Der Versuch eines Ausgleichs über höhere Vermögens- oder Erbschaftssteuern ist dann eine weitere wichtige politische Veränderung, mit der parallel begonnen werden muss.

Die oben beschriebene Geldreform – im großen Maßstab durchgeführt – muss zusätzlich von einer Land- und Steuerreform begleitet werden. Oder sie müsste in kleinen Schritten von unten her erfolgen (siehe Kap. VIII). Ohne eine Landreform würde sonst überschüssiges Geld von der Bodenspekulation angezogen. Ohne eine Steuerreform, die uns zu einem anderen Umgang mit den Gütern der Natur bewegt, bleiben die ökologischen Probleme bestehen.

## Die notwendige Bodenreform<sup>13</sup>

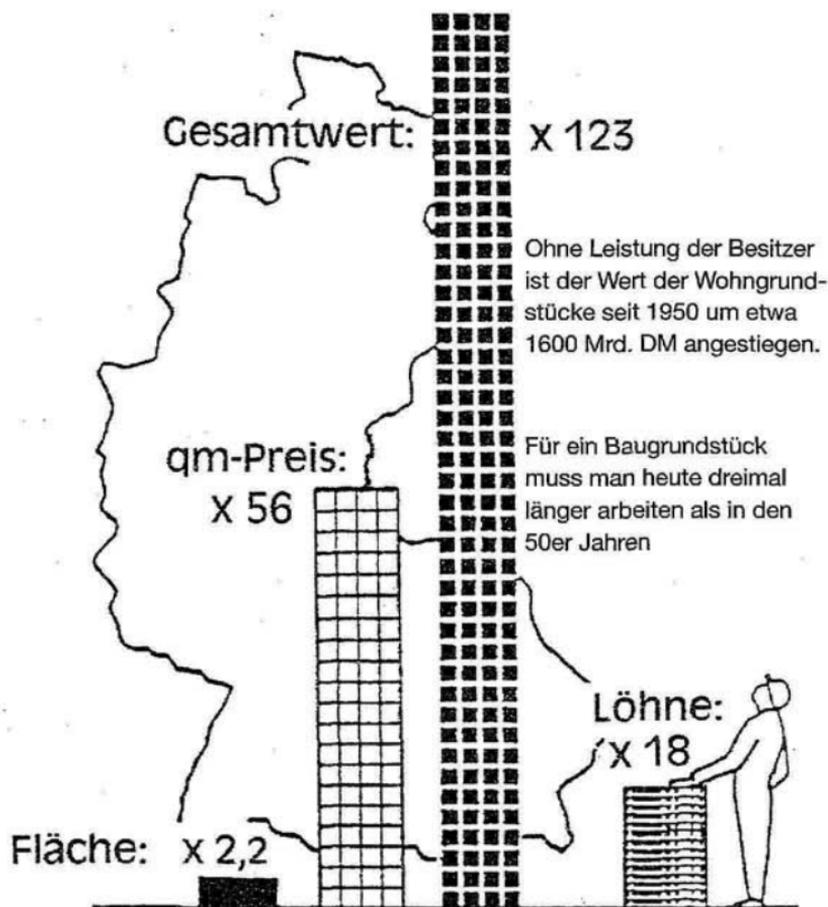
In dem Maße, wie die Geldreform ihre Ziele erreicht und die Zinsen sinken, wächst ein anderes Problem: steigende Bodenpreise.<sup>14</sup> Denn die sinkenden Zinsen lassen die Bodenrenten, d. h. den laufenden Ertrag, der sich z. B. aus der Verpachtung des Bodens ergibt, unberührt. Eben deshalb steigt der Kapitalwert des Bodens. Sinkt der Zinssatz z. B. auf die Hälfte, so ist danach (für eine Finanzierung durch Banken) der doppelte Kapitalertrag notwendig, um die Pacht eines bestimmten Grundstücks mit einem entsprechenden Zinsertrag zu erzielen. Die Bodenpreise werden also steigen. Umgekehrt müssen bei steigendem Zinssatz die Bodenpreise sinken, weil jetzt mit einem geringeren Kapitalertrag der Zinsertrag erzielbar ist, der die entsprechende Pacht bezahlt. Steigende Zinssätze lassen also die Bodenpreise fallen und umgekehrt, ohne dass sich an der Nachfrage nach Boden etwas ändern muss. Wenn Geld als Ertragsquelle ausscheidet, wird der Boden unbezahlbar und damit unverkäuflich. Um

Auf den Boden sind wir genauso unausweichlich angewiesen wie auf Licht, Luft und Wasser. Das gilt nicht nur für die bodenbearbeitende Landwirtschaft, sondern für jeden Menschen, und sei es auch nur bezogen auf das Wohnen.

Da die Menschheit ständig wächst, der Boden sich aber nicht vermehren lässt, nimmt seine Knappheit und damit sein Preis immer mehr zu. Infolgedessen wachsen die leistungslosen Gewinne der Bodeneigentümer, sowohl beim Verkauf wie bei der Verpachtung. Nicht anders als beim Geld- und Sachkapitalzins verringern sich als Folge auch hier die leistungsbezogenen Einkommen der Werteschaffenden.

Wie die Grafik zeigt, musste der Erwerber eines Baugrundstücks bereits 1982 dreimal länger für die Kaufsumme arbeiten als 1950. Das heißt, der Boden wird für Normalverdiener immer unbezahlbarer. Und da der Bodenwert über die Mieten mitverzinst wird, steigen entsprechend auch die Kosten des Wohnens an. In Citylagen sind Mieten darum kaum noch tragbar, da – hier – bereits die Bodenverzinsung die sonstigen Mietkosten um ein Mehrfaches übersteigt (Helmut Creutz).

## Anstieg der Grundstückspreise in Westdeutschland 1950–1995



dies zu verhindern, wird eine Reform der Bodenordnung erforderlich, die greift, bevor die Geldreform ihre Auswirkungen in umfassend sinkenden Zinssätzen zeigt.

### **Wie könnte diese aussehen?**

Sie ist von ihrem Grundgedanken her einfach, der Geldreform vergleichbar und lässt sich am besten in drei Stufen darstellen:

Die Erde wird als Erbteil der gesamten Menschheit angesehen (1. Stufe). Die Gemeinschaft vergibt Nutzungsrechte (Pacht oder Erbbaurecht) gegen ein Nutzungsentgelt an die Meistbietenden und schöpft auf diesem Wege die Bodenrenten ab (2. Stufe). Die Einnahmen verteilt sie gleichmäßig pro Kopf der Bevölkerung zurück (3. Stufe). Für den, der nicht mehr und nicht weniger Boden als der Durchschnitt seiner Zeitgenossen in Anspruch nimmt, ist dann die Nutzung im Ergebnis kostenlos, weil das Nutzungsentgelt, das er bezahlt, dem Betrag entspricht, den er über die Rückverteilung erhält.

Die Vergabe an die Meistbietenden führt dazu, dass die Nutzungsrechte den einzelnen Menschen nach ihren jeweiligen Fähigkeiten und Bedürfnissen zugute kommen, während die Bodenrente zunächst der Gemeinschaft zufließt. Geht man von einer bereits verteilten Erde aus, so kommt man zum gleichen Ergebnis durch Rückkauf des Bodens und Neuvergabe oder aber durch Belastung des bestehenden Eigentums mit einer Abgabe in Höhe der Bodenrente. Da die Belastung dem Bodeneigentum mit der Bodenrente seinen Kapitalwert entzieht, wird eine Entschädigung erforderlich, die von der Gemeinschaft jedoch aus den Nutzungsentgelten bezahlt werden kann.

So werden beide nach unterschiedlichen Maßstäben verteilungsfähig:

- die Nutzungsrechte nach den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Nutzer, also letztlich nach dem Grundsatz »Jedem das Seine«

- der ökonomische Wert des Bodens hingegen nach dem Grundsatz »Jedem das Gleiche«.

Und die Bodenreform wird beiden Aspekten gerecht, indem sie uns entsprechend unserer Unterschiede als Individuen mit – nach Lage, Umfang und Nutzbarkeit – unterschiedlichen Nutzungsrechten ausstattet, während sie uns dort, wo wir gleich sind, d. h. als Menschen für unsere unterschiedliche Entwicklung die gleiche ökonomische Basis gibt.

Zwei Folgen dieser Regelung liegen auf der Hand: Erstens wird der Boden unter der Last der Abgabe nicht mehr gehortet, und zweitens hat der Besitz keinen Eigenwert mehr, er wird nur noch um der Nutzung willen angestrebt und legitimiert sich aus der Nutzung. Er eignet sich also nicht mehr als Spekulationsobjekt. Da Wertsteigerungen nicht beim Besitzer bleiben, sondern über die Bodenrente mit abgeschöpft werden, verliert der Besitzer das Interesse daran, die Stadt- und Regionalplanung im Sinne einer Wertsteigerung seiner Grundstücke zu beeinflussen. Die Bodenordnung wird planungsneutral. Planung kann damit endlich zu einem offenen, demokratischen Prozess werden, ohne befürchten zu müssen, durch öffentlich geäußerte Überlegungen Spekulationswellen auszulösen, die heute durch entsprechende Bodenpreissteigerungen oft genug den Planungserfolg torpedieren.

Die Rückverteilung macht jeden Menschen zum Teilhaber an der Erde. Aus den Einnahmen über die Rückverteilung kann jede/r sich eine durchschnittliche Boden- und sonstige Ressourcennutzung leisten. Steigende Entgelte für Boden- und Ressourcennutzung, wie sie als Folge ökologischer Politik zwangsläufig zu erwarten sind, werden ihn nicht schrecken. Das hat für den Erfolg ökologischer Politik die entscheidende Konsequenz, dass ihr bei steigenden Abgaben auf Boden- und Umweltnutzung nicht mehr – wie heute – die demokratischen Mehrheiten verloren gehen. Jeder Bürger wird an einer optimalen Planung und Entwicklung interessiert sein – optimal in

dem Sinne, dass alle Aspekte, die für die Gestaltung der Erdoberfläche und die Begrenzung ihrer Nutzung erforderlich sind, auf sachgemäße Weise in die Entscheidungen eingehen. Erst so, aus dieser Gesamtverantwortung heraus, werden wir daher als Menschheit ökologisch handlungsfähig.

Das zeigt sich auch bei dem Problem, das uns heute besonders auf den Nägeln brennt, dem Klimaproblem. Wendet man die oben beschriebenen drei Stufen auf diese Frage an, so bedeutet dies: der atmosphärische Aufnahmespeicher für CO<sub>2</sub> ist als ein Gut der ganzen Menschheit anzusehen. Seine zulässige Nutzung wird auf das klimatisch vertretbare Maß beschränkt. Die sich daraus ergebenden Nutzungsrechte werden meistbietend vergeben und der Erlös gleichmäßig pro Kopf der Bevölkerung an die Staaten – nach ihrer Einwohnerzahl – zurückverteilt. Für unterdurchschnittliche Nutzer des atmosphärischen Aufnahmespeichers ergibt sich aus Nutzungsentgelten und Rückverteilung ein positiver Saldo, überdurchschnittliche Nutzer werden Nettozahler.

Die extrem unterschiedliche Inanspruchnahme der Atmosphäre führt dann im Ergebnis zu erheblichen Zahlungen der Industriestaaten (als überdurchschnittliche Nutzer) an die Entwicklungs- und Schwellenländer, vor allem an China und Indien. Diese Länder bekommen dadurch nicht nur einen großen Anreiz, zum Erhalt der Transferzahlungen ihre eigene Industrialisierung und Verkehrsentwicklung in einem emissionsarmen Sinne zu gestalten, sondern zugleich die finanziellen Mittel dazu, z. B. zum Ausbau einer auf die Schiene setzenden Verkehrsinfrastruktur.

Bedenkt man, dass gerade von der Entwicklung dieser Länder die Rettung des Weltklimas abhängen wird, so werden sich auch die Industriestaaten, die eigentlichen Verursacher des Problems, der Notwendigkeit dieser Zahlungen nicht entziehen können. Und ist es nicht ein befreiender Gedanke, dass gerade durch die Verwirklichung des Menschenrechts auf glei-

che Teilhabe an dieser Erde ein funktionsfähiges System entsteht, das den ökologischen Notwendigkeiten zu weltweiter Wirksamkeit verhilft?

In Bezug auf den Boden besteht z. Zt. in Deutschland die Chance zu einem bescheidenen, aber nicht unwichtigen Schritt. Denn die Reform der Grundsteuer steht auf der politischen Agenda. Die Chance besteht in einer aufkommensneutralen Umwandlung dieser Steuer, die heute Boden *und* Bauwerke erfasst, in eine reine Bodensteuer. Dieser Schritt erfüllt mit einer Kosten-Entlastung des Bauens, welches nicht mehr besteuert würde, und einer höheren Belastung des Bodenverbrauchs beinahe mustergültig die Zielsetzungen einer ökologisch-sozialen Steuerreform.

Ein Beispiel, welche positiven Resultate entstehen, wenn der Boden in dieser Weise getrennt besteuert wird und damit auch ein Teil seines Wertzuwachses allen zugute kommt, ist Dänemark. Hier wurde 1922 die damalige Grund- und Gebäudesteuer in eine reine Bodensteuer umgewandelt. Heute kann man die hervorragende bodenpolitische Wirkung besichtigen: keine ungeplanten Baulücken, keine verkommenen Sanierungsgebiete, eine gedämpfte Bodenpreisentwicklung, so gut wie keine Hortung und Spekulation.

Wenn die erzielbare Bodenrente nicht den Eigentümern verbleibt, sondern über eine entsprechende Abgabe durch die Gemeinschaft abgeschöpft wird, lenkt diese Abgabe anstelle der Preise. Indem jedes Halten des Bodens ohne Nutzung nicht nur zu entgangenen Gewinnen, sondern darüber hinaus zu Verlusten führt, und damit Hortung und Spekulation ausgeschlossen sind, erfüllt sie die Funktion, den Boden dem besten Nutzer zuzuführen, zuverlässiger als ein Preis. Eine Überwindung des Dogmas vom Boden als Kapitalgut, auf dem die Preislenkung ruht, erscheint daher in Theorie und Wirklichkeit von eminenter Bedeutung.

## Die notwendige Steuerreform

Man vermutet, dass etwa die Hälfte bis zwei Drittel des gegenwärtigen Bruttosozialprodukts im Hinblick auf seine ökologischen Auswirkungen als gefährlich bezeichnet werden können.<sup>15</sup> Die vorgeschlagene Geld- und Bodenrechtsreform würde zwar den Zwang zum ständigen Wirtschaftswachstum abbauen, aber nicht den leichtfertigen Umgang mit der Umwelt verhindern. Darum müssten die Steuergesetze in zwei Richtungen verändert werden.

Erstens: Statt Steuern auf das Einkommen erfolgt eine Besteuerung der Produkte.

Zweitens: Die ökologischen Kosten der Produkte sollten in die Bemessung der Produktsteuer einfließen.

Was die ökologische Steuerreform anbelangt, so sind wir in den letzten zwanzig Jahren tatsächlich – im Vergleich zur Geld- und Bodenreform – ein ganzes Stück vorangekommen. Trotzdem sind wir von der »ökologischen Wahrheit in den Preisen« oder einer nachhaltigen Wirtschaftsweise noch immer weit entfernt.

Hermann Laistner weist in seinem Buch »Ökologische Marktwirtschaft«<sup>16</sup> darauf hin, dass Einkommensteuer und Sozialabgaben die menschliche Arbeit derart verteuern, dass es für Unternehmer günstiger ist, diese durch gesteigerte Mechanisierung zu ersetzen. Durch eine sinnlose, an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen vorbeigehende Massenproduktion werden wertvolle unwiederbringliche Ressourcen aufgezehrt. Würde man stattdessen die Produkte besteuern und die ökologischen Kosten der Herstellung mit einbeziehen, so ergäben sich natürlich höhere Produktpreise. Aber kombiniert mit den nun weitaus geringeren Arbeitskosten (ohne Einkommensteuer und Sozialabgaben) sänke der Druck zu immer weiterer Automatisierung. Immer mehr Menschen fänden Arbeit.

Gegenwärtig bezahlt die Gesellschaft doppelt, wenn ein Arbeiter durch eine Maschine ersetzt wird: Sie verliert einerseits die Einkommensteuer – weil das Einkommen von Maschinen nicht vergleichbar besteuert wird – und zahlt andererseits das Arbeitslosengeld für den Entlassenen. Um nun der Besteuerung des Einkommens und der Sozialabgaben zu entgehen, gibt es weiterhin einen beträchtlichen Anteil an Schwarzarbeit. Ohne eine Besteuerung des Einkommens wäre diese Schattenwirtschaft nicht mehr notwendig und könnte die Produktivität der Wirtschaft insgesamt erhöhen.

Der jetzige Lebensstandard würde nicht sinken, weil den steigenden Produktpreisen ein steuerfreies Einkommen gegenüberstände. Daraus ergäbe sich langfristig ein sehr unterschiedliches, aber ökologisch sinnvoller Konsumverhalten. Die Menschen würden sich den Kauf eines neuen Fahrrads oder Autos zweimal überlegen, da Reparaturen billiger wären.

Diese Änderung der Besteuerungsgrundlagen muss jedoch nicht nur national, sondern international durchgeführt werden, denn wenn Umweltbelastung teuer wird, sähen sich die armen Länder in einem noch höheren Maße dem Export von umweltbelastenden Produktionsanlagen und Giftmüll ausgesetzt. Zusammen mit einer Geld- und Bodenreform könnte das neue System nach und nach eingeführt werden und würde auf wirkungsvolle Weise eine Vielzahl von Forderungen und Vorschlägen unterstützen, die Ökologen in den letzten Jahrzehnten vorgebracht haben. Dass es darüber hinaus andere wesentliche Veränderungen geben muss, wird in Kapitel IV gezeigt. Erst die Kombination dieser Veränderungen mit der Geld- und Bodenreform könnte jedoch zu optimalen Ergebnissen führen. Denn damit würde das Anwachsen des Reichtums weniger und die Armut vieler gebremst, die uns zu ständigem Wirtschaftswachstum zwingt, um dem sozialen Kollaps auszuweichen. *Nur wenn dieser Zwang entfällt, haben die Umwelt und die Menschheit eine Überlebenschance.*

### III. Wer profitiert von zins- und inflationsfreiem Geld?

Der Durchbruch zu individuellem und sozialem Wandel scheint sich aus zwei grundsätzlich verschiedenen Beweggründen zu ergeben:

Erstens: Weil aufgrund eines bestimmten Verhaltensmusters mit großer Sicherheit ein negatives Ergebnis zu erwarten ist und es das Ziel sein muss, dies zu verhindern.

Zweitens: Weil ein anderes Verhaltensmuster angemessener erscheint, um ein erwünschtes Ziel zu erreichen.

Die im vorhergehenden Kapitel vorgeschlagene Änderung des Geldsystems könnte aus beiden der oben angeführten Gründen geschehen.

In der Vergangenheit wurde die krebstartige Akkumulation von Geldvermögen und damit Macht in den Händen einer Minderheit durch Revolutionen, Kriege oder ökonomische Zusammenbrüche beseitigt. *Heute sind solche Methoden nicht mehr praktikierbar.* Einerseits schließt das vielfache Potenzial zur globalen Zerstörung eine gewaltsame Lösung aus, zum anderen sind alle Nationen in einem bisher nie erreichten Grad voneinander wirtschaftlich abhängig. *Wir sind gezwungen, eine neue Lösung zu finden, wenn wir überleben wollen.*

Nach Aussage vieler Wirtschafts- und Bankfachleute war der Börsenkrach 1987, während dessen innerhalb weniger Tage Spekulationsverluste von anderthalb Milliarden Dollar hingenommen werden mussten, nur ein kleiner Vorgeschmack auf das, was uns bei einer erneuten weltweiten Wirtschaftsdepression bevorstünde – wenn wir das System nicht in den

nächsten Jahren grundlegend ändern. Eine derartige Umgestaltung bedeutet eine Möglichkeit, diese Katastrophe zu vermeiden.

Ob wir es nun erkennen oder nicht: Jedes exponentielle Wachstum führt zu seiner eigenen Zerstörung. Darüber hinaus liegen die Vorteile der Einführung des Neutralen Geldes im Hinblick auf soziale und ökologische Gerechtigkeit auf der Hand.

Dennoch liegt das Hauptproblem bei jedem Transformationsprozess nicht so sehr darin, dass wir lieber in der alten Situation verharren wollen oder dass wir die Vorteile unseres neuen Ziels oder Wegs nicht erkennen, sondern darin, die Frage zu beantworten: *Wie können wir von hier nach dort gelangen?* Wir wissen um die Gefahren, die uns hier drohen, aber können wir ausschließen, dass das neue System nicht andere, vielleicht schlimmere Folgen nach sich zöge?

Um uns die Antwort hierauf zu erleichtern, will ich versuchen darzustellen, wie die Transformation des Geldsystems die Ziele der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen unterstützt: der Reichen und der Armen, der Verantwortlichen in den Regierungen und einzelner Menschen, Minderheiten und Mehrheiten, Industrieller und Umweltschützer, sowohl materiell als auch spirituell orientierter Menschen.

Bis zu diesem Punkt bezieht sich unsere Analyse auf Tatsachen und Zahlen, die jeder nachprüfen kann. Von nun an werden es Annahmen sein, die auf Erkenntnissen in der Vergangenheit beruhen. Die Verlässlichkeit solcher Voraussagen sollte durch Erfahrungen im heutigen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhang überprüft werden. So wie Physiker, Chemiker und Biologen über Forschungsräume verfügen, brauchen auch die Ökonomen ein Labor, um neue Lösungen zu testen. Deshalb erhebt sich folgende Frage: Was könnte eine Region oder ein Land dazu bewegen, sich als Versuchsfeld für eine neue Geldordnung zur Verfügung zu stellen?

## Das Land oder die Region, die mit der Geldreform beginnt

Wenn unsere Analyse bis jetzt richtig war, dann würde die vorgeschlagene Lösung nach einer Zeit des Übergangs hauptsächlich folgende Vorteile bieten:

- *Überwindung der Inflation und der zinsbedingten Einkommensumverteilung,*
- Zuwachs an sozialer Gerechtigkeit,
- Verminderung der Arbeitslosigkeit,
- dreißig bis fünfzig Prozent geringere Preise für Güter und Dienstleistungen,
- Überwindung des Wachstumszwangs,
- langfristig eine stabile, auf qualitative Veränderung zielende Wirtschaft, nachdem die materiellen Bedürfnisse befriedigt sind.

Wenn die Zinszahlungen bei Investitionen und in der Produktion sich auf Null reduzieren, sanken nicht nur die Preise für die Güter und Dienstleistungen in dem betreffenden Land beziehungsweise der jeweiligen Region, die das Neutral-Geld-System einführt, sondern es würde auch auf dem nationalen oder auf dem Weltmarkt ein gewaltiger Vorteil entstehen. Produkte und Dienstleistungen könnten um den Betrag des jeweils aktuellen Zinsanteils billiger verkauft werden. Außerdem verlagerte sich die Nachfrage von den Zinsbeziehern zu den Werteschaffenden. Das könnte möglicherweise vorübergehend eine verstärkte Nachfrage nach Konsumgütern zur Folge haben. Im gleichen Umfang ginge jedoch auch der Bedarf an Luxuskonsumgütern und Milliarden schluckenden Großprojekten, an denen heute das Großkapital beteiligt ist, zurück.

Von den Möglichkeiten abgesehen, solche Nachfrageschübe durch ein Umwelt-Steuersystem (siehe oben) einzugrenzen,

kommt es im Übrigen durch sinkende Zinsen insgesamt gesehen nur zu Nachfrageverlagerungen von den Besitzenden zu den Arbeitenden, und nicht zu Nachfrageausweitungen.

Ferner ist dabei Folgendes zu beachten: Viele Produkte und Dienstleistungen, die augenblicklich nicht mit der Einträglichkeit von Geldinvestitionen auf dem Geldmarkt mithalten können, würden jetzt plötzlich konkurrenzfähig. Darunter fielen ökologische Erzeugnisse, soziale Projekte und künstlerische Tätigkeiten, für die es nur erforderlich ist, dass sie sich selbst tragen, weil sie für die Menschen befriedigend sind. *Es ergäbe sich daraus eine in höherem Grad diversifizierte und damit stabilere Volkswirtschaft, die sich weniger bedrohlich auf die Umwelt auswirkt.* Die Beschäftigtenzahlen würden in diesem wirtschaftlichen Aufschwung steigen, Aufwendungen für Sozialleistungen sinken, Bürokratismus und Steuerbelastungen zurückgehen.

Bei der Erprobung in einer bestimmten Region – wie es zum Beispiel in Wörgl der Fall war – würden zwei Geldsysteme bestehen: Mit Neutralem Geld könnten alle Dienstleistungen und Waren ausgetauscht werden, die in dieser Region erzeugt werden. Mit dem üblichen Geld müsste weiterhin alles bezahlt werden, was außerhalb der »Versuchsregion« eingekauft wird. Für die Übergangszeit wären bestimmte Regeln des Austauschs und ein fester Wechselkurs von eins zu eins verbindlich. Die Region würde ähnlich wie eine Freihandelszone funktionieren, wo sowohl zoll- als auch zinsfrei produziert und gehandelt werden kann.

Nach der Regel von Gresham<sup>1</sup> verdrängt »schlechtes Geld« das »gute«. »Neutrales Geld« ist – nach dieser Definition – »schlechtes«, weil es im Gegensatz zum jetzigen Geld einer Nutzungsgebühr oder Liquiditätsabgabe unterliegt. Die Menschen würden, wann immer möglich, mit dem »schlechten« Geld bezahlen und das »gute« behalten. Auf diese Weise käme Neutrales Geld so rasch wie möglich wieder in Umlauf, und

genau darin liegt die Absicht. Das alte Geld wird behalten und nur noch dann ausgegeben, wenn es sich nicht vermeiden lässt. Wenn wir unser Neutral-Geld-System anfänglich im Rahmen eines Experiments nur in einem Gebiet einführen, so könnte das in Koexistenz mit dem gegenwärtigen Geldsystem geschehen, bis sich sein Nutzen erwiesen hätte.

Die Nachteile dieses Vorgehens gegenüber der Einführung von Neutralem Geld im ganzen Land sind jedoch ebenfalls in Betracht zu ziehen: Erstens bliebe das Problem der unzulänglichen und nicht inflationsfreien Geldmengensteuerung bestehen. Zweitens ist bei unterschiedlichen Geldarten und -vorteilen auf längere Dauer kein fester Wechselkurs von eins zu eins zu erreichen, da man für das »bessere« Geld auch einen höheren Kurs bezahlen müsste. Und drittens käme es natürlich zu gespaltenen Preisen. Für Güter und Dienstleistungen, die nicht aus der Region mit Neutralem Geld bezahlt werden können, muss das herkömmliche Geld benutzt werden.

Der Außenhandel eines Landes würde in unveränderter Weise fortbestehen. Nach wie vor gäbe es eine gewöhnliche Wechselkursrate, wobei sich der »Nachteil« des Neutralen Geldes, keine Zinsen zu erwirtschaften, mit dem Vorteil der größeren Stabilität (keine Inflation) verrechnet. Während Spekulanten wahrscheinlich eine Zins bringende Währung vorziehen, reagieren auf Stabilität bedachte Anleger und Investoren eher umgekehrt, und nur diese sind für eine Volkswirtschaft von positiver Bedeutung.

## **Politiker und Banken**

In allen Ländern liegt das Monopol, Geld zu drucken, beim Staat. Deshalb müsste die offizielle Erprobung eines neuen Geldsystems von der Regierung beziehungsweise der Zentralbank geduldet oder genehmigt werden.

Offensichtlich wäre der Versuch, zinsfreies Geld einzuführen, von höchster politischer Bedeutung. Es erfordert von Seiten der Regierenden Mut, zuzugeben, dass das bisherige System ungerecht ist. Andererseits ist es für die Bevölkerungsmehrheit tatsächlich sehr schwer zu verstehen, warum es besser sein soll, auf das Geld eine »Gebühr« zu erheben, als das Zahlen von Zinsen zuzulassen.

Zur Zeit werden Regierungen, Politiker, Banken und die Wirtschaft für die meisten Probleme verantwortlich gemacht, die durch den grundsätzlichen Fehler im Geldsystem hervorgerufen werden. Ihre Reaktionen: Symptombehandlung und Zwischenlösungen wie teilweiser Schuldenerlass, Umschuldung, temporäre Zuschüsse, um die schlimmsten sozialen Folgen zu mildern. In Wahlkampagnen erleben wir die regelmäßigen Versprechen, der Inflation entgegenzuwirken, Schulden abzubauen, die sozialen Dienstleistungen zu verbessern und ökologische Belange und Schutzmaßnahmen zu unterstützen, die letztlich sämtlich am heutigen Geldsystem scheitern müssen.

In Wahrheit kämpfen alle »mit dem Rücken zur Wand«. Statt besser wird die Situation umso schlechter, je länger wir das exponentielle Wachstum des Geldsystems zulassen. Sowohl konservativen als auch progressiv orientierten Politikern verbleibt im gegenwärtigen System nur wenig Raum für durchgreifende Veränderungen.

Einer der wenigen deutschen Politiker, die das nicht nur wissen, sondern auch versucht haben, einen geldpolitischen Wandel zu vollziehen, ist Klaus von Dohnanyi, der langjährige Bürgermeister von Hamburg. In seiner Regierungserklärung sagte er am 23. Februar 1983: »Wenn wir die öffentliche Verschuldung in den kommenden Jahren in Bund, Ländern und Gemeinden wie bisher weiter ansteigen lassen, dann werden wir, und zwar auch bei weiter sinkenden Zinsen, nicht nur den Spielraum für zusätzliche Maßnahmen verlieren, sondern

dann wird uns auch der Atem für die Fortführung der bisherigen Politik ausgehen. [...] Die zunehmende Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte wirft heute in erster Linie zwei Probleme auf: einmal die Belastung zukünftiger Haushalte mit Zinsen und Tilgungen und zum anderen die unerwünschten Verteilungsfolgen, die zugunsten der Geldkapitaleigner damit zwangsläufig verbunden sind.«<sup>2</sup>

Um soziale und ökologische Maßnahmen ohne die volkswirtschaftlich unsinnige und unzumutbare Belastung der Haushalte von morgen zu ermöglichen, regt er zins- und tilgungsfreie Notenbankkredite an Bund und Länder hauptsächlich für Umweltschutzmaßnahmen an. Leider lässt sich dieser Vorschlag nicht in die Tat umsetzen. Einmal kann die Notenbank nur in dem Umfang solche Kredite geben, wie sie die Geldmenge vermehrt. Dieser Betrag liegt bei vier bis sechs Milliarden Euro im Jahr, also nur bei einem Bruchteil dessen, was die öffentlichen Kassen an Krediten benötigen. Zum anderen würde der Vorteil der Zinslosigkeit solcher Kredite durch den Wegfall der Zentralbankausschüttungen an den Bund in etwa kompensiert. Diese rühren aus den Zinsen her, welche die Zentralbank bei der Geldvermehrung über die Geschäftsbanken bisher zugunsten des Staates kassiert. Das heißt, dass nur eine grundlegende Reform, wie sie hier vorgeschlagen wird, die Probleme, die von Dohnanyi richtig erkannt hat, lösen kann.

In einer hochgradig diversifizierten Wirtschaft ist jeder Bereich eng mit dem anderen verbunden. Kürzungen auf einem Teilgebiet ziehen unweigerlich Folgen im System als Ganzem nach sich. Wenn die Geldvermögen und damit die Schulden wachsen oder der Zinssatz ansteigt, so fließt denen mehr Kapital zu, deren Reichtum aus Geld besteht. Gleichzeitig steht der arbeitenden Bevölkerung weniger Geld für ihre Bedürfnisse zur Verfügung. Dies wiederum zeitigt entweder Folgen für den Arbeitsmarkt und das Steueraufkommen oder für die Umwelt. *Eine Volkswirtschaft, die sich höher verschuldet,*

*um sinkende Einnahmen zu kompensieren, muss unweigerlich die »Problemkette« verstärken.*

Genau das hat Finanzminister Eichel – wie alle Finanzminister vor ihm – im Zeitraum der Rot-Grünen-Regierungskoalition (1998–2005) erfahren. Wollte er zu Anfang die Staatsschulden noch reduzieren, musste er bald einsehen, dass dies unpopuläre Maßnahmen bedeutet hätte, die politisch nicht durchsetzbar waren. Aber auch der ungebremste Schuldenkurs und der Verkauf des Tafelsilbers wie Post und Telekom an das Anlage suchende Kapital können die »Stunde der Wahrheit« nur hinauszögern und nicht abwenden. Der Staatsbankrott ist vorprogrammiert.

Das Neutral-Geld-System hingegen könnte sowohl das Schuldenwachstum in der Volkswirtschaft vermindern, als auch die weitere Konzentration des Geldes durch den Zinsmechanismus verhindern und einen stabilen Austausch von Gütern und Dienstleistungen auf einem freien Markt gewährleisten.

Erscheint uns nun die Situation in den industrialisierten Ländern als noch erträglich, so erweist sich ein Blick auf die Länder der Dritten Welt als ratsam, die am meisten unter den Auswirkungen des heutigen Systems leiden. Während einerseits die großen amerikanischen und deutschen Banken ihre Rücklagen erhöhen, um auf den finanziellen Bankrott ihrer Schuldner in den Entwicklungsländern vorbereitet zu sein, importieren die Industriestaaten andererseits, vor allem über die Zinserträge, Kapital aus den Entwicklungsländern und nicht umgekehrt. Auch deswegen scheint die wirtschaftliche Lage bei uns noch annehmbar. Werden neue Kredite vergeben, um alte Schulden zu tilgen, so verlängert und potenziert dies nur die internationale Schuldenkrise. Wie dringend eine Änderung dieses Trends vonnöten ist, wird unmissverständlich aus dem Bericht der UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung mit dem Titel »Unsere gemeinsame Zukunft«

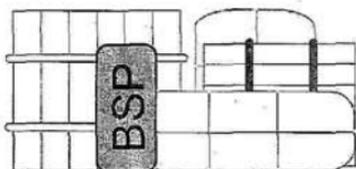
ersichtlich. Er bestätigt, dass die scheinbar voneinander unabhängigen wirtschaftlichen und ökologischen Krisensituationen tatsächlich eine Einheit bilden.

»Ökologie und Ökonomie werden – örtlich, regional, national und global – zunehmend zu einem zusammenhängenden Netz von Ursache und Wirkung verwoben [...] Schulden, die sie nicht bezahlen können, zwingen die afrikanischen Nationen, deren Einkommen aus Rohstoffexporten besteht, zur Übernutzung ihrer empfindlichen Böden und verwandeln so das Land in eine Wüste [...] Die Wirtschaftsgrundlage in anderen Entwicklungsgebieten der Welt leidet in ähnlicher Weise, sowohl aufgrund örtlich begangener Fehler als auch durch die Funktionsweise des internationalen Wirtschaftssystems. Als Folge der ›Lateinamerikanischen Schuldenkrise‹ werden die Naturschätze dieser Region nicht für deren Entwicklung eingesetzt, sondern um die finanziellen Verbindlichkeiten ausländischer Kreditgeber zu begleichen. Solcher Umgang mit dem Schuldenproblem ist aus wirtschaftlicher, politischer und ökologischer Sicht kurzsichtig. Von der Bevölkerung der im Verhältnis armen Länder wird verlangt, dass sie sich mit ihrer wachsenden Armut abfindet, während gleichzeitig mehr und mehr ihrer knappen Ressourcen exportiert werden. Wachsende Ungleichheit ist das größte ›Umweltproblem‹ der Erde. Gleichzeitig ist es das größte ›Entwicklungsproblem‹.«<sup>3</sup>

Den Worten von Alfred Herrhausen zufolge, der bis 1989 Vorstandsmitglied und Sprecher der Deutschen Bank war, geht

Wie aus Abbildung 11 hervorgeht, sind in der Zeit von 1950 bis 2000 die Geldvermögen fünfeinhalbmal so rasch angestiegen wie das Bruttosozialprodukt, die Bankkreditgewährungen sogar sechsmal so schnell. Diese nochmals beschleunigte Steigerung der Bankgeschäfte hängt damit zusammen, dass man die Banken immer mehr bei der Vermittlung der Geldvermögen eingesetzt hat. Die Direktkreditvergabe zwischen einzelnen Wirtschaftsteilnehmern ist heute im Gegensatz zu den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik kaum noch üblich (Helmut Creutz).

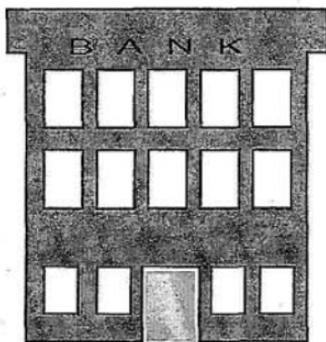
**Von 1950 bis 2000 sind in der  
Bundesrepublik angestiegen  
(ab 1991 Gesamtdeutschland):**



Das Bruttonsozialprodukt  
auf das 38fache



Die Geldvermögen  
auf das 210fache



Die Bankkredite  
auf das 232fache

## Haben Sie schon einmal Geld arbeiten sehen?

Geld muss arbeiten –  
für gute Erträge!

Machen Sie aus Ihrem Geld  
**MEHR GELD**

Aus diesem  
Euro lässt  
sich mehr  
machen!

Wer sein Geld  
arbeiten lässt,  
kann sich  
sorgenfrei  
zur Ruhe setzen.

**macht Geld  
macht Geld  
macht Geld  
macht Geld  
macht Geld**

An jedem Arbeitsplatz arbeiten im  
Durchschnitt 200 000 Euro

Bankanzeigen wecken die Illusion, dass Geld arbeiten, wachsen oder sich auf eine andere wundersame Weise vermehren könne. In Wirklichkeit aber stammen alle verteilten Einkommen in einer Volkswirtschaft, auch die Zinsen für das Ersparte, aus der Werte schaffenden Arbeit. Dies gilt ebenso für die eingesetzten Werkzeuge und Maschinen, die gleichfalls von arbeitenden Menschen geschaffen wurden. Konkret heißt das, dass im gleichen Umfang, wie einer durch Zinseinnahmen zu mehr Reichtum kommt, ein anderer, der seine Arbeitskraft dafür hergibt, ärmer wird. Wären Zinsbezieher und -zahler identisch, liefe bei jedem nur eine Umverteilung von der linken in die rechte Hosentasche ab. Da aber Zins- und Arbeitseinkommen ungleichmäßig verteilt sind, sind immer größere Einkommensverschiebungen die Regel (Helmut Creutz).

»die Struktur und die Größenordnung des Problems über die traditionellen Problemlösungstechniken hinaus«. <sup>4</sup> Diejenigen, die für das gegenwärtige Geldsystem verantwortlich sind, wissen, dass es keinen Bestand haben kann, aber entweder kennen sie die andere Möglichkeit nicht, oder sie wollen nichts von ihr wissen. Bankfachleute, mit denen ich über dieses Thema gesprochen habe, gaben zu, bislang nichts von einer Alternative zum gegenwärtigen Geldsystem gehört zu haben. Nachdem ich sie beschrieben hatte, meinten einige, ihre Arbeitsplätze zu gefährden, falls sie öffentlich darüber zu sprechen wagten; andere vertraten den Standpunkt, diese Veränderung sei eine politische Aufgabe; ihr Job bestände darin, das Geld ihrer Kunden so gewinnbringend wie möglich zu investieren.

Eine Erklärung für die Ablehnung der Weiterverbreitung dieses Wissens in Bankkreisen geht aus *Abbildung 11* hervor. Im Zeitraum zwischen 1950 und 2000 wuchs das Brutto-sozialprodukt in der Bundesrepublik um das Achtunddreißigfache, steigerten sich Geldvermögen um das Zweihundertzweifache und Bankkredite um das Zweihundertzweiunddreißigfache. Das heißt, den Banken ist ein unverhältnismäßig großer Anteil des wirtschaftlichen Wachstums zugeflossen. Entsprechend gut verdienen sie: sowohl an der Weitervermittlung der überproportionalen Einlagen, die vor allem durch den Zinseffekt eskalieren, als auch am vermehrten Umfang der Spekulation mit Geld und Devisen. Da die Geldinstitute bei allen Vorgängen Vermittlungsgebühren beziehungsweise Provisionen kassieren, nehmen auch ihre Gewinne mit diesen überproportional wachsenden Umsätzen zu.

*Solange die Banken die Langzeitentwicklung nicht in ihren Planungen miteinbeziehen, werden sie kein Interesse an einer öffentlichen Diskussion über die Funktionsweise des heutigen Geld- und Zinssystems haben. Im Moment verschleiern sie eher das Problem. *Abbildung 12* zeigt einige Beispiele für*

die übliche irreführende Werbung, die Banken weltweit in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichen. Geld soll »wachsen«, so sagen sie. Noch öfter beeindrucken sie potenzielle Kunden mit der Vorstellung, dass das Geld für sie »arbeiten« könnte. Aber wer hat Geld jemals arbeiten sehen? Wird Arbeit nicht immer von Menschen verrichtet, ob mit oder ohne Maschinen?

Diese Werbung verbirgt die Tatsache, dass jeder Euro oder jeder Dollar, den jemand für seine Bankeinlagen erhält, zuvor erarbeitet werden musste, um dann dem zuzufließen, der mehr Geld zur Verfügung stellen kann. Mit anderen Worten: Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen, werden in dem Maße ärmer, wie sich Erträge und Geldvermögen vergrößern. Das, was die große Mehrheit der Bevölkerung an Zinsen bekommt, hat sie bereits zuvor selber erarbeitet (siehe *Abbildung 5*). Darin liegt das gesamte Geheimnis des »arbeitenden« Geldes, und die Banken wollen diese Art der Betrachtung nur zu gern bedeckt halten.

Nach meiner Erfahrung fürchten gerade diejenigen, die sich aufgrund ihrer Ausbildung dieses Problems und seiner Lösung bewusst sein sollten – also die Wirtschaftswissenschaftler in aller Welt –, als »Radikale« gebrandmarkt zu werden. Würden sie sich wirklich für zinsfreies Geld einsetzen, so bekämen sie eines der dringendsten wirtschaftlichen Probleme der Welt tatsächlich an der Wurzel (= radix) zu fassen. Stattdessen wird Gesell und sein Konzept einer »Natürlichen Wirtschaftsordnung« in den Wirtschaftswissenschaften lediglich als einer der vielen historischen Versuche, eine Reform zu erwirken, abgehandelt.

Einige der großen Persönlichkeiten unseres Jahrhunderts wie Albert Einstein und John Maynard Keynes erkannten jedoch die Bedeutung der Vorschläge Gesells für eine Geldreform. Keynes äußerte bereits 1936 die Meinung, dass »die Zukunft mehr vom Geiste Gesells, als dem von Marx lernen«

werde.<sup>5</sup> Doch hat diese Zukunft bisher nicht begonnen. Obwohl Keynes schon während des Zweiten Weltkriegs vorschlug, ein Weltwährungssystem mit einer Art Strafzins für Liquidität einzuführen<sup>6</sup> und Bankfachleute sowie Wirtschaftswissenschaftler nicht übermäßig weitsichtig sein müssen, um zu erkennen, dass eine Liquiditätsabgabe im Geldsystem die Lösung des zentralen Dilemmas ermöglichen würde, mit dem sie sich seit Jahrzehnten abmühen, erfinden sie immer kompliziertere Wege, mit den Symptomen der Krankheit umzugehen. Der Wirtschaftshistoriker John L. King schreibt über die Bedeutung der Arbeit von Ökonomen:

»Ihre Zahlenspielerereien und ihre computerisierten Formeln haben sich als irrelevant erwiesen, und entsprechend berühmt sind die Fehler in ihren Vorhersagen. Es ist, als hätten wir diese Leute mit ihrer Ausbildung der Denkfähigkeit beraubt.«<sup>7</sup>

Die wenigen Experten, die die Gefahr begreifen, wie Batra<sup>8</sup> und King<sup>9</sup>, versuchen im Wesentlichen Ratschläge zu erteilen, wie man sich vor den Folgen des nächsten großen Zusammenbruchs schützen kann. Eine Alternative zum gegenwärtigen System bieten auch sie nicht an.

## Die Reichen

Eine kritische Frage, die stets von Leuten gestellt wird, welche die Wirksamkeit des versteckten Umverteilungsmechanismus im heutigen Geldsystem verstanden haben, lautet: Werden jene zehn Prozent der Bevölkerung, für die dieser Mechanismus gegenwärtig einen Vorteil bedeutet und die an den wesentlichen Schalthebeln der Macht sitzen, es zulassen, dass das Geldsystem geändert wird, da sie dann nicht mehr die Möglichkeit haben, von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ein arbeitsfreies Einkommen zu beziehen?

Die historische Antwort heißt: Natürlich nicht! Solange sie

nicht von denen gezwungen werden, die bisher zahlen, werden sie den Ast, auf dem sie sitzen, nicht absägen. Die Antwort des neuen Zeitalters könnte anders formuliert werden: Diejenigen, die vom derzeitigen System profitieren, werden sich der Tatsache bewusst, dass der ominöse Ast aus einem kranken Baum ragt. Wenn sie dann feststellen, dass nebenan ein Baum steht, der nicht früher oder später dahinsiecht, könnte ein gesunder Selbsterhaltungstrieb sie dazu bringen, auf diesen zu wechseln. Letzteres würde gesellschaftliche Evolution bedeuten – ein »weicher Weg«, ersteres hingegen gesellschaftliche Revolution – der »harte Weg«.

*Der evolutionäre Weg gäbe den Reichen die Möglichkeit, ihr Geld zu behalten, das sie bisher durch Zinsen gewonnen haben. Der revolutionäre Weg wird unweigerlich zu fühlbaren Verlusten führen, möglicherweise sogar zur persönlichen Gefährdung.* Der evolutionäre Weg bedeutet, dass es kein arbeitsfreies Einkommen mehr gibt, dafür aber stabiles Geld, niedrige Preise und möglicherweise geringere Steuern. Der revolutionäre Weg bedeutet wachsende Unsicherheit, höhere Inflation, Preise und Steuern sowie gesellschaftliche Instabilität bis hin zu Bürgerkriegen, was uns die Entwicklung in der Dritten Welt täglich vor Augen führt.

Nach meinen Erfahrungen mit *Menschen, die der letzten Zehn-Prozent-Kategorie* angehören, sind sie sich weder bewusst, wie das Zinssystem wirklich funktioniert, noch dass es eine praktische Alternative gibt. Mit wenigen Ausnahmen würden sie sich eher für Stabilität als für mehr Geld entscheiden, da sie meistens genug für sich selbst und ihre Nachkommen haben.

Die zweite Frage lautet: Was geschieht, wenn diese Leute ihr Geld in andere Länder transferieren, wo sie weiterhin Zinsen erhalten, statt es auf ihrem Sparkonto zu belassen, auf dem es zwar seinen Wert behält, jedoch keine Zinsen einbringt?

Das ließe sich am Anfang einer solchen Umstellung wahr-

scheinlich nur durch politische, rechtliche und wirtschaftliche Sanktionen verhindern, könnte aber sehr kurze Zeit nach Einführung der Reform ins Gegenteil umschlagen. Der Unterschied zu dem, was durch Zinsen nach Abzug der Inflation verdient würde, entspräche dann ungefähr dem, was sich als Wertsteigerung des neuen Geldes, das nicht der Inflation unterliegt, im eigenen Land ergibt. Möglicherweise wird sich das Land, welches sich zu einer Geld-, Boden- und Steuerreform entschließt, zu einer »Super-Schweiz« mit einer stabilen Währung und mit einem ökologischen Wirtschaftsboom entwickeln. In der Vergangenheit zahlten Geldanleger in der Schweiz zeitweilig sogar dafür, dass sie ihr Geld auf einem Bankkonto ohne Zinserträge ruhen lassen durften.

Im Gegensatz dazu zog in den USA die Hochzinspolitik zu Beginn der Reagan-Ära solch einen Überfluss an Geld aus aller Welt an, dass auf Dauer nur über eine zunehmende Inflation und drastische Abwertung den Verpflichtungen der ausländischen Kreditgeber nachzukommen war. Bei einem Zinssatz von fünfzehn Prozent, zu Beginn dieser Hochzinsphase normal, hätten die USA bereits nach fünf Jahren ungefähr das Doppelte des geliehenen Betrags an ihre ausländischen Investoren zurückzahlen müssen. Angesichts des ursprünglichen Dollarwerts wäre das niemals möglich gewesen. Als weitere Folge dieser Politik wurden die USA innerhalb von acht Jahren zur größten Schuldennation der Welt.

Eine gewaltige Menge von spekulativem Geld – sie ist seit dem Jahr 2001 um 57% gestiegen und beläuft sich im Jahr 2005 auf etwa 1,88 Billionen Dollar<sup>10</sup> – zirkuliert rund um die Welt, von einem Finanzzentrum zum anderen, auf der Suche nach Gewinn bringenden Anlagemöglichkeiten. Das zeigt, dass nicht Geldknappheit unser Problem ist, sondern dass es an ausreichend rentablen (also Zins bringenden) Investitionsmöglichkeiten im gegenwärtigen Geldsystem mangelt. Mit Einführung eines zinsfreien Geldes in einer Region oder in

einem Land würde beispielhaft ersichtlich, wie schnell soziale und ökologische Projekte umsetzbar werden, die sich unter Zinsbelastung heute »nicht rechnen«. Stattdessen kann eine stabile und sehr vielfältige Wirtschaft entstehen, in der überschüssiges Geld aus dem In- und Ausland investiert würde, weil statt der Zinsen langfristige Stabilität geboten wird.

Aus diesem Grund ist es für reiche Menschen letztlich sinnvoller, eine rechtzeitige Geldreform und ein dauerhaftes System zu unterstützen, als durch wachsende Instabilität des jetzigen den unausweichlichen Zusammenbruch zu riskieren.

Eine dritte Frage betrifft jene, die von ihrem Kapital leben, aber zu alt sind, um zu arbeiten. Was wird mit ihnen geschehen, falls es keine Zinsen mehr gibt? Die Antwort darauf ist, dass alle, die gegenwärtig von ihren Zinsen leben können, dies auch in einem Neutralen Geldsystem mit einem stabilen Geldwert von ihren Ersparnissen tun können. Nur werden sie damit ihr Kapital aufzehren. Ein Grundrecht darauf, dass die wirtschaftliche Ausbeutung des Nächsten vermittels des monetären Systems weiter so reibungslos funktioniert wie bisher, gibt es nicht.

Die Ungleichheit zwischen verschiedenen Teilen der Menschheit ist heute größer als jemals zuvor. Das drückt sich in konkreten Zahlen aus: so hatte z. B. 1 Prozent der reichsten Menschen der Welt das gleiche Einkommen wie 57 Prozent der ärmsten, und die 350 reichsten Menschen besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, also 3,2 Mill. Menschen.<sup>11</sup> Firmen wie Siemens, Daimler-Benz und Krupp werden von der deutschen Presse als große Banken mit kleiner Produktionsabteilung bezeichnet, weil sie aus Geldvermögen mehr verdienen als aus ihrer Produktion. Obwohl weder die Reichen noch Firmen wie Siemens, Daimler-Benz oder General Motors offiziell politische Machtpositionen innehaben, wirkt sich ihr Kapitalbesitz doch tatsächlich als inoffizielle Macht aus.

Skandale über Zahlungen führender Firmen an politische Parteien in Westdeutschland, in den USA oder anderen westlichen Ländern zeigen, wie Demokratien gefährdet werden, wenn der beschriebene Umverteilungsmechanismus des Geldes weiterhin zugelassen wird. Zwar glauben wir in einer Demokratie zu leben, aber diese ist bestenfalls noch eine Oligarchie. Und was nützt uns die »Gleichheit vor dem Gesetz«, wenn wir keine »Gleichheit vor dem Geld« haben?

*Im Mittelalter* jammerten die Menschen, wenn sie den *Zehnten*, also ein Zehntel ihres Einkommens oder ihrer Erzeugnisse, an den Feudalherrn abliefern mussten. *Heute* entfällt *mehr als ein Drittel* im Preis der Güter und Dienstleistungen auf den Kapitaldienst für die Geld- und Sachkapitalbesitzer.

Dass es den meisten – jedenfalls hier bei uns – trotzdem wirtschaftlich besser geht als im Mittelalter, verdanken wir der industriellen Revolution, der zunehmenden Automatisierung der Wirtschaft, einem ungeheuer großen Raubbau an den vorhandenen Rohstoffen und der Ausbeutung der Dritten Welt. Erst durch das Verständnis des Umverteilungsmechanismus im Geldsystem wird jedoch klar, warum wir immer noch mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Es erhebt sich somit die Frage, ob wir endlich bereit sind, die Gefahren der gesellschaftlichen Ungerechtigkeit und des ökologischen Kollapses, die durch das jetzige Geldsystem verursacht werden, zu begreifen und dies zu verändern, oder ob wir warten wollen, bis ein weltweiter ökologischer oder ökonomischer Zusammenbruch, ein Krieg oder eine gesellschaftliche Revolution stattfindet.

Dass einzelne oder kleine Gruppen von sich aus das Geldsystem ändern können, ist wenig wahrscheinlich. Wir müssen daher versuchen, auf einer breiten Informationsplattform die Bevölkerung zu erreichen und diejenigen, die über das Wissen verfügen, was verändert werden muss, zusammenzubringen mit jenen, welche die Macht haben, politische Veränderungen

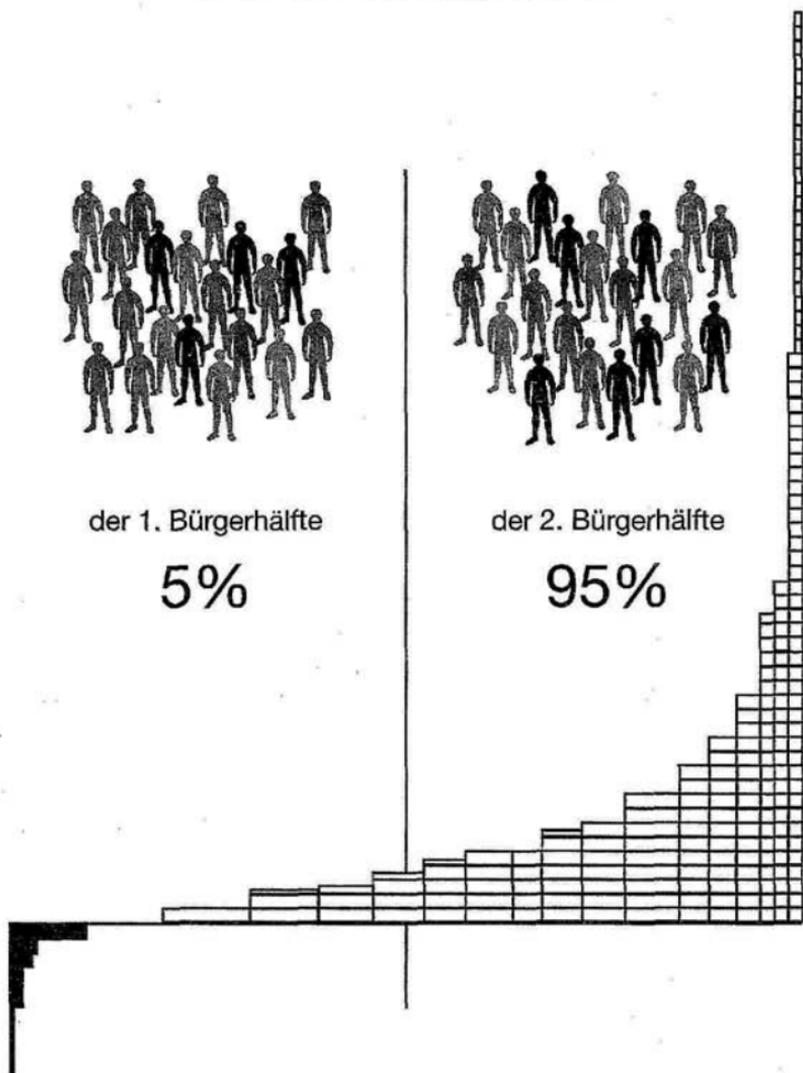
zu bewirken. Dabei sollte niemand angeklagt werden, der heute von dem Zinssystem profitiert, weil das bisher völlig legal ist. Was bewirkt werden kann, ist, dass die Ungerechtigkeit des Systems aufhört.

## Die Armen

Im statistischen Durchschnitt besaß jeder Haushalt in Deutschland 2001 ein privates Geldvermögen von etwa vierundneunzigtausend Euro. Das würde anschaulich unseren Wohlstand verdeutlichen, wenn er auch nur annähernd gleichmäßig verteilt wäre. Jedoch stehen wir vor der Tatsache, dass, wie *Abbildung 14* zeigt, der einen Hälfte der Bevölkerung zusammen nur fünf Prozent des gesamten Geldreichtums gehören, der anderen aber 95 Prozent. Und dieser Reichtum, der sich bei zehn Prozent der Bevölkerung zu mehr als der Hälfte konzentriert, wächst dabei kontinuierlich auf Kosten aller übrigen weiter. Das erklärt beispielsweise, warum

Im Gegensatz zu oft wesentlich unwichtigeren Daten gibt es über die Verteilung der Nettogeldvermögen in der Bundesrepublik keine genauen statistischen Erfassungen und Fortschreibungen. Als einzigen offiziellen Anhaltspunkt für die Geldvermögensverteilung kann man die alle fünf Jahre vom Statistischen Bundesamt durchgeführte »Einkommens- und Verbrauchsstichprobenerhebung« heranziehen. Bei dieser Erhebung werden etwa 40 000 Haushalte auf freiwilliger Basis auch nach den wesentlichsten Geldvermögensbeständen und Konsumentenschulden befragt. Teilt man die gesamten Haushalte in zwei Hälften, dann verfügte 1998 die ärmere über knapp fünf Prozent des gesamten Geldvermögens, die reichere über 95 Prozent. Aber auch hier konzentriert sich das Gros der Geldvermögen bei den letzten zehn Prozent der Haushalte. In Wirklichkeit ist die Verteilung jedoch noch dramatischer. Denn in der Auswertung (und damit auch in der Grafik) wurden die wohlhabendsten 62 000 Haushalte mit einem Monatseinkommen über 18 000 Euro herausgelassen. Würde man deren Vermögenssäule in die Grafik eintragen, dann wäre diese zehn- bis hundertmal höher als die höchste hier wiedergegebene (Helmut Creutz).

Von den Geldvermögen  
in Deutschland gehören:



Familien der unteren Mittelklasse in der Bundesrepublik zunehmend finanzielle Unterstützung durch soziale Wohlfahrts-einrichtungen beantragen müssen. Arbeitslosigkeit und Armut greifen weiter um sich, obwohl ein dichtes »soziales Netz« geknüpft wurde, um beides zu überwinden.

*Der größte Anteil bei der Anhäufung von Reichtum entfällt auf den Zins, der jeden Tag die gesamte Volkswirtschaft mit über eineinhalb Milliarden Euro belastet, wenn man Geld- und Sachkapital zusammenfasst. Mit den Zinsen auf Geldkapital allein wird täglich etwa eine Milliarde Euro von den Arbeitenden auf die Kapitalbesitzer übertragen.* Obwohl sozial orientierte Regierungen das daraus resultierende Ungleichgewicht durch Besteuerung und Rückverteilung zu kompensieren versuchen, führt das nirgends auch nur annähernd zu einem Ausgleich. Zusätzlich treffen die Kosten einer wachsenden Sozialbürokratie jeden in Form wachsender Steuern. Dabei werden selten die menschlichen Kosten von Zeit und Energie mit in die Rechnung einbezogen, nicht zuletzt die der Demütigung in der Auseinandersetzung mit dem Behördenapparat.

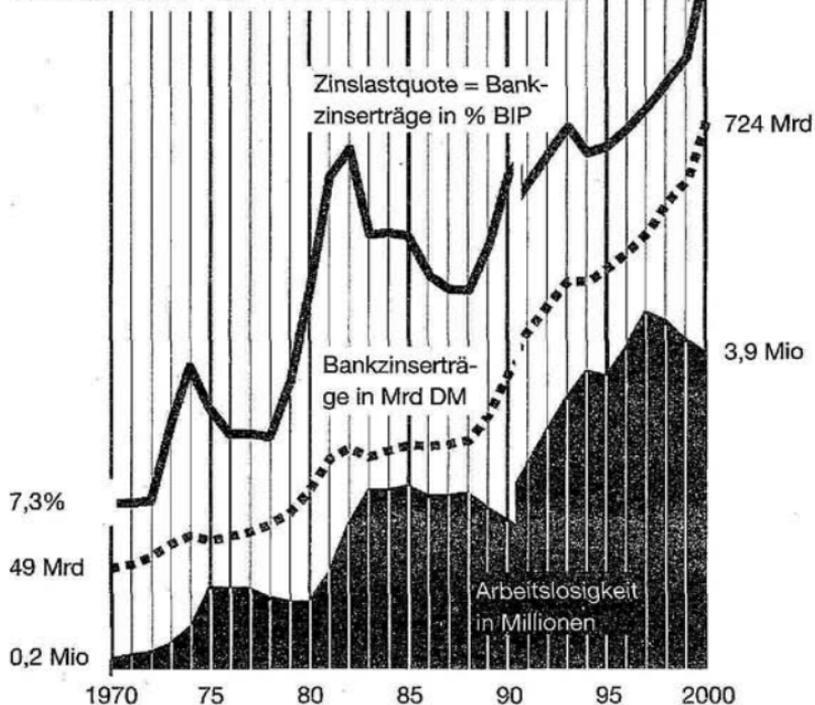
Die Absurdität eines Geldsystems, das die Menschen zunächst ihres gerechten Anteils an der Wirtschaft beraubt, um ihnen dann – in einem unglaublich ineffizienten Verfahren – einen Teil dieses Geldes durch Zahlungen im Wohlfahrtssystem

Zinsen bewirken nicht nur ständige und tendenziell zunehmende Einkommensumschichtungen von Arbeit zum Besitz, sie belasten auch das gesamte Wirtschaftsgeschehen. Das macht sich speziell in Phasen hoher Zinssätze bemerkbar, die alle verschuldeten Wirtschaftsteilnehmer zu höheren Abgaben an die Banken und die Geldvermögensbesitzer zwingen. Die Folgen solcher Hochzinsphasen lassen sich als entsprechende Reaktion bei allen wesentlichen Wirtschaftsindikatoren nachweisen, besonders anhand der Arbeitslosenzahlen. In der Grafik sind sowohl die Zinsgipfel als auch die Anstiegsspitzen der Arbeitslosigkeitsentwicklung ersichtlich. Man sieht, dass die Arbeitslosigkeit mit etwa ein bis zwei Jahren Verzögerung hinter der Zinskurve herläuft. (Helmut Creutz)

Abbildung 14

## Zinslast und Arbeitslosigkeit

1970 bis 2000 – ab 1991 Gesamtdeutschland



Quelle: Bundesbank

© Helmut Creutz

tem wieder zurückzugeben, wurde kaum jemals von Experten untersucht noch öffentlich diskutiert. Solange jene achtzig Prozent der Bevölkerung, die in diesem System ständig draufzahlen, nicht begreifen, wie das geschieht, wird sich daran kaum etwas ändern.

Die Vorreiterfunktion des Zinses in Bezug auf die wirtschaftliche Problementwicklung stellt *Abbildung 14* dar. Der Vergleich von steigenden Zinssätzen und der steigenden Arbeitslosenquote, die mit einem Zeitverzug von ungefähr zwei Jahren erfolgt, ergibt einen deutlichen Hinweis auf diese Vorreiterfunktion. *In der Bedeutung des Zinses im wirtschaftlichen Geschehen liegt ein weiteres zwingendes Argument für die Einführung eines zinsfreien Geldes.* Wiederum sind in dieser Statistik nicht die zusätzlichen sozialen Kosten von Alkoholismus, zerrütteten Familien und zunehmender Kriminalität erfasst. Auch sie könnten durch die Geldreform vermindert werden.

*Abbildung 15* veranschaulicht das Dilemma der Dritten Welt, wo wir die Schattenseiten unserer Wirtschaft wie durch ein Vergrößerungsglas sehen. Die wesentlich krassere Situation wird durch den gleichen Strukturfehler im Geldsystem mit verursacht. Im Unterschied zu den Industrienationen, die insgesamt gesehen Profite machen, zahlen die unterentwickelten Länder *jeden Tag dreihundert Millionen Dollar an Zinszahlungen, eine Summe, die zwei- bis dreimal über dem liegt, was wir ihnen als »Entwicklungshilfe«* gewähren. Das, was alle Wohlfahrtsorganisationen jedes Jahr mit viel Aufwand in den reichen Ländern zusammenbetteln, nämlich rund vier Milliarden US-Dollar, reicht der Dritten Welt gerade, um ihren Zinsverpflichtungen für vierzehn Tage nachzukommen.

1989 betrug die Außenschuldenlast Brasiliens 115 Milliarden Dollar. Diese Summe wird von den Zinszahlungen und Amortisationen der letzten sechzehn Jahre in Höhe von 176

## Entwicklungshilfe



Jeden Tag  
zahlt uns die Dritte Welt  
300 Millionen Dollar Zinsen!

Das Problem der Überschuldung und der daraus resultierenden Zinstransfers von den Schuldnern zu den Geldgebern hat sich in den letzten Jahrzehnten in den Entwicklungsländern besonders krass herauskristallisiert. Dabei lässt die Verschuldung in der Dritten Welt nur die Spitze eines weltweit eskalierenden Schuldenbergs erkennen. (Helmut Creutz)

Milliarden Dollar bei weitem übertroffen. Das heißt, die Schulden sind, wie die der meisten »Entwicklungsländer«, bereits bezahlt. Wenn wir dies nicht anerkennen, gibt es keine Hoffnung, dass sich diese Länder je aus der andauernden Krisensituation befreien können.

Wenn Krieg mit Verhungern, Tod und sozialem und individuellem Elend gleichzusetzen ist, dann sind wir bereits mitten im »3. Weltkrieg« – keinem offiziell erklärten, sondern einem, der mit Wucherzinsen, manipulierten Preisen und unfairen Handelsbedingungen geführt wird. Es ist ein Krieg, der uns in Arbeitslosigkeit, Krankheit und Kriminalität treibt.

Werner Rosenberger spricht in diesem Zusammenhang von »Systemkorruption«, die korrupte Machthaber (Mobuto, Marcos, Noriega, Ceauşescu, Honecker) in Ländern der Dritten Welt und in sozialistischen Ländern, die ihre gewaltigen Vermögen auf sicheren Auslandskonten haben, mit den Großvermögenden aller Länder, die ohne Leistung Millionen an Zinsen beziehen, verbindet. Rosenberger sagt dazu: »Das Schreckliche an der Situation sind meines Erachtens nicht die korrumpierten Machthaber. Sie werden, wie auch wieder die jüngste Geschichte zeigt, früher oder später gestürzt. Das wirklich Arge ist die Tatsache, dass die jeweiligen Nachfolger, die neuen Machthaber, wohl von Reformen reden, aber keine tauglichen wirtschaftlichen Reformmodelle zur Hand haben.«<sup>12</sup>

Zweifellos liegt der Anteil derjenigen, die im bestehenden Geldsystem am schlechtesten abschneiden, bei mehr als drei Viertel der Weltbevölkerung. Die Situation der Dritten Welt könnte sich kurzfristig ändern, würden ihre Schulden ganz oder teilweise von den Gläubigernationen und Banken erlassen. Die internationale Kampagne Erlassjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung – konnte 1999 zwar einen weit reichenden Erlass von Schulden der dreißig höchstverschuldeten Entwicklungsländer durchsetzen, de facto wurden aber nur die nicht zurückzahlbaren Schulden und Zinsen erlassen, so dass

die Zinszahlungen der Entwicklungsländer nach wie vor in gleicher Höhe erfolgen. Wenn man also den grundlegenden Fehler des Geldsystems nicht eliminiert, so ist die nächste Krise bereits vorprogrammiert.

## **Kirchen und spirituelle Gruppen**

Im Laufe der Geschichte haben viele politische und religiöse Führer, wie Moses, Aristoteles, Jesus, Mohammed, Luther, Zwingli und Gandhi, versucht, die soziale Ungerechtigkeit, die der kontinuierliche Bezug von Zinsen verursacht, durch entsprechende Hinweise oder ein Verbot von Zinszahlungen zu verhindern. So steht in 2. Moses 22,25: »Wenn du deinem Bruder, einem Armen, Geld leihst, so sollst du ihm gegenüber nicht wie ein Wucherer handeln. Ihr dürft ihm keinen Zins auferlegen.«<sup>13</sup> Und Aristoteles sagte in Politik I,3: »Der Wucherer ist mit vollstem Recht verhasst, weil das Geld hier selbst die Quelle des Erwerbs ist und nicht dazu gebraucht wird, wozu es erfunden ward. Denn für den Warenaustausch entstand es, der Zins aber macht aus Geld mehr Geld. Daher auch sein Name (Geborenes). Denn die Geborenen sind den Erzeugern ähnlich. Der Zins aber ist Geld von Geld, so dass er von allen Erwerbszweigen der Naturwidrigste ist.«<sup>14</sup>

Übersetzt man den griechischen Urtext wörtlich, so steht bei Lukas 6,35: »Leihet, ohne etwas dafür zu erhoffen.«<sup>15</sup> Das Konzil von Nicäa im Jahr 325 nach Christus verbot allen Klerikern das Zinsnehmen. Die Strafe bei Übertreten des Verbots war die sofortige Entfernung aus dem Amt. 1139 beschloss das zweite Laterankonzil: »Wer Zins nimmt, soll aus der Kirche ausgestoßen und nur nach strengster Buße und mit größter Vorsicht wieder aufgenommen werden. Einem Zinsnehmer, der ohne Bekehrung stirbt, soll das christliche Begräbnis verweigert werden.«<sup>16</sup>

Martin Luther wandte sich in mehreren Schriften leidenschaftlich gegen Wucher und Monopole: »Darum ist ein Wucherer und Geizhals wahrlich kein rechter Mensch; er sündigt auch nicht eigentlich menschlich. Er muss ein Werwolf sein, schlimmer noch als alle Tyrannen, Mörder und Räuber, schier so böse wie der Teufel selbst. Er sitzt nämlich nicht als ein Feind, sondern als ein Freund und Mitbürger im Schutz und Frieden der Gemeinde und raubt und mordet dennoch gräulich als jeder Feind und Mordbrenner. Wenn man daher die Straßenräuber, Mörder und Befehder rädert und köpft, um wie viel mehr noch sollte man da erst alle Wucherer rädern und foltern, alle Geizhälse verjagen, verfluchen und köpfen...«<sup>17</sup>

Der Reformator Ulrich Zwingli ging in Richtung Säkularisation einen Schritt weiter, indem er einerseits den Zins für ungöttlich und unchristlich erklärt, andererseits dem Staat das Recht zuerkennt, den Zinsfuß festzusetzen.<sup>18</sup>

Sie alle wussten wohl um die Ursache des Problems, boten jedoch keine praktikable Lösung an, wie der Geldumlauf gesichert werden konnte, und damit blieb der grundlegende Fehler im System bestehen.

Das Zinsverbot der Päpste im europäischen Mittelalter, aufgrund dessen Christen, die Zinsen verlangten, exkommuniziert wurden, schob beispielsweise den Schwarzen Peter den Juden zu, denen es erlaubt war, von Menschen anderer Religionszugehörigkeit Zinsen zu nehmen. Also wurden die Juden seit dieser Zeit beinahe zwangsläufig die führenden Bankiers der Welt.

Bereits durch das Alte Testament wurde den jüdischen Gemeinden vermittelt, dass Zinsen auf Dauer jeden sozialen Organismus zerstören. Deshalb ergänzte Moses das Zinsverbot durch das »Erlassjahr« allgemeiner Schulden alle sieben Jahre (5. Moses, 15,1–11) und das »Halljahr«, den Rückfall des Grundbesitzes an die Gemeinschaft und der Sklavenbefreiung alle 50 Jahre (3. Moses 25). Doch haben sich diese Regeln im

Alltag nicht durchgesetzt, und es kam deshalb eine dauerhafte Lösung nie zustande. Im Gegenteil, Zinsverbote wie auch Schuldenerlasse führten immer zu intensiver Geldhortung. Deren Folgen für die Wirtschaft aber wirkten sich bei Edelmetall noch schlimmer aus als das Zinsnehmen.

Während die Führungsspitze der katholischen Kirche in Lateinamerika dem westlichen Modell des Kapitalismus zu-neigt, orientieren sich die Priester an der Basis eher an der kommunistischen Ideologie.<sup>19</sup> In einem zinsfreien Geldsystem könnte jetzt die historische Chance einer Lösung liegen, die weder kapitalistisch noch kommunistisch ist, sondern über beide hinausgeht. Sie sorgte in weit höherem Maße für Gerechtigkeit als jedes denkbare Hilfsprogramm. Sie würde eine stabile Wirtschaft ermöglichen und die Bemühungen der Kirche um den Frieden in der Welt erheblich unterstützen.

Heutzutage fordern die Kirchen immer wieder zu Spenden auf, um die Auswirkungen des Umverteilungsprozesses durch das Geldsystem und die härtesten sozialen Probleme sowohl in den industriell entwickelten als auch in den Entwicklungsländern zu lindern. Dies ist jedoch nur ein Kurieren an den Symptomen, das den Systemfehler im Geldwesen nicht berührt.

Ein Zinsverbot enthält auch der Koran. Soweit sich Banken in islamischen Ländern daran halten (bisher nur in einem sehr geringen Ausmaß), vereinbaren sie Gewinn- und Verlustbeteiligung.<sup>20,21</sup> Das mag in einigen Fällen besser, in anderen schlechter sein als Zinszahlungen. Es ändert aber nichts an dem Tatbestand, dass Besitzende ohne eigene Leistung auf Kosten anderer Einkommen beziehen.

Das spirituelle Wissen, welches in vielen Teilen der Welt wächst, weist auf tief greifende Bewusstseinsumwandlungen bei einer zunehmenden Zahl von Menschen hin. Ihre Arbeit für inneren Wandel ist die Basis für äußere Veränderung, in der die friedliche Transformation des Geldsystems einen wichti-

gen Aspekt darstellt. Deshalb liegt eine große Verantwortung bei all jenen, die sich geistigen und humanitären Zielen verpflichtet fühlen, die wesentliche Unterstützung durch eine Geldreform genauer zu erkennen, als das bisher der Fall war.

## Handel und Industrie

Die Preise von Waren und Dienstleistungen in einer zins- und inflationsfreien Wirtschaft würden, genau wie heute in kapitalistischen Gesellschaftssystemen, durch Angebot und Nachfrage reguliert werden. Was sich jedoch ändern würde, wäre die Verzerrung des »freien Marktes« durch den Zins. Durchschnittlich trägt in Deutschland jeder Arbeitsplatz eine Schuldenlast von neunzigtausend Euro. Das heißt, zweiunddreißig Prozent der direkten Arbeitskosten sind allein für Zinsen aufzubringen. Wie sich das auswirkt, zeigt *Abbildung 16*. Zu den Zinsen auf geborgtes müssen weiterhin Zinsen auf das Eigenkapital der Firma gerechnet werden. Beide orientieren sich am Zinssatz des Kapitalmarkts. Hierin liegt der Grund, dass die Geldvermögen und damit die Schulden ungefähr zwei- bis dreimal schneller als die wirtschaftliche Produktivität eines Landes steigen (siehe auch *Abbildung 6*). Die Bedingungen verschlechtern sich zunehmend für jene, die ein Unternehmen gründen wollen, und für die arbeitende Bevölkerung.

Gegenwärtig beobachten wir eine steigende Konzentration in allen industriellen Bereichen. Kleine, meist verschuldete Geschäfte und Industriefirmen werden von größeren, noch liquiden aufgekauft und jene wiederum von den Branchenriesen, bis eines Tages in der so genannten »freien Marktwirtschaft« nahezu jeder für einen multinationalen Konzern arbeitet. Diese Entwicklung wird anfangs durch größere Stückzahlen, niedrigere Preise und damit erhöhte Konkurrenzfähigkeit be-

## Arbeit kostet mehr als nur den Lohn

Auf je 100 DM  
Direktentgelt  
für geleistete Arbeit...

... kamen 1985  
in der Industrie  
23 DM Zinskosten



Diese Relationen geben in etwa die bei uns geltenden Durchschnittswerte wieder. Bei besonders kapitalintensiven Produktionen ist die Verteilung sogar umgekehrt, etwa bei Raffinerien, Atomkraftwerken und ähnlichen Betrieben. Und da die Geldvermögen, die in der Wirtschaft investiert werden müssen, schneller als die Leistung zunehmen, verschieben sich die Relationen zwischen Kapital- und Lohneinkommen immer mehr auf Kosten der Arbeitleistenden (Helmut Creutz).

schleunigt und schließlich immer mehr von dem Geld, das die großen Unternehmen aus ihren Kapitalüberschüssen verdienen.

Wollen sich dagegen kleine und mittlere Firmen vergrößern, müssen sie sich gewöhnlich Geld leihen und sich somit durch Zinsen belasten. Sie können weder in Bezug auf die Menge noch Kapitalerträge konkurrieren.

Bis zum heutigen Zeitpunkt hängt unsere Wirtschaft vom Kapital ab. Dazu sagte der westdeutsche Industrielle Hanns Martin Schleyer einmal treffend: »Kapital muss bedient werden!« *Mit der neuen Geldordnung, also Neutralem Geld, wird Kapital so beschaffen sein, dass es den Bedürfnissen der Wirtschaft dient. Will es Verluste vermeiden, so muss es sich selbst anbieten. Also hat es uns zu dienen!*

## Die Landwirtschaft

Dieser Erwerbszweig ist zwar heute auch industriell durchstrukturiert, muss aber langfristig noch immer auf ökologischen Prinzipien aufbauen. Ökologische Vorgänge folgen der qualitativen Wachstumskurve (siehe Abbildung 1, Kurve a). Hingegen muss die industrielle Entwicklung dem quantitativen Wachstum von Zins und Zinseszins folgen (siehe Abbildung 1, Kurve c). Da die Natur nicht im gleichen Maße wie das Kapital zu wachsen in der Lage ist, dieses aber noch »bedient« werden muss, ergibt sich auch in der Landwirtschaft der Zwang zur eskalierenden Ausbeutung von natürlichen Ressourcen, der zur Bedrohung für unser Überleben geworden ist. Weil das Wachstum eines Baumes nicht mit der »Geld schaffenden« Kraft des Geldes konkurrieren kann, bleiben uns immer weniger Bäume trotz einer immer größeren Menge an Geld und vor allem an Geldguthaben.

In der ersten Phase der Industrialisierung der Landwirt-

schaft verschafften sich die Bauern zunehmend größere Maschinen. Reichere Landwirte kauften dann kleinere Höfe, die sich Maschinen nicht leisten konnten, und vergrößerten so ihre Betriebe noch weiter. Zu diesem Zweck erhielten sie zusätzlich staatliche Subventionen und Steuererleichterungen, mussten aber häufig auch Kredite aufnehmen. Um diese abzu zahlen, wird das Letzte aus Boden, Pflanzen und Tieren herausgeholt. Die Folgen des Raubbaus sind: Fruchtbare Böden trocknen aus und werden hart und verdichtet; Wasservorräte verschmutzen; fünfzig Prozent der Artenvielfalt gingen verloren; vieles wird überproduziert und kann nur mit staatlichen Zuschüssen verkauft werden; der Einsatz geschmacksarmer Hybridkulturen stieg rapide an, ebenso wie die totale Abhängigkeit von Ölimporten für Transport, Kunstdünger, Insektizide, Pestizide und dergleichen mehr; Regenwälder werden vernichtet, um Rohstoffe für Verpackungsmaterialien zu gewinnen für die langen Transportwege zwischen den Stätten der Produktion, der Lagerung, der Weiterverarbeitung, des Verkaufs und des Endverbrauchs.

Obwohl das Zinsproblem nur als ein Faktor unter anderen zu dieser Entwicklung beiträgt, kann die Einführung des zinsfreien Geldes von besonderer Bedeutung für den zum Überleben wichtigen Bereich der Landwirtschaft sein. Durch zinsfreie Kredite in Kombination mit einer Boden- und Steuerreform, die den Boden erschwinglich und die Vergiftung des Bodens und Wassers teuer machen würden, wäre es endlich möglich, eine flächendeckende Umstellung von der hoch industrialisierten Intensivlandwirtschaft auf eine biologische Anbauweise durchzuführen. Werden zusätzlich neue Technologien für eine dauerhafte Landwirtschaft erforscht und unterstützt, so würde sich daraus wieder ein Lebensstil entwickeln, der die Verbindung von Stadt und Land, Arbeit und Muße, Hand- und Kopfarbeit, »high and low technology« zulässt.<sup>22</sup> Auf diese Weise könnte dem Einzelnen, der Landwirtschaft

und der Gesellschaft eine ganzheitliche Entwicklung ermöglicht werden.

## Künstler

Wie Dieter Suhr in seinem Buch »Geld ohne Mehrwert – Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten«<sup>23</sup> beschreibt, würde sich in einer Gesellschaft mit Neutralem Geld quantitatives Wachstum wahrscheinlich sehr bald in ein qualitatives wandeln. Hätten Menschen die Wahl, ihr neues wertstabiles Geld einfach zu sparen, ohne dass es Zinsen einbringt, oder es aber in Glas, Porzellan, Möbel, Kunsthandwerk oder ein solide gebautes Haus mit einem stabilen Wert anzulegen, so würden sie es vermutlich häufig zur Bereicherung ihres täglichen Lebens heranziehen. Je größer die Nachfrage nach dauerhafteren Gütern und Kunstwerken wäre, desto mehr würden diese produziert. Wir dürften auf diese Weise eine völlige Veränderung der kulturellen Werte und Tätigkeiten erleben. Kunst und Kultur würden wirtschaftlich konkurrenzfähig, wie es zur Zeit des Brakteatengeldes im mittelalterlichen Europa (siehe Kapitel V) schon einmal der Fall war.

## Frauen und Kinder

Warum haben Frauen in der Welt des Geldes so wenig Einfluss? Sowohl die Börse als auch die Banken sind den Männern vorbehalten, und Ausnahmen scheinen die Regel nur zu bestätigen. Aus langjähriger Erfahrung mit Frauenprojekten bin ich mir sicher: Die meisten Frauen fühlen intuitiv, dass mit diesem Geldsystem etwas nicht stimmt. Gleichwohl wissen sie – ebenso wie die Mehrzahl der Männer – nicht, was falsch ist oder was verändert werden muss.

Ihr lang anhaltender Kampf um Gleichberechtigung und wirtschaftliche Unabhängigkeit hat die Frauen jedoch sensibel gemacht gegenüber Vorgängen, die, wie die Spekulation mit Geld, große soziale Ungerechtigkeit erzeugen. Die meisten Frauen wissen aus eigener Erfahrung, dass immer irgendjemand für das arbeiten muss, was einem anderen ohne Arbeit zufällt. Zu jener Hälfte der Bevölkerung, denen nur fünf Prozent des gesamten Nettogeldvermögens gehören (*siehe Abbildung 13*), gehören in der Mehrheit Frauen, weil ihre Tätigkeit (Hausarbeit, Kindererziehung) nicht bezahlt wird.

Seit dem Anfang der freiwirtschaftlichen Bewegung und Silvio Gesells Buch »Die natürliche Wirtschaftsordnung«<sup>24</sup> ist eine Idee lebendig, die ebenso schnell einleuchtet wie die Anpassung der Geldmenge an die natürliche Wachstumskurve und die Tatsache, dass der Boden genauso wie Luft und Wasser allen Menschen gehört. Oft wird sie jedoch schamhaft verschwiegen oder als zu weitgehend abgetan. Es handelt sich um den Gedanken, dass die Bodenrente den Frauen und Kindern zukommen sollte, weil der volkswirtschaftliche Wert des Bodens von der Bevölkerungsdichte abhängt. Helmut Creutz kam im Jahr 1989 dabei zu folgendem Ergebnis:

»Fasst man beide abzuschöpfenden Größen aus dem Wertzugewinn und der Wertverzinsung des Bodens in der BRD in Höhe von jeweils 60 Mrd. zusammen, stünde im Jahr etwa ein Betrag von 120 Mrd. für die Auszahlung als Mütter- oder Erziehergehalt bzw. für den Familienlastenausgleich zur Verfügung. Der einfachste Verteilungsweg wäre der über die Zahl der Kinder bzw. Jugendlichen. Zieht man einmal alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr in gleicher Höhe für die Verteilung in Betracht (1970 bei der letzten Volkszählung etwa 13,6 Mio.), dann ergäbe sich ein jährlicher Pro-Kopf-Betrag in Höhe von rund 8800 DM und ein monatlicher von rund 730 DM.«<sup>25</sup>

Durch einen »Lastenausgleich« nicht aus Steuermitteln, sondern sozusagen als Vorgriff auf das, was sie mit ihrer Kin-

dererziehungsarbeit leisten (die Generation, die den Mehrwert des Bodens erarbeitet), wird die wirtschaftliche Grundlage für die Emanzipation von Frauen und Kindern geschaffen. (Dass auch Männer dann, wenn sie die Kinder erziehen, in den Genuss dieses Lastenausgleichs kommen, ist selbstverständlich.) Ohne wirtschaftliche Grundlage gibt es keine Freiheit. Und doch – wie weit sind wir bisher mit dem Versuch, auch Hausarbeit und Kindererziehung zur bezahlten Tätigkeit zu machen, gekommen? Kaum über die Einschätzung der Frau als Wirtschaftlerin hinaus – aber nur im Falle, dass sie an den Folgen eines Unfalls stirbt und eine Versicherung dem Mann Schadenersatz leisten muss.

Frauen und Kinder tragen überall in der Welt den überwältigenden Teil der Last, die durch das gegenwärtige Geld- und Bodenrecht in Gestalt von wirtschaftlichem Chaos und sozialem Elend verursacht wird. *Mit Neutralem Geld, das im Grunde ein »technisch verbessertes Austauschmittel« ist, und dem Kindergeld aus der Bodenrente würde sich ihr Los drastisch verbessern.* Da sie wissen, was Ausbeutung heißt, steht zu erwarten, dass sich viele Frauen maßgeblich für ein gerechteres Tauschmittel einsetzen werden. Nach Einführung des neuen Systems würden sie sich voraussichtlich in viel höherem Ausmaß mit Bankgeschäften und Investitionsfragen beschäftigen, weil sie dann statt in einem lebensverneinenden in einem lebensfördernden System tätig wären.

Ein Geldsystem, das sich mit steigendem Bedarf ausdehnt und mit dem Wachstum aufhört, wenn die Nachfrage gedeckt ist, entspricht unserer biologischen Erfahrung mit optimalen Wachstumsmustern (*siehe Abbildung 1, Kurve a*). »Lebende Systeme« wie Pflanzen, Tiere und Menschen und besonders Kinder aber gehören zur »Frauenwelt«, während die »Männerwelt« gemeinhin automatisiert, das heißt Menschen und alles, was nach eigenen Gesetzen wächst und lebt, auszuschalten sucht. Diese andere Haltung zum Leben ist wichtig, wenn

wir die Kräfte erkennen wollen, die eine Veränderung des jetzigen Geldsystems unterstützen können.

Am meisten wird den Frauen, im Hinblick auf sich selbst und ihre Kinder, daran liegen, dass statt einer weiteren revolutionären Lösung, die bis jetzt immer nur mit menschlichem Leid verbunden war, ein sanfterer evolutionärer Weg eröffnet wird.

## Die Ökologie unseres Planeten

Wenn wir unser Wirtschaftswachstum an der Zunahme des Bruttosozialprodukts messen, dann vergessen wir gewöhnlich, dass jenes sich jedes Jahr auf einen größeren Ausgangsbetrag bezieht. So ist ein zweieinhalbprozentiges Wachstum heute mengenmäßig fünfmal soviel wie in den fünfziger Jahren.

Es ist jedoch leicht verständlich, warum trotzdem Industrielle und Gewerkschaften regelmäßig wiederkehrende Maßnahmen fordern, die den Aufschwung weiter anheizen: *In Phasen sinkender Wachstumsraten wird die Diskrepanz zwischen Einkommen aus Kapital und Einkommen aus Arbeit verschärft* beziehungsweise die Umverteilung von Einkommen aus Arbeit zum Kapital hin fühlbarer. Und das bedeutet sowohl zunehmende soziale Probleme als auch wirtschaftliche und politische Spannungen.

*Andererseits erschöpfen sich die natürlichen Ressourcen durch kontinuierliches Wirtschaftswachstum. Daher haben wir im gegenwärtigen Geldsystem nur die Wahl zwischen ökologischem und ökonomischem Zusammenbruch.* Zusätzlich wird die Konzentration von Geldvermögen in den Händen von immer weniger Menschen und großen multinationalen Konzernen zu einem anhaltenden Bedarf an Großinvestitionen führen, beispielsweise in Raumfahrtprojekte, Atomkraftwerke, überdimensionale Staudämme (etwa in Brasilien) und

trotz aller offiziellen Bemühungen um Abrüstung zu immer größeren Rüstungsausgaben.

Nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten erwies sich das jahrelang politisch widersprüchliche Verhalten der USA und der europäischen Staaten, die auf der einen Seite immer größere und bessere Waffen gegen die Länder des Warschauer Pakts installierten und auf der anderen Seite den Export in diese Länder, etwa von Weizen und technologischem Wissen in die Sowjetunion, gestatteten, als wirtschaftlich durchaus sinnvoll. Auf dem militärischen Sektor ließ sich die Sättigungsgrenze unbegrenzt hinausschieben, solange der »Feind« in gleichem Maße schnellere und größere Waffen entwickeln konnte. Zudem bezifferten sich Profite im militärischen Bereich weit höher als in irgendeinem anderen der zivilen Wirtschaft.

Die Einsicht, dass ein Weltkrieg heute von niemandem mehr zu gewinnen ist, scheint sich nun langsam in Ost und West durchzusetzen. Ob die frei werdenden Mittel ökologisch sinnvoll eingesetzt werden, ist die nächste Überlebensfrage. Das Vordrängen der Banken und multinationalen Konzerne in die ehemaligen Ostblockländer seit der umwälzenden Entwicklung im Herbst und Winter 1989/90 deutet eher darauf hin, dass hier eine Chance gesehen wird, durch weitere wirtschaftliche Expansion die fundamentale Lösung der sozialen und ökologischen Probleme im Westen noch einmal aufschieben zu können.

Solange sich jede Geldanlage mit den Zinserträgen messen lassen muss, werden die meisten ökologischen Investitionen, die auf dauerhafte Systeme ausgerichtet sind, nur schwer im gebotenen größeren Maßstab zu verwirklichen sein. Diesbezüglich heutzutage einen Kredit aufzunehmen, bedeutet gewöhnlich wirtschaftlichen Verlust. Würde der Zins entfallen, könnten sich ökologische Investitionen oft selbst tragen – und das wäre für viele Menschen durchaus akzeptabel, obwohl der

Unterschied zu Gewinnen in anderen Anlagen (zum Beispiel in der Waffenproduktion) bestehen bliebe.

Betrachten wir zum Beispiel die Investitionen in Sonnenkollektoren zur Warmwasserbereitung oder Solaranlagen zur Stromerzeugung. Wären dabei nur zwei Prozent Rendite oder weniger auf unser Geld zu erwarten, während unser Spargeld auf der Bank eine Rendite von sieben Prozent einbringen würde, so könnte diese Investition unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht empfohlen werden. In dem Moment, als es zinsgünstige Kredite und erhöhte Einspeisevergütungen gab, wurden solche Investitionen plötzlich lukrativ. *Mit Neutralem Geld wären sie wie zahlreiche andere zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der biologischen Lebensgrundlagen möglich, weil das eingesetzte Kapital nur mit einem stabilen Geldwert konkurrieren muss.* Vielen Menschen würde es schon genügen, wenn sie durch die Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen und die Einführung ökologischer Technologien wenigstens nichts verlören.

*Wo Zinszahlungen entfallen, wäre es allgemein nicht mehr notwendig, auf Kapital eine hohe Rendite zu erwirtschaften, wodurch sich der Zwang zu Überproduktion und Konsum vermindern würde. Das heißt, das Wirtschaftsvolumen könnte sich leichter dem wirklichen Bedarf anpassen, und dies würde zu einer wirklich ökologischen Wirtschaft führen. Die Preise könnten durchschnittlich um dreißig bis fünfzig Prozent gesenkt werden: um den Anteil, den jetzt die Zinsen ausmachen. Theoretisch bräuchten die Menschen, die überwiegend von ihrer Arbeit leben – und das sind über achtzig Prozent in der Bundesrepublik –, nur noch etwas mehr als die Hälfte der jetzigen Zeit zu arbeiten, um den momentanen Lebensstandard zu erhalten. Sie hätten damit mehr Gelegenheit, sich Umweltfragen und -verbesserungen zu widmen.*

## IV. Wie stichhaltig sind die Einwände gegen eine Geldreform?

Versuch einer Klärung von Helmut Creutz<sup>1</sup>

Außer der Zunahme der Weltbevölkerung wird die Krisensituation in der Welt von drei Überentwicklungen bestimmt:

- einer zunehmenden Plünderung und Belastung der Umwelt, vor allem als Folge einer ständigen Steigerung von Produktion und Verbrauch;
- einer zunehmenden Überschuldung der Volkswirtschaften, besonders erkennbar in den Ländern der Dritten Welt; und
- einer zunehmenden Diskrepanz zwischen Arm und Reich, sowohl zwischen verschiedenen Ländern wie innerhalb derselben.

Geht man diesen Erscheinungen intensiver nach, stößt man auf Ursachen, die mit der herrschenden Geldordnung zusammenhängen:

Die überproportionale Akkumulation und Konzentration der Geldvermögen führt zu einer übermäßigen Zunahme der Schulden, die damit verbundenen wachsenden Zinslasten zu einer zunehmenden Einkommensumschichtung. Die Zinslasten schlagen sich bei den Geldvermögen als Erträge nieder und bewirken ein erneutes Wachstum derselben mit entsprechender Zunahme des Verschuldungszwangs. Wir haben es also hier mit einer sich selbst beschleunigenden Problemspirale zu tun, mit einem unnatürlichen Regelkreis, den wir in der Natur nur bei krankhaften Wachstumsprozessen kennen.

Die zinsbedingte Umverteilung der Einkommen von der Arbeit zum Besitz führt zwangsläufig zu einer Verarmung der

Arbeitleistenden. Diese Verarmung kann nur durch ständiges Wirtschaftswachstum vermieden beziehungsweise ausgeglichen werden. Das heißt, das Bruttosozialprodukt (beziehungsweise das Volkseinkommen) muss in jedem Jahr mindestens um den Betrag erhöht werden, den das Geldvermögen mehr beansprucht. Soll sich die Schere zwischen Arbeits- und Zins-einkommen nicht weiter öffnen, muss das Wirtschaftswachstum dem der Geldvermögen sogar prozentual entsprechen.

Unsere Volkswirtschaften sehen sich also einem dreifachen Dilemma gegenüber: Führen sie die eskalierenden Geldansammlungen nicht wieder über Kredite in den Nachfragekreislauf zurück, droht ihnen eine deflationäre Rezession. Führen sie die Geldvermögenszuwächse zurück, nimmt die Überschuldung und damit die Diskrepanz zwischen Arm und Reich weiter zu. Und versuchen sie den wirtschaftlichen beziehungsweise sozialen Folgen durch weiteres Wirtschaftswachstum auszuweichen, beschleunigen sie den ökologischen Kollaps.

Bei alledem spielt die Höhe der Zinsen eine ausschlaggebende Rolle. Sinkende beziehungsweise niedrige Zinsen lassen die Probleme entsprechend kleiner werden. Doch sind sinkende Zinsen, so wünschenswert sie wären, unter den heutigen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens mit einem erheblichen Manko verbunden: Wie die Inflation als »Peitsche«, müssen sie als »Zuckerbrot« das Geld im Umlauf halten. Dieser Umlaufsicherungseffekt lässt jedoch mit der Höhe der Zins- beziehungsweise Inflationssätze nach. Das heißt, bei niedrigeren Zinsen nimmt die Zurückhaltung des Geldes zu und damit die Gefahr deflationärer Kreislaufstörungen. Zwar können die Notenbanken heute die Geldzurückhaltung durch zusätzliche Geldausgabe ausgleichen, damit aber bauen sich Inflationspotentiale auf, die »morgen« die Preise und vor allem die Zinsen in die Höhe treiben.

Ursache der Problematik ist der Tatbestand, dass sich der Zins als Knappheitspreis des Geldes den normalen Marktme-

chanismen entziehen kann. Während an einem freien Gütermarkt die Gewinne mit der Sättigung des Angebots gegen Null tendieren, kommt es beim Geld ab einer bestimmten Zinsuntergrenze zu einer künstlichen Verknappung.<sup>2</sup> Das heißt, das Geld entzieht sich dem Angebotszwang, dem die Arbeit und alle Güter unterliegen, und verhindert damit auch bei Geldüberfluss ein marktgerechtes Absinken der Zinsen auf den Nullpunkt.

Aus dieser kurzen Lagebeschreibung ergeben sich folgende Forderungen:

Erstens: Das Geld muss genau wie Güter und Arbeit unter Angebotszwang stehen, damit es ein Äquivalent derselben und ein neutrales Tauschmittel ist.

Zweitens: Die heutigen destruktiven Umlaufsicherungsmittel Zins und Inflation müssen durch eine konstruktive, zinsunabhängige Alternative von dieser Aufgabe befreit werden.

Drittens: Der heute bereits bestehende *Annahmewang* für Geld muss durch einen *Weitergabewang* ergänzt werden, das heutige Verbot der Geldvermehrung (durch Geldfälschung) durch ein Verbot der Geldverminderung (durch Geldzurückhaltung).

Leider geht die Wirtschaftswissenschaft diesen Forderungen und ihrer Überprüfung bislang aus dem Wege, ja, die Notwendigkeit einer Geldordnungskorrektur und ihrer Bedeutung wird kaum gesehen. Nur einige wenige Wirtschaftswissenschaftler, die durchweg der Umweltschutzbewegung nahe stehen, haben das Problemfeld Geld erkannt.<sup>3</sup> Gerade aus diesen Kreisen wird jedoch häufig die Befürchtung geäußert, dass ein marktgerechtes Absinken der Zinsen das Wirtschaftswachstum beschleunigen könnte. Nachstehend wird deshalb versucht, die Stichhaltigkeit dieser Befürchtungen zu überprüfen und zu widerlegen. Dabei werden die häufiger vorgebrachten Einwände gegen die geforderte Geldordnungsreform jeweils als These den einzelnen Abschnitten vorangestellt.

## **»Zinssenkungen führen zu mehr Nachfrage und damit zu einem Wachstumsschub«**

Die Nachfrage in einer Volkswirtschaft kann nicht größer sein als die Einkommen, diese nicht höher als die Leistung. Einkommen, Leistung und Nachfragemöglichkeit entsprechen einander. Eine Senkung der Zinsen kann also nicht zu mehr Nachfrage führen, sondern nur zu einer *Nachfrageverlagerung*: Der bisherige Zinszahler kann mehr kaufen, der bisherige Zinsbezieher weniger.

Wenn zum Beispiel in einer Miete von 600 Euro ein Verzinsungsanteil für das Kapital in der Höhe von 400 Euro enthalten ist<sup>4</sup>, dann würde bei einer Halbierung der Zinssätze dieser Zinsanteil von 400 auf 200 Euro zurückgehen. Dem Mieter ständen dann 200 bis 400 Euro mehr für andere Ausgaben zur Verfügung, dem Vermieter (wenn er die Wohnung aus Eigenkapital finanziert hat) im gleichen Umfang weniger. Die erweiterte Nachfragemöglichkeit des Mieters wird also durch eine verringerte des Vermieters kompensiert. Eine Steigerung der Wirtschaftsleistung ergibt sich nicht, wohl aber ein Rückgang des Verschuldungszwangs.

## **»Die Arbeitleistenden werden ihren Kaufkraftzuwachs durch sinkende Zinsen voll ausschöpfen«**

Dass eine volle Ausschöpfung des Kaufkraftzuwachses keine Vergrößerung der Gesamtnachfrage bewirkt, wurde dargelegt. Die offene Frage ist, ob die Arbeitleistenden die zu ihnen zurückfließende (richtiger: in ihren Händen verbleibende) Kaufkraft voll für eine zusätzliche Konsumgüternachfrage nutzen werden.

Sicherlich haben Teile der arbeitenden Bevölkerung noch unerfüllte Wünsche, die sie sich mit dem Einkommenszuwachs erfüllen werden. Wenn aber bereits seit Jahren Befragungen ergeben haben, dass sich ein erheblicher Prozentsatz der Arbeitenden eher mehr Freizeit als mehr Lohn wünscht, kann man davon ausgehen, dass nicht alle ihre zusätzlichen Mittel zur Bedarfsbefriedigung einsetzen werden. Vielmehr ist zu vermuten, dass zumindest ein Teil der Beschäftigten ihren Kaufkraftzugewinn durch verkürzte Arbeitszeiten ganz oder teilweise ausgleicht.

Aber selbst wenn anfangs alle arbeitenden Bürger das Mehr an Kaufkraft voll für Konsumgüter ausgeben, käme es damit nur schneller zu einer Füllung der bislang ungesättigten Restbereiche. Der abnehmende Grenznutzen weiteren Konsums würde – wie heute bereits bei vielen Konsumgütern zu beobachten ist – zu einer rückläufigen Nachfrage und zu einer Höherschätzung von Freizeit und/oder kulturellen Tätigkeiten führen, zu mehr Lebensqualität.

Die Wahrscheinlichkeit und die Erfahrung sprechen also dafür, dass sinkende Zinsen – zumindest auf Dauer – zu einer Stabilisierung der Wirtschaftsleistung auf einer optimalen Höhe, wenn nicht sogar zu einer langsamen Abnahme führen.

### **»Die Wünsche der Menschen sind unbegrenzt«**

Diese These gilt besonders für jene Menschen, die sich ihre Wünsche ohne eigene Arbeitsleistung erfüllen können, also vor allem für die Superreichen, die heute »von allein« immer reicher werden. Diejenigen aber, die für die Erfüllung ihrer Wünsche selbst Arbeit leisten müssen, stoßen dagegen immer an Grenzen. Diese hängen nicht nur mit dem nachlassenden Reiz zusätzlicher materieller Güter zusammen, wenn man dafür arbeiten muss, sondern auch mit der begrenzten Leis-

tungsfähigkeit jedes Menschen. Außerdem wird jeder ab einem bestimmten Punkt feststellen, dass noch mehr Besitz nicht freier, sondern unfreier macht. Es sei denn, man verfügt über die Mittel, sich die notwendigen Hilfskräfte zur Pflege und Überwachung seines Eigentums leisten zu können.

Die heute oft überzogenen Wunschvorstellungen und -standards werden also einmal durch das fragwürdige Vorbild jener millionen- und milliardenschweren Minderheiten gesetzt, die überwiegend von ihren Kapitaleinkünften leben.<sup>5</sup> Mit einer Zinssenkung und der damit verbundenen Reduzierung dieser Einkommen würden also auch solche »Vorbilder« langsam schwinden.

Ein anderer Grund für überzogene Wunschvorstellungen ist heute die Werbung, die allenthalben Illusionen weckt. Ursache dieser immer aggressiveren und Material verschlingenden Kampagnen ist einmal der Kampf um ständig größere Marktanteile, zu dem vor allem diejenigen Unternehmen gezwungen sind, deren Schulden rascher steigen als die allgemeine Wachstumsquote der Wirtschaft, und das ist bei den meisten Firmen der Fall.<sup>6</sup> Zum anderen verlocken auch die Geldinstitute mit vermeintlich immer günstigeren Angeboten zu kreditfinanzierten Wunscherfüllungen, weil es sich für die Bankkonzerne als immer schwieriger erweist, die sich durch den Zins- und Zinseszinsseffekt vermehrenden Geldeinlagen abzusetzen. Auch in diesen Fällen würde also eine Zinssenkung den Wachstums- und Werbezwang mindern helfen, sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Banken, die heute um des eigenen Überlebens willen zu beidem gezwungen sind.

## »Mit einer Umlaufsicherung läuft das Geld noch schneller um«

So wie das Tempo des Blutkreislaufs von der Leistung des Herzens bestimmt wird, so hängt die Geschwindigkeit des Geldkreislaufs von der Leistung der Wirtschaft ab.

Geld kann nie schneller umlaufen, das heißt ausgegeben werden, als man es durch Leistung selbst erwirbt oder sich von anderen »erwerben lässt«. Auch kann man – was jeder aus Erfahrung weiß – sein Geld nur einmal ausgeben. Wohl aber kann jeder das Ausgeben kurz- oder längerfristig unterlassen und damit den Kreislauf des Geldes unterbrechen, was – ähnlich wie bei der Blutzirkulation – zu »Durchblutungsstörungen« führt, konkret: zu Nachfragedisharmonien beziehungsweise Geldmangel mit deflationären Folgen für die Wirtschaft.

Heute können zwar die Notenbanken die Deflationsgefahr zurückgehaltener Kaufkraft durch zusätzliche Neugeldausgabe neutralisieren, sie schaffen jedoch mit diesem zusätzlichen Geld ein Inflationspotenzial, das entsprechend wirksam wird, wenn das zurückgehaltene Geld nachfragend in den Kreislauf zurückkehrt.<sup>7</sup> *Nur dieses dem Kreislauf zeitweise entzogene Geld wird durch eine zinsunabhängige Umlaufsicherung beschleunigt in Bewegung gebracht, nicht aber jenes, das, mengenmäßig auf die Leistung abgestimmt, zwangsläufig bei einer solchen Umlaufsicherung gleichmäßig kursiert!* Mit einer solchen Umlaufsicherung würde auch die heutige problematische Praxis der Notenbanken überflüssig, zurückgehaltenes Geld durch höhere Zinsanreize in den Kreislauf zurückzulocken. Eine Beschleunigung des Geldkreislaufs tritt also mit Einführung einer zinsunabhängigen Umlaufsicherung nicht ein, wohl aber eine Verstetigung. Die heute vorhandenen Geldüberschüsse werden sich dabei durch Einzahlung bei den Banken abbauen.

## »Niedrigere Zinsen führen zu noch mehr Verschuldung«

Sinkende Zinsen beleben zweifellos das Kreditgeschäft, weil damit Investitionen möglich werden, die bislang an der Zinsschwelle scheiterten. Das gilt besonders für manche ökologisch wünschenswerten Vorhaben, beispielsweise Solar- und Windkraftanlagen.

Doch muss trotzdem kein Verschuldungsboom befürchtet werden: Kreditaufnahmen können immer nur in dem Umfang ausgeweitet werden, wie auf der anderen Seite die Geldüberschüsse zugenommen haben. Da aber mit sinkenden Zinsen die Vermögenseinkommen zurückgehen, verringert sich auch das Angebot für Kredite. Damit entstehen jedoch keine Engpässe oder Finanzierungsprobleme, da im Umfang der rückläufigen Zinseinkommen die Arbeitseinkommen zunehmen. Das heißt, die Unternehmen können – wenn sie investieren wollen – verstärkt auf eigene Einkommen zurückgreifen oder auch auf die Ersparnisse der Beschäftigten, falls diese ihre Arbeitszeiten nicht reduzieren. Tun sie das jedoch, sind auch weniger Investitionen erforderlich.

Auch aus einem anderen Grund kann es bei niedrigeren Zinsen zu keiner Kreditschwemme kommen: Genau wie heute muss man weiterhin für alle Darlehen Sicherheiten bieten, womit sich der Kreis der Kreditwürdigen wie bisher eingrenzt. Auch »kostenlose Kredite« wird es niemals geben, da zumindest die Bankvermittlungs- und Risikokosten getragen werden müssen, die heute – je nach Kreditart und Laufzeit – zwischen einem und fünf Prozent der Kreditsumme liegen.

Im Übrigen würde der Zins nach Einführung einer Geldumlaufsicherung nicht schlagartig, sondern nur nach und nach zurückgehen und sich schließlich, bei ausgeglichenen Kapitalmarktlagen, um Null einpendeln. Aber auch bei einem der-

artigen Stand wird nur dann jemand investieren und produzieren, wenn an den Gütermärkten die Nachfrage das Angebot übersteigt und Aussicht besteht, die aufgenommenen Darlehen zurückzahlen zu können.

### **»Bei niedrigen Zinsen flüchtet das Geld ins Ausland«**

Auch hier muss zuerst eine Fehlvorstellung revidiert werden: Geld »flüchtet« oder »fließt« nie ins Ausland – es sei denn, jemand trägt es im Koffer über die Grenze und schließt es dort in einen Tresor ein. Dann aber liegt nichts anderes vor als eine normale Hortung. Dies aber wäre sowohl hier wie dort mit Kosten und Verlusten verbunden, wenn das Geld mit einer zinsunabhängigen Umlaufsicherung gekoppelt würde.

»Mit seinem Geld ins Ausland gehen« kann man ansonsten nur durch einen Währungstausch. Das heißt, wenn jemand wegen der niedrigen Eurozinsen von Euro auf Dollar umsteigen will, braucht er einen Tauschpartner, der genau das Gegenteil möchte. Das gilt nicht nur für einen Bargeldtausch, sondern ebenso für einen Tausch von Euro- gegen Dollarguthaben, auch wenn diese Vorgänge durch die Bankabwicklung unübersichtlich werden. Doch ganz gleich, welchen Tausch wir annehmen: Der Dollarbesitzer wird nur dann auf den umlaufgesicherten Euro beziehungsweise auf dessen gering verzinste Guthaben wechseln, wenn er die erworbene Kaufkraft für Reisen, Käufe oder Investitionen im Euro-Raum einsetzen will. Und darin liegt der Sinn einer funktionierenden Umlaufsicherung.<sup>8</sup>

Kommt es zu einer übermäßigen Anfrage nach Dollar oder einer anderen Währung, erhöhen sich auf dem freien Markt entsprechend die Wechselkurse, was den Boom selbst steuernd abbremst. Das heißt, genau wie auch heute die unterschiedlichen Zins- und Inflationshöhen und -schwankungen

durch die Veränderung der Wechselkurse ausgeglichen werden, ist das auch bei sinkenden Zinsen als Folge einer zinsunabhängigen Umlaufsicherung der Fall.

Im Zusammenhang mit sinkenden Zinsen muss man in Bezug auf ihre Reaktionsweisen auch zwischen Investoren und Spekulanten unterscheiden: Der Spekulant versucht an Währungen mit hohen Zinsen zu gelangen, hoffend, rechtzeitig den Absprung zu schaffen, wenn ein Umkippen des Wechselkurses seine Spekulationsgewinne gefährdet.

Der Investor dagegen, also jemand, der ein Unternehmen gründen oder ausbauen will, zieht Länder mit möglichst niedrigen Zinsen vor, weil er dort günstigere Produktionsbedingungen findet. Nur die Investoren jedoch erweisen sich in einer Wirtschaft als positiver Faktor. Die Spekulanten dagegen belasten und verunsichern jede Volkswirtschaft und den grenzüberschreitenden Handel. Ihr Anwachsen ist immer ein Beweis für eine Überentwicklung der Geldvermögen, die im Bereich der Investitionen nicht mehr die erwartete Rendite finden. Aber nicht nur die Spekulation erhöht sich aufgrund der fehlenden zinsunabhängigen Umlaufsicherung bei niedriger Rendite, sondern auch die liquiden Geld- und Guthabenhaltungen nehmen zu. Dadurch entsteht ein Mangel an Geld und ein Rückgang der langfristigen Kreditangebote, bis es als Folge davon schließlich zu einem Wiederanstieg der Zinsen kommt und sich die Spekulation vermindert.

### **»Heute hortet doch niemand mehr Geld, und wenn, so ist das kein Problem mehr«**

Mit ziemlicher Regelmäßigkeit erscheinen in der Presse Berichte über Verstorbene, die unter Matratzen oder sonstwo erkleckliche Geldsummen versteckt hatten. Noch größere Summen werden immer wieder bei Einbrüchen aus Wohnungen ge-

stohlen und Millionenbeträge beim Ausräumen privater Bank-schließfächer. Außerdem ist bekannt, dass in Inflationsländern häufig Geldbestände ausländischer Währungen in Milliardenhöhe gehortet werden, um Ersparnisverlusten zu entgehen.<sup>9</sup> Weitere Milliardenbeträge sind oft jahrelang in ausländischen Notenbanken stillgelegt. Auch wenn es darüber keine genauen Zahlen gibt: Die Höhe der dem Wirtschaftskreislauf entzogenen Geldsummen ist beträchtlich.

Scheinbar stellen alle diese Geldhortungen im Grunde heute kein Problem mehr dar: Im Gegensatz zur Goldgeldzeit können die Notenbanken die entzogene Kaufkraft durch Drucken zusätzlicher Scheine leicht ersetzen. Problematisch ist jedoch das erhebliche *Schwanken* der Bestände, das eine präzise Geldmengensteuerung und damit eine Stabilisierung der Kaufkraft unmöglich macht.

Diese Schwankungen der Geldhaltung werden vor allem vom Auf und Ab der Zins- und Inflationssätze ausgelöst, die im Allgemeinen gleichgerichtet reagieren. Sinken die Sätze, lässt ihre umlaufsichernde Wirkung nach, und die liquide Geld(zurück)haltung nimmt zu. Bei steigenden Zins- und Inflationssätzen verläuft es umgekehrt. Das heißt, bei sinkenden Zinsen sind die Notenbanken zu überhöhten Geldausgaben gezwungen.<sup>10</sup> Damit aber kommen Inflationspotenziale ins Spiel, die bei steigenden Zinsen virulent werden, erst einen Nachfrageboom und dann einen Inflationsanstieg auslösen. Mit anderen Worten: Es wird nicht nur immer noch in einem erheblichen Umfang Geld zurückgehalten, sondern diese Hortungen führen aufgrund ihrer schwankenden Bestände zu erheblichen Problemen, die einen entscheidenden Einfluss auf den Konjunkturverlauf ausüben.<sup>11</sup>

## **»Bargeld, das durch die Umlaufsicherung am höchsten belastet wird, spielt doch heute kaum noch eine Rolle«**

Diese Einschätzung ist darauf zurückzuführen, dass in den meisten Ländern die Girokontenbestände größer sind als die Bargeldmenge. Außerdem werden diese Sichtguthaben deutlich häufiger umgeschlagen als das Bargeld, wengleich über letzteres nur Schätzungen möglich sind.

Was nun die Rolle des Bargeldes anbetrifft, so haben Studien ermittelt, dass 67 Prozent aller Zahlungsvorgänge in der Endnachfrage nach wie vor bar abgewickelt werden<sup>12</sup> und nur 33 Prozent per Scheck, Überweisung oder Dauerauftrag. Vergleicht man die »unbare« Endnachfrage mit den gesamten Umschichtungen auf den Girokonten, dann sind die Verbraucher daran nur mit 2 Prozent beteiligt, also nur knapp mit einem Fünfzigstel!<sup>13</sup>

Die riesigen Umsätze auf den Girokonten haben zwei entscheidende Ursachen:

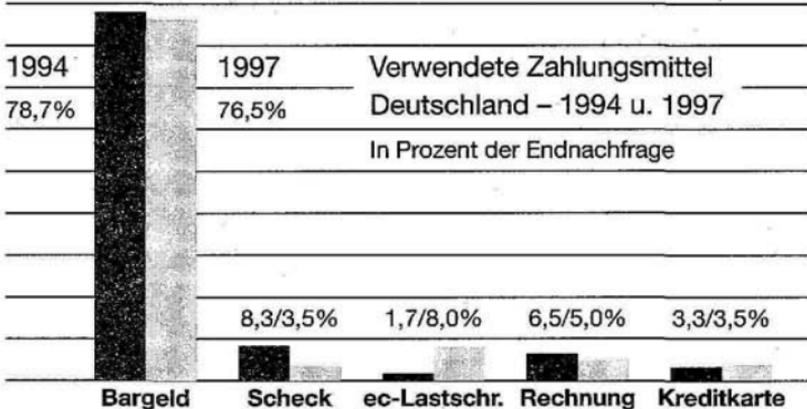
Einmal wird über diese Konten die Mehrzahl der Zahlungsbeziehungsweise Verrechnungsvorgänge im Vorfeld der Endnachfrage abgewickelt: von der Rohstoffsuche über die verschiedenen Produktionsstufen bis zum Groß- und Einzelhandel, einschließlich aller investitionsbezogenen Ausgaben.

Zum anderen läuft über die Girokonten der Großteil sämtlicher Bestands- und spekulativen Anlageumschichtungen an Banken und Börsen ab.

Alle diese Umsätze haben also nur zum Teil mit der Versorgungswirtschaft zu tun. Vor allem aber finden die vielen Übertragungen im Vorfeld der Endnachfrage nur so lange statt, wie am Ende der Kette jemand in einen Laden geht und kauft. Das heißt, *die Endnachfrage ist konjunkturrelevant, und diese wird immer noch überwiegend mit Bargeld getätigt.*

Abbildung 17

## Bargeld mit weitem Abstand an der Spitze!



Quelle: Böhle/Riem, Uni Karlsruhe

© Helmut Creutz/Nr. 104

Vermutungen zufolge ist das Bargeld in Deutschland immer noch das weitest beliebteste Zahlungsmittel. Bedenkt man, dass Mitte der 80er Jahre das Endnachfragevolumen noch zu 83 Prozent mit Bargeld abgewickelt wurde, ist auch der längerfristige Rückgang auf rund 78,7 bzw. 76,5 Prozent in den 90er Jahren nicht allzu groß.

Wie die Zahlen in der Grafik wiedergeben, bewegen sich die vier größten Konkurrenten des Bargeldes im Einzelhandel auch heute noch alle unter zehn Prozent des Umsatzvolumens. Außerdem spielten sich die größten Verschiebungen zwischen 1994 und 1997 innerhalb dieser Alternativen ab. So ist z. B. die Scheckbenutzung von 1994 bis 1997 von 8,3 auf 3,5 Prozent gefallen, während die Benutzung des ec-Lastschriftverfahrens von 1,7 auf 8,0 Prozent förmlich explodierte. Aufgrund der praktischen Handhabung dieser ec-Karten, die mit Bargeldspeicherung auch als Geldkarten benutzbar sind, ist eine weitere rasche Zunahme ihrer Verwendung zu vermuten. Allerdings dürften sie zu einem guten Teil zuerst einmal andere unbare Zahlungsmittel verdrängen, vor allem wahrscheinlich die für den Handel besonders teuren Kreditkarten. Auch wenn diese Kreditkarten in den USA, bezogen auf die Transaktionswerte, den Markt dominieren, ist das Bargeld – was sicher überraschend ist – auch dort noch mit 87 Prozent an den Transaktionsvorgängen beteiligt. Gemessen an den Transaktionsvorgängen dürfte die Bargeldnutzung im deutschen Einzelhandel also hoch im Bereich der 90er-Prozentgrößen liegen.

Dabei ist noch etwas zu beachten: Der überwiegende Teil der von den Endverbrauchern vollzogenen unbaren Abwicklungen betrifft feste, gleich bleibende Beträge, etwa für Miete, Versicherung, Steuern und dergleichen, also relativ starre und konstante Größen. Damit verlagern sich die schwankenden, Konjunktur bestimmenden Nachfragevorgänge noch stärker auf die Zahlungsvorgänge mit Bargeld.

### **»Bei einer Umlaufsicherung auf Bargeld und Girokonten hortet man Goldbarren oder andere Wertgegenstände«**

Die »Flucht« in Gold oder andere Wertgegenstände hat gar keine Auswirkung auf die Geldmenge oder den Geldkreislauf. Hier findet jedes Mal nur ein Tausch von Ware gegen Geld statt und umgekehrt. Allenfalls könnte durch einen verstärkten Bedarf an solchen Gegenständen deren Preis in die Höhe gehen. Selbst bei einer Inflation von zehn und mehr Prozent wird das Geld als Tauschmittel heute nicht vom Markt verdrängt. Weshalb sollte da eine Umlaufsicherungsgebühr von sechs Prozent, die den Wert des Geldes und der Ersparnisse endlich garantieren kann, zu solch einem Verhalten führen?

### **»Wenn die Zinsen sinken, übernimmt der Gewinn die Rolle des Wachstumsantreibers«**

Bei der Beurteilung dieser Annahme müssen zuerst die Unterschiede zwischen Zins und Gewinn herausgearbeitet werden:

- Der Zins ist eine *leistunglose Prämie* für die Überlassung von Geld, die sich auf alle wirtschaftlich genutzten Sachgüter überträgt.

Der Gewinn ist eine *leistungsbezogene Prämie* für unter-

nehmerisches Risiko und Tun, die zur Marktbedienung anregt.

- Der Zins ist ein Knappheitspreis, dessen Absinken durch Angebotszurückhaltung verhindert werden kann.  
Der Gewinn ist ein Knappheitspreis, der sich durch den von ihm ausgelösten Wettbewerb herunterkonkurriert.
- Der Zins ist eine feste, auf die Kapitalmasse bezogene Größe, die auf jeden Fall erwirtschaftet werden muss.  
Der Gewinn ist eine kalkulatorische, auf den Umsatz bezogene Überschussgröße, deren Umfang erst am Jahresende zu ermitteln ist.
- Die Summe aller Zinsen nimmt proportional mit den Investitionen und der Kapitalmasse zu.  
Die Summe aller Gewinne geht mit den Investitionen und der damit verbundenen zunehmenden Marktsättigung – zumindest relativ – zurück.
- Ein Unternehmen ist dann rentabel, wenn es bezogen auf das eingesetzte Kapital mindestens den Geldzins in Höhe von vier bis sechs Prozent erwirtschaftet.  
Ein Unternehmen ist wirtschaftlich, wenn es bezogen auf den Umsatz ein bis zwei Prozent Gewinn herausholt.
- Da die Kapitalmasse im Mittel heute etwa fünfmal größer als der Endumsatz ist, liegt der Zinsanteil im Preis bei 30 bis 50 Prozent, während der Gewinn im Preis nur einen Bruchteil dieser Größe beträgt.

Der entscheidende Unterschied zwischen Zins und Gewinn: Der Gewinn unterliegt den Marktgesetzen und tendiert mit zunehmenden Sättigungsentwicklungen gegen Null. Dieser Marktmechanismus kann nur vorübergehend bei Knappheitslagen oder durch Monopole unterlaufen werden.

Der Gewinn kann also niemals die Rolle der Zinsen übernehmen. Und aufgrund seiner negativen Rückkoppelung ist er als dauernder Wachstumsantreiber gar nicht geeignet.

## »Wachstumsstillstand bedeutet Rückschritt«

Alle natürlichen und gesunden Wachstumsprozesse stabilisieren sich auf einer optimalen Höhe. Diese Regel gilt für alles Leben auf unserer Erde. Sie gilt auch für die Wirtschaft, die sich den Gesetzen der Natur nicht ungestraft entziehen kann.

Nach dem letzten Krieg war das Wirtschaftswachstum in den ersten zehn bis zwanzig Jahren notwendig und sinnvoll. Nachdem jedoch fast alles wiederaufgebaut war, hätte es aufgrund der einsetzenden Sättigungserscheinungen zu einer Abnahme des Wachstumstempos und schließlich zu einem Einpendeln der Leistung auf einer optimalen Höhe kommen müssen. Eine solche natürliche Stabilisierung bedeutet jedoch weder Stagnation noch Rückschritt. Sogar der materielle Wohlstand kann unter derartigen Bedingungen noch gesteigert werden: einmal, weil sich langlebige Güter weiterhin anhäufen; zum anderen, weil Arbeitskräfte aus den gesättigten Bereichen, in denen nur noch eine Ersatzbeschaffung erforderlich ist, für andere zusätzliche Güterproduktionen eingesetzt werden können. Zum dritten setzt sich der technische Fortschritt auch in stabilisierten Volkswirtschaften fort und schafft damit die Möglichkeit, mehr oder bessere Güter zu erzeugen. Das heißt, auch ohne Wirtschaftswachstum ist entweder eine weitere (wenn auch langsamere) Steigerung des Wohlstandes möglich oder, bei gleich bleibendem Wohlstand, eine ständige Verringerung von Produktion und Arbeitszeit, das heißt eine Erhöhung der Lebensqualität.

Schon vor mehr als dreißig Jahren hat der ehemalige Wirtschaftsminister Friedrichs einmal gesagt, dass es drei Arten von Arbeit gäbe: sinnvolle, überflüssige und schädliche. Wenn wir demzufolge unser Wirtschaftswachstum in den letzten zwei Jahrzehnten einer kritischen Prüfung unterziehen, dann kann man sagen, dass das Gros der Zusatzproduktionen in die

beiden letztgenannten Kategorien gehört, nämlich in die des Überflüssigen und des Schädlichen.

### **»Mit einer Zinssenkung sind die Umweltprobleme nicht zu lösen«**

Zweifellos hat eine Zinssenkung keinen direkten Einfluss auf die Umweltproblematik. Wohl aber verringert sich – wie hier mehrfach dargelegt – der Wachstumsdruck in der Wirtschaft und damit der Zwang zu einem immer größeren Ressourcenverbrauch, der mit stetig steigenden Umweltbelastungen verbunden ist.

Doch auch bei einer Wirtschaft ohne Wachstum, ja sogar mit rückläufigen Leistungen, bleibt das Problem der Rohstoff- und Energieverschwendung bestehen und damit auch das Dilemma ihrer Folgen.

Neben einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes, mit der der Wachstumszwang in unseren Volkswirtschaften verringert werden kann, sind darum direkte Maßnahmen zum Schutz der Natur unverzichtbar. Dazu gehören vor allem die eingeführten und diskutierten Ökosteuern und -abgaben, Auflagen und Verbote. Das heißt, die Umwelt muss mit einem Preis versehen werden, sie darf nicht mehr zum Nulltarif benutzt, verbraucht und belastet werden. Und diesen Preis hat jeder zu zahlen, der die Natur in Anspruch nimmt.

Außer der Geldordnungskorrektur und den ökologisch orientierten Schutzsteuern beziehungsweise -abgaben, ist aber auch eine Reform des Bodenrechts erforderlich, welche die Rechte an der Nutzung der Bodenressourcen mit einschließt. Diese Bodenrechtsreform muss praktisch parallel mit der Geldordnungsreform durchgeführt werden, da sich sonst die Spekulation, noch mehr als heute bereits, auf den Boden verlagern würde.

Als naturgegebenes Gut und Lebensgrundlage aller Menschen darf der unvermehrte Boden, genau wie Licht, Luft und Wasser, kein privates Eigentum sein, mit dem von allen anderen ein Tribut erzwungen werden kann. Er muss darum schrittweise in das Eigentum der Allgemeinheit (nicht des Staates!) zurückgeführt und mit langfristigen Verträgen den Nutzern überlassen werden. Das gleiche gilt für alle Bodenschätze und die Wasserrechte.

So richtig und wichtig alle Ökosteuer- und Abgabenmodelle auch sind: Solange wir den Wachstumszwang und -wahn nicht überwinden, hat die Umwelt keine Chance zur Erholung – selbst dann nicht, wenn wir alle Leistungszuwächse in Umwelttechnologien einsetzen. Schon ein Wirtschaftswachstum von vier Prozent führt in achtzehn Jahren zu einer Verdoppelung unseres heutigen Produktions- und Verbrauchsvolumens und damit auch zu einer Verdoppelung der negativen Folgen.<sup>14</sup>

Erst wenn es uns gelingt, die Ursachen des Wachstumszwangs zu überwinden und krisenfreie Wirtschaftslagen ohne Wachstum möglich zu machen, können auch die übrigen Maßnahmen zur Rettung unserer Umwelt wirklich greifen.

### **Die Folgen von Zinssenkungen in der Zusammenfassung:**

#### *Mit sinkenden Zinsen*

- geht das übersteigerte Wachstum der Geldvermögen zurück und damit auch das der Überschuldung;
- verringert sich die Diskrepanz zwischen Arbeit und Besitz, Arm und Reich und damit auch die sozialen Spannungen;
- werden alle Schulden trag- und rückzahlbarer, was nicht nur für die Dritte Welt von Bedeutung ist;
- geht der Zwang zum Wirtschaftswachstum zurück, mit dem man heute allein der Verarmung der Arbeitleistenden entgegenwirken kann;
- wird die Entwicklung der Wirtschaft immer mehr von den

Interessen der nachfragenden und leistenden Menschen bestimmt, immer weniger von den (Zins-)Interessen des Kapitals.

- wird – und das ist ganz entscheidend – ein Wirtschaften ohne Wachstum überhaupt erst möglich.

Oder anders ausgedrückt: Erst bei einem Zins um Null können wir uns ein »Nullwachstum« erlauben.

TEIL 2

**Vergangenheit · Zukunft ·  
Gegenwart**



## V. Lernen aus der Geschichte

Eigentlich gehört eine geschichtliche Betrachtung an den Anfang eines Buches über das Thema Geld. Um jedoch die Funktion des Geldes im historischen Ablauf verstehen zu können, war zunächst das Verständnis für seine Anwendung und die sich daraus ergebenden Folgen erforderlich. Nur so wird deutlich, warum unser heutiges Geldsystem eine Grundvoraussetzung für über dreitausend Jahre zyklisch wiederkehrender Wirtschaftskrisen, Ausbeutung von Mensch und Erde, blutiger Kriege und endlosen Leids auf dieser Welt ist und dass wir bis heute wenig aus der Vergangenheit gelernt haben. Wer jedoch aus der Geschichte keine Lehren zieht, muss sie wiederholen. Das gilt für jeden Einzelnen wie für ganze Staaten.

»Niemand weiß, wie das Geld zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte entstanden ist«, sagte Wilhelm Roepke 1937 in »Die Lehre von der Wirtschaft«.<sup>1</sup> »Die heute verfügbaren Theorien über Geld gehören zu den unfertigsten Bestandteilen der ökonomischen Analyse«, bestätigt R. W. Clower in seiner »Monetary Theory«<sup>2</sup> noch 1969, und Keizo Nagatani wiederholt den Gedanken in einem weiteren Buch »Geld-Theorie« folgendermaßen: »Wir machen die Annahme, dass Geld nützlich ist und dass seine Erwünschtheit von allen Beteiligten an einem ökonomischen System voll anerkannt wird. Es war der gemeinsame Glaube all dieser Wirtschaftssubjekte, welcher Geld erst Geld werden ließ [...] Diese geschichtliche Sicht kann aber die Frage nicht beantworten, wie Geld in die Welt gekommen ist. Nach allem, was ich weiß, wurde diese Frage niemals richtig beantwortet.«<sup>3</sup>

Diese kurze Auswahl von Zitaten aus Gunnar Heinsohns »Privateigentum, Patriarchat, Geldwirtschaft«<sup>4</sup> soll als Hinweis darauf genügen, wie schwierig eine Rekonstruktion der Geldentstehung ist. Heinsohn hat in diesem Zusammenhang völliges Neuland betreten.

## Zur Entstehung des Geldes in der Antike

In einer sozialtheoretischen Rekonstruktion zur Antike verbindet Heinsohn zum ersten Mal die Entstehung der Geldwirtschaft mit der Herausbildung von Privateigentum und Patriarchat. Aus dem Studium des »dunklen Zeitalters« zwischen dem 13. und 8. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung ergibt sich für ihn eine neue Antwort darauf, wie sich der Übergang vom Matriarchat zum Patriarchat im Mittelmeerraum vollzog. Er findet in der Überlieferung von Heldenmythen und Sagen ebenso wie in archäologischen Arbeiten und frühen Geschichtsbeschreibungen Beweise dafür, dass am Anfang des Patriarchats das Privateigentum und die Geldwirtschaft stehen. Da diese Analyse verständlich macht,

- warum erstens unser heutiges Geld seine Tauschfunktion nur unvollkommen erfüllen kann,
- wie zweitens der Zins zustande kam,
- wie eng, drittens, Geld- und Bodenrecht zusammenhängen,
- viertens, welche Rolle die Frauen in diesem Zusammenhang spielten,

werden die für uns so wesentlichen Punkte hier zusammengefasst.

Der Beginn dieser geschichtlichen Entwicklung mit den historischen Neuerungen Privateigentum, Patriarchat und Geldwirtschaft wurde laut Heinsohn dadurch ausgelöst, dass Gruppen oder einzelne Männer, die aus unterschiedlichen Gründen – Naturkatastrophen, Übervölkerung, sozialen Konflikten

und anderem – keinen Platz in den matrilinearen (von Müttern auf Töchter vererbenden) Stammesgesellschaften oder den von Männern beherrschten Feudalsystemen mehr vorfinden, sich zusammenschlossen. Sie gründeten neue Gemeinwesen auf erobertem Land, das sie nun gleichmäßig untereinander aufteilten. Jeder erhielt ein abgegrenztes eigenes Stück Grund und Boden, über das nur er selbst disponieren durfte, auf dem er also vor existenziellen Entscheidungen anderer und vor Ausbeutung sicher war. »In Rom geschieht das der Sage nach durch rechteckige Grenzziehungen (Roma Quadrata) zwischen den Äckern ohne Rücksicht auf die natürliche Bodengliederung oder Wasserläufe.«<sup>5</sup>

Dieser Schritt in die Freiheit gründete also im Gegensatz zu mutterrechtlich organisierten Stammesgesellschaften, in denen das Land allen zustand, und feudal regierten Reichen, die das Eigentum des jeweiligen Herrschers oder der Fürsten waren, den Begriff des *Privateigentums Einzelner*. Doch obwohl die diesbezügliche Gründergeneration aus tatkräftigen Männern besteht, sind sie ökonomisch gesehen relative Habenichtse. Sie unterscheiden sich untereinander bestenfalls in der mehr oder weniger günstigen Lage ihrer Äcker.

Um jedoch darauf etwas zu produzieren, braucht es mehr als ein Stück Land: Unterkunft, Geräte, Lager, Saatgut und dergleichen. Das heißt: Um unabhängig zu bleiben, mussten die ersten Patriarchen – wiederum im Gegensatz zu Stammesgesellschaften, in denen sich alle gegenseitig beim Bauen helfen und sich die Geräte voneinander ausleihen – *Schuldverträge* abschließen über die Höhe der Verpflichtungen, die sie in Form von Edelmetall zurückzahlten, oder einer konkreten Leistung, die sie später erbrachten. Um das persönliche Risiko des jeweiligen Kreditgebers und den damit verbundenen Verzicht auf das, was er nicht braucht und daher verleihen kann, auszugleichen, kommt der Zins ins Spiel. Eine grundsätzlich andere Herkunft des Zinses beschreibt Paul C. Martin (der auf

der Analyse von Heinsohn aufbaut]. Er meint, dass die Menschen nur das verleihen, was sie ohnehin nicht benötigen. Damit sie sich wiederum aber von jenem trennen können, müssen ihnen andere, die auf das Nichtbenötigte erpicht sind, mehr zurückzahlen als das, was die Verleiher dafür erhalten haben, beziehungsweise eine zusätzliche Leistung erbringen.<sup>6</sup>

Welche Herkunftserklärung nun die richtige ist, kann wohl kaum mit Sicherheit rekonstruiert werden; jedenfalls sind im Patriarchat erst durch das Privateigentum Schuldkontrakte zwischen Einzelnen möglich geworden, und *diese sind*, nach Heinsohns Rekonstruktion, *der Ursprung der Geldwirtschaft und nicht die Verbesserung des Tauschhandels*, wie von den meisten Fachleuten angenommen wird. Heinsohn weist anhand verschiedener Beispiele nach, dass in Stammesgesellschaften der Grundsatz beim Tausch stets Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, Profit auf Kosten eines anderen dagegen tabu war.<sup>7</sup>

Dass dieses Prinzip auch im Handel zwischen unterschiedlichen Völkern galt, beschreibt Herodot etwa um 550 unserer Zeitrechnung:

»Die Karthager berichteten: Es wären auch noch libysches Land und Menschen darin jenseits der Säulen des Herkules [der Straße von Gibraltar] zu erwähnen. Wenn wir dahin kommen, laden wir unsere Waren aus, dann gehen wir wieder auf unsere Schiffe und machen einen großen Rauch. Wenn nun die Eingeborenen diesen Rauch sehen, kommen sie an das Meer und legen für die Waren Gold hin und gehen dann wieder weit weg von den Waren. Wir gehen dann wieder an Land und sehen nach – wenn unserer Meinung nach das Gold genug ist für die Ware, nehmen wir es und fahren nach Hause. Ist es aber unserer Meinung nach nicht genug, gehen wir wieder an Bord und warten. Dann kommen [die Eingeborenen] wieder und legen noch Gold dazu – bis wir zufrieden sind. Keiner aber betrügt den anderen, denn die einen rühren nicht das Gold an, ehe die

Waren damit bezahlt sind, noch rühren die anderen die Waren an, bis sie [die Partner] das Gold genommen haben.«<sup>8</sup>

Wo in der Literatur häufig Edelmetallmengen als »Zahlungsmittel« angeführt werden, zugleich aber zum Ausdruck kommt, dass sie auch durch andere Materialien ersetzt werden können, handelt es sich also jeweils auch beim Edelmetall »nur« um Tauschgut, wie im oben genannten Beispiel, und nicht um eine allgemein akzeptierte frühe Währungseinheit.<sup>9</sup>

Die Entstehung von Münzen ist jedoch mit Sicherheit auf die frühe Verwendung von Gewichtsgeld zurückzuführen. Da das Wiegen bereits in Feudalgesellschaften und auch bei Tempelbanken im Rahmen der Erfüllung von bäuerlichen Abgabepflichten in Naturalien eine Rolle gespielt hat, nimmt man an, dass Gewichte zuerst in allen möglichen Edelmetallen, dann – zur Einschränkung von Missbrauch – zunehmend in Silber als Ersatz für die jeweiligen Produkte benutzt wurden. Sie verursachten weniger Lagerhaltungskosten und konnten leichter transportiert werden. Die französische Sprache kennt für Geld und Silber noch immer dasselbe Wort: argent.

Der auf die Einführung von Silbergewichten als allgemeinem Zahlungsmittel zurückzuführende Mangel an diesem Edelmetall dürfte dann wohl auch als Ausgangspunkt für die nominale Münze gedient haben. Statt zehn Pfund Silber zu zahlen, beginnt der Feudalherr oder die Tempelbank – denn nur sie können sich einen solchen »Betrug« leisten –, mit einer Zehn in Form einer aufgeprägten Zahl auf einem Stückchen Silber ihre Schulden zu begleichen.

Doch auch für die Beziehung zwischen Schuldner und Gläubiger erweist sich die Wertfestsetzung des Geldes durch ein zentrales staatliches oder kirchliches Geldmonopol als vorteilhaft. »Geld« muss etwas »gelten«, wie der deutsche Wortstamm sagt, sonst ist es eben keins. Und so müssen die Privateigentümer, das heißt die Patriarchen, die über den Teufelskreis Schulden, Zinsen, mehr Schulden bald in den Strudel

des »aufschuldenden« oder »debitistischen« Kapitalismus hineingezogen werden, auch sehr bald ein Interesse an einem starken Staat gehabt haben. Denn nur er kann dank seiner gesetzlichen Autorität den Gläubiger-Schuldner-Kontrakten die nötige Durchsetzung und dem ursprünglichen Betrug durch das nominale Geld die nötige Legitimation verleihen.

Geld entstand also nicht, um den Tausch zu vereinfachen – dann hätte man es vielleicht gleich mit einer anderen Umlaufsicherung als dem Zins versehen können –, sondern primär als Symbol einer persönlichen, vom Einzelnen und nicht von einer Gemeinschaft zu tragenden und wegen des hohen Risikos zu verzinsenden Schuld. Es war damit von Anfang an Wertmesser, Zahlungsgut und Spekulationsmittel zugleich. Der Markt stellt sich in diesem Zusammenhang auch nicht in erster Linie als Ort des freien Austauschs von Gütern dar, sondern als Ort, wo Schuldner ihr Produkt in dasjenige Medium zurückverwandeln, in dem die Schuldendeckung vereinbart wurde.<sup>10</sup>

Heinsohn rekonstruiert nun folgende Kausalkette: Der Patriarch/Privateigentümer produziert nicht für den Tausch, sondern von Anfang an für Geld, um Schuld und Zinsen abzuzahlen. Er muss, um Warenüberschüsse herzustellen, immer mehr rationalisieren, das heißt die Produktionsbasis vergrößern und effektiver machen. Sein Existenzrisiko wird nicht von allen mitgetragen (wie in den früheren Stammesgesellschaften, wo sich nach schlechten Ernten alle einschränkten), sondern von ihm selbst beziehungsweise vom Einzelnen, der in ständiger Konkurrenz mit anderen Patriarchen steht, die der *Überschuldungsgefahr* genauso rastlos zu entkommen trachten. Produziert er aufwändiger, wird sein Erzeugnis unverkäuflich, und ihm bleibt nicht weniger, sondern schlicht nichts; das heißt, er steht vor dem Ruin. »Hierin liegt die *Armseligkeit, die Angst erzeugende Unsicherheit* in der antiken Privateigentümergeellschaft, wie reich und entwickelt sie auch immer gewesen

sein mag«<sup>11</sup>, stellt Heinsohn fest, und das ist, kann man sagen, das Dilemma der kleinen, mittleren und großen Privatunternehmen bis heute.

Der Druck, der aus der Existenzangst des Einzelnen wächst, mehrfach verstärkt durch das Phänomen »Zins«, ist nun Heinsohn zufolge der eigentliche Dynamo des Kapitalismus. Eine solche Geldwirtschaft transformiert nicht nur angrenzende Stämme, sondern eignet sich auch zur Kolonisierung noch unbehelligter Feudalreiche, die bis dahin ausschließlich durch die Übernahme des Landes von abhängigen Bauern territorial wachsen konnten.

»Der Randständigkeit und Kleinheit griechischer oder nahöstlicher Geldwirtschaften, die gleichwohl ausgedehnte Feudalgebiete des Altertums ihrer Dynamik unterwerfen, entspricht in der Neuzeit bekanntlich das technisch zurückgebliebene und dünn besiedelte England. Seine kapitalistische Struktur führt nicht allein zum Niederkonkurrieren anfänglich weit überlegener europäischer Nationen wie Frankreich und Spanien, sondern schließlich sogar zur Übernahme von Indien und zur Destabilisierung Chinas – beides Feudalgebiete, die allein jeweils mehr Menschen umfassten als ganz Europa zusammen (um 1500 haben Europa 81 Millionen, China 100 und Indien 105 Millionen Einwohner). Chaldäer, Phönizier, Griechen und Römer hätten dann für die Antike nichts Ungewöhnlicheres vollbracht als England für die Neuzeit.«<sup>12</sup>

Die Angst prägte im Patriarchat auch das Verhältnis der Geschlechter untereinander. Frauen mussten zu Anfang geraubt oder gezwungen werden, in diesen von Männern und männlichen Werten geprägten Gruppen zu leben, um deren Fortbestand zu sichern. In den Stammesgesellschaften waren die Frauen ebenso hoch geachtet wie der Mann und diesem gleichgestellt. Sie bestimmten über ihren Körper, die Anzahl der Kinder und mit welchen Männern sie zusammenleben wollten. Kein Wunder, dass sie sich gegen die Gewalt der Bevor-

mundung, der sie in patriarchalischen Gruppen ausgesetzt waren, zur Wehr setzen. Dort unterstehen sie ausschließlich der Strafgewalt ihres Mannes, auf dessen Grundstück sie – einzeln also – leben.

»Nur wenn die Gattin ausschließlich mit ihrem Mann sexuell verkehrt, ist ihr Sohn – wenn auch nicht sichtbar, so doch logisch schlüssig – zugleich der Sohn ihres Mannes. Nur durch deduktiv-logische und so zugleich genealogische Schlüsse können die nachwachsenden Männer ihre Erbberechtigung sich selber klar und anderen glaubwürdig machen.«<sup>13</sup>

Nach neuen patriarchalischen Gesetzen darf der Patriarch die Gattin töten, wenn sie die Schlüssel entwendet, das heißt zu entlaufen versucht; wenn sie Ehebruch begeht und versucht, Geburten selbst zu regeln. Der Mythos vom Heros Herkules, welcher die »Äpfel der Hesperiden« raubt – Pomeranzen, aus deren Schalen das Verhütungsmittel Hesperidin gewonnen werden kann –, lässt nach Heinsohn vermuten, dass man auch bereits danach trachtete, Kontrolle über die Empfängnis zu erlangen, ohne die das Patriarchat möglicherweise nicht einmal in die zweite Generation gegangen wäre.<sup>14</sup>

Gewalt bei der Eroberung und Besetzung von Land, Betrug bei der Einführung des Münzgeldes und sexuelle Unterdrückung bei der Eingliederung der Frau stehen also miteinander Pate an der Wiege des Privateigentums an Grund und Boden, der Geldwirtschaft und des Patriarchats. Sie entstehen »uno actu«, das heißt gemeinsam, und sind demnach auch nur so zu überwinden.<sup>15</sup> Keines der aus dieser Dreierkonstellation hervorgegangenen – aber in den Auswirkungen wesentlich vielfältigeren – Probleme hat uns bis heute verlassen. Man denke nur an die Diskussionen zum so genannten »Abtreibungsparagrafen« 218, in denen bis heute eine sehr klare Trennung zwischen Männern und Frauen verläuft, die sich durch alle politischen Parteien zieht.

Existenzunsicherheit und Armut prägen am Beginn die Privateigentumsverhältnisse von patriarchalischer Familie und Geldwirtschaft. Um das Privateigentum, Schuldkontrakte sowie die Einche nach innen und außen zu dokumentieren und zu garantieren und wenn nötig kollektiv zu verteidigen, entsteht als wichtigste Institution der Staat der Antike und mit ihm das »römische Recht«, das später zur Grundlage der Rechtsprechung des Abendlands und darüber hinaus der gesamten westlichen Welt wird. »Ein Staatslenker hat in erster Linie dafür zu sorgen, dass der Privatbesitz keines Staatsbürgers angetastet wird«, sagt Cicero. »Das Recht auf persönliches Eigentum muss einem jeden bleiben.«<sup>16</sup> In anderen Schriften stellt er jedoch fest, dass es von Natur aus kein Eigentum an Land gibt und dieses nur durch Inbesitznahme unbewohnter Gebiete, durch gewonnene Kriege, durch Gesetz, Vertrag, Vereinbarung, Losung entsteht: »Ursprünglich gab es nur Gemeinbesitz [...] wer davon etwas für sich hinzuverlangte, also fremdes Eigentum begehrte, verletzte das in der menschlichen Gesellschaft begründete Recht.«<sup>17</sup> Von dieser Rechtsform, die in den matrilinearen Stammesgesellschaften galt, kann Bertha Eckstein Diener (unter dem Pseudonym Sir Galahad) dann sagen: »Ordnung ohne Verordnung ist weibliches Privileg.«<sup>18</sup>

Um die geringe Sicherheit, die der Privatbesitz dem einzelnen Patriarchen bietet, zu stabilisieren, musste der Staat mit entsprechenden Gesetzen und Macht ausgestattet werden. Außerdem führt die elementare Neuerung des Zinses als Sicherheits- und Liquiditätsprämie bereits nach kurzer Zeit zum Phänomen der »Schuldknechtschaft«, die das entscheidende Kriterium für die Differenz einer Geldwirtschaft von einer Stammes- und/oder Abgabewirtschaft darstellt.

Im Prozess der Vermögensumverteilung entsteht nun eine Klasse, die, einer Adelsgesellschaft mit Leibeigenen nicht unähnlich, aber eben nicht aus Feudalherren, sondern aus Gläu-

bigern zusammengesetzt ist. Die ursprüngliche freie und gleiche Schicht der Patriarchen teilt sich sehr bald auf in zwei neue Klassen privilegierter Unabhängiger und besitzloser Abhängiger, da jeder Patriarch, der sein Privateigentum nicht halten kann, seine Privilegien verliert.

Der Privateigentümer ohne Eigentum wird jedoch nicht aus der Gemeinschaft ausgestoßen, wie es den sozial nicht integrierbaren Mitgliedern in Stammesgesellschaften passieren konnte, sondern über verschiedene Stufen der Unterordnung bis hin zur »Sklaverei« als Arbeitskraft genutzt. Der ehemals freie Patriarch wird also selbst »Schuldendeckungsmittel«. In Etrurien hatte es beispielsweise die einheimische Aristokratie im Bund mit den römischen Kapitalisten schon im Jahr 134 vor unserer Zeitrechnung so weit gebracht, dass dort für freie Bauern kein Platz mehr war. Das Imperium gehörte praktisch nur noch zweitausend Familien, denen als Privateigentümern nun selbstverständlich alles das zur Verfügung stand, was ursprünglich nur Großhäuptlinge und echte Feudalherren besaßen.

Mit der »Dreieinigkeit« von Privateigentum an Grund und Boden, Patriarchat und Geldwirtschaft und der mit diesem System verbundenen, innerer höheren Verschuldung begründet Heinsohn den Kollaps des Systems am Ende des 4. Jahrhunderts nach Christus. Im Gegensatz zu dieser Begründung wird zur Erklärung des Geschehens im Buch »Geld« der Deutschen Bank 1982 die fehlende einheitliche Religion herangezogen:

»Der Zusammenbruch der römischen Macht im 4. Jahrhundert n. Chr. wird durch einen galoppierenden Geldwertschwund und den Rückschritt zur immobilen Naturalwirtschaft signalisiert. *Hätten wir alle einen Glauben, Gott und Gerechtigkeit vor Augen, ein Ellen, Gewicht, Maß, Münz und Geld, so stünd es wohl in dieser Welt.* Dieser Spruch aus dem 16. Jahrhundert

kann uns dazu helfen, die schwierige Situation besser zu verstehen, die sich aus dem Zusammenbruch des römischen Geldwesens ergab. Einige Voraussetzungen für den Wohlstand in dieser Welt waren ja vorhanden. Nämlich *ein* Maß, *ein* Gewicht und *ein* Geld. Das Weltreich im Mittelmeerraum bildete einen Staat und besaß eine Kultur, aber es fehlte ihm eine Religion. Religion bedingt die Kultur, die Kultur bedingt den Staat, der Staat bedingt das Geld und umgekehrt.«<sup>19</sup>

Sicher sind diese Zusammenhänge wichtig. Doch würde man sich in einem Buch über »Geld« vom größten deutschen Geldinstitut auch einen Hinweis darauf wünschen, dass der Zins rein mathematisch gesehen eine »unmögliche Realität« darstellt. Dass dieses Geld im antiken Patriarchat eine historische Neuheit war und mit der Entstehung des Zinses und Zinseszinses Krisen und wirtschaftliche Zusammenbrüche vorprogrammiert waren, das wird nicht nur in diesem Zusammenhang, sondern im gesamten Buch mit keinem Wort erwähnt. Einige Seiten später steht der Hinweis, dass erst im Mittelalter wieder ein gut funktionierendes Geldwesen entsteht. Weil jedoch die Rolle des Zinses in der Umverteilung von Reichtum und Entstehung von Krisen und Zusammenbrüchen nicht erläutert wird, kann auch die Wirkung eines zinsfreien Systems, wie es die Brakteatenwährung des hohen Mittelalters darstellt, nicht entsprechend gewürdigt werden.

»So schwierig es ist, das praktische Aufhören einer insgesamt gut funktionierenden Geldwirtschaft ab dem 3. Jahrhundert nach ihren tatsächlichen Ursachen und Motiven zu begründen, so schwierig ist es umgekehrt, die Rückkehr zum Geld-, Banken- und Börsenwesen in West- und Zentraleuropa aus dem Geist des Mittelalters zu erklären.«<sup>20</sup>, heißt es im selben Buch.

Andere konnten diese Schwierigkeiten überwinden. Sehen wir uns ihre Beschreibung einmal näher an.

## Das Brakteatengeld, eine Grundlage der kulturellen Blüte des Hochmittelalters

Im 12. Jahrhundert wurden die Ostgebiete des Deutschen Reiches jenseits der Elbe kolonisiert, und die Städte wurden durch Handel und Gewerbe wohlhabend. Das starke Anwachsen der Bevölkerungszahlen und die zunehmende Nachfrage nach Geld brachten eine weitere Verschlechterung von Gewicht und Feingehalt des Silbergelds, da andere Metalle nicht ausgemünzt wurden. Die tiefgreifendsten Veränderungen vollzogen sich in den Teilen des deutschen Raums, in denen eine nur einseitig geprägte Münze eingeführt wurde: der so genannte Brakteat. Über dessen Wert und Wirkung gehen die Meinungen sehr auseinander: War es ein schlechtes Geld, das nur Verwirrung stiftete, wie es die Geschichtsbücher fast ausnahmslos darstellen, oder war es ein gutes Geld, das eine der Grundlagen für die wirtschaftliche und kulturelle Blüte des Hochmittelalters bildete, wie Walker, Weitkamp, Wünstel und andere es sehen?

Über den Grund für die Entstehung des Brakteatengelds sind sich beide Lager einig: nämlich Silbermangel. Vielleicht spielte aber auch das allgemeine Zinsverbot eine Rolle, das schon in der keltogermanischen Rechtstradition seinen Ursprung hatte und als christliches Gebot kraft der Autorität der Kirche untermauert wurde. Jedenfalls wurde nun, um mehr Silberpfennige aus einem Pfund Feinsilber zu bekommen, die Münze verkleinert oder deren Dicke verringert. Die dünnen Geldstücke bezeichnete man als Halbbrakteaten. Aus diesen entwickelten sich die nur noch einseitig geprägten eigentlichen Brakteaten, deren Durchmesser zwischen zwei und viereinhalb Zentimeter maß und die ein System der häufigen Münzverrufung (*renovationes monetae* = Münzerneruerung) bedingten: Wegen ihrer Zerbrechlichkeit mussten sie schon nach sehr kurzer Zeit aus dem Verkehr gezogen werden.

Erzbischof Wichmann von Magdeburg war unter Kaiser Friedrich Barbarossa der erste, der die eigenen Münzen zur Umprägung »widerrief«. Von ihm sind mehr als siebenzig Prägungen bekannt. Die Münzverrufung wurde in seinem Gebiet zweimal im Jahr vorgenommen: am vierten Fastensonntag und am 15. August zu Mariä Himmelfahrt. Für zwölf alte Pfennige wurden neun neue ausgegeben. Die Prägesteuer oder der »Schlagschatz« betrug gewöhnlich zwischen zehn und 25 Prozent. Der so genannte »Münzverruf« konnte bis zu dreimal im Jahr stattfinden und diente somit gleichzeitig als Steuereinzug. Die Benutzung der alten Münzen war streng untersagt. Die Belastung des Geldes bewirkte vom Termin der Umprägung an eine fortschreitende Minderbewertung der Münze. Das Geld »alterte« oder »verfiel«, das heißt, es erfuhr das gleiche Schicksal wie die Ware und wurde so zum echten Warenäquivalent.

Die Folge war, dass niemand dieses »schlechte« Geld für längere Zeit zurückhalten konnte, ohne dadurch einen Verlust zu erleiden. Anstatt in Geld investierte man in solide und schöne Möbel, Häuser, Kunstwerke oder all das, was seinen Wert zu behalten oder zu steigern versprach. Da keinerlei Möglichkeit bestand, Geldreichtum zu sammeln, wurden stattdessen reale Vermögenswerte geschaffen. Der Wirtschaftskreislauf florierte, weil der zinsbedingte Aufschuldungseffekt wegfiel und eine stetige Nachfrage durch den Umlaufzwang des Geldes garantiert war. Das Zinsverbot erübrigte sich bald vollständig, denn der Gläubiger war bei einem Kreditvertrag zufrieden, wenn ihm durch das Verleihen die Kosten der Schlagschatzsteuer erspart blieben.

Auch wenn die Prägesteuer, gemessen an der umlaufenden Geldmenge, verhältnismäßig hoch erscheint – bei zweimaliger Verrufung etwa fünfzig Prozent pro Jahr – und somit gehortetes Geld rasch bis zum Nullpunkt verschlungen hätte, ist sie in Relation zum gesamten Geldvolumen (= Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit) sehr gering. Setzt man zum Bei-

spiel als mittlere Umlaufzeit einen einmaligen Geldumschlag im Monat an (das heißt, dass alles Geld einmal monatlich den Besitzer wechselt), dann ist das Geldvolumen zwölfmal so groß wie die Geldmenge: für eine Geldmenge von 1000 Pfennigen also 12 000 Pfennige. Der Schlagschatz auf diese Summe beträgt aber insgesamt nur fünfzig Prozent von 1000 Pfennigen, also 500 Pfennige. Das bedeutet weniger als fünf Prozent des Gesamtgeldvolumens oder Umsatzes, und bei rascherem Verlauf (in Wörgl lief das Geld 463mal pro Jahr um) noch weniger, während der gesamtwirtschaftliche Gewinn wegen der Umlaufsicherung wesentlich höher liegt. *Durch die Einnahmen aus der Renovatio werden darüber hinaus weitere Steuern überflüssig.*

Der zweite Faktor, der zur Kultur- und Wirtschaftsblüte des Hochmittelalters beitrug, war das Bodenrecht. Es sicherte jedem den freien Zugang zu Land und damit die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Wichtigstes Element der Bodenordnung war die Allmende, der gemeinsam benutzte Gemeindebesitz von Wald, Wiese und Feldern. Jedes Gemeindemitglied hatte die Berechtigung, gegen eine Pacht an die Gemeinde den Boden zu nutzen. Die Einnahmen aus dieser Bodensteuer waren oft so hoch, dass mit ihnen sämtliche öffentlichen Ausgaben gedeckt werden konnten, ohne dass zusätzliche Steuern notwendig waren. (Noch um die Jahrhundertwende konnten etwa tausend Gemeinden in Bayern allein aus den Erträgen der Allmende ihre Ausgaben bestreiten.<sup>21</sup>)

Da sich der Boden im Gemeindebesitz befand, waren jegliche Bodenspekulationen und auch unsoziale Mieterhöhungen ausgeschlossen, denn das Gleiche galt auch für die Städte. Wer bauen wollte, bekam ein Stück Land zugewiesen, und wenn er das ihm überlassene Grundstück nicht innerhalb einer bestimmten Frist erschloss, wurde ihm das Nutzungsrecht wieder entzogen.

Was aber bedeutete dieses Geld- und Bodenrecht für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt? War dies die Zeit eines »hoffnungslosen Münzwirrwarrs«, und ist es wirklich so »schwierig«, die Rückkehr zum Geld-, Banken- und Börsenwesen in West- und Zentraleuropa aus dem Geist des Mittelalters zu erklären, wie die Publikation der Deutschen Bank zum Thema »Geld« behauptet? Es passt natürlich nicht in das Bild einer auf einheitliche Reichswährungen fixierten Geldgeschichte, wenn da plötzlich Prägestätten Geld liefern, die weder im Feingehalt noch im Münzbild einheitlich sind, wie zur Zeit Karls des Großen, und sich zu allem Überfluss auch noch »die Königsmünze den Regionalmünzen anpassen muss« und nicht etwa umgekehrt.<sup>22</sup>

Dass möglicherweise gerade die dezentrale Struktur und die Überschaubarkeit der Wirtschaftsräume in Verbindung mit einem vollkommen anderen Geld- und Bodenrecht die Grundlage der wirtschaftlichen und kulturellen Blüte des Hochmittelalters bildeten, kann nur durch eine fundamental andere Sichtweise der Auswirkungen von Geld- und Bodenrecht, wie sie im vorliegenden Buch deutlich wird, erkannt werden. Walker, der diese Wertung geschichtlicher Tatbestände bereits 1959 vornimmt, sieht, dass »das Mittelalter rein intuitiv volkswirtschaftlich klüger gehandelt hat, als unsere Geschichtsforscher einzusehen vermögen«.<sup>23</sup>

Das Verbreitungsgebiet der Brakteaten erstreckte sich in Norddeutschland bis an die Nord- und Ostsee, im Westen bis zur Weser. Nach Süden hatten sie sich bis ins Bodenseegebiet und zu den schweizerischen Städten Basel, Bern sowie Sankt Gallen und zum Osten hin bis nach Wien ausgebreitet.

Die beispiellose Kultur- und Wirtschaftsblüte des Hochmittelalters kann sich mit den sozialen Errungenschaften unserer Tage wohl messen. Michael Wünstel hat sich einmal die Mühe gemacht, das, was sich ein normaler Handwerker damals für seinen Lohn leisten konnte, mit dem, was er heute für

sein Geld kaufen kann, über den Getreidepreis zu vergleichen. Danach verdiente der sächsische Maurer ohne freie Kost in heutigem Geldwert etwa 1300 Euro pro Monat.<sup>24</sup> Und da man nicht davon ausgehen kann, dass zur damaligen Zeit eine Massenproduktion von Getreide, wie man sie heute kennt, möglich war, fällt die Schätzung eher konservativ aus. Die Handwerker erhielten in der Regel aber nicht nur ihren Arbeitslohn, sondern noch allerlei zusätzliche Vergünstigungen. In der Landesverordnung von Sachsen wurde die Empfehlung ausgesprochen, den »Werkleuten sollten zu ihrem Mittag- und Abendmahl nur vier Essen, an einem Fleischtag eine Suppe, ein Essen grüne oder dörre Fische, zwei Zugemüse; [...] und hierüber 18 Groschen wöchentlicher Lohn gegeben werden, so aber dieselben Werkleute bei eigener Kost arbeiteten, so solle man dem Polierer über 27 Groschen und dem gemeinen Maurer über 23 Groschen nicht geben.«<sup>25</sup>

Im Jahr 1450 stiftete die Gilde der Sack-, Kohlen- und Kornträger in Danzig – sicher nicht eine der reichsten – sowohl ein gemaltes Kirchenfenster für den Bau der Marienkirche als auch noch 48 000 Silberdenare.

Die Kathedrale war zugleich Ausdruck des religiösen Empfindens der Menschen und einer vollendeten Handwerkskunst, wie man sie – mit Ausnahmen – weder vorher noch danach in Mitteleuropa jemals gekannt hat. Mehrere Generationen mussten im Zeitraum von über zwei Jahrhunderten solch gewaltige Bauten planen und ausführen. Allein dass die Menschen derart langfristig planen konnten, zeugt von der großen Sicherheit, mit der man in die Zukunft blickte. Tausende von Arbeitskräften – die meisten hochspezialisiert – waren notwendig: Baumeister, Maurer, Steinmetze, Zimmerleute, Dachdecker, Schmiede, Bildhauer, Holzschnitzer, Glaser, Glasmaler, Goldschmiede mussten unterhalten und bezahlt werden. Mit Fron- oder Sklavenarbeit waren die vollendeten und aufwändigen Monumente der Gotik nicht zu errichten. Im Ge-

genteil, die Büsten der Baumeister und die Wappenzeichen von Gilden und Zünften, die entweder an der Errichtung beteiligt waren oder bestimmte Teile gestiftet hatten, wurden in den Umgängen und Kirchenfenstern eingebaut. So ist im Freiburger Münster ein Wappen der Schneidergilde zu sehen, in Bourges das der Wagner und in Chartres das der Steinschneider und Bildhauer. Die Ausbildung der Handwerker war sorgfältig und dauerte lange. Um Glasmaler zu werden, brauchte man fünf Jahre. Eine solche Lehrzeit setzte natürlich später eine angemessene Bezahlung voraus.

Trotz des hohen Lohns war die Arbeitszeit mit normalerweise acht Stunden am Tag und einer Fünfeinhalbtagewoche erstaunlich kurz. Bergwerksknappen in Sachsen schufteten im Jahr 1465 wegen ihrer vergleichsweise schwereren körperlichen Belastung nur sechs Stunden täglich. Erst 1479 wurde ihre Arbeitszeit nach langen Verhandlungen um eine Stunde erhöht. Vielfach hatten die Gesellen am »blauen Montag« frei und konnten den Tag nach ihrem Gutdünken nutzen.

Der Wohlstand unter den »betuchten« Handwerkern führte dazu, dass sie äußerlich nicht mehr von den Adligen zu unterscheiden waren. So mussten sie auf den Reichstagen zu Freiburg (1498) und Augsburg (1500) ermahnt werden, kein Gold, Silber, Perlen, Samt oder Seide zu tragen. Die öftere Wiederholung dieser Aufforderung zeigt, dass die Betroffenen offensichtlich kaum gewillt waren, ihr nachzukommen.

Die zwei- bis dreitausend Städte, die im Mittelalter neu entstanden, wurden zum großen Teil durch abgewanderte Leibeigene aus ländlichen Gebieten bevölkert. Der Ausspruch »Stadtluft macht frei« stammt aus dieser Zeit. Die Folge war, dass die Löhne der Landarbeiter stiegen. Im Fürstentum Bayreuth verdiente ein landwirtschaftlicher Tagelöhner im Jahr 1464 täglich achtzehn Pfennige, während ein Pfund bestes Rindfleisch zwei Pfennige kostete.<sup>26</sup>

Im Gegensatz zum 19. Jahrhundert, in dem mehr als 1000

Orte mit über 3000 Einwohnern ohne jede öffentliche Warmbadegelegenheit auskommen mussten, gab es im Mittelalter in Basel 15, Nürnberg 12, Ulm 10, Stuttgart 4, Würzburg 7 und Wien gar 29 öffentliche Badestuben. Selbst den fahrenden Gesellen und Handwerksburschen standen »Seelenbäder« zur Verfügung, die für die Armen und zur allgemeinen Wohlfahrt errichtet worden waren.<sup>27</sup>

Frömmigkeit und soziale Fürsorge auf der einen wie auch Lebensfreude und -genuss auf der anderen Seite gingen Hand in Hand. Für Gebrechliche, Alte und Kranke gab es Spitäler und in den Häusern der Reichen Wohnungen, Kleidung und freie Mahlzeiten für die Armen. Doch erwies sich die Fürsorge nur in geringem Umfang als notwendig, da der Wohlstand relativ gleichmäßig auf alle Bevölkerungsschichten verteilt war.

Die neunzig kirchlichen Feiertage im Jahr, die mit zwei arbeitsfreien Wochentagen hundertachtzig Feiertage ergaben, wurden mit Mysterienspielen, Festen, Jahrmärkten und Turnieren begangen. Weil Markttag oft an kirchlichen Festen stattfanden und die Menschen zuvor noch die Messe besuchten, ist uns bis heute der Ausdruck »Messe« für einen Jahrmarkt oder große Ausstellungen erhalten geblieben.

Die historischen Bauten und Stadtanlagen sind Zeugnisse dieser großen Vergangenheit und zählen bis heute zu den Touristenattraktionen in Freiburg, Straßburg, Ulm, Regensburg, Nürnberg, Frankfurt, Köln, Lübeck, Bremen und Hannover. Wer sich die prachtvollen Portale und Fenster ansieht, die in den Himmel ragenden Türme, die kunstvollen Altäre und Skulpturen und die Konstruktion der Strebebögen, ahnt vielleicht, dass er einem Symbol der sozialen Verfassung dieser Zeit unmittelbar gegenübersteht: dem kraftvollen Wirken des Einzelnen im Einklang mit dem umfassenden Ziel der Gemeinschaft.

Was die weibliche Rolle im Mittelalter anbelangt, so entspricht sie der optimistischen und freiheitlichen Grundhaltung, die vorherrscht: Die Frauen emanzipieren sich. Sie stellen »wie selbstverständlich« Erzieher, betreiben Handwerke und haben in den Innungen als Meisterinnen Sitz und Stimme.

Die Frauen beginnen sich aus der Vor-Munt-Schaft durch den Mann zu lösen und eine größere Eigenständigkeit zu entwickeln. Die Verfügungswelt – althochdeutsch: munt –, die der Mann als Pater familias in den germanischen Stämmen über alles im Haus hatte, schloss mit ein, dass er Frauen, Kinder und Sklaven verkaufen oder verpfänden konnte. Mit dem Aufkommen der Städte im 13. Jahrhundert und dem Aufstieg des Bürgertums fiel diese Form der Macht und Kontrolle langsam in sich zusammen. In Köln wurden 1291 unverheiratete Frauen, die persönlich ein Handwerk ausübten, für »selbstmündig« erklärt.

Besonders im Bereich der Mode, der eine große Rolle spielte, waren die Frauen als Handwerkerinnen führend und konnten als Geschäftsinhaberinnen auch als Zeuginnen oder Klägerinnen vor Gericht auftreten. In München wurde angeordnet, dass »eine Frau, die auf dem Markt steht, kauft und verkauft, alle die Rechte besitzt, die ihr Ehemann hat.«<sup>28</sup> In Köln gab es vom 14. Jahrhundert an Frauenzünfte. Die ersten Ärztinnen und Professorinnen wie Hildegard von Bingen und andere wurden bekannt und waren hoch geachtet.

Allerdings tritt auch die männliche Gegenmacht zum Kampf an: in Form der Inquisition, die in der Zeit zwischen dem 12. und 17. Jahrhundert Millionen von Frauen auf die unmenschlichste Art und Weise umgebracht hat. Besonders schlimm wütete diese schlimmste aller frauenfeindlichen Institutionen im 15. und 16. Jahrhundert. Ende des 15. Jahrhunderts wurden auch die Grundlagen, auf denen die Blüte des Hochmittelalters beruhte – das umlaufgesicherte Geld –, abgeschafft.

Auf dem Reichstag zu Worms im Jahr 1495 führte Kaiser Maximilian I. das »römische Recht« wieder ein. Hauptsächlich auf Betreiben der Kirche war nun der Besitz von Boden im Privateigentum erlaubt, und an die Stelle der Münzverrufung trat der »ewige Pfennig« oder »Dickpfennig«. Die Fugger und Welser – ehemals tüchtige Kaufleute – konnten so über den Geldverleih mit Zins und Zinseszins – an Könige und Kaiser mit bis zu 270 Prozent pro Jahr – schnell ungeheure Reichtümer anhäufen und ihre Macht und ihren Einfluss ausdehnen. Der deutsche Kaiser hieß im Volksmund bald Fugger.<sup>29</sup>

Im gleichen Maße, in dem einige wenige profitierten, verarmte die Mehrheit der Bauern und Handwerker. Bauernaufstände waren die Folge. 1525 kam es zum »großen Bauernkrieg«. Ein Jahrhundert später brachte der Dreißigjährige Krieg unsägliches Leid über Europa. Hunger und Seuchen wie die Pest, die seit 1348 immer wieder unter der Bevölkerung wüthete und diese drastisch dezimierte, besorgten den Rest.

Die Verfolgung von Hexen war, wie Maria Mies zeigt, nicht, wie gewöhnlich angenommen wird, ein Überbleibsel des irrationalen »dunklen Mittelalters«, sondern Ausdruck der sich entwickelnden modernen Gesellschaft:

»Dies kann am deutlichsten an Jean Bodin, dem französischen Theoretiker der neuen merkantilistischen Wirtschaftslehre, gezeigt werden. Jean Bodin war der Begründer der quantitativen Geldtheorie, dem modernen Konzept der Souveränität und der merkantilistischen Bevölkerungstheorie. Er war ein unerschütterlicher Verfechter des modernen Rationalismus und zur gleichen Zeit eine der lautesten Stimmen für eine staatlich verordnete Folter und Abschachtung der Hexen. Er vertrat die Ansicht, dass der moderne Staat für die Entwicklung neuen Reichtums nach der mittelalterlichen Agrarkrise mit absoluter Souveränität ausgestattet sein sollte. Dieser Staat habe darüber hinaus die Verpflichtung, genug Arbeiter für die

neue Wirtschaft bereitzustellen. Um dies zu bewerkstelligen, verlangt er eine strenge Polizei, die vor allem die Hexen und Hebammen bekämpfen sollte, die seiner Ansicht nach für so viele Abtreibungen ohne Empfängnis verantwortlich waren. Jedermann, der die Empfängnis oder die Geburt von Kindern verhütete, betrachtete er als Mörder, der durch den Staat verfolgt werden sollte.«<sup>30</sup>

Ähnlich wie im Fall der ersten Patriarchen in der Antike sollte eine der Folgen eines falschen Geld- und Bodenrechts – die geringen Bevölkerungszahlen – durch mehr Geburten ausgeglichen werden, und deshalb mussten die Frauen zum Kinderkriegen gezwungen werden, indem man die Mittel und das Wissen zur Kontrolle der Fortpflanzung vernichtete. Um dieses Unrecht durchzusetzen und zu legitimieren, mussten wiederum Staat und Recht als gesellschaftliche Eckpfeiler ausgebaut werden. Die Stelle des bis dahin gültigen einfachen Volks- oder Gewohnheitsrechts nahm das römische Recht ein, das sich als höchst kompliziert erwies und deshalb fortan als Studienfach an den meisten Universitäten in Rechtsfakultäten eingeführt wurde.

Der Grund für den Andrang der Söhne aus dem aufsteigenden städtischen Bürgertum bei den Rechtsfakultäten wurde schon von Zeitgenossen richtig eingeschätzt: »Die meisten werden zu diesem Studium angetrieben durch die Gier nach Geld oder durch Ehrgeiz.«<sup>31</sup> Die Hexenprozesse verschafften aber nicht nur einer ganzen Schar von Rechtsgelehrten, Advokaten, Richtern und Räten Bezahlung und Geld, sondern auch den durch Krieg und Massenelend verarmten Königen, Fürsten und Stadtvätern: »Gemäß kanonischem Gesetz musste der Besitz einer Hexe konfisziert werden, ob es Erben gab oder nicht. Der Großteil des konfiszierten Besitzes, nie weniger als 50 Prozent, wurde von der Regierung angeeignet. In vielen Fällen ging all das, was nach dem Abzug der Prozesskosten übrig blieb, in den Staatsschatz. Diese Konfiszierung war illegal, wie die

»Constitutio Criminalis« von Kaiser Karl V. von 1532 erklärte. Doch hatte *dieses* Gesetz nur Papierwert.«<sup>32</sup>

Maria Mies geht den Zusammenhängen zwischen Geld- und Bodenrecht mit der gewaltsamen Unterwerfung von Frauen und Natur durch Kirche, Staat und Wissenschaft in ihrem Buch »Patriarchat und Kapital« nach und beweist, dass es eine enge Beziehung zwischen der Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen und dem Paradigma von unaufhörlicher Akkumulation und »ewigem« Wirtschaftswachstum gibt.

»Heute ist mehr denn je offenbar, dass der Akkumulationsprozess selbst überall das Innerste des menschlichen Wesens zerstört, weil er auf der Zerstörung der Souveränität der Frauen über ihr Leben und ihre Körper aufbaut. Da Frauen für ihr Menschsein nichts aus der Fortsetzung des Wachstumsmodells gewinnen können, sind sie in der Lage, die Perspektive einer Gesellschaft zu entwickeln, die nicht auf der Ausbeutung von Natur, Frauen und fremden Völkern beruht.«<sup>33</sup>

Sie formuliert in ihrem Buch die ethische Grundlage für einen neuen Gesellschaftsentwurf, der sowohl die Befreiung der Frauen als auch der Männer vorsieht, weil es keine Befreiung auf Kosten anderer geben kann, der eine neue Sicht von Glück und Freiheit einschließt und eine andere Perspektive von menschlichen Bedürfnissen. Es ist ihr ein zentrales Anliegen, begreifbar zu machen, dass unserer Welt und Wirklichkeit Grenzen gesetzt sind: »Die Erde ist begrenzt, unser Körper ist begrenzt, unser Leben ist begrenzt. Innerhalb einer begrenzten Welt kann es keinen *unendlichen Fortschritt, kein unendliches Wachstum geben.*«<sup>34</sup>

## Vergleich zweier Geschichtsepochen im Hinblick auf die Auswirkungen ihres Geld- und Bodenrechts

Was können wir nun aus der Betrachtung dieser unterschiedlichen Epochen in Bezug auf unser Thema und unsere Zeit lernen? Als Erstes kann man wohl davon ausgehen, dass weder den Patriarchen der Antike noch den Menschen im hohen Mittelalter die Auswirkungen ihrer höchst unterschiedlichen Wirtschaftssysteme auf ihr Leben voll bewusst waren. Auch wenn der Aufschuldungseffekt bald zu großer Ungleichheit und damit genau zu dem zurückführte, was sie ursprünglich zu vermeiden versuchten, entwickelte das patriarchalische, kapitalistische System trotz regelmäßiger Krisen und Zusammenbrüche doch Machtstrukturen, welche die Zeit überdauerten und sich immer wieder durchsetzen konnten. Heute haben sie sich nicht nur in den überindustrialisierten, sondern auch in den so genannten »Entwicklungsländern« durchgesetzt. Dort wurden die ehemaligen Kolonialherren inzwischen gegen internationale Banken (Weltbank, Internationaler Währungsfonds) und multinationale Konzerne ausgetauscht. Es ist aber mit großer Wahrscheinlichkeit so, dass weder den Menschen in der Antike die negativen Aspekte der Zins tragenden Schuldverschreibungen bewusst waren, als sie die Vorläufer unseres heutigen Geldsystems schufen, noch den Menschen im Mittelalter die Vorteile des Brakteatengelds. Deshalb wurden die Brakteaten auch abgeschafft.

Man stelle sich vor, wir müssten *zweimal im Jahr* von unserem gesamten Bargeld und allem, was wir auf dem Girokonto haben, *zwanzig bis dreißig Prozent* an den Staat abführen und bekämen obendrein keine Zinsen auf unsere Geldanlagen, zahlten dafür aber auch keine weiteren Steuern und keine Zin-

sen in den Preisen und Dienstleistungen. Also wäre alles halb so teuer bei gleichem Einkommen und Lebensstandard. Das klingt bei näherer Betrachtung gar nicht so schlecht *für uns*, weil wir ja bereits *jeden Monat* etwa zwanzig bis dreißig Prozent Steuern oder mehr aus unserem *Monatseinkommen* und nicht etwa nur auf den verfügbaren Betrag in unserer Tasche und auf dem Girokonto entrichten. Hinzu kommen die dreißig bis fünfzig Prozent Mehrkosten durch Zinsen, die wohlversteckt in den Preisen enthalten sind. Die meisten würden sich heute mit einer solchen Steuer und Geldgebühr also sehr viel besser stellen als mit unserem jetzigen Zins- und Steuersystem.

Aber die Menschen des Hochmittelalters sahen nach dreihundert Jahren Brakteatenwährung nur den Nachteil der ständigen Münzverrufung gegenüber den Vorzügen des »ewigen« oder »Dickpfennigs«, der nicht verrufen wurde und seinen Wert behielt. Damit glaubten sie, wesentlich besser dran zu sein. Und ganz zu Anfang waren sie das ja auch, ebenso wie die Patriarchen von einer gleichen Ausgangsposition ihr System begründeten. Dass die Mängel des »ewigen Pfennigs« nicht erkannt wurden, kann uns eigentlich nicht wundern, da wir trotz unserer Computer, die uns in wenigen Sekunden vor Augen führen, dass das mit den Zinsen nicht gut gehen kann, immer noch mit dem »ewigen Pfennig« rechnen, dessen Wert allerdings – trotz einer der niedrigsten Inflationsraten der Welt – auch ohne Münzverrufung ständig abnimmt.

Was man aus dem Beispiel der Brakteaten lernen kann, ist, dass man die Umlaufgebühr auf Geld *nicht mit einer allgemeinen Steuerabgabe verbinden sollte, weil das in der Tat zur Vermengung zweier unterschiedlicher Rechtsbereiche führt, die strikt auseinander gehalten werden müssen. Die Umlaufgebühr sollte nur der Sicherung des Geldumlaufs dienen und entsprechend niedrig sein.*

Bei uns würde heute, wie zuvor gesagt, sicherlich eine Nutzungsgebühr von fünf bis sechs Prozent pro Jahr als Umlaufsicherung genügen. Steuern, auf der anderen Seite, sind dazu da, die öffentlichen Ausgaben zu finanzieren. Dass dies in einem zinslosen Geldsystem einfacher zu bewältigen ist, wurde in Kapitel I deutlich.

Es hat im Laufe der Geschichte mehrere Perioden mit zinsfreiem Geld gegeben. Das älteste bekannte System ist das »Korgiro«-System im ptolemäischen Ägypten (322–30 vor Christus).<sup>35</sup> Ein weiteres war das Tally-System in England, das etwa gleichzeitig wie die mittelalterliche Brakteatenwährung in Deutschland zur Anwendung kam, und ein drittes das umlaufgesicherte Papiergeld, das während der Ming-Zeit 1367 bis 1644 im hochmittelalterlichen China existierte.<sup>36</sup>

In allen Fällen entwickelte sich gleichzeitig eine kulturelle Blüte, die diese Epochen aus der Geschichte der betreffenden Länder heraushob. Bernard Lietaer hat in seinem Buch »Mysterium Geld«<sup>37</sup> diese Zusammenhänge genauer erforscht und zeigt, wie auch eine Kombination von umlaufgesicherten Regionalwährungen und Zins tragenden, international gültigen Gold- und Silbermünzen eine fruchtbare und dauerhafte Währung darstellen können. Die wissenschaftliche Akzeptanz einer solchen Gesamtschau steht jedoch bis heute aus.

So wird selbst in der jüngeren Vergangenheit der Zusammenhang zwischen Geldordnung und wirtschaftlicher Krise als einer der Gründe für den Untergang der Weimarer Republik und den Aufstieg Hitlers nur von wenigen erkannt.

Unter dem Eindruck der enormen Inflation 1923 wurde 1924 in der Weimarer Republik die neue Reichsmark eingeführt, die zu vierzig Prozent mit Gold beziehungsweise Devisen gedeckt sein musste. Das bedeutete die Rückkehr zum Goldstandard. Als Folge des »Schwarzen Freitags« 1929 und der daran anschließenden Weltwirtschaftskrise musste die Reichsbank Teile ihrer geliehenen Goldreserven an die USA

zurückgeben. Weil nun die im Umlauf befindliche Geldmenge nicht mehr ausreichend mit Gold abgesichert war, begann der damalige Reichsbankpräsident Luther die Menge des umlaufenden Geldes langsam zu reduzieren, dessen prompte Verknappung zu steigenden Zinssätzen und zu einem deflationären Preisverfall führte. Infolgedessen verringerten sich die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmer, Firmen gingen bankrott, die Arbeitslosenzahlen kletterten nach oben, und es entstand ein guter Nährboden für Radikalismus.

Einige der Notverordnungen der Regierung Brüning verstärkten sogar den deflationären Preisverfall, insbesondere die rigorose Spar- und Kürzungsverordnung vom 8. Dezember 1931, mit der versucht wurde, die öffentlichen Ausgaben den sinkenden Steuereinnahmen und fallenden Preisen anzupassen.

»Die Restriktionspolitik war sinnlos. Formale Vorschriften wurden blind befolgt. Bei einer derartigen wirtschaftlichen Entwicklung hätten die Deckungsvorschriften nicht weiter beachtet werden dürfen. Es wäre relativ einfach gewesen, für die inländische Geldversorgung auf die unnötige Golddeckung zu verzichten, die Geldmenge wieder auszuweiten, die Zinsen zu senken, billige Kredite zu geben, somit die Konjunktur wieder anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit abzubauen, ohne dass die so sehr gefürchteten Inflationsgefahren ausgelöst worden wären. England hatte sich im September 1931 aus dem internationalen System des Goldstandards gelöst.«<sup>38</sup>

Hitlers Aufstieg basierte auf politischen, ökonomischen und psychologischen Gründen. Von den ökonomischen Ursachen fand die damalige Geldpolitik bisher die geringste Beachtung. Sie hat die Massenarbeitslosigkeit verursacht und damit eine entscheidende Voraussetzung für den Sieg der Nazis geschaffen.

Silvio Gesell hatte diese Entwicklung vorausgesehen. Bereits 1918, also kurze Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als

jeder über Frieden sprach und viele internationale Organisationen zur Friedenssicherung gegründet wurden, schrieb er den folgenden Brief an den Herausgeber der »Zeitung am Mittag« in Berlin:

»Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz dem Ruf der Millionen: »Nie wieder Krieg«, entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muss ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich heute schon zu behaupten, dass es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen werden. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik lässt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen, und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. [...] In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.«<sup>39</sup>

Historisch gesehen wurde das Geld damals durch die Zentralbank verknappt und von den Bürgern – der fallenden Preise wegen – zusätzlich gehortet. Die Auswirkungen waren fatal. Heute stehen die Leiter der Zentralbanken vor dem Problem, die bereits zu groß geratene Geldmenge immer weiter aufblähen zu müssen, um den Aufschuldungsprozess in Gang zu halten und das Schlimmste, nämlich Deflation und Crash, zu verhindern. Von Kontrolle kann da schon jetzt keine Rede mehr sein. Es sei denn, man könnte sich weltweit entschließen, sich rückhaltlos die Wahrheit vor Augen zu führen, nämlich: Unsere Staatsschulden wachsen schneller als unser Brutto sozialprodukt. Also ist der Staatsbankrott nur noch eine Fra-

ge der Zeit. Da jeder Aufschub eigentlich alles nur noch verschlimmern kann, lasst uns ein *Erlassjahr* einführen, indem wir *alle* Schulden vernichten und von vorn anfangen – mit einem neuen Geldsystem, das auf Dauer bestehen kann. Ist das wirklich der einzige Weg? Ja, das ist er.

Aber um auch jeden Zweifel auszuräumen, sehen wir uns im nächsten Kapitel noch einmal drei alternative Wachstumsmodelle und Wege in die Zukunft an, die diesmal heißen *muss*: Evolution statt Revolution.

## VI. Drei Zukunftsmodelle

Die geschichtliche Analyse der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen unterschiedlicher Geldsysteme erlaubt Aussagen zu verschiedenen Zukunftsmodellen. Dabei lassen sich drei grundsätzliche Alternativen unterscheiden:

- erstens ein Modell, welches voraussetzt, dass ein unbegrenztes Wachstum nicht nur möglich, sondern wünschenswert sei;
- zweitens ein Modell, das auf einer begrenzten Erde, einem begrenzten Körper und einem begrenzten Leben aufbaut und deshalb eine Begrenzung von Wachstum als notwendig erachtet;
- drittens ein Modell des qualifizierten Wachstums, das unbegrenztes Wachstum im nichtmateriellen mit begrenztem Wachstum im materiellen Bereich verbindet.

Die Kernfragen lauten in diesem Zusammenhang: Sind wir bereit, uns von der »Geldillusion« zu trennen und unsere Zukunft bewusst zu gestalten? Und können wir uns vom Weg des harten und schmerzvollen Lernens auf den Weg des leichteren und freudigeren Lernens begeben?

### **Modell 1: Wachstum ohne Ende**

Das heutige Geldsystem erzwingt durch den Zins, wie wir im Kapitel 1 gesehen haben, »ein Wachstum ohne Ende«, einen immer schnelleren und gefährlicheren Wirtschaftsboom. Die

gleichzeitig mitwuchernden sozialen und ökologischen Probleme werden von den meisten Menschen nicht mit dem Urfehler im Geldsystem – dem Zins als Umlaufsicherung – in Verbindung gebracht. Einer der wenigen, die ihn erkannt haben und dennoch gleichzeitig den Kapitalismus verteidigen, ist Paul C. Martin, der auf der Analyse von Gunnar Heinsohn aufbaut. Er hat nachgewiesen, dass es nicht unbedingt der Böswilligkeit und der unersättlichen Gier Einzelner bedarf, um unser Geldsystem seit der Antike als eine Hauptursache aller wirtschaftlichen Krisen zu entlarven. Es genügt, Geld als zu verzinsenden Anrechtschein auszugeben, womit im Kapitalismus, den er als »Debitismus« – »Schuldenwirtschaft« – bezeichnet, die Krise und der Crash vorprogrammiert sind.

In seinen Büchern »Der Kapitalismus. Ein System, das funktioniert«<sup>1</sup> und »Aufwärts ohne Ende – die neue Theorie des Reichtums«<sup>2</sup> beschreibt Martin auf insgesamt fast tausend Seiten anhand einer Fülle von historischen und neuen Beispielen genau das Gegenteil: nämlich wie schlecht der Kapitalismus in Wirklichkeit funktioniert und wie sicher das Ende dieses Wirtschaftssystems vorprogrammiert ist.

Unerbittlich führt der Aufschuldungsprozess immer wieder zum Zusammenbruch. Dies wird jedoch weder von den »Opfern« noch von den »temporären Nutznießern« des Systems erkannt, ebenso wenig – das bemerkt Martin nicht ohne Sarkasmus – von den meisten Ökonomen und Ökonomieprofessoren. Ökonomen, die von Tausch- statt Schuldenwirtschaft sprechen – zu ihnen zählen übrigens in der Mehrheit die Nobelpreisträger des Fachs –, bezeichnet er als »Mickey-Mouse«-Ökonomen, weil sie den wirklichen Dynamo im Kapitalismus, den Aufschuldungseffekt durch den Zins und Zinseszins, nicht ausgemacht haben.

Er analysiert zwar die verschiedenen »offiziell« anerkannten Alternativen wie den Sozialismus und den islamischen Geldansatz, lässt aber die Zeit der Brakteaten und anderer

zinsloser Geldsysteme, die einer Umlaufgebühr oder negativen Zinsen unterlagen und mehrere Jahrhunderte überdauert haben, aus.

Er sieht deshalb in der Geschichte kein anderes Wirtschaftsmodell, das der »unnachahmlichen Dynamik« des Verschuldungsprozesses im kapitalistischen System etwas Überlebensfähiges entgegenzusetzen hatte. Er schließt daraus, dass der Debitismus beziehungsweise die Schuldenwirtschaft mit einem zu verzinsenden Geld das einzige System darstellt, das auf Dauer überleben kann und wird. *Die Konsequenz ist, dass er nicht nur ein endloses exponentielles Wachstum akzeptiert, sondern als positiv propagiert.* Da diese Meinung implizit von allen Ökonomen, Wissenschaftlern, Technikern und Politikern der Welt geteilt wird, die da meinen, ohne ständiges Wirtschaftswachstum im herkömmlichen Sinn gehe es nicht, muss man sich mit ihr auseinandersetzen.

Während Martin in seinem ersten Buch noch den Staat als den Falschspieler Nummer eins entlarvt, der durch seine Zinsversprechungen, die er gar nicht einhalten kann, allen anderen Spielern die Partie verdirbt, bekennt er sich im zweiten Buch »Aufwärts ohne Ende« konsequenterweise zur Notwendigkeit der immer höheren Staatsverschuldung. Sie ist in der Tat die einzige Möglichkeit, den Verschuldungsprozess anscheinend »endlos« weiterzuführen und das Ende des Systems so lange wie möglich hinauszuzögern.

Dass alle »modernen« Demokratien in ihrem Wunsch, das Schlimmste – nämlich Deflation und Crash – zu verhindern, per offenem Konto aufschulden und somit als Kreditbetrüger gelten, beschreibt Martin ganz offen. Es bereitet ihm aber kein Kopfzerbrechen, solange der Kapitalismus/Debitismus, das einzige System, das nach seiner Meinung funktioniert, sich weiter entfalten kann. Wer das nicht wahrhaben will oder den Zins- und Zinseszinsseffekt in seiner ganzen Konsequenz und Brutalität nicht verstanden hat, mit dem wird auf nicht gera-

de zimperliche Art abgerechnet. Von Moses bis zu Keynes und Friedman – keiner bleibt ungeschoren. Mit Sozialisten und Grünen gibt er sich erst gar nicht ab, weil jeder, der soziale oder Umweltgesichtspunkte in den Vordergrund stellt, in diesem Geld- oder Wirtschaftssystem schon von vornherein auf der Verliererseite steht. Und auf der möchte Martin ganz sicher nicht sein, obwohl man seinen Zweifel an der Richtigkeit der Strategie ganz nahe unter der Oberfläche des erzwungenen Wachstumsfetischismus spürt. So beginnt das Kapitel »Jubel« in »Aufwärts ohne Ende« mit der Feststellung:

»Wenn Sie dieses Kapitel in Ruhe zu Ende gelesen haben, wird die Welt schon wieder um 50 Millionen Mark reicher geworden sein – selbstverständlich ohne dass da noch irgendwo irgendjemand einen Finger bewegen muss. Außer dem Buchhalter natürlich, der auf die Zinseszinstaste drückt. Nur mit Geld kann man noch richtig Geld verdienen.«<sup>3</sup>

Das klingt fast, als wenn wir alle wie im Märchen ohne Arbeit reicher werden könnten. Doch natürlich weiß Martin (und das beschreibt er auch an anderer Stelle immer wieder im Detail), dass einige nur deshalb um jene fünfzig Millionen reicher geworden sind, weil andere, denen der Betrag weggenommen wurde, ihre »Finger bewegt«, also gearbeitet haben.

Und im krassen Gegensatz zu den Titeln seiner Bücher erkennt er, deutlicher als alle »alternativen Ökonomen«, die Hohlheit des Systems und warum die Zeit im Aufschuldungsprozess immer knapper werden muss; weshalb Stress und Umweltzerstörung rasant zunehmen; wie traditionelle Werte und Ideologien verschwinden, der Skandalpegel steigt, die Weltwirtschaft verkommt und die Kassen der Großunternehmer zum Bersten gefüllt sind, obwohl die reale Wirtschaft lahmt. Er analysiert, wie das Problem der Schuldensucht mehr und mehr verdrängt wird, die Finanzminister zum Rundumschlag ausholen müssen (noch bevor die Wiedervereinigung und der Golfkrieg mitzufinanzieren waren), der Gegensatz von Arm

und Reich sich verstärkt, die Verschuldung von Staaten, Immobilien, Unternehmen und Privathaushalten ins Unermessliche steigt, die Aktien knapper und teurer werden und die »Raubvögel« immer gnadenloser zuschlagen.«<sup>4</sup> Aber da er keine andere Alternative sieht, heißt die Konsequenz: weiter wachsen ohne Ende.

Warum aber sollte *uns*, im Gegensatz zu allen anderen Schuldenwirtschaften in der Geschichte, das Ende erspart bleiben? Antwort: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Weil jeder mit dem Stand seiner Karte im Kartenhaus steht oder fällt. Weil keiner ein Interesse daran haben kann, die Kette im Kettenbriefsystem zu durchbrechen. Deshalb gibt es nur eins: mehr Schulden machen – und zwar durch alle Beteiligten: Staat, Banken, Industrie und Konsumenten. Wer keine Schulden macht, wird schuldig, am vorzeitigen Untergang des Systems mitzuwirken.<sup>5</sup>

Wie die Schulden, so wächst bei Martin auch der Widerspruch ohne Ende. Wenn er davon spricht, dass »uns« das Ende erspart bleibt, meint er im wahrsten Sinne sich selbst und seine eigene Generation. 1984 prognostizierte er noch zusammen mit seinem Kollegen Walter Lüftl in ihrem gemeinsamen Buch »Die Pleite«<sup>6</sup> das Ende des kapitalistischen Systems für das letzte oder spätestens dieses Jahrzehnt. Bei einer Steigerung des Welt-Bruttosozialprodukts 1988 um zwei bis zweieinhalb Prozent und der Welt-Staatsverschuldung um zwölf bis vierzehn Prozent ergab sich die statistische Wahrscheinlichkeit, dass jede staatliche Zahlungsunfähigkeit (die maximal hundert Prozent des vorhandenen Sozialprodukts umfassen kann) spätestens ein Vierteljahrhundert später endet. Da sich die Entwicklung aber nicht solange stabil halten lässt, wahrscheinlich sehr viel früher.<sup>7</sup>

1988 meinte er in seinem Buch »Aufwärts ohne Ende«, dass sich das Ganze aufgrund eines geschichtlichen Beispiels aus dem mittelalterlichen Frankreich noch um fünfzig bis siebzig

Jahre hinausschieben ließe. Während damals für das reale Geschäft die Phase des Niedergangs bereits um 1260 einsetzte, verharrte das fiktive Geschäft mit den Schuldtiteln bis etwa 1320 auf verhältnismäßig hohem Niveau. Bald darauf war jedoch endgültig Schluss. Die führenden Bank- und Börsenzentren Troyes, Provins, Lagny und Bar-sur-Aube verschwanden Mitte des 14. Jahrhunderts schlagartig – eben per Gesamtkonkurs aller, die sich bis zum letztmöglichen Punkt an der Aufschuldung beteiligten. In Übertragung dieser Ereignisse auf unsere heutigen Verhältnisse meint Martin, das wäre »ganz fabelhaft. [...] Dann haben die Weltzentren Tokio, New York, London und Chicago sogar noch bis zum Jahr 2040/2070, bevor sie verschwinden.«<sup>8</sup>

Er macht sich die Mühe nachzuweisen, dass das Ende »Des Wachstums ohne Ende« jedenfalls erst nach seinem Ende kommt und uns allen wirklich keine andere Wahl bleibt, mit dem Schuldenmachen fortzufahren, um das »beste aller Systeme« vor dem Untergang zu bewahren. Dabei hat er in vieler Hinsicht Recht, wie zum Beispiel mit dem Hinweis darauf, dass sich Notenbanken, die jetzt noch irgendwelche Bremsmanöver einleiten, strafbar machen:

»Ihr Verbrechen wäre: das vorzeitige Auslösen des weltwirtschaftlichen Gesamtzusammenbruchs. Denn: *Niemand* kommt zum Schluss mit seinem Geld noch aus. *Überall* steigen zum Schluss die Auszahlungen schneller als die Einnahmen, beim Staat, bei den Unternehmen, in der Renten-, Kranken-, Arbeitsversicherung, beim Millionär und im kleinen Arbeitnehmerhaushalt... Das *muss* so sein. Das System *garantiert* die allumfassende Illiquidität. Den einen erwischt es früher, den anderen später. *Keiner wird entkommen.*«<sup>9</sup>

Auch für die Stärksten und Mächtigsten, meint Martin, »rückt der Zeiger der Uhr unerbittlich gen Mitternacht«. Und er zitiert Stan Salvigsen, Chefökonom von Merrill Lynch, der vom Tag des »final margin call«, der letztmaligen Aufforde-

rung »nachzuschießen« spricht, an dem es dann aber nichts mehr nachzuschießen gibt, weil die solchermaßen Aufgeforderten selbst am Ende sind. Geld fließt dann überall schneller ab, als es ergänzt werden kann. »Da endet eben auch ein reines ›Buchgeld-System‹, eines, das keine ›knappen‹ Gold- oder Banknotenbestände mehr kennt. Obwohl sie unendlich viel Buchgeld schaffen kann, wird der Hochbuchungs-Industrie zum Schluss unendlich viel Buchgeld fehlen.«<sup>10</sup>

Leider beschäftigt sich Martin hauptsächlich mit dem Ansteigen der Schulden und Zinsen. Über die Verteilung der zinsbedingten eskalierenden Geldvermögen wird zwar auch gesagt, dass sie in erster Linie drei Gruppen zugute kommen: den multinationalen Konzernen, den großen Versicherungsgesellschaften und den Schwarzgeldkonten in der Schweiz<sup>11</sup>, doch diese Folgerung bleibt ohne Konsequenzen.

Nun wäre es aber durchaus möglich, dass die eine oder andere Gruppe immer wieder so viel von dem Geld, was ihr zufließt, »nachschießt«, um das System solange wie es eben geht für ihre Zwecke am Leben zu erhalten. Eine bequemere und undurchsichtigere Art von »Sklavenhaltung« und Ausbeutung der Mehrheit der Menschen durch eine kleine Minderheit als über das Zinssystem ist wohl kaum erdacht worden.

Nur die eingeschränkte Sicht auf das Ansteigen der Schulden erklärt auch, wie Martin, der doch in vieler Hinsicht klar erkennt, was im Geldsektor wirklich los ist und wie sich dieser auf alle anderen Bereiche unserer Gesellschaft auswirkt, noch immer bei seinem »Aufwärts ohne Ende« bleiben kann.

Warum muss man Martin – trotz seiner massiven Widersprüchlichkeit – ernst nehmen? Weil er einer der wenigen ist, die am Kapitalismus hängen und gleichzeitig den Mut aufbringen, die Konsequenzen der heutigen Politik der weltumfassenden Wachstumsideologie, die alle Länder und Parteien vereint, und vor allem den Ursprung dieses Wachstums-

zwangs im heutigen Geldsystem deutlich darzustellen. Dafür sollte man ihm dankbar sein, auch wenn man mit seinen Schlussfolgerungen *nicht* übereinstimmt. Denn was nützt uns die größere Warenfülle, welche der Kreditgewährung und Kreditbedienung einzig und allein ihren Sinn verleiht, wenn die Luft nicht mehr zu atmen, Wasser und Nahrung nicht mehr genießbar sind? Was nützt es uns, dass Brasilien ein paar Jahre länger seine Zinsen zahlen könnte, wenn der Urwald am Amazonas verschwunden ist? Was nützt es uns, dass die Bauern endlich von ihrem Vierzig-Milliarden-Defizit herunterkommen, wenn die Nordsee zur Jauchegrube geworden, die Böden unfruchtbar, das Grundwasser verseucht ist? Was nützt uns die Demokratie, wenn wir zu 95 Prozent zu Geldsklaven der multinationalen Konzerne und der großen Versicherungsgesellschaften geworden sind?

Doch solche Fragen können nur diejenigen stellen, denen der Hoffnungsschimmer erhalten blieb, dass es eine praktische Alternative zur dreitausend Jahre überdauernden Schuldenwirtschaft – das heißt eines Zins tragenden Geldsystems – gibt. Dass einige ideale Ansätze vorhanden sind, bestreitet Martin gar nicht, nur sehen sie sich der Dynamik des debitorischen Prozesses nicht gewachsen – und damit, das muss man neidlos anerkennen, hat er den Kern des Problems getroffen. Leider! *Mit der Dynamik dieses Zinssystems kann kein anderes Geld- und somit kein Wirtschaftsgefüge konkurrieren.* Das exponentielle Wachstum ist nicht umsonst Charakteristikum für die dynamischste aller Krankheiten, den Krebs, der infolgedessen auch am signifikantesten das Kranksein in unserer Zeit symbolisiert.

»Vom Standpunkt der Zelle betrachtet ist der Krebs ja ein Triumph ohnegleichen: die gelungene Programmierung der Zelle auf »Unsterblichkeit«, die endgültige Herstellung von Ordnung und Vollkommenheit und ihre Reproduktion in immer gleicher Form. Vom Standpunkt des Gesamtorganismus ist er eine ein-

zige Katastrophe: die Überlagerung und Vernichtung der Vielfalt, die Erstickung differenzierter Organfunktionen im einseitigen, unkontrollierten Zellwachstum und schließlich der Tod, das Erliegen lebensnotwendiger Versorgungsfunktionen des Gesamtorganismus. Der unkontrollierte Vermehrungserfolg der Zelle führt, auf der Triumphstraße äußerster ›Tüchtigkeit‹, geradewegs in den Untergang alles am Gesamtorganismus beteiligten Lebendigen – auch der Zelle selbst. Diese feiert den Höhepunkt ihres Sieges im Augenblick des eigenen Untergangs: Sieg und Selbstvernichtung fallen in eins. Welch ein Bild tödlicher Ironie: Der Untergang ist nicht etwa die Folge des Totalerfolges, nein, der Höhepunkt des Erfolgs ist der Untergang.«<sup>12</sup>

Diese Beschreibung Bernd Guggenbergers lässt sich, wie auch Helmut Creutz nachweist (siehe *Abbildung 8*, »Der monetäre Teufelskreis«), ohne große Abänderung auf das heutige Geldsystem übertragen, das ja auch, »ohne dies zu wollen«, die lebenserhaltende Balance der Vielfalt der am Leben teilnehmenden Funktionen zerstört und auf dem Höhepunkt des Erfolgs mit einer nie zuvor dagewesenen Menge an Geldansprüchen und Schulden seinen eigenen Untergang feiert. Kein westlicher Staat kann heute noch seine Schulden zurückzahlen. In Deutschland und Japan wachsen sie pro Sekunde um 2500,- €. Wie lange die Gläubigerbanken dieses Spiel noch mitmachen, ist ungewiss.

Deutlicher, als es bei Jesaja im Alten Testament steht, kann es gar nicht gesagt werden: »Darum wird eure Schuld für euch sein wie ein herabfallendes Bruchstück von einer hoch aufragenden Mauer, die dann plötzlich, urplötzlich einstürzt.«<sup>13</sup> Die exponentielle Wachstumskurve wird zum Schluss immer steiler und bricht dann jäh ab. Natürlich kann mit der Dynamik dieses Wachstumsprozesses, wenn man ihn zulässt, kein gesundes Wachstum konkurrieren. Ein solches ist aber nur möglich, wenn wir dem Geld seine Spekulationsfunktion nehmen und es zu einem echten Tauschmittel machen.

Wenn Geld beide Aufgaben – als Tausch- und als Spekulationsmittel – erfüllen soll, gerät die Tauschfunktion regelmäßig ins Hintertreffen, da sich die Spekulationsfunktion als die dynamischere erweist. Das heißt, als Tauschmittel ist der »Zwitter Geld« heute eine grundsätzliche Fehlkonstruktion.

Wer sie nicht durchschaut und trotzdem versucht, den Regenwald zu retten und die Umwelt zu schützen, kann nicht sehr weit kommen und gerät in eine nahezu hoffnungslose Situation. So stand bereits im Vorwort des »State of the World Report 1990« des »World Watch Institutes« der schöne Satz: »Im Großen und Ganzen war es ein Jahr zahlreicher Konferenzen und Berichte, aber mit wenig echten Veränderungen.«<sup>14</sup> Und im Jahresbericht 1989/90 des World Wildlife Fund, dem sehr viel wohlhabende Firmen und Einzelpersonen angehören, heißt es: »Noch nie wurden in dieser Zeit so viele internationale Konferenzen über die globalen Umweltprobleme wie Abholzung des Tropenwaldes, das Ozonloch und die CO<sub>2</sub>-Zunahme abgehalten. Die Medien berichteten intensiv darüber, nur die Beschlüsse der Politiker bleiben bescheiden, und konkretes Handeln fällt schwer.«<sup>15</sup>

Und in ihrem Bericht »Die Zukunft gestalten« sagen Uexküll und Girardet im Jahr 2005:

»Trotz beispiellosem Wissen und enormer technischer Möglichkeiten ist die Menschheit heute auf einem Kollisionskurs mit ihrer eigenen Zukunft. Globaler Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung, wachsende Ungleichheit von Arm und Reich und das daraus resultierende Potenzial für gewaltsame Konflikte verursachen Angst und Unsicherheit. Entscheidungen, die heute getroffen werden, haben längerfristige Auswirkungen als je zuvor, aber kurzfristiges Denken ist zu einem dominierenden Trend geworden. UNO-Konferenzen und Kommissionen haben sich bemüht, viele dringende Themen abzuhandeln, aber es wird immer deutlicher, dass selbst *minimale* strukturelle Veränderungen die *maximale* politi-

sche Umsetzbarkeit übersteigen. Das führt zu Misstrauen in nationale und internationale Organisationen.«<sup>16</sup>

Zum Aufgabenbereich des Weltzukunftsrates gehört nach der Meinung von Uexküll und Girardet eine Währungs- und Steuerreform sowie die Regulierung des Finanzsystems, »um menschlichen Bedürfnissen gerecht zu werden und natürliche Grenzen zu respektieren«. Das kann möglicherweise heißen: Hoheitsrechte bezüglich des Geldes einzuschränken, ein Erlassjahr durchzusetzen oder lokale oder regionale Währungen einzuführen.<sup>17</sup>

Wie diese Fehlkonstruktion im Geldsystem zustande gekommen ist, kann man historisch begründen. Die Problematik, die sie noch immer verursacht, ist – heute besser denn je – analysierbar. Und wenn man erkannt hat, dass die Schaffung eines besseren Tauschmittels möglich ist, das statt eines wuchernden Krebses ein gesundes Wachstum der Wirtschaft erlaubt, wäre es bewusster Selbstmord, nicht wenigstens zu versuchen, dieses System einzuführen.

## **Modell 2: Begrenztes oder Nullwachstum**

Die Forderung nach einem wirtschaftlichen Nullwachstum wird vor allem von Menschen erhoben, denen es um die Erhaltung unserer begrenzten ökologischen Lebensgrundlagen geht. Sie argumentieren mit dem Begriff »Entropie« als Kürzel für den wissenschaftlichen Beweis, dass grenzenloses Wachstum auf unserem Planeten eben nicht möglich ist. Mit dem ersten Hauptsatz der Thermodynamik – dass Energie weder geschaffen noch vernichtet wird (sie erfährt lediglich eine Umwandlung) – hatte Rudolf Clausius vor mehr als hundert Jahren den Traum vom Perpetuum mobile, der unerschöpflich verfügbaren Energie, abrupt beendet. Mit dem zweiten Haupt-

satz – die Energie geht immer vom verfügbaren zum unverfügbaren Zustand über (Holz brennt und gibt Wärme ab; die Wärme geht nicht verloren, aber sie ist für uns nicht mehr verfügbar) – deutet er bereits die Richtung an, die unser Handeln bestimmen muss: Sparsamkeit bei der Nutzung der uns verfügbaren Ressourcen.

Während man die Gesamtheit der Naturvorgänge in ihrer wechselseitigen Ergänzung als geniale Verzögerungstaktik im Abwehrkampf wider die unvermeidliche Entropievermehrung auslegen kann, bedeutet alles menschliche Handeln nichts anderes als die Erweiterung und Beschleunigung jenes Transformationsvorgangs, während dessen aus wertvollen natürlichen Stoffen fortlaufend wertloser Abfall wird.

Wo immer über wirkliche Alternativen zur herrschenden Wachstumsideologie der Ökonomie und Politik diskutiert wird, geht es deshalb in erster Linie um Verlangsamung dieser Entwicklung. Von E. F. Schuhmachers »Small is beautiful«<sup>18</sup> bis zu Hazel Hendersons »Das Ende der Ökonomie – Die ersten Tage des nachindustriellen Zeitalters«<sup>19</sup> wird ein Wachstum gefordert, das sich am menschlichen Maßstab ausrichtet oder an der Beantwortung der Fragen »Wachstum von was und für wen?« Die Richtung – auf einige Stichworte verkürzt – heißt: klein, dezentral, vernetzt, sozialverträglich und Ressourcen schonend.

Allerdings, wie dies zu bewerkstelligen ist in einem Wirtschafts- und Geldsystem, das auf dem Zins als Umlaufsicherung beruht und somit exponentiell wachsen muss, darüber diskutieren nur wenige, weil es in der »alternativen« oder »neuen« Ökonomie kein zentrales Thema darstellt. Paul Ekins schreibt in seinem Buch »The Living Economy« (»Die lebende Ökonomie«):<sup>20</sup>

»Die Ökonomie steckt in einer Sackgasse. Ihre Instrumente sind stumpf. Ihre Richtung ist verworren. Der breite Nachkriegskonsens ist verflogen, die Experten ergreifen immer ver-

zweifelter Hilfsmittel, und die Öffentlichkeit ist sowohl skeptisch wie bestürzt. Nichts scheint so zu klappen wie zuvor. Investitionen verbessern die Arbeitslosenquote nicht. Wachstum auch nicht. Die Inflation ist chronisch geworden. [...] Die Schulden der Dritten Welt drohen das internationale Finanzsystem zum Einsturz zu bringen. Neue Technologien beherrschen die Menschen, statt sie zu befreien. Die Natur [...] und ihre Ressourcen sind in beispielloser Bedrängnis. Der größte Widerspruch ist jedoch das Weiterbestehen der Armut selbst in den reichsten Ländern, trotz der wirtschaftlichen Weiterentwicklung.«<sup>21</sup>

Das umfangreiche Werk fasst die Ergebnisse der »Alternativen Gipfeltreffen« (The Economic Summit = TOES) 1984 und 1985 zusammen, zu denen viele der besten Köpfe, die über eine neue Ökonomie nachdenken, alljährlich zusammenkommen. Die gängigen Methoden der Ökonomie werden scharf angegriffen und neue Modelle entwickelt. Hazel Henderson kritisiert die herkömmlichen Wirtschaftsindikatoren als »ohne wirkliche Bedeutung«, Susan George beschreibt die fatalen Auswirkungen der Schuldenkrise, und James Robertson fragt: »Was kommt eigentlich nach der Vollbeschäftigung für alle?« Es geht um Arbeit, Gesundheit, die wirklichen Bedürfnisse der Menschen, technologischen Fortschritt, die spezielle Beschäftigungslage von Frauen, den Zugang zu Land, Steuern und ein Grundeinkommen für jeden, Lernen von Entwicklungsländern, Welthandel und die Abkoppelung von multinationalen Konzernen.

Kaum ein Thema wird ausgeklammert, nur die Bedeutung unseres Geldsystems hinsichtlich des pathologischen Wachstumszwangs, der Überschuldung der Dritten Welt, des Verschleißes nicht erneuerbarer Ressourcen, der Ausbeutung von Frauen, der wachsenden Arbeitslosigkeit und sich erweiternden Kluft von Arm und Reich wird an keiner Stelle klar benannt.

Zwar werden die überdurchschnittlichen Gewinne der Banken kritisiert und einige lokale Geldsysteme beschrieben (Guernsey, Wörgl und das LET-System), aber warum diese Beispiele so wichtig sind – nicht nur für die Orte, an denen sie funktionieren, sondern allgemein deswegen, dass Geld als optimales Tauschmittel ohne Zinsen eine Alternative bildet –, wird nicht gesagt.

Auf der anderen Seite stellen die Freigeldtheoretiker die Lösung des Zinsproblems durch eine andere Umlaufsicherung häufig genug so dar, als wenn sie allein alle sozialen und ökonomischen Probleme lösen könnte. Natürlich wäre die Veränderung des Geldsystems *allein* auch nicht in der Lage, den Entropieprozess ausreichend zu verlangsamen, wenn unsere Ansprüche und Verhaltensweisen sich nicht ändern und beispielsweise jeder individuell wie auch die Gesellschaft zu einer neuen Definition von »Reichtum« und zu einem neuen »inneren« Verhältnis zum Geld gelangen. Deswegen müssen im Zusammenhang mit der Diskussion eines neuen Geldsystems auch die Vertreter eines begrenzten wirtschaftlichen Wachstums und Kritiker der herkömmlichen Ökonomie zu Wort kommen. Das Ziel besteht darin, ihre Kritik an bestehenden Konzepten und Maßstäben mit derjenigen am Geldsystem zu verbinden, so dass beide glaubwürdiger werden.

Der grüne Politiker Jonathan Porritt hat in seinem Buch »Seeing Green« (»Grün sehen«)<sup>22</sup> bereits 1984 beschrieben, wie der Begriff »Reichtum« dabei ist, sich zu verändern, ja geradezu ins Gegenteil zu verkehren. Während auch heute noch Reichtum allgemein häufig als äußerliches Symbol des Wohlstands gleichgesetzt wird mit Konsumgütern, Kreditkarten und der Möglichkeit, das Bankkonto zu überziehen, dürften nach Porritt in Zukunft die Reichen unabhängig genug sein, die wirkliche Qualität ihres Lebens zu verbessern. Die Armen werden dann auf ein Zeitalter zurückblicken, in dem Glück für Geld zu haben war, aber nie auf befriedigende Weise.

Die Reichen, meint Porritt, werden an Orten wohnen, wo Menschen sich gegenseitig unterstützen, von einer selbst bestimmten Arbeit leben und in ihrer Freizeit den größten Teil ihrer eigenen Lebensmittel und Unterhaltung selbst produzieren, während die Armen in voll gestopften Pendlerzügen in die Stadt zu einer Arbeit fahren müssen, die sie sowieso nicht ausstehen können, viel zu viel Geld für ungesunde Nahrung ausgeben und abends am Schalter ihrer Kabelfernseher und Videogeräte so lange drehen, bis sie die richtige Ablenkung gefunden zu haben meinen.

Dass diese Definition von Reichtum richtig ist, sieht man in Gemeinschaften, wo Menschen, die nach ihren Durchschnittseinkommen in Deutschland als arm bezeichnet werden müssten, ein wesentlich erfüllteres Leben führen als die meisten Leute, die hierzulande als »reich« bezeichnet werden. Wenn Reichtum sich an der Zahl befriedigender sozialer Beziehungen oder enger Freundschaften misst und der Möglichkeit, individuell und als Gruppe an Konflikten zu wachsen, statt sich davor zu verstecken; an der Vielfalt der Talente, die sich in immer neuen Variationen ergänzen und befruchten; an der Freiheit, die Gelegenheiten, die sich bieten, zu nutzen oder auch nicht – dann sind die Angehörigen jener Gemeinschaften reich.

Reichtum ist jedenfalls nicht mit dem Besitz von Geld identisch. Darauf weist besonders der chilenische Ökonom Manfred Max-Neef hin, der feststellt, dass so genannte Entwicklungsländer in der Befriedigung fundamentaler menschlicher Bedürfnisse oft weiter entwickelt sind als die hoch industrialisierten Staaten. Eine der engsten Begriffe der Ökonomie ist nach seiner Meinung der von Armut: dass jeder, der eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschreitet, arm ist.

Wenn man die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse in einer »Ökonomie mit menschlichem Maßstab« hinzunimmt, gibt es eine Armut an Sicherheit, eine Armut an

Identität, eine Armut an Freiheit, eine Armut an Verständnis, eine Armut an freundschaftlichen Beziehungen und dergleichen mehr, die zu überwinden für die Qualität des Lebens mindestens so wichtig wäre wie die finanzielle Armut.<sup>23</sup> Gerade in den ärmsten Gebieten findet man oft eine Solidarität und menschliche Hilfsbereitschaft, die in einem sehr hohen Grad die Grundbedürfnisse nach Schutz, Zuneigung und Geborgenheit befriedigen. In sehr wettbewerbsorientierten Gesellschaftsbereichen werden genau jene Ansprüche vernachlässigt, und der arme Reiche, der am Ende Selbstmord begeht, weil ihn niemand liebt, ist keine Seltenheit.

Geld ist auf der anderen Seite ein perfektes Ersatzmittel für alle diese ungestillten Bedürfnisse. Und so boomt in den »reichen« Industrieländern das Waffen- und Versicherungsgeschäft, während man sich in Reichweite von Pershing-Raketen oder in der Nähe eines Atommeilers ruhig zum Schlafen legt. Und so entdeckt der Tourismus die fernsten Winkel der Welt, weil Menschen den Eingang zur abenteuerlichen Reise ins eigene Innere noch nicht gefunden haben. Die Freiheit, von der wir träumen, liegt natürlich in uns selbst. Aber das erfahren viele erst, nachdem sie ihr viele Tausende von Kilometern nachgeflogen sind.

Was weltweit gebraucht wird, ist ein neues Konzept ökonomischer Effizienz, ein Konzept, das weiter geht als Maßstäbe, die sich in Geld ausdrücken lassen, wie zum Beispiel dem Bruttosozialprodukt. Hazel Henderson fordert Maßstäbe und Untersuchungen, in denen sich ausdrückt, ob das, was wir tun, auf Dauer Bestand haben kann: soziale Indikatoren, Zukunftsstudien, Betrachtungen über Wechselwirkungen zwischen den Zielen verschiedener Wirtschaftsbereiche, Umweltbeeinflussungsbilanzen, Energie-, Grün- und Abfallstatistiken, Einschätzungen und Vergleiche verschiedener Technologien im Hinblick auf Beschäftigung und dergleichen.

Darüber hinaus brauchen wir Maßstäbe, in denen sich Kom-

plexität ausdrückt, denn deren Verlust ist zumeist auch ein Verlust an Schönheit, Sicherheit und Lebensqualität. Unsere neuen Städte und Stadtteile, vor allem die aus den sechziger und siebziger Jahren, legen darüber beredtes Zeugnis ab. In der Landwirtschaft nimmt der Trend schon seit einiger Zeit bedrohliche Formen an. Der rapide Artenschwund, ebenso wie viele soziale Probleme, ist eine Folge des Wachstumszwangs in unserem Geldsystem, aber *auch* der Unzulänglichkeit unserer Technologien und wirtschaftlichen Maßstäbe.

Das *Bruttonettoprodukt* (BSP), aus Mangel an besseren Maßstäben auch in diesem Buch zum Vergleich herangezogen, führt weltweit noch immer zu dem Fehlschluss, dass seine Höhe etwas über den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes aussagen könne. Dabei bleiben den meisten Menschen zwei grundsätzliche Fehler verborgen: Erstens findet beim Berechnen des BSP immer nur eine der vier Grundrechenarten Anwendung: Es wird nur addiert, nie subtrahiert. Das heißt, alles wird im BSP auf der »Plus«-Seite verbucht – egal ob produktive, unproduktive oder sogar zerstörerische Prozesse stattfinden, ob Wald gepflanzt oder abgeholzt wird, ob Leute arbeiten oder krank sind. Mit anderen Worten: Nutzen und Schaden werden in keiner Weise angezeigt. Das Maß, an dem Politiker aller Länder Erfolge oder Misserfolge ihrer Politik messen, erweist sich also als mehr als fragwürdig, es ist schlicht irreführend.

Zweitens misst das BSP nur, was sich auf dem Markt abspielt. Alle Aktivitäten, die keine monetären Transaktionen nach sich ziehen, bleiben unsichtbar und schaffen somit für die offizielle ökonomische Betrachtung keine Werte. Dazu gehören in erster Linie Hausarbeit und Kindererziehung, private Pflege von alten Menschen sowie ehrenamtliche Arbeit, im Grunde alles, was hauptsächlich von Frauen geleistet wird. Mehr als die Hälfte der Menschheit hat also in der konventionellen Ökonomie keine Bedeutung. »Ist es nicht phantas-

tisch«, fragte Max-Neef, »dass ein Mann von seiner Frau, die vielleicht 12 bis 14 Stunden täglich im Haus arbeitet, sagen kann, meine Frau arbeitet nicht.«<sup>24</sup> Um die Absurdität des Maßstabs zu verdeutlichen: Jeweils zwei Frauen könnten füreinander den Haushalt führen, sich gegenseitig bezahlen, und schon würde ihre Tätigkeit als »Arbeit« bezeichnet werden und im Bruttosozialprodukt zählen, obwohl sich in Wirklichkeit nichts verändert hat.

Unsere Indikatoren, die ja deutlich die Entwicklung unseres ökonomischen Verständnisses zeigen, sagen uns nicht nur die halbe Wahrheit und messen mit einem viel zu einseitigen Maßstab – dem Geld –, sondern addieren, wo zu subtrahieren wäre, und umfassen nur einen derart kleinen Ausschnitt des Gesamtsystems, dass sie gar nicht verdeutlichen können, was wirklich vor sich geht.

Hazel Henderson, eine der unbefangenen Kritikerinnen herkömmlicher ökonomischer Theorien und Modelle, ging ebenso wie Guy Dauncey in seinem Buch »After the Crash – The Emergence of the Rainbow Economy« (»Nach dem Crash – Die Entstehung der Regenbogen-Ökonomie«)<sup>25</sup> davon aus, dass ein weltweiter Zusammenbruch das derzeitige Weltwirtschaftssystem noch vor Ende des zwanzigsten Jahrhunderts hinwegfegen würde. George Soros, der wohl erfolgreichste Spekulant aller Zeiten, bestätigt denn auch, dass die Welt 1998 nur knapp einem »money-melt-down«, also einer »monetären Geldschmelze« entgangen ist: »Dass das kapitalistische Weltssystem seinen eigenen Defekten erliegen wird, liegt auf der Hand – wenn nicht dieses Mal, dann bei der nächsten Gelegenheit.«<sup>26</sup>

Henderson und Dauncey sehen in einem solchen Kollaps jedoch auch die große Chance, endlich zu einer Wirtschaftsform zu finden, die mit dem, was auf dieser Erde möglich ist, in Einklang steht. In vielen Entwicklungen, die zur Zeit schon ablaufen – kleinen dezentralen Netzwerken, lokalen Geldsysteme-

men, neuen Beteiligungsmodellen – entdecken sie die ersten Vorläufer des nachindustriellen Zeitalters und der neuen »Regenbogen-Ökonomie«. Diese wird sich nach ihrer Ansicht im Gegensatz zum »expansionistischen, am Wachstum des Bruttosozialprodukts orientierten, ressourcenintensiven Industriesystem« an der Welt als »organischer Gesamtheit« orientieren und sich neuer Instrumente und Indikatoren bedienen.<sup>27</sup>

Der Gedanke an den Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems schreckt Hazel Henderson nicht, wie sie mir während eines Gesprächs in Findhorn 1987 mitteilte. Ihrer Meinung nach würden wir die zentralen Systeme sehr schnell durch dezentrale ersetzen. Weil für sehr lange Zeit niemand den großen Systemen in Politik und Wirtschaft mehr trauen würde, käme es zu einem Austausch gegen lokale und regionale Entscheidungs- und Versorgungsstrukturen. Dabei wird die Möglichkeit der schnellen Kommunikation über Computer und die Medien eine wesentliche Rolle spielen, denn das ist das eigentlich geschichtlich Neue an der Situation.

Falls der Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems eintritt, gäbe es also diesmal keinen Grund zur Panik oder aus dem Fenster zu springen (wie es viele nach dem Börsen-Crash 1929 taten), sagt Henderson:

»Sie brauchen nichts anderes zu tun, als Ihre Energien ein wenig umzuorientieren und Ihrer eigenen Nachbarschaft mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Um das zu tun, müssen Sie das in Angriff nehmen, was im Lauf der Jahrhunderte auch alle anderen Menschen getan haben: Sie werden Geld neu erfinden müssen. Wenn das Geld so manipuliert worden ist und der ›Großcroupier‹ (die Zentralbank) in Washington oder London es total verpfuscht hat, dann schaffen sich vernünftige Menschen ihre eigenen Chips.«<sup>28</sup>

Ihr berühmtes »Kuchenmodell«, mit dem sie die gesamte Wirtschaft als Schichtkuchen darstellt, setzt sie auch ein, um

die Angst vor dieser einschneidenden Veränderung abzubauen.<sup>29</sup> Da die untere Hälfte des Kuchens aus der nicht bezahlten Arbeit und der Natur besteht, argumentiert Henderson, bleibt dieser Teil übrig, wenn die Weltwirtschaft – das heißt, der offizielle Geldsektor, in dem Arbeit bezahlt wird – zusammenbricht, und der Subsistenzbereich wird zum Zentrum und Ausgangspunkt einer neuen Wirtschaft, die sich vollkommen anderen Maßstäben und Zielen widmen muss. Dass es in diesem Prozess den Menschen in Entwicklungsländern – jedenfalls dort, wo noch relativ autonome Selbstversorgungsstrukturen existieren – besser gehen wird als der Bevölkerung in hoch industrialisierten Staaten, findet sie nur fair – nachdem das Verhältnis allzu lange umgekehrt war.

Sicherlich würde ein »reinigender Crash«, in dem der heiße Ballon von »funny money« platzt und mehrere Billionen US-Dollar aus dem Börsenkarussell verschwinden – möglicherweise wie 1987 praktisch ohne Konsequenzen für die Mehrheit der Menschen –, auch einige Vorteile bieten. Nur ist zu befürchten, dass es beim wirklichen »Endspiel« um einen anderen Einsatz geht und Millionen, nein Milliarden Menschen – vor allem in den Großstädten der hoch industrialisierten und Entwicklungsländer gleichermaßen – innerhalb weniger Stunden keine Chance haben, auch nur das Notwendigste zum Überleben aufzutreiben. Für die apokalyptischen Horrorvisionen von dem, was in den Großstädten passieren wird, wenn die zentralen Ver- und Entsorgungssysteme zusammenbrechen, haben einige Stunden mit Stromausfällen oder Tage, an denen Müllarbeiter streikten, einen schwachen Vorgeschmack gegeben. Aber selbst auf dem Land wird es in den hoch industrialisierten Ländern kaum besser aussehen, denn die kleineren Ortschaften mit ihren spezialisierten Agrarfabriken hängen genauso stark von Öl, Strom und von der zentralen Wasserver- und -entsorgung ab wie die Städte.

Ich meine, es wäre sinnvoller, den Zins als den Urfehler in

unserem Geldsystem zu erkennen und abzuschaffen, bevor er uns »abschafft«, und endlich ein gesundes, überlebensfähiges und gerechtes Tauschmittel einzuführen. Wer nicht beides sieht – die Krankheit *und* die Kur – muss bei der Symptombeschreibung und -behandlung stehen bleiben. Das trifft sowohl auf wachstumsorientierte Kritiker der heutigen Ökonomie wie Paul C. Martin als auch auf solche aus den Reihen der »grünen Ökonomie« zu.

So sind Maria Mies' »Konturen einer öko-feministischen Gesellschaft«<sup>30</sup> mit dem Zukunftsmodell »Die lebenswerte Alternative«<sup>31</sup> von James Robertson und wesentlichen Argumenten der meisten Ökologen und Feministinnen nahezu identisch. Beide gehen davon aus, dass eine ökologische Ökonomie notwendigerweise die Frauenbefreiung fördern muss, was auch das Ende der Ausbeutung der Dritten Welt bedeutet. Beide weisen die Lüge zurück, dass menschliche Bedürfnisse prinzipiell unendlich und unersättlich sind. Maria Mies sagt:

»Dieser faustische Begriff der unersättlichen Bedürfnisse ist das Kernstück des Paradigmas des weißen Mannes [...] Es ist die notwendige Voraussetzung für eine ins Unendliche fortschreitende Kapitalakkumulation und Naturzerstörung. Bedürfnisse, die nie befriedigt werden, sind aber keine Bedürfnisse, sondern *Süchte*. Menschliches Glück besteht jedoch darin, dass wir sagen können: Es war schön, es ist genug! Dass wir LEBENSATT sterben können.«<sup>32</sup>

Alles das stimmt. Was jedoch fehlt, ist die Erkenntnis, dass wir die fortschreitende Kapitalakkumulation nur dann aufhalten können, wenn wir ein anderes Geldsystem einführen, mit dem auch der Wachstumszwang entfällt. Erst diese Veränderung wird es ermöglichen, dass wir statt in Krieg, Revolution oder Umweltkatastrophen »lebensatt sterben können«.

### Modell 3: Qualifiziertes Wachstum

Dieses Modell beschreibt unterschiedliche Wachstumsmöglichkeiten, die sich aus einem zins- und inflationsfreien Geldsystem in verschiedenen Bereichen unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ergeben. Es versucht aufzuzeigen, wo unbegrenztes und wo begrenztes Wachstum notwendig und richtig ist.

Wenn wir noch einmal zu *Abbildung 1* zurückgehen, so können wir über das hinaus, was im ersten Kapitel dazu gesagt wurde, Folgendes feststellen:

- Während *Kurve a* im materiellen Bereich ein gesundes Wachstum anzeigt, gibt sie *im nichtmateriellen Bereich ein krankhaftes an*.
- Im Gegensatz dazu veranschaulicht *Kurve c* – das exponentielle Wachstum – im materiellen Bereich ein krankhaftes, *im nichtmateriellen Sektor hingegen ein gesundes Wachstum*.

An einem einfachen Beispiel lässt sich das verdeutlichen: Ein Kind, das gerade mal mit dem Abc vertraut ist und danach nicht weiterlernt, sondern auf diesem Wissensstand stehen bleibt, ist krank. Das Gleiche trifft auf einen Erwachsenen zu, der bis zum 21. Lebensjahr all das, was ihm an manuellen Fähigkeiten und geistiger Disziplin beigebracht werden kann, gelernt hat und dann meint, auf eine Weiterbildung verzichten zu können.

Während wir es als gesund ansehen, dass wir mit etwa 21 Jahren aufhören, physisch (materiell) zu wachsen, empfinden wir es im psychischen (nichtmateriellen) Bereich als das Gegenteil. Während wir den Verlauf des physischen Wachstums

nur minimal bewusst steuern können, sehen wir uns auf psychischem, intellektuellem und emotionalem Gebiet genau der umgekehrten Situation gegenüber. Hier kommt es ganz und gar auf unser Bewusstsein an, ob und wie wir wachsen wollen. Wenn wir uns intellektuell weiterentwickeln wollen, werden wir die dafür erforderlichen Lernprogramme aufstellen. Entscheiden wir uns für manuelle Fähigkeiten, bauen wir die entsprechenden Werkstätten. Wenn wir eine geistige, moralische und ethische Dimension als Grundlage unseres Handelns fordern, müssen wir die entsprechenden Lernmöglichkeiten konzipieren. Lernend können wir ohne Gefahr unbegrenzt »wachsen«.

Sehen wir uns jedoch unseren Lernprozess im Verlauf der Menschheitsgeschichte an, so haben wir in den letzten zweieinhalbtausend Jahren in intellektueller und technisch-wissenschaftlicher Hinsicht ungeheure Fortschritte gemacht – was uns viel stumpfsinnig manuelle Arbeit erspart –, aber dabei den moralisch-ethischen oder religiösen Bereich fast vollkommen vernachlässigt.

Überall stellt uns nun heute unser rasanter technischer Fortschritt vor *Fragen, die nur durch ein Wachstum in ethischer Hinsicht zu beantworten sind*: von der Gentechnologie bis zur Nutzung des Weltraums, der Meere und der Polarzonen; von der Datenverarbeitung bis zum Umgang mit dem Geld. So wie bisher können wir nicht weitermachen. Wir müssen uns etwas grundsätzlich Neues einfallen lassen. »Es gibt keine Möglichkeit«, sagt Henderson, »durch diese Art von Systemwandel hindurchzukommen, ohne dass sich jeder Mitspieler verändert. Jeder muss einen kleinen Teil der Verantwortung übernehmen.«<sup>33</sup>

Nachdem wir seit der Einführung unseres Zins tragenden Geldsystems vor dreitausend Jahren materiell und technisch-wissenschaftlich exponentiell wachsen mussten (siehe *Abbildung 1*, Kurve c) und uns ethisch-religiös wenig weiterentwi-

ckelt haben, ist (*Abbildung 1*, Kurve a) es jetzt an der Zeit, das Ganze umzukehren und mit einer neuen Geldordnung die Expansion im materiellen Bereich zu begrenzen und damit ein exponentielles Wachstum in ethischer, sozialer und kultureller Hinsicht zu ermöglichen.

Wer glaubt, die Abschaffung des Zinses und die Einführung einer »gesünderen« Umlaufsicherung seien nur ein kleines technisches Problem, das sich durch entsprechende Aufklärung und Information aller Beteiligten lösen ließe, sei gewarnt. So einfach ist es – leider – nicht. Ein Geldsystem, das mit dem Grundsatz »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst« Ernst macht, kann nur von Menschen begründet werden, die irgendwo erfahren haben, dass dieser Grundsatz stimmt.

Das beantwortet die schwierigste Frage, die mir andere und ich mir selbst seit Jahren immer wieder stellen: Wenn das so relativ einfach zu verstehen ist, warum haben wir dann nicht längst ein anderes und besseres Geldsystem? Die Antwort lautet: weil es kein einfaches technisches, sondern ein großes menschliches Problem darstellt. Es verlangt, dass wir im wahren Sinne des Wortes »über unseren eigenen Schatten springen«. Diejenigen, die das schon geübt haben und die anfänglichen Schwierigkeiten kennen, wissen aber, dass es gelernt werden kann wie alles andere auch, nicht nur im individuellen, sondern auch im gesellschaftlichen Bereich. Was Mut macht, ist, dass das Lernen und die Zahl der Menschen, die solche Erfahrungen machen, zur Zeit ebenfalls exponentiell zunehmen.

Tauschwirtschaft statt Schuldenwirtschaft bedeutet, das Geld mit einer Nutzungsgebühr zu einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung zu machen, statt es als privates Spekulationsmittel zu belassen. Wir erlauben ja heute auch nicht mehr, dass Raubritter auf unseren Autobahnen Sperren errichten, um einen Wegezoll abzukassieren. Das ist aber genau das, was wir im übertragenen Sinne beim Geld zulassen.

Ähnlich, wie andere Dienstleistungen von privaten Firmen

im öffentlichen Auftrag und nach staatlichen Vorschriften durchgeführt werden – vom Straßenbau bis zur Paketbeförderung –, können die Banken weiterhin als Dienstleistungsunternehmen fungieren.

Was bei der Umlaufsicherung des Geldes mittels einer Gebühr nicht entfällt, sind die Kreditgewährung und die Schuldenaufnahme, das heißt, dass einzelne Unternehmer auch weiterhin ihre Vorfinanzierungskosten und Risiken mit in die Preise einkalkulieren müssen, noch immer Konkurrenz haben und bei falscher Kalkulation in Konkurs gehen können, also unter dem Druck ihres Existenzrisikos arbeiten müssen.

Was entfällt, ist, dass Schulden (wie auch schuldenfreie Investitionen) über die Zinsen mehrmals zurückgezahlt werden. Das heißt, auch die Preise können sinken. Schulden werden nur einmal zurückerstattet, was zugegebenermaßen den Druck auf den einzelnen Unternehmer und damit die »Dynamik« des Systems etwas verringern wird – möglicherweise um genauso viel, wie es noch braucht, um stressfreier und vernünftiger zu leben.

Was bei der Umlaufsicherung des Geldes mittels einer Gebühr nicht entfällt, ist, dass »vernünftig« für den einen etwas anderes bedeutet als für den anderen und die Menschen ebenso, wie sie über unterschiedliche Talente verfügen, sie auch verschieden große Häuser und Bankkonten haben wollen. Was entfällt, ist, dass die große Mehrheit für die Geldeinkommen einer kleinen Minderheit arbeitet.

Was bei der Umlaufsicherung des Geldes mittels einer Gebühr nicht entfällt, ist, dass der »freie Markt« den Preis bestimmt, hierzu gibt es in der Tat keine Alternative. Was entfällt, ist, dass der Markt durch die Akkumulation von Kapital in den Händen von immer weniger Firmen und Familien derart verzerrt wird, dass von einem freien Markt nicht mehr die Rede sein kann.

Was durch die Umlaufsicherung des Geldes über eine Gebühr nicht entfällt, ist die Notwendigkeit, Umweltschutz-

maßnahmen zu ergreifen und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, und zwar *weltweit*. Was entfällt: dass diese Kosten, auf dem freien Kapitalmarkt aufgenommen, den Aufschuldungsdruck auf zukünftige Generationen ausdehnen und vergrößern. Mit anderen Worten: Eine Inangriffnahme dieser Maßnahmen wird erheblich erleichtert.

Das Ziel der meisten Menschen ist die Muße, während die Arbeit getan werden muss, um zu überleben. Wenn die Mehrheit der Menschen über die Preise und Steuern jedoch nicht mehr die Hälfte ihres Einkommens an multinationale Konzerne, Versicherungsgesellschaften und Geldspekulanten abführen muss, hat sie reichlich Zeit für Muße und Lebensqualität statt Stress und Konsumquantität.

In seiner Würdigung der Werke Rudolf Steiners und Silvio Gesells »als Vorboten einer neuen Geschichtsepoche« beschreibt Werner Onken das Verhältnis der beiden visionären Denker zu der Frage der Lenkung der Wirtschaft.<sup>34</sup> »Soll der Mensch den sozialen Organismus nach dem Prinzip des *Laissez-faire* völlig sich selbst überlassen? Oder soll er in die Stoffwechselprozesse des sozialen Organismus bewusst eingreifen und einzelne Vorgänge rational planen?«<sup>35</sup> Während nach der Vorstellung Steiners der Mensch in Zukunft die Wirtschaft *bewusst lenken* soll<sup>36</sup>, hielt Silvio Gesell weder das eine noch das andere den Erkenntniskräften des Menschen für angemessen. Das »bewusste Lenken« würde seine Fähigkeiten übersteigen – das *Laissez-faire* seine Fähigkeiten nicht ausschöpfen. Stattdessen hat der Mensch, Gesell zufolge – als bewusste und gewollte Tat – einen Rahmen zu schaffen mit einer naturgemäßen Bodenrechts- und Geldordnung.<sup>37</sup> »Über diese eigenschöpferische, aktiv-ordnende Rolle hinaus soll er jedoch die Fähigkeit aller Formen des Lebens zur dezentralen Selbstordnung und Selbstheilung respektieren und sich lenkender Eingriffe in die Lebensvorgänge im sozialen Organismus enthalten.«<sup>38</sup>

Gesell wollte – wie Onken herausstellt – die soziale Frage in Freiheit lösen, um dem Kommunismus seine Attraktivität als Alternative zum Kapitalismus zu nehmen. Er hatte bereits klar erkannt, dass die kommunistische Produktionsweise den Menschen in eine neue Form der Sklaverei stürzen würde, während er als das höchste Ziel aller sozialen Reformen die Freiheit des Menschen und seiner persönlichen Entfaltung ansah.

»Den freien Menschen dachte sich Silvio Gesell nicht als Teil eines riesigen Uhrwerks wie der von Isaac Newtons Mechanik faszinierte Adam Smith [...], sondern ganzheitlich. Die Wirtschaft war für ihn ein lebendiger Organismus und keine Maschine [...] Dementsprechend wollte Gesell die kranke Wirtschaft auch nicht wie die Wirtschaftspolitik unserer Zeit durch punktuelle Symptomkuren reparieren, sondern er wollte der Gesamtsymptomatik auf ihren monetären Grund gehen und dann analog zur Homöopathie den sozialen Organismus mit einem Mittel heilen, das seine Gleichgewichtsstörungen reguliert und die verschiedenen Krankheitssymptome dadurch wieder zum Verschwinden bringt.«<sup>39</sup>

Diese Analogie Onkens ist insofern besonders glücklich, als sie mehrere Verständnisschwierigkeiten überwinden hilft: Ein Grundsatz der Homöopathie besteht darin, Gleiches mit Gleichem zu heilen. Bei Vergiftungen kann zum Beispiel eine »homöopathische Dosis« von Arsen gegeben werden, was oft zu einer so genannten »Erstverschlimmerung« führt. Genauso kann auch bei einer Geldreform das krankhafte krebsartige Wachstum unserer Wirtschaft durch ein anfängliches Wirtschaftswachstum mit Neutralem Geld geheilt werden. Dies wird jedoch ohne den Aufschuldungseffekt und mit entsprechenden Ökosteuern ab einer optimalen Menge an Geld, mit der alle Tauschvorgänge bewältigt werden können, zu einem gesunden qualitativen statt quantitativen Wachstum führen.

Ein zweiter Grundsatz der Homöopathie lautet, dass sie die

Selbstheilungskräfte des Menschen anregt. So ähnlich kann man sich auch die Selbstregeneration der Wirtschaft mit einem neuen Geld- und Bodenrecht vorstellen.

Und drittens wirken homöopathische Mittel normalerweise sanfter als allopathische (etwa »Antibiotika«, »gegen das Leben« gerichtete) Medikamente. So würden auch eine Geld-, Boden- und Steuerreform, wie sie in diesem Buch beschrieben werden, den Übergang zu einer Gesellschaft, die »für das Leben« ist, »sanft« erleichtern helfen. Auch wenn wir allein mit einem neuen Geld- und Bodenrecht als Ordnungsrahmen in Anbetracht unserer globalen Probleme heute nicht mehr auskommen würden, sind sie die Grundlage für eine wirklich qualitative Veränderung und Beschränkung des quantitativen Wachstums.

## VII. Praktische Beispiele heute: Vorläufer einer neuen Ökonomie

Zwei Hindernisse stehen einer praktischen Umwandlung unseres Zins tragenden Geldes in ein Tauschmittel, das allen dient, entgegen: Erstens: dass wenige Leute das Problem verstehen, und zweitens: dass erfolgreich erprobte Beispiele im Verhältnis zum Umfang des »normalen« Geldverkehrs in allen Ländern außerordentlich dünn gesät sind. Zusammengekommen ergeben sie jedoch ein Bild darüber, wie eine Transformation »von unten her« aussehen könnte. Sie erlauben die ermutigende Feststellung, dass jede/r sofort etwas tun kann. Wenn genügend Leute erkannt haben, worum es geht, und sich darauf einigen, gemeinsam etwas zu unternehmen, sind Veränderungen auch ohne staatliche Unterstützung möglich. Die folgenden Modelle unterscheiden sich voneinander sowohl in den Funktionen – Sparen und Leihen von Geld auf der einen Seite, Austausch und Verrechnung von Leistungen über Geld auf der anderen Seite – als auch im Umfang oder der Reichweite der Modelle von der lokalen, über die regionale bis zur nationalen Ebene.

Auf lokaler Basis bietet das kanadische LET-System ein zinsfreies Geldmodell für Gruppen, Gemeinschaften, Dörfer oder Stadtteile mit einer Untergrenze von etwa zwanzig und einer Obergrenze von ungefähr fünftausend Mitgliedern.

Die Schweizer Wirtschaftsring-Genossenschaft (WIR) zeigt, wie sich die mittelständische Wirtschaft eines ganzen Landes mit einem eigenen, praktisch zinslosen Verrechnungssystem wesentliche Vorteile schaffen kann.

Das dänische und schwedische J.A.K.-System bietet – ebenfalls landesweit – die Möglichkeit des zinsfreien Sparens und Leihens zu Konditionen, die wesentlich günstiger sind als das, was die Banken anbieten.

Regionale und sektorale Komplementärwährungen (Kapitel VIII) können zeigen, wie ein Nutzen statt Profit stiftendes Geld eingeführt und die Aufwendungen für den Wohlfahrtsstaat – wenigstens zum Teil – auf wirtschaftliche Art und Weise ersetzt werden können.

Die verschiedenen Ansätze zeigen, dass zinslose Geldsysteme auch heute möglich sind und denjenigen, die sie benutzen, Vorteile bieten – sonst gäbe es sie nicht.

## Das LET-System

In jedem Dorf, jeder Stadt und jeder Region leben ebenso Menschen mit Fähigkeiten und Gütern, die im herkömmlichen Wirtschaftssystem nicht genutzt werden, wie auf der anderen Seite Menschen, die ebendieser Dinge bedürfen. Dadurch dass sowohl Angebot wie auch Nachfrage veröffentlicht werden (beispielsweise über Informationstafeln, Zeitschriften, Computer-Informationssysteme, Radio) und eine Zahlungsmöglichkeit außerhalb des herkömmlichen Geldsystems besteht, können beide Gruppen zusammenfinden und das lokale Leben im wahrsten Sinne bereichern.

Von allen Modellen, Güter und Dienstleistungen zinsfrei auszutauschen, ist heute das LET-System (Local Employment and Trade) das am weitesten verbreitete mit inzwischen etwa hundert LET-»Vertretungen« in Nordamerika, Europa, Australien und Neuseeland. Der erste Versuch erfolgte auf Initiative von Michael Linton im Januar 1983 in Comox Valley auf Vancouver Island, Kanada. Die Anzahl von Systemen heute zu erfassen ist schwierig, weil es neben vielen neuen auch andere

gibt, die aus unterschiedlichen Gründen wieder verschwinden. Die LET-Verrechnungseinheit, die sich am Wert der offiziellen Währung orientiert, existiert meist nur als »Buch-« beziehungsweise »Computergeld«. Der Zweck des LET-Systems liegt darin, den Austausch oder die Nutzung lokaler Ressourcen zu mobilisieren und aktivieren.

Rechtlich gesehen verstößt das System in Kanada, den USA und anderen Ländern nicht gegen das staatliche Geldmonopol, weil es nichts anderes als eine zentrale Buchhaltung beinhaltet, über die verschiedene Leistungen verrechnet werden.

Das LET-System füllt dort, wo es eingeführt wurde, zuerst einmal die Marktlücken, die ein Wirtschaftssystem hinterlässt, das global immer nur nach dem billigsten Produktionsort sucht und dabei das ehemals vorhandene lokale autonome Wirtschaftsgefüge zerstört hat. Es hat sicher seine Richtigkeit, dass der freie Weltmarkt (soweit er frei ist) einige bemerkenswerte Vorteile bietet und zum Wohlstand in vielen Teilen der Welt beigetragen hat. Es ist aber ebenso klar, dass dies auf Kosten der Menschen, in den so genannten »Billiglohnländern« auf Kosten nicht erneuerbarer Energiequellen und der Stabilität regionaler Wirtschaftsstrukturen ging und geht. Deshalb ist es wichtig, die lokale und regionale Wirtschaft neu zu beleben. Nur zusammen mit der internen Wirtschaft einer Region oder eines Ortes können die ökonomischen Schwankungen des Weltmarkts ausgeglichen werden und langfristig – zusammen mit dem globalen Güteraustausch – eine gefestigte, sich ergänzende Konstruktion bilden. Je stabiler das Ganze ist, desto stärker müssen auch die Teile werden. In diesem Sinne ist das LET-System eine erste Antwort auf die Übermacht der Großkonzerne und staatlichen Geldsysteme, die durch ihre Monopolstellung, verbunden mit dem Zinseffekt und einer daraus resultierenden wachsenden nationalen sowie internationalen Verschuldung, für kleinere politische und wirtschaftliche Strukturen immer problematischer werden.

Das LET-System erweist sich als immun gegen nationale oder internationale Rezessionen, Schuldzinsen, Diebstahl und Geldmangel. Das Weltwährungsgefüge kann zusammenbrechen, der Dollar oder der Euro im Portemonnaie so gut wie wertlos werden und die Arbeitslosigkeit weit stärker als bisher zunehmen – das »neue Geld« funktioniert, weil es immer zu hundert Prozent auf Leistungen und Gütern abgesichert ist und nur entsteht, wenn Leute miteinander in einen direkten wirtschaftlichen Austausch treten. Es wird infolgedessen nie der Spekulation und einseitigen Bereicherung Einzelner dienen. Darin liegt seine Stärke.

Mit den ersten Guthaben entstehen gleichzeitig auch die ersten Schulden. Was der eine für eine Leistung zu zahlen bereit ist, wird dem, der sie erbringt, auf dessen Konto gutgeschrieben, und dem, der sie kauft, als Schuld verbucht. Die Geldschöpfung erfolgt also beim Austausch. Doch weder für Guthaben noch für Schulden werden Zinsen gezahlt. Wer jedoch sein Guthaben zu lange ruhen lässt, verliert parallel zur Inflation des umliegenden Wirtschaftsraums, da die Verrechnungseinheit sich an der offiziellen Währung orientiert. Somit wirkt die Inflation hier sozusagen als Umlaufsicherung, was besagt, dass das Guthaben sich im Laufe der Zeit im Wert etwas verringert.

Da alle in dem System draufzahlen, wenn beispielsweise ein Mitglied seinen Schuldverpflichtungen nicht nachkommt, ist es wichtig, dass man einander kennt und gegenseitiges Vertrauen lernt. Deswegen erweist sich eine örtliche Begrenzung zu Anfang als sinnvoll – bis mehr Menschen gelernt haben, mit der Verantwortung umzugehen. In einigen Regionen ist es sogar gelungen, öffentliche Abgaben in grünen Dollars zu zahlen. Auf diese Weise wurde die Gemeinde oder der Landkreis Partner im LET-System und konnte öffentliche Ausgaben in »grünen Dollars« beziehungsweise der entsprechenden »Lokalwährung« finanzieren. Der positive Aspekt liegt auf der

Hand: Die Liquidität aller Beteiligten wird erhöht, und es entsteht für den Staat oder die Gemeinde ein außerordentlich billiges Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Der Vorteil des Systems liegt darin, dass es praktisch nur dadurch begrenzt wird, wie viel Zeit und Energie jeder einzubringen bereit ist. Gerade dann, wenn im staatlichen Geldsystem das Geld knapp wird und die Zinsen steigen, kann sich dies als entscheidendes Kriterium für die Einführung und umfassende Nutzung des Systems erweisen.

Interessanterweise scheinen *genau die Leute, die vom normalen Wirtschaftsleben ausgeschlossen sind*, im LET-System ungewöhnliche Talente zu entwickeln. Vor allem Teilzeit- und stundenweise Betätigung – vom Babysitting über Bäume- und Heckenschneiden bis zur Hilfe beim Verfassen von Liebesbriefen, vom Fensterputzen bis zum Obsteinwecken und Frühjahrsputz – sind gefragt. Jeder Mensch verfügt über Fähigkeiten, die anderen nicht gegeben sind und die heute im traditionellen Wirtschaftsbereich keinen Platz haben.

Am Anfang sah sich das LET-System einer breiten Opposition gegenüber. Die Linken nahmen an, es sei eine Sache von rechts, während die Rechten glaubten, dass dies ein Schritt zur kommunistischen Machtübernahme sei. Einige Geschäftsleute vermuteten hinter ihm einen Trick, ihnen das Geld aus der Tasche zu ziehen.<sup>1</sup> Während die meisten Männer äußerst argwöhnisch waren, stellten sich die Frauen als wesentlich pragmatischer heraus. Sie schienen eher den Standpunkt zu vertreten: »Mal sehen, wie es für mich funktioniert, und wenn es klappt, warum sollten wir es nicht benutzen?«

Was die meisten Teilnehmer so fasziniert, ist, wie einfach man das System verstehen und benutzen kann. *Es reguliert sich selbst*, da es nur mit der Menge wirtschaftlicher Transaktionen wächst. Es lässt sich problemlos mit dem bestehenden Geldsystem kombinieren. Da sie »materiell« nicht existieren, können »grüne« Dollars weder nachgemacht noch entwertet,

gehört, gestohlen oder verloren werden. Niemand kann sie ansammeln und gegen hohe Zinsen ausleihen. Das heißt, dass Geld hier kein Eigenleben entfaltet und für spekulative Zwecke zur Verfügung steht. Seine Entstehung geschieht tatsächlich vollkommen dezentral, und es ist damit direkt mit seiner Quelle, der Kreativität von Menschen, verbunden.

Weil der »grüne« Dollar den lokalen Wirtschaftsraum nicht verlassen kann, um Autos aus Japan oder Kleider aus Hongkong zu kaufen, und so die Kaufkraft, die er repräsentiert, weit weg zu investieren, fördert jede Transaktion die Entwicklung örtlicher Ressourcen. Eine arbeitslose Mutter in Courtney drückte das so aus: »Es gibt mir das Gefühl, etwas für die Gemeinschaft zu tun, weil ich jedes Mal, wenn ich etwas in »grünen« Dollars einkaufe, weiß, dass ich einem anderen helfe, seine materielle Situation zu verbessern.«<sup>2</sup>

Guthaben in »grünen« Dollars sind zwar auch »Privateigentum«, stehen jedoch in viel direkterem Bezug zu der sozialen Gruppe, die sie erzeugt. Insofern verbindet sich ihr Gebrauch mit einer sozialen Botschaft, die dem Geld, das zur Zeit die Welt regiert, fehlt. Dem »grünen« Dollar ist der Warencharakter genommen, und damit kann er seine Funktion als Tauschmittel unbehindert erfüllen. Wenn am Ende des Jahres sämtliche Konten verrechnet werden und das Plus und Minus zusammen null ergibt, alle Transaktionen zusammen aber eine halbe Million »grüner« Dollars betragen, hat das »Bruttosozialprodukt« der LET-Gemeinschaft um das Äquivalent von 500 000 Dollar zugenommen, und die Mitglieder sind in dem Maße reicher geworden, wie sie im Austausch teilgenommen haben.

Um die Funktion des LET-Systems für Menschen, die noch keine Erfahrung mit alternativen Geld- und Tauschsystemen haben, zu verdeutlichen, hat Michael Linton ein Handbuch für die Gründung eines LET-Systems herausgegeben und ein Spiel erfunden, das ebenso viel Spaß macht wie Monopoly.

*LETS PLAY* wird als ein Spiel bezeichnet, »das die Welt zeigt, wie sie ist, und wie sie sein könnte«. <sup>3</sup> Es macht den Effekt von LET-Systemen für jeden Einzelnen erst einmal spielerisch verständlich. Man kann es mit vier oder fünf, aber auch mit bis zu tausend Teilnehmern spielen. Die Regeln sind so einfach, dass schon größere Kinder mitspielen können.

Es gewinnen die Spieler, die alle Einkäufe innerhalb ihres Budgets tätigen können und ein hohes »Handelsvolumen« aufweisen. Es kann also genauso viele Gewinner geben wie Spieler. Das Spiel verdeutlicht im Prinzip das genaue Gegenteil von Monopoly; statt dass immer nur einer als Sieger hervorgeht, können hier alle gewinnen – eine perfekte Analogie zu einem Geldsystem ohne Zinsen.

## Der WIR-Ring

Seit 1934 gibt es in der Schweiz einen landesweiten Tauschring, mit dem Zweck, die mittelständische Wirtschaft mit günstigen Krediten zu versorgen und den Teilnehmern höhere Umsätze und bessere Erträge zu verschaffen. Der WIR (Abkürzung von WIRtschaftsring-Genossenschaft) wurde von Freigeldanhängern gegründet und verfolgte in der Absatzkrise der dreißiger Jahre im vergangenen Jahrhundert auch die geldreformerischen Ziele der so genannten »Gesellianer« oder »Freiwirte«. Als Tauschring arbeitet der WIR nach den gleichen Grundsätzen wie das LET-System und alle Barter-Clubs: bargeldlose Verrechnung zwischen den Teilnehmern über eine zentrale Kontenführungsstelle, keine Barabhebung der Guthaben und dadurch eine zinslose oder sehr niedrig belastete Kreditvergabe.

Weil er im Laufe der Zeit immer mehr von der ideologischen Grundlage der Freigeldtheorie abrückte und beschloss, die Genossenschaftsanteile zu verzinsen und einen – zwar wesentlich niedrigeren als marktüblichen – Sollzins für WIR-Verrech-

nungskredite und WIR-Hypotheken einzuführen, verließen orthodoxe Freigeldanhänger den WIR. Sie gründeten eine neue Ringgenossenschaft, die allerdings bald scheiterte.

Obwohl sich auch in der Schweiz Widerstand gegen solche Tauschringe formierte (neben der Bekämpfung der Freigeldlehre spielte auch die Furcht vor einem potenziellen Konkurrenten im Kreditgewerbe eine Rolle), kam es hier im Gegensatz zu Deutschland nicht zu einem Gesetz gegen den angeblichen »Missbrauch« des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Allerdings wurde der Wirtschaftsring 1936 der kredit- und geldpolitischen Aufsicht nach schweizerischem Bundesgesetz unterstellt. Im Jahr 2002 hatte der Wirtschaftsring 60 000 TeilnehmerInnen, das sind 20 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in der Schweiz und einen Umsatz von ca. 1,7 Milliarden WIR, eine Verrechnungseinheit, die dem Wert des Schweizer Franken entspricht.

Da das WIR-Geld ein »informationsbedürftiges« Geld ist, das heißt, der Austausch unter den Teilnehmern nur funktioniert, wenn Angebot und Nachfrage schnell an die richtige Adresse kommen, gibt es eine monatlich erscheinende Zeitschrift sowie drei Verzeichnisse, die Branchen, Orte und Gaststätten erfassen, welche zum Wirtschaftsring gehören.

Der Wirtschaftsring versteht sich ganz eindeutig als ein Mittel zur Selbsthilfe des Mittelstands im Konkurrenzkampf mit markt- und kapitalstarken Großunternehmen sowie einem immer mächtigeren und »eingriffigeren« Staat.<sup>4</sup>

Aufgebaut ist die Organisation wie ein Bankinstitut mit Hauptsitz in Basel und sieben Regionalbüros.

Bezahlt wird mit Buchungsaufträgen, die sich kaum von normalen Bankschecks unterscheiden, und zunehmend mit Kreditkarten, mit denen sowohl in WIR wie in Schweizer Franken bezahlt werden kann, denn die WIR-Bank bietet neben WIR-Konten inzwischen auch alle Bankdienstleistungen über Konten in Schweizer Franken an. Guthaben in WIR

werden nicht verzinst, Schulden in WIR je nach Umfang mit geringen Gebühren belastet. Die »Geldschöpfung« erfolgt beim Kreditvorgang.

Wer die Geschäftsbedingungen übertritt, wird ausgeschlossen. Dies war in der Vergangenheit häufiger der Fall, da insofern gegen die Geschäftsbedingung verstoßen wurde, als WIR-Guthaben nicht in normale Schweizer Franken umgewandelt werden können, sondern den Mitgliedern als günstige Kredite zur Verfügung stehen müssen.

Da sich der WIR-Umsatz auf die Möglichkeiten des Austauschs unter den Mitgliedern beschränken muss, gibt es sehr unterschiedliche Anteile, mit denen man in WIR bezahlen kann: Der WIR-Annahmesatz für offizielle Teilnehmer liegt zwischen dreißig und hundert Prozent bis zweitausend Schweizer Franken. Im Gaststätten- und Hotelgewerbe scheint die hundertprozentige Akzeptanz ohne Obergrenze am verbreitetsten, bei anderen Waren variieren die Anteile stark nach oben und unten.

Die Kosten der WIR-Organisation werden durch Teilnahmegebühren und Transaktionsgebühren gedeckt. Jeder Teilnehmer verfügt uneingeschränkt über die Verrechnungseinheiten auf seinem Konto.

Trotz seines fast siebzigjährigen Erfolgs in der Schweiz hat sich das Tauschring-System auf genossenschaftlicher Basis in diesem Umfang bis heute in keinem anderen Land wiederholen lassen. Die Gründe sind vielfältig und für Deutschland besonders interessant, da sie ein unbewältigtes Kapitel unserer Geldgeschichte berühren.

Eine WIR-Initiative, der »Berliner Wirtschaftsring GmbH«, scheiterte hier im Jahr 1950 an der Gewerbezulassung durch das Bankenaufsichtsamt ebenso wie ein zweiter Versuch, der anfänglich als »Bayerischer Wirtschaftsring GmbH« und später als »Wirtschaftsring GmbH« bezeichnet wurde.<sup>5</sup> Eine

Nachahmung des Schweizer WIR-Wirtschaftsrings ist bis heute bei uns nicht möglich wegen des Kreditwirtschaftsgesetzes (§ 3), das verbietet, dass Verrechnungsguthaben nicht bar eingelöst werden können.

Zu diesem Gesetz kam es 1933, nachdem sich in Deutschland zahlreiche so genannte »Ausgleichskassen«, »Verrechnungsgesellschaften«, »Tauschbanken« und »Warenclearingstellen« gebildet hatten, die alle im Prinzip ähnlich organisiert waren wie der WIR-Ring und eine typische Krisenerscheinung darstellten. Absatzstockungen, unausgenutzte Kapazitäten, Warenlager, hohe Zinsen und mangelnde Geldversorgung machten die Teilnahme attraktiv.<sup>6</sup> Ein Untersuchungsausschuss unter dem Vorsitz von Reichsbankpräsident Schacht befasste sich im Jahr 1933 mit diesen bankähnlichen Organisationen und bereitete das »Gesetz gegen Missbrauch des bargeldlosen Zahlungsverkehr« vor, welches 1934 erlassen wurde und in Paragraph drei die erschwerte Barabhebung von Guthaben verbot. Das traf den Lebensnerv der Tauschringe. Professor Hannes Linhardt meint dazu: »Das unverkennbare Ziel dieses Gesetzes war die Entrechnung der Kreditwirtschaft und ihre Bevormundung durch den Staat, die Erfassung und Lenkung der Spargelder des Volkes und ihre Verwendung für Ausrüstung und Kriegsführung.«<sup>7</sup>

Die ersten Barter-Clubs haben 1984 mit dem Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen über jenen ominösen Paragraphen des Kreditwirtschaftsgesetzes gestritten. Nach einer intensiven Auseinandersetzung genehmigte das Amt schließlich die derzeit praktizierte Form der Einlagen, die unter bestimmten Bedingungen in bar abgehoben werden können. Godschalk kommt dennoch zu dem Schluss, dass heute auch im Hinblick auf bessere Steuerungsinstrumente der Zentralbanken sowie sich ändernde Zahlungssitten eine Novellierung des Gesetzes dringend angebracht wäre.<sup>8</sup>

Kommerziell arbeitende Barter-Clubs bieten wie der WIR-

Ring den Vorteil neuer Absatzmöglichkeiten und billiger Kredite, allerdings zu wesentlich höheren Kosten.

Im Gegensatz zum Wirtschaftsring werden die Firmen »betreut«, das heißt, man achtet darauf, dass Salden sich nicht verfestigen. Nach einer vereinbarten Zeit müssen Konten, die ein Minus aufweisen, in Euro ausgeglichen werden. Damit besteht jedoch für andere, die ein zu hohes Guthaben ansammeln, auch die Möglichkeit des Ausgleichs in Euro, womit das Problem der Nichtkonvertierbarkeit in die Landeswährung wie beim WIR-Wirtschaftsring entfällt. Damit werden die Bestimmungen des § 3 KGW eingehalten.

## Das J.A.K.-System in Schweden

Das Besondere am J.A.K.-Modell ist, dass es keiner profunden technischen Änderungen im herkömmlichen Geldsystem bedarf, sondern »nur« eines anderen Umgangs mit dem herkömmlichen Geld. Deswegen ist es gut geeignet als »Eisbrecher«, um unsere festgefahrenen Vorstellungen, wie Geld und Kredit zu funktionieren haben, aufzubrechen.

Die Initialen J.A.K. stehen für **J**ord, **A**rbeite, **K**apital = Land, Arbeit, Kapital (im Sinne von Häusern, Maschinen und dergleichen) und für eine Bewegung, die sich während der dreißiger Jahre in Dänemark gründete. Die meisten Bauern dort waren zu dieser Zeit hoch verschuldet – trotz produktiver Höfe – und konnten ihren Besitz nicht halten. So schlossen sie sich mit Händlern und Produzenten zusammen und entwickelten eine eigene – zinslose – Währung, die nach relativ kurzer Zeit wieder ein Gewinn bringendes Arbeiten ermöglichte. Aus der Sorge, dieses Beispiel könnte Schule machen, verfügte die Regierung ein Verbot der Mitgliedsbanken von 1934 bis 1938.

Trotz mancher Niederlagen nahm die Bewegung in den fünf-

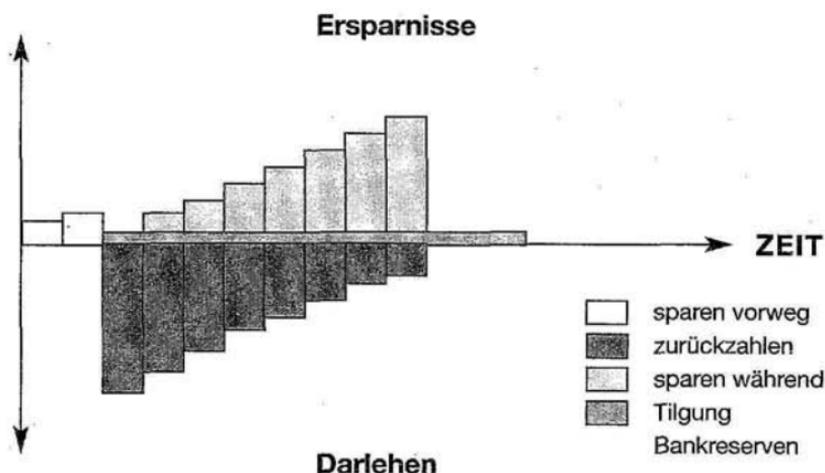
ziger Jahren in Dänemark und in den sechziger Jahren in Schweden die Arbeit wieder auf. Die Organisationen sind sich sehr ähnlich und bieten beide den Vorteil eines außerordentlich günstigen Spardarlehens, obwohl sie sich in der Form unterscheiden. In Dänemark gibt es eine Sparkasse, bei der die normalen Dienstleistungen angeboten werden, in Schweden läuft der gesamte Zahlungsverkehr über den Postgirodienst.

Das langfristige gesellschaftspolitische Ziel der J.A.K.-Genossenschaft besteht darin, den Zins auf Kredite überflüssig zu machen, um eine Wirtschaft ohne Inflation und Arbeitslosigkeit zu ermöglichen, die im Gleichgewicht mit der Natur steht.<sup>9</sup> Die Mitglieder sind über das ganze Land verteilt. Ende 2004 betrug ihre Zahl 27 000 und der Gesamtumsatz etwa 80 Millionen Euro. Das dänische J.A.K.-System setzt sogar das Zehnfache um, obwohl die Gesamtbevölkerungszahl wesentlich geringer ist als die schwedische.

Wer einen Kredit erhalten will, muss etwa ein Zehntel der beantragten Summe angespart haben, und während man das Darlehen zurückzahlt, wird auch schon wieder angespart. Im Endeffekt muss jeder genauso viel »Geld mal Monate« sparen, wie er ausleiht. Auf diese Art und Weise ist das gesamte System ständig in einer Balance von »geben und nehmen« und funktioniert nicht nur (wie unsere Bausparkassen) bei wachsenden Mitgliedszahlen, sondern auch, wenn es einmal schrumpft.

Nun klingt es für die meisten Leute zuerst einmal absurd oder widersinnig, wenn man ihnen sagt, dass sie, während sie einen Kredit zurückzahlen, gleichzeitig sparen müssen. An zwei Beispielen für Darlehen über verschiedene Laufzeiten, die Bankkrediten vergleichbarer Laufzeit gegenübergestellt werden, lässt sich jedoch veranschaulichen, dass es sich als durchaus vorteilhaft erweist, in diesem System gleichzeitig zu sparen und zu leihen (siehe *Abb. 18 und 19*). Die Erklärung ist sehr einfach: Natürlich stellen sich alle besser, wenn sie ihr

## Das schwedische J.A.K.-System



Quelle: Mark Anielski, Kanada

Geld »auf Gegenseitigkeit« ohne Zinsen sparen und ausleihen. Selbst wenn man die Zinsen, die man normalerweise auf der Bank für das Geld, was man spart, abzieht, werden diese niemals durch jene aufgewogen, die für ein Darlehen fällig sind.

Die Beteiligung im J.A.K.-System ist bis zur vollen Höhe dessen, was man sich leihen muss, auf alle Fälle sinnvoll. Viele Menschen sparen jedoch freiwillig über ihr erforderliches Maß hinaus und verschaffen so anderen, die zuerst leihen müssen, bevor sie sparen können, die Chance, an Geld zu kommen.

Leute, die für ihr Geld Zinsen bekommen möchten oder nur Schulden haben, sind ausgeschlossen, doch das »Mittelmaß«

**Abbildung 19**

## Vergleich zwischen Bank-Kredit und J.A.K.-Kredit

	Bank	J.A.K.
Kredit	200 000 SKr	200 000 SKr
Zeit	25 Jahre	25 Jahre
monatliche Rückzahlung	1568 SKr inkl. durchschnittliche Zinsen von 8%	667 SKr
Gebühren		190 SKr
Sparbetrag		654 SKr
Gesamtbetrag monatlich	1568 SKr	1511 SKr
Gesamtbetrag 25 Jahre	470400 SKr	453 300 SKr
Guthaben	0	196 200 SKr

Genossenschaftsanteile in J.A.K. 6% = 12 000 SKr im folgenden Jahr abhebbar, wenn kein Verlust
600000 Bonuspunkte = 2 Jahre x 2000 SKr/Mon.

ist im Allgemeinen die Regel. Die meisten verfügen zu verschiedenen Zeiten mal über mehr Geld, als sie gerade brauchen, dann mal über weniger –, aber jeder möchte im Alter »etwas auf der hohen Kante«. *Genau für diese Mehrheit ist das J.A.K.-System hervorragend geeignet, weil sich praktisch nachweisbar alle besser stellen.* Anstatt ihr Geld zur Bank zu bringen, Zinsen zu bekommen und zu erstatten, bilden sie selbst eine Spar- und Leihgemeinschaft. Dass sogar eine Reihe von Bankangestellten an ihr beteiligt sind, beweist, dass sie handfeste Vorteile bietet.

Insbesondere mit einer Graphik und einem Rechenbeispiel können die Besonderheiten des Systems verständlich werden.

Der rechnerische Vergleich bezieht sich auf die Finanzierung eines Kredits von 200 000,- Schwedischen Kronen über einen Zeitraum von 25 Jahren durch eine Bank und im J.A.K-System. Hier wird an Zahlen deutlich, wie das System funktioniert – welches in der Graphik nur den Kredit und Sparverlauf zeigt.

Das Verblüffende an diesem Vergleich ist: die monatliche Belastung – Rückzahlung des Kredits im J.A.K-System plus der Spareinlage und den Kosten für die Arbeit der Bank – sind zwar ähnlich wie bei einer konventionellen Bank. Im J.A.K-System bleibt jedoch am Ende ein Sparguthaben von 90% des Kredits übrig, während bei der Bank nichts übrig bleibt. Diese Differenz zwischen den beiden Systemen ist natürlich umso größer, je höher die Zinsen für herkömmliche Bankkredite sind. Bei niedrigeren Zinsen dagegen fällt die Differenz weniger deutlich aus. Was im J.A.K-System jedoch immer bleibt, ist der Vorteil der Planungssicherheit durch die niedrigen festgeschriebenen Gebühren.

Ein weiterer grundsätzlicher Unterschied zum herkömmlichen Bankkredit ist, dass der Kreditnehmer nicht nur das gleichzeitige Sparen und Leihen akzeptiert, sondern auch, dass die Risikokosten von ihm selbst, statt von einer anderen Institution (Bank oder Versicherung) getragen werden. Sie werden in der Form von Genossenschaftsanteilen, in Höhe von 6% des Kredits – bei 200 000,- SKr beträgt das 12 000,- SKr – erworben, und stehen im Folgejahr, nach Abzahlung des Kredits, dem Kreditnehmer wieder zur Verfügung.<sup>10</sup>

Damit beruht das J.A.K.-Konzept im Grunde auf der Balance zwischen Leihen und Sparen – sowohl für jede/n Einzelne/n wie auch im Gesamtsystem – und der Übernahme des Risikos durch die Kreditnehmer selbst. Während Kreditnehmer bei der normalen Bank anderen Menschen, die ihnen ihr Geld leihen, Zinsen zahlen, bauen sie im J.A.K.-System ein eigenes Sparvermögen auf, was – zeitverzögert – in die eigene Tasche fließt,

und in der Zwischenzeit anderen einen zinsfreien Kredit ermöglicht.

Im Januar 1990 bestätigte das Ministerium für islamische Angelegenheiten in Kuwait, dass sich das J.A.K.-System mit den Grundsätzen des Islams vereinbaren lasse. Dies hat zu einem beträchtlichen Zuwachs an Mitgliedern aus der arabischen Welt geführt. Rechtlich gesehen wird die J.A.K.-Bewegung in Schweden insofern möglich, weil die J.A.K.-Mitgliedsbank inzwischen eine Banklizenz besitzt.

## **Vor- und Nachteile alternativer und komplementärer Geld- und Kreditsysteme**

Tauschringe, Barter-Clubs, Spar- und Leihgemeinschaften und komplementäre Währungen sind deswegen die Basis einer neuen Ökonomie, weil sie – trotz höherer Informationskosten als im normalen Geldsystem – Vorteile bieten. Sonst würden sie ja nicht genutzt.

Waren und Dienstleistungen im Wert von mehreren Milliarden Dollar werden in den USA jährlich »gebartert«. Nimmt man die wachsende Zahl direkter oder indirekter Tauschgeschäfte besonders im Ost-West-Geschäft, aber auch zwischen westlichen Industrienationen und Schwellen- und Entwicklungsländern hinzu – Schätzungen variieren zwischen zehn und dreißig Prozent des Welthandelsvolumens –, so kristallisiert sich überall das Gleiche heraus: Barter-Geschäfte ermöglichen einen zusätzlichen Absatz, der sonst im monetären Kreislauf nicht zustande gekommen wäre.

Das Grundschema und die Gründungsmotive sind einander meist sehr ähnlich:

- Sämtliche Teilnehmer führen bei einer Zentrale ein Verrechnungskonto.
- Die Konten können in fiktiven Verrechnungseinheiten (»grü-

nen« Dollars, WIR, Barter-Units und dergleichen) geführt werden, deren Wert identisch ist mit der jeweiligen Landeswährung.

- Eine Kontoüberziehung ist bis zu einer bestimmten Höhe gestattet; dabei treten Teilnehmer mit positiven Guthaben de facto als Kreditgeber auf.
- Die Guthaben werden nicht verzinst; die Kreditvergabe erfolgt ebenfalls zinslos oder gegen – im Vergleich zum Marktzins – sehr niedrigen Zinsen.
- Eine Bareinzahlung zur Guthabenbildung ist in manchen Fällen gestattet, eine Barabhebung dagegen grundsätzlich nicht erlaubt oder, soweit vom Gesetzgeber vorgeschrieben, beschränkt möglich.
- Teilnehmer informieren die Zentrale telefonisch, schriftlich oder per elektronischer Datenübertragung über alle Transaktionen. Daraufhin führt die Zentrale die Verrechnung durch.
- Bezahlt wird der Vermittlungsdienst über Jahresbeiträge und/oder Gebühren pro Transaktion beim Käufer und/oder Verkäufer.
- Die Teilnehmer bestimmen den Annahmesatz der Verrechnungseinheit selbst.
- Die Zentrale kann einen Reservefonds zur Absicherung gegen Kreditausfälle, Auszahlung von Guthaben bei Kündigung oder Missbrauch einrichten oder eine externe Kreditversicherung abschließen.
- Zur Aufgabe der Zentrale gehört außer der Kontenführung die Information der Teilnehmer über Angebot und Nachfrage, welche so zu organisieren ist, dass der Aufwand, den gewünschten Käufer oder Verkäufer zu finden, minimiert wird.<sup>11</sup>

Natürlich profitieren Barter-Systeme und die Unternehmer, welche sich die Vermittlertätigkeit auf lokaler, nationaler

oder internationaler Ebene zum Ziel gesetzt haben, von der Verbreitung neuer Informationstechnologien. Die Idee eines freien Tausches von Gütern und Dienstleistungen, wie sie Gessel und Proudhon entwickelten, sind im Zeitalter des Computers keine ökonomischen Spinnereien, sondern normale Realität geworden.

In Barter Clubs wird das Prinzip der Bank umgekehrt. Wer Geld und Waren austauscht wird mit zinslosen Krediten belohnt, wer die Gutschriften für erbrachte Leistungen auf seinem Barter-Konto stehen lässt, bekommt dafür keine Zinsen und nimmt die Inflation seines Guthabens in Kauf. Wenn sich das Barter-Prinzip auf breiter Basis umsetzen ließe, würde die Last der Zinsen in unserem Wirtschaftssystem entfallen, und es wären allein die Kosten für das Clearing, die Information und möglicherweise eine Risikoprämie zu zahlen. Eine große Hilfe für alle, die in der Produktion ihr Geld verdienen, und nicht auf dem Geldmarkt.

Die Erfahrung zeigt, dass sich eine übermäßige Kreditvergabe als ebenso gefährlich erweisen kann wie zu hohe Guthabenstände, die nicht abgebaut werden können. Deshalb sind entweder Fristen für den Ausgleich von extremen Negativ- und Positivsalden und Tilgung beziehungsweise Guthabenauszahlung in der Landeswährung zur Gewährleistung des Gleichgewichts notwendig, oder man verbindet den Tauschring mit einem Bankservice.

Um den Inhabern größerer Guthaben das Anbieten ihrer Tauschsicherheit und die Vermittlung zu Kreditsuchenden zu erleichtern, wäre es möglich, eine Bank für »grüne« Dollars beziehungsweise die jeweils benutzten Barter-Einheiten einzurichten, die ähnlich wie ein normales Geldinstitut funktioniert. Größere Risiken müssen entsprechend bewertet und durch Sicherheiten und Risikoprämien abgedeckt werden und mit den Guthaben in einem bestimmten Verhältnis in Ausgleich gebracht werden.

Damit sich die Besitzer von ihren Guthaben trennen, müsste darüber hinaus eine Nutzungsgebühr eingeführt werden. Weil es das bisher nicht gibt, tendieren die meisten Tauschringssysteme wegen zu vieler Leute mit zu großen Guthaben zur Stagnation. Die LET-Systeme in Comox Valley und andernorts wachsen bis zu einem bestimmten Punkt und stagnieren dann plötzlich, wenn sich keine Möglichkeit mehr bietet, Guthaben sinnvoll anzulegen, beziehungsweise wieder auszugeben. Durch die Umlaufsicherung über eine »Nutzungsgebühr« könnte dieser Mangel behoben werden. Dadurch, dass Kredite möglich werden, die zu neuen wirtschaftlichen Aktivitäten führen, wird das System als Ganzes belebt. Das heißt, die Belohnung der einzelnen Guthabenbesitzer liegt nicht darin, dass sie mehr Geld für ihre Einlagen bekommen – also Zinsen –, sondern dass sie ein größeres und vielfältigeres Angebot für alle ermöglichen.

Insofern hält die Umlaufsicherung über eine Nutzungsgebühr das System ebenso »in Schwung« wie der Zins. Was dabei entfällt: erstens die mehrfache Rückzahlung von Krediten und damit das krankhafte Wachstum des wirtschaftlichen Systems; zweitens die einseitigen Vorteile für die Geldbesitzer, wie sie heute durch die Zinsen auf Guthaben entstehen. Die Kombination eines Tauschrings mit einer Spar- und Leihgemeinschaft auf der Basis eines umlaufgesicherten Verrechnungsmittels gibt es heute noch nicht. Es wäre jedoch kein Problem, die bestehenden Systeme um die jeweils fehlende Komponente zu ergänzen.

Unterschiedliche Versuche mit alternativem Geld sind politisch sinnvoll, damit wir besser verstehen lernen, wie Geld funktioniert und welchen Zwecken es zu dienen hat. Praktische Erfahrungen sind wichtig, denn sie machen Mut, Veränderungen im notwendigen größeren Umfang durchzuführen. Keiner dieser kleineren Versuche ändert jedoch etwas an den großen weltweiten Problemen, die das heutige Geldsystem

verursacht. Deswegen darf das Ziel, diesbezüglich Veränderungen auf nationaler und internationaler Ebene herbeizuführen, nicht aus den Augen verloren werden.

Auf zwei wichtige Probleme soll hier jedoch noch hingewiesen werden, deren erstes die Steuerhinterziehung betrifft. Sie war besonders in den USA in kommerziellen Barter-Clubs lange Zeit so verbreitet, dass heute eine gesetzliche Regelung den zuständigen Finanzbehörden offizielle Einsicht in die Kontenführung aller Mitglieder von Barter-Clubs gestattet. Dies führt auch zum zweiten Problem, nämlich dass ein lückenloses Verrechnungssystem (dem, falls es einmal Wirklichkeit werden würde, schon jetzt technisch nichts mehr im Wege stände) ein ideales Instrument nicht nur für volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen wäre, sondern auch für die vollkommene Überwachung in einem totalitären Staat.

Ein solch quantitativ und qualitativ hochkarätiges Informationsgefüge entspräche dem Traumziel der Planer in Ost und West. Schon 1897 schlägt Solvay ein gesamtwirtschaftliches Verrechnungssystem ohne Bargeld vor und betont das zusätzliche Informationspotenzial, die wirkliche Funktion der Hauptbuchführung, die darin besteht, »den Stand der beweglichen sozialen Situation eines jeden zu registrieren, das Diagramm seines aktiven Lebens, seiner tatsächlichen Beziehungen zu zeichnen«. <sup>12</sup>

Damals war das technisch noch nicht durchführbar. Doch die Situation hat sich grundlegend geändert. Auch deswegen müssen wir uns – gerade im Hinblick auf die durch den Zinseffekt immer größer werdende Geldmenge und damit Machtfülle in den Händen einer Minderheit – der Möglichkeit, über ein bargeldloses Geldsystem (auch ohne Zinsen und Inflation) ein totalitäres System einzuführen, bewusst sein. Ein solches Regime bräuchte heute nicht mehr die Brutalität eines Hitler oder Stalin, sondern nur das Instrument der Kredit- oder Debitkarten – über die alle Transaktionen von Kassenterminals

direkt auf die Bankkonten übertragen werden können –, um das »Diagramm eines jeden aktiven Lebens« überprüfen und damit auch steuern zu können. Deshalb bedeutet staatliches Geldmonopol in Kombination mit einem rein bargeldlosen Geldverkehr eine große Gefahr für die persönliche Freiheit eines jeden Einzelnen. Darüber muss man sich im Klaren sein.

## VIII. Komplementäre Währungen

### Gründe für die Einführung

Im Gegensatz zu den »Vorläufern einer neuen Ökonomie«, die im letzten Kapitel beschrieben wurden, und die auch nach zwei Jahrzehnten noch nicht ihre Vorbildfunktion eingeübt haben, sind Komplementärwährungen etwas grundsätzlich Neues. Sie versuchen nicht, das bestehende Geldsystem zu ersetzen, sondern sie wollen es um die Funktionen ergänzen, die es bis jetzt nur unzureichend erfüllt.

Erhard Glötzl weist in seinem Artikel »Die Krise einer alternden Volkswirtschaft« nach, dass im herkömmlichen Geldsystem die Schulden und Guthaben notwendigerweise rascher wachsen als das Bruttosozialprodukt, und dass dies die eigentliche Ursache von Wirtschaftszusammenbrüchen ist, in denen Schulden und Guthaben wieder – auf ein für die Gesellschaft verträgliches Maß – reduziert werden.<sup>1</sup>

Da die Ökonomie sich jedoch fast ausschließlich mit der Ursache von Konjunkturschwankungen und deren Bekämpfung befasst, das Problem von Wirtschaftszusammenbrüchen verdrängt und eine Diskussion darüber tabuisiert, kann eine Lösung der Geldproblematik weder theoretisch vorbereitet noch politisch durchgesetzt werden. So wie der Kommunismus zum Schluss sagt: »Wir scheitern daran, dass wir den Kommunismus nicht wirklich durchsetzen konnten«, so sagen die meisten Ökonomen heute: »Wir scheitern daran, dass wir den Kapitalismus nicht wirklich durchsetzen.« Also heißt ihr neoliberales Rezept: »Mehr von demselben«, weitere Entlastung

der Unternehmen und eine gleichzeitige Reduzierung der Sozialleistungen. Die Ursachen im Geldsystem bleiben weiterhin ungeklärt und ungelöst.

Aber es gibt auch Kritiker, wie der frühere Generalsekretär und spätere Ministerpräsident in Sachsen Kurt Biedenkopf, einer der wenigen Politiker und Experten in Sachen Ökonomie, der ebenso wie einige Politiker anderer Parteien die gängige Formel »Wachstum – Arbeit – Wohlstand« in Frage stellt. In »Die Zeit« vom 25. November 2004 sagte er: »Wirtschaftswachstum hat mit der Zinseszinsrechnung gemeinsam, dass es nach einer exponentiellen Funktion verläuft. Die jährliche Zunahme des BIP beschleunigt sich bei gleich bleibendem Wachstum, die Sprünge werden immer größer. In einer endlichen Welt sind solche Prozesse nur auf Zeit möglich. Wir treffen sie vor allem in Zeiten des Aufbaus an, in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, derzeit in China. Als Folge der Endlichkeit unserer Erde und ihrer materiellen Ressourcen sind ihrer Dauerhaftigkeit Grenzen gesetzt. Das historisch einmalige Wachstum unserer Wirtschaft während der letzten Jahrzehnte hat uns zu der Überzeugung geführt, wir könnten diese Gesetze ignorieren und beweisen, dass die Bäume doch in den Himmel wachsen. Von dieser Illusion müssen wir uns trennen... Verlangt wird von uns ein Paradigmenwechsel, welcher vergleichbar ist mit der kopernikanischen Wende oder einer weltlichen Reformation... Dabei können sie [die früh industrialisierten Staaten der westlichen Welt] sich auf die Kräfte stützen, deren Wachstum weder zeitlichen noch räumlichen Grenzen unterliegt – auf die geistigen, politischen, kulturellen, wissenschaftlichen und religiösen Kräfte der Menschen, kurz auf ihre Erkenntnisfähigkeit. Deren Wachstum ist unbegrenzt. Für sie gilt der Kernsatz des Leitantrags des Bundesvorstands der CDU: Ohne Wachstum ist alles nichts. Aber auch nur für sie.«

Wie unter einem Vergrößerungsglas werden die Auswirkungen dieses exponentiellen Wachstums im Geldbereich auf den

Kapitalmärkten deutlich, die zunehmend von Spekulanten bestimmt werden. Ihre Entscheidungen, Währungen zu kaufen oder zu verkaufen, verstärken bei den großen Währungen die Ausschläge der Wechselkurse. Kleine Währungen können so auch gezielt in den Abgrund getrieben werden. Währungs-Spekulanten entscheiden darüber, ob sich Investitionen rechnen oder Unternehmen Pleite gehen, ob Volkswirtschaften mehr oder weniger wettbewerbsfähig und ihre Einwohner mehr oder weniger wohlhabend sind.

Unter dem Titel »Gleichgewicht des Schreckens« zitiert der Spiegel den ehemaligen US-Finanzminister Larry Summers, heute Präsident der Universität Harvard. Er spricht in Bezug auf die Möglichkeit, die Währungsreserven – zum Beispiel in den Händen Chinas – als Waffe zu gebrauchen, um die weltweiten Machtverhältnisse zu verschieben, analog zur atomaren Bedrohung in den Zeiten des Kalten Krieges von einem »Gleichgewicht des finanziellen Schreckens«. Und der deutsche Währungsexperte Pöhl sagt zum Schluss desselben Artikels: »Es kann einem Angst und Bange werden, aber da hilft ja nichts«. An anderer Stelle sagt der Spiegel: »Geld regiert die Welt und wer den Wert des Geldes bestimmt, hat die Macht.«<sup>2</sup>

Interessanterweise sehen Laien oft klarer als Experten, die immer die Umsetzungsschwierigkeiten und Folgen sofort mit in Betracht ziehen müssen, und so gibt es zur Zeit zahlreiche Initiativen zur Einführung von Komplementärwährungen in Deutschland.

## Nutzen stiftendes Geld

Statt ein Geldsystem zu akzeptieren, welches nur ein Hauptziel hat: aus Geld mehr Geld zu machen, wollen diese Initiatoren ein Geld schaffen, welches speziellen sozialen, kulturellen und ökologischen Zwecken oder der Region dient, und statt quantitativem qualitatives Wachstum ermöglicht.

Sie wollen die Probleme, die sich aus der Einseitigkeit unseres Geldverständnisses ergeben, lösen, indem sie unser Verständnis vom »Geld« – eine der genialsten Erfindungen der Menschheit – erweitern. Denn eine Menschheit, die nur zum Ziel hat, mehr Geld aus Geld zu machen, wird logischerweise sozial unempfindlich, kulturell verarmt und ökologisch Raubbau treiben. Die Einseitigkeit unseres Verständnisses vom Geld ist dabei, alles Lebendige auf diesem Planeten zu ersticken.

Komplementärwährungen sind in erster Linie Nutzen stiftende, nicht (Geld-) Profit stiftende Währungen. Weder das eine noch das andere ist per se gut oder schlecht. Aber für eine ausgewogene wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind beide »not-wendig«. Um die Not zu wenden, in der wir uns zur Zeit befinden, brauchen wir baldmöglichst Geldsysteme mit anderen Zielen. So wie wir Autos für unterschiedliche Zwecke haben und Häuser für unterschiedliche Funktionen bauen, können wir auch Geld für unterschiedliche Zwecke und Funktionen einführen. Dieses ist ein völlig neues Konzept, welches umfangreichere Ziele verfolgt, als »nur« den Zins durch eine nachhaltige Umlaufsicherung zu ersetzen. Als Überbegriff für diese Geldarten mit neuen Zielen haben wir »Komplementärwährungen« gewählt.

Wie sehen solche Währungen aus? Wie können sie anders funktionieren? Im gewissen Umfang geben die »Vorläufer einer neuen Ökonomie« schon seit mehr als sieben Jahren Hin-

weise darauf, wie diese neuen Währungen konstruiert sein könnten. Was ihnen bisher fehlt, ist entweder die entsprechende Größe oder Komplexität, die Professionalität, Legitimation oder eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit. So sind viele LET-Systeme zu klein oder unprofessionell organisiert, um die Vorteile einer solchen Währung für den Einzelnen im größeren Umfang erfahrbar zu machen. Für die Übertragung des WIR-Systems nach Deutschland fehlte jahrzehntelang die Legitimation durch eine Bank, die mit ihrer Lizenz die Annahme von Einlagen und die Kreditvergabe rechtlich möglich gemacht hätte. Während das schweizerische WIR-System – in abgewandelter Form – jetzt von einer Bank in Delitzsch bei Leipzig zum ersten Mal in Deutschland umgesetzt wird, fehlen uns noch immer Banken, die das schwedische J.A.K.-System als ein zinsfreies Spar- und Leihmodell umsetzen, obwohl die Einlegerinnen für den Start schon bereitstehen.<sup>3</sup>

Sehen wir uns größere, gut organisierte und durch den Staat legitimierte Zeitwährungssysteme an, wie z. B. das japanische »Fureai Kippu« (Pflege-Ticket)-System, welches als eine sektorale Zeitwährung konzipiert wurde, um dem Problem der Pflege einer wachsenden Zahl von älteren Menschen in Japan zu begegnen, so wird klar, dass Größe und Struktur wesentliche Erfolgsfaktoren sind, um solchen Systemen zum Durchbruch zu verhelfen.

Wer in Japan soziale Dienstleistungen für ältere Menschen erbringt, kann dafür eine Gutschrift von Stunden bekommen, die er entweder als Leistungen im eigenen Alter oder Krankheitsfall, oder Eltern oder Freunden in einem anderen Landesteil zur Verfügung stellen kann. Dezentral organisiert, aber ebenso landesweit koordiniert, profitieren mehr als eine Million Menschen von dem System, und da eine Stunde immer eine Stunde bleibt, unterliegt der Stundenanteil weder der Inflation, noch wird er verzinst.<sup>4</sup>

Sowohl das WIR-Modell, welches als Selbsthilfeorganisation

zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen in der Schweiz gegründet wurde, wie auch das Fureai-Kippu-System zur Finanzierung der Pflege älterer Menschen können wir als »sektorale« Komplementärwährungen bezeichnen, weil sie einem bestimmten sozialen Sektor dienen. Bevor ich Komplementärwährungen mit anderen Zielen und Begrenzungen beschreibe – so genannte »regionale« Komplementärwährungen – möchte ich noch ein ganz besonders wichtiges und leicht verständliches Konzept für eine sektorale Komplementärwährung beschreiben, welches zur Zeit in Brasilien diskutiert wird.<sup>5</sup>

## Vorschlag für eine Bildungswährung

In Brasilien sind rund 40 Prozent der Bevölkerung jünger als 15 Jahre. Das stellt die Nation vor ein riesiges Bildungsproblem. Die Regierung nutzte die Privatisierung der Mobilfunk-Industrie vor wenigen Jahren, um eine einprozentige Abgabe auf alle Telefonrechnungen einzuführen und so finanzielle Mittel für Bildungszwecke zu gewinnen. Mitte 2004 enthielt dieser Topf beim Bildungsministerium eine Milliarde US-Dollar oder drei Milliarden Reais (die brasilianische Landeswährung).

Für die Verwendung dieses Budgets kam eine ausschließliche Förderung Begabter deshalb nicht in Frage, weil zu wenige einen Gewinn von dem Programm hätten. Um einen möglichst hohen Nutzen für eine möglichst große Zahl von Menschen zu erzielen, entwickelten Professor Gibson Schwartz von der Universität Sao Paulo (Brasilien) und Bernhard Lietaer von der Naropa Universität in Boulder (USA) ein Bildungsgutschein-System, welches sie »Saber« nannten (portugiesisch für »Wissen«). Diese Bildungswährung soll die Landeswährung ergänzen und im Wert der Landeswährung, dem Reai, eins zu eins entsprechen.

Die Gutscheine sollen als fälschungssichere Papierwährung

ausgegeben werden und das Bildungsministerium soll die Ausgabe kontrollieren. Mit diesen Gutscheinen kann (zunächst) ausschließlich Bildung »erworben« werden. Sie haben ihren vollen Wert in einem festgelegten Studienjahr. Werden sie später eingelöst, sinkt der Wert jährlich um 20 Prozent. Das verstärkt den Anreiz, die Gutscheine so schnell wie möglich einzulösen und weiterzugeben.

Nur die Hochschulen können die Sabers beim Bildungsministerium in Reais zurücktauschen, um damit ihre Personal- und Sachkosten abzudecken.

Das Bildungsministerium verteilt die Gutscheine an Schulen in wirtschaftlich schwächeren Gebieten, in denen normalerweise das Geld für höhere Schulbildung fehlt – obwohl es genügend Jugendliche gäbe, die dafür geeignet wären. Die Schulen geben die Gutscheine an die jüngeren Schülerinnen und Schüler aus. Die Lehrerinnen und Lehrer arbeiten mit den Kindern heraus, wo ihre Stärken und Schwächen liegen und welche davon sinnvollerweise gefördert werden können. Dann können z. B. die Siebenjährigen die entsprechende Leistung – bei einem Schüler der nächsthöheren Klassen – mit ihren Sabers »bezahlen«. (Die Höhe des »Honorars« wird von den beteiligten SchülerInnen selbst ausgehandelt.) Die Nächstälteren verfahren genauso, bis die Bildungsgutscheine bei den Siebzehnjährigen ankommen, die schließlich die Gebühren für das erste Studienjahr an einer der an diesem Programm teilnehmenden Hochschulen damit bezahlen können.

Die Hochschulen – und nur sie – können am Ende die Sabers beim Bildungsministerium in Reais zurücktauschen. Da es den Universitäten sowieso etwa 10% der Kosten verursacht, auch freie Studienplätze vorzuhalten, zahlt das Ministerium über dieses Programm nur 50% des sonstigen Satzes für einen Studienplatz. Der Staat spart also 50% pro Studienplatz, während die Hochschule zusätzlich 40% an Einnahmen hat – ein Gewinn für beide.

Die erwarteten Effekte auf der Makro-Ebene sind:

- Der Saber wird voraussichtlich im Rahmen seiner Gültigkeit im Schnitt fünf Mal pro Jahr weitergegeben. Außerdem spart der Staat 50 Prozent dessen, was er normalerweise den Hochschulen für einen Studienplatz zur Verfügung stellt. Das Ergebnis ist ein *zehnfacher Nutzen für Bildung* im Saber-System gegenüber beispielsweise der Vergabe von Stipendien für begabte Schüler. *Die drei Milliarden Reais im Topf des Bildungsministeriums würden so einen Nutzen für Bildung im Wert von 30 Milliarden Reais stiften.*
- Mehr junge Leute können sich Bildung bis zur Hochschulreife und dann auch ein Studium leisten. Damit steigt die Zahl der gut ausgebildeten Menschen in Brasilien um ein Vielfaches. *Das Land verfügt über deutlich mehr qualifizierte Menschen.*
- *Das Potenzial an »Lehr- und Lernstoff« in den Grund- und weiterführenden Schulen wird weit über den Lehrplan hinaus erhöht.* Leicht und fast spielerisch weitet sich das Lehr- und Lernangebot im Land aus – *ohne zusätzliche Kosten zu verursachen.*

Auf der Mikro-Ebene wird erwartet, dass:

- die Kommunikation zwischen den Schülerinnen und Schülern verschiedener Jahrgangsstufen verbessert und das soziale Bewusstsein der Kinder gestärkt wird. *Es entstehen neue soziale Beziehungen, die sonst nicht entstanden wären.*
- Das Nachdenken über die beste Verwendung der Bildungsgutscheine führt dazu, dass die SchülerInnen sich selbst, ihre Stärken und Schwächen besser kennen und einschätzen lernen. *Das Ergebnis sind stärkere Persönlichkeiten.*
- Der Rollenwechsel zwischen Lehrenden und Lernenden steigert *Sozialkompetenz und Selbstwertgefühl.*

Im Unterschied zur Nationalwahrung ist der Saber:

- *zweckgebunden* – er kann nur von den Universitäten und nur für Bildungszwecke eingelöst werden. (Man kann mit ihm nicht auf dem Weltmarkt spekulieren.);
- *sicher vor Inflation* (im Gegensatz zur Schaffung von dreißig Milliarden Reais über die Notenpresse), denn es gibt nie mehr Währungseinheiten als entsprechende »Dienstleistungen«, und seine Umlaufmenge orientiert sich an der Studienplatz-Kapazität der Hochschulen und wird vom Bildungsministerium kontrolliert;
- *umlaufgesichert* – nach dem Ablaufdatum wird eine zwanzigprozentige Gebühr fällig. Das sichert den *Umlauf* der Währung und eine rasche Weitergabe. (Das Horten wird »bestraft«.);
- *transparent in der Erschaffung*. Das heißt, jede/r kann verstehen, wie das »Geld« erschaffen wird. Damit kann es auch demokratisch kontrolliert werden. (Zum Beispiel über eine gewählte Kommission aus VertreterInnen des Ministeriums, der Universitäten, der Schulen und der Eltern);
- *ein Gewinn für jede/n*. Alle profitieren davon, die SchulerInnen, die Schulen, die Universitäten, das Ministerium, die Politiker, das Land bzw. die Gesellschaft insgesamt (statt nur 10 Prozent der Menschen wie im heutigen Geldsystem, siehe Teil 1).

Wenn sich das Saber-System einmal etabliert hat und die Kapazitäten der Hochschulen größer geworden sind bzw. sich mehr Hochschulen angeschlossen haben, lassen sich problemlos weitere Nutzungsmöglichkeiten denken: Wer beispielsweise ältere Menschen betreut, könnte sich mit Saber bezahlen lassen und damit (Weiter-)Bildungsmöglichkeiten erwerben. Das würde zusätzlich die generationsübergreifende Verständigung fördern und die Lebensqualität alter Menschen verbessern.

Oder: Der Staat bietet seinen Angestellten die Möglichkeit, sich einen Teil (z. B. 20%) ihres Lohns in Saber auszahlen zu lassen. Wer das will, bekommt die doppelte Menge an Bildungsgutscheinen gegenüber dem Lohnanteil. Für Arbeiter, die ihren Kindern einen Zugang zur Universität ermöglichen wollen, sicher attraktiv. Und selbst wer keine eigenen Kinder hat, kann sich mit den Saber Dienstleistungen bei Menschen mit schulpflichtigen Kindern einkaufen.

Der Staat könnte so seine Kosten deutlich senken, zugleich für eine Auslastung der Hochschulen sorgen und das Bildungsniveau des Landes weiter steigern.<sup>6</sup>

## Regionalwährungen

Das gegenwärtige Geldsystem wirkt wie eine Pumpe, die das Kapital aus den Regionen, in denen es verdient wird, absaugt und in Regionen pumpt, in denen es die höchste Rendite erzielt. Dadurch mutiert unser gegenwärtiges Weltfinanzsystem zunehmend zu einem System der Ausplünderung. Der Ertrag von Wertschöpfungen wird abgesaugt und in die Hände von wenigen Menschen und transnationalen Konzernen transferiert, die immer reicher und mächtiger werden. Unser Protest beschränkt sich meist auf Demonstrationen bei oder nach Werksschließungen. Wer nach (legalen) Wegen sucht, die Hand, die in unsere Taschen greift, aufzuhalten, der fühlt sich schnell hilflos. Zu gut geknüpft erscheint das Netz von Steuern, Abgaben und versteckten Zinsen, das uns die Luft abschnürt; zu fest gefügt die Macht der Systemgewinner. Was tun? Regionalwährungen sind ein gangbarer Weg, die zerstörerische Dynamik abzumildern, die regionale mittelständische Wirtschaft zu stärken und Kaufkraft zu schaffen – was nicht weniger bedeutet als zurückerobertes Leben.

Um dieses Ziel zu erfüllen, muss die Regionalwährung nicht

nur legal, sondern sie sollte realistischerweise auch in Phasen einführbar sein und in der Bevölkerung schnell Vertrauen gewinnen können. Das ließe sich, um es an einem Beispiel zu verdeutlichen, durch die Verbindung von drei Komponenten realisieren (zwei davon kennen wir schon aus Kapitel VII):

1. ein *Gutschein-System*, welches als Bargeld-Ersatz oder bargeldlos über eine Chipkarte als regionales *Zahlungsmittel* eingesetzt werden kann. Seine erste praktische Erprobung findet zur Zeit in Prien am Chiemsee statt, wo das so genannte Regiogeld unter der Bezeichnung »Chiemgauer« zirkuliert.
2. ein *Kooperations-Ring* (ähnlich dem WIR-System), welcher als bargeldloses *Verrechnungs- und Kreditsystem* zum *Austausch von Waren und Dienstleistungen*, schwerpunktmäßig zwischen gewerblichen und professionellen Teilnehmern funktioniert und die Liquidität von kleinen und mittleren Unternehmen erhöht (aber auch den Bewohnern der Region eine Möglichkeit bieten kann, ihre Leistungen miteinander zu verrechnen). Dieses Modell wird zur Zeit in Delitzsch von einer Sparkasse eingeführt und erprobt.
3. und eine *Mitglieds-Bank*, die nach dem Grundsatz eines nachhaltig stabilen und nicht auf Wachstum angewiesenen *J.A.K.-Spar- und Kreditmodells* arbeitet.

Diese Kombination würde es ermöglichen, fast alle Funktionen des herkömmlichen Geldes in »Regio« zu erfüllen (so wurde die komplementäre Währung beim Treffen der ersten Regionalgeld-Initiativen im September 2003 in Prien/Chiemsee genannt).

Im Gegensatz zum Euro ist der Regio:

- kein »offizielles« Zahlungsmittel, das heißt, er steht nicht unter Annahmepflicht, seine *Annahme erfolgt nur freiwillig*.

- nur *geografisch begrenzt einsetzbar* und trägt in jeder Region eine jeweils andere Bezeichnung,
- beim *Umtausch in andere Regionalwährungen oder in die Landeswährung verursacht er eine Umtauschgebühr*,
- und es lassen sich mit ihm *keine Zinsen verdienen*.

Alle diese Charakteristika machen ihn für die Region zum »besseren« Geld, denn alle werden bestrebt sein, dieses Zahlungsmittel zu benutzen, bevor sie ihre Euros ausgeben. *Und genau das ist beabsichtigt.*

Der Euro eignet sich für den internationalen Austausch, risikoreiche Geldinvestitionen und die Akkumulation und Umverteilung von Vermögen über Spareinlagen mit Anspruch auf exponentiell wachsende Zinsen oder Dividenden. Der Regio eignet sich hingegen bestens als Tauschmittel für eine bewusste Förderung sozialer, kultureller und ökologischer Ziele oder für einen ethischen Umgang mit endlichen Ressourcen in einem überschaubaren Bereich, zu dem Menschen eine direkte persönliche und emotionale Beziehung haben.

*Der Regio soll den Euro ergänzen, nicht ersetzen.* Er ist deshalb auch keine »alternative«, sondern eine »komplementäre« Währung.

Der »Chiemgauer« als einer der ersten Regionalgeld-Versuche in Deutschland wurde von Christian Gelleri, Lehrer für das Fach Wirtschaft an der Waldorf-Schule in Prien am Chiemsee, als Schülerunternehmen konzipiert. Dabei bedient sich der »Chiemgauer« als komplementäres Tauschmittel eines im kommerziellen Bereich häufig genutzten Gutschein-Modells, welches auf die »Kundentreuefunktion« noch eine zusätzliche Funktion sattelt, nämlich die Förderung der Region.

Die ersten Käufer dieses neuen Tauschmittels waren die Eltern der Waldorfschüler. Sie unterstützten damit einen Erweiterungsbau für die Schule. Mittlerweile stehen zahlreiche gemeinnützige Projekte ebenso wie die Förderung regenerati-

ver Energien aus der Region zur Auswahl auf der Liste, und die Beteiligten kommen aus den verschiedensten Teilen der Region. Darüber hinaus akzeptieren die Kunden eine Umlaufsicherung in Form einer Gebühr in Höhe von jährlich acht Prozent. D. h. alle drei Monate muss eine Marke, die zwei Prozent des Wertes ausmacht, auf den Gutschein geklebt werden, damit er seinen Wert behält. Die technische Weiterentwicklung des Systems besteht zur Zeit darin, dass der Zahlungsverkehr in immer größerem Ausmaß bargeldlos und elektronisch erfolgt.

Die Kaufleute, die solche Gutscheine in Zahlung nehmen, können sie mit einem geringen Verlust in die Landeswährung zurücktauschen, dieser Verlust ist als Kundenbindungs- oder Werbemaßnahme steuerlich abzugsfähig. Sie können sie aber auch z. B. zur Bezahlung von Waren in anderen Geschäften, zur Bezahlung von Zusatzleistungen an ihre Angestellten oder für Anzeigen an den Verlag, der die örtliche Zeitung herausgibt, weiterreichen. Dann verlieren sie die Gebühr, die sie beim Rücktausch zahlen müssten, nicht.

Der Chiemgauer ist natürlich nur eine Möglichkeit unter vielen, regionale Währungen zu schaffen. Unter den zwölf bereits existierenden Regionalwährungen gibt es keine, die genauso funktioniert wie eine andere. Das heißt, wir haben hier eine großartige Möglichkeit, zu erforschen, welche Faktoren unter welchen Umständen zur Lösung von sozialen und wirtschaftlichen Problemen beitragen.<sup>7</sup>

Die Vision von einem »Europa der Regionen« hat für viele Menschen eine große Faszination. Anstatt die Globalisierung mit all ihren positiven und negativen Folgen – sozusagen im Gesamtpaket – zu akzeptieren, sehen viele Menschen in der Region die Möglichkeit, direkte Veränderungen zu bewirken, die ihnen selbst zugute kommen. Denn viele erleben die Globalisierung nicht nur als Verlust eigener Handlungsspielräu-

me, sondern auch als die Machtlosigkeit der Politik, sich von den Standortentscheidungen einiger Großunternehmen und von der Instabilität des internationalen Finanzsystems unabhängig zu machen.

Alle Beispiele für Komplementärwährungen zur Lösung von Problemen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen weisen – wie ich zeigen möchte – wesentliche Gemeinsamkeiten untereinander und grundlegende Unterschiede zum herkömmlichen Geld auf:

- sie sind – richtig angewandt – *für alle*, die daran teilnehmen, *ein Gewinn*;
- sie erzeugen, wenn sie umlaufgesichert und auf die Nationalwährung, Waren oder Dienstleistungen abgesichert sind oder als Zeitwährung funktionieren, *keine Inflation, sondern im Gegenteil Stabilität*;
- sie sind *transparent in ihrem Entstehungsprozess* und können dadurch auch demokratisch kontrolliert werden;
- sie bringen vorhandene ungenutzte oder wenig genutzte Ressourcen mit einem nicht gedeckten Bedarf zusammen, und können damit *neue Arbeitsplätze* schaffen, gerade in Bereichen, die sich im herkömmlichen Geldsystem nicht »rechnen«;
- sie *verbessern die soziale Interaktion* und den sozialen Zusammenhalt unter den TeilnehmerInnen;
- sie können *nicht* benutzt werden, um auf dem Weltmarkt zu spekulieren;
- sie entlasten den Staatshaushalt bzw. verursachen *wenig oder keine Mehrkosten* oder Steuererhöhungen;
- sie *verbessern das Angebot* an Sozialleistungen oder Waren;
- sie *stiften Nutzen*, der sonst nicht zustande käme;
- die »*Spielregeln*« für ihre Anwendung sind *einfach* – nicht viel schwieriger zu begreifen als die Regeln eines Schachspiels. (Doch ähnlich wie beim Schach bringt man es erst

nach einiger Übung in der Anwendung der Regeln zur Spiel-fähigkeit.)

Alle diese Eigenschaften stehen gewissermaßen im Gegensatz zum herkömmlichen Geld:

- welches in seiner Entstehung und in seinen Auswirkungen *kaum verständlich* ist;
- welches langfristig immer *an Wert verliert*;
- von dessen Verteilungswirkung über den Zinsmechanismus in wachsendem Maße *nur zehn Prozent der Bevölkerung profitieren*, während achtzig Prozent ärmer werden;
- welches *keinerlei Sozialbindung* oder Moral kennt; und
- welches – als weltweites Spekulationsmittel eingesetzt – *immer häufiger allen schadet*, auch denen, die oberflächlich betrachtet davon profitieren. Denn was nützt ihnen der Ast, auf dem sie sitzen, wenn er an einem kranken Baum wächst?

## Neue Wege zur Lösung sozialer Probleme

Es geht in diesem Zusammenhang nicht in erster Linie um die *Vorbild-Funktion*, welche die oben beschriebenen Beispiele für entsprechende Modelle an anderen Orten sicher auch haben können, sondern um ihre *Ausweg-Funktion*. Wenn das gegenwärtige Geldsystem allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und allen Schichten der Bevölkerung gleichermaßen gut dienen würde, brauchten wir uns um die Einführung komplementärer Währungen nicht zu kümmern.

Genau das aber ist nicht der Fall. Gerade weil die soziale Polarisierung weltweit immer stärker wird und besonders periphere Regionen wirtschaftlich immer schwächer werden, müssen wir uns endlich auch der Frage stellen, inwieweit dies mit unserem Geldsystem zu tun hat und welche anderen Möglichkeiten es gibt, Geld zu erschaffen.

Da der Dollar, Euro oder Yen da investiert wird, wo die höchsten Gewinne zu erzielen sind, und wir eine global unbegrenzte Kapitalmobilität haben, fließen zur Zeit (Mitte 2005) etwa 40 Prozent des Anlage suchenden Kapitals nach China, wo die durchschnittliche Gewinnspanne 8 bis 10 Prozent beträgt, während in Deutschland 2–3 Prozent schon als hervorragend angesehen werden. Das heißt, während bei uns die Firmen schließen und die Arbeitslosigkeit steigt, weil wir (noch?) nicht mit Stundenlöhnen um 50 Cent konkurrieren können, helfen wir mit unseren Spareinlagen und Lebensversicherungsbeiträgen den wirtschaftlichen Aufschwung in China mitzufinanzieren, der dort natürlich auch wieder in erster Linie einer kleinen Minderheit zugute kommt.

Für die meisten Politiker und Wirtschaftsfachleute gibt es keine Alternative zum Wachstumszwang und dem ständigen Anpassen des Lohnniveaus der Industrieländer an die Lohnniveaus der Entwicklungsländer.

Wie wir an den unterschiedlichen Beispielen oben gesehen haben, könnten Komplementärwährungen einen Ausweg bieten, denn Geld ist *das* Transportmittel für Information, Energie, Macht und Zugriffsmöglichkeit auf die Ressourcen dieser Welt – materielle und nichtmaterielle.

Alles, was wir tun müssen, ist, dieses wirksame Transportmittel aus seiner »Einspurigkeit« zu befreien. Wir müssen »nur« einsehen, dass das heutige auf den Geld-Gewinn abzielende Geldsystem nicht das einzig mögliche und das für alles verwendbare ist. Ebenso müssen wir aufhören, alles andere als entweder lächerlich oder anachronistisch abzutun. Dann können wir endlich das ungenutzte Potenzial einer der genialsten Erfindungen der Menschheit – Geld – zur Lösung der schwierigen Konflikte nutzen, die wir im Moment haben.

Komplementärwährungen – sowohl sektorale wie auch regionale – sind keine Alternative, sondern eine Ergänzung und werden das heutige Geldsystem weder abschaffen noch ge-

fährden, im Gegenteil, sie werden helfen, es zu stabilisieren und länger am Leben zu erhalten. Das ist leicht nachvollziehbar. Sie entstehen und funktionieren immer dann am besten, wenn das herkömmliche Monopol-Geld-System mit seinem exponentiellen Wachstumszwang an seine voraussehbaren Grenzen gerät, weil exponentielles Wachstum auf Dauer – mathematisch nachweisbar – nicht funktionieren kann.

## Hinweise für den Entwurf

Einige Hinweise zur Entwicklung von Komplementärwährungen als neues Werkzeug zur Lösung sozialer, kultureller und ökologischer Probleme sind die folgenden:

1. Komplementärwährungen sind kein Selbstzweck. Sie sind Werkzeuge zur Lösung von spezifischen Problemen, d. h. sie sind am wirksamsten begrenzt auf bestimmte Ziele einsetzbar.
2. Es gibt zwei grundsätzlich verschiedene Begrenzungen: erstens sektorale und zweitens regionale:
  - *Sektorale Komplementärwährungen* zielen darauf ab, die Probleme eines bestimmten gesellschaftlichen Bereichs – wie der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, der Versorgung alter oder kranker Menschen, der Bildung, der Landwirtschaft, der Kultur oder Ökologie – lösen zu helfen.
  - *Regionale Komplementärwährungen* zielen darauf ab, die Probleme in einer Region – also einem geographisch begrenzten Bereich – lösen zu helfen. Dabei können die Grenzen der Region sowohl topographische wie geschichtliche, wirtschaftliche, kulturelle oder politisch-administrative Hintergründe haben.

3. Beiden Arten von Komplementärwährungen gemeinsam ist das Vorgehen bei der Entwicklung, Einführung und dem Management:
- klare Definition der zu lösenden Probleme;
  - Ermittlung des nicht gedeckten Bedarfs;
  - Ermittlung der ungenutzten Ressourcen;
  - Entwicklung eines Konzepts, welches den Bedarf und die Ressourcen verbindet, und für alle Beteiligten einen Gewinn bedeutet, welches transparent für die TeilnehmerInnen und demokratisch kontrollierbar ist;
  - Information der wichtigsten Entscheidungsträger in entsprechend organisierten Prozessen und Vermittlung des Konzepts durch ausgebildete Multiplikatoren;
  - Einführung mit Beteiligung der Medien und einer wissenschaftlichen Begleitung zur Validierung und Anpassung des Konzepts an die Erfordernisse der Praxis.

## Fazit

Anstelle sozialer Programme, die sich mit dem Transfer finanzieller Ressourcen von Reich zu Arm begnügen, sind Komplementärwährungen ein völlig neuer Weg, dem Anspruch auf soziale Leistungen und mehr sozialer Gerechtigkeit zu genügen. Wenn sie einmal eingeführt sind und funktionieren, können sie sich letztlich selbst finanzieren, ohne den Staatshaushalt weiter zu belasten. Das heißt, sie können den Wohlfahrtsstaat teilweise ersetzen, ohne selbst ein Wohlfahrtssystem zu sein. Sie sind in diesem Sinne hoch innovative Selbsthilfemittel, die durch kreatives Handeln im Sinne einer »kollektiven Intelligenz« die Eigeninitiative von Einzelnen und Gruppen fördern, ihren Selbstwert und damit insgesamt unser »Sozialkapital« stärken.

Wir stehen im Moment am Anfang einer Entwicklung, die

viele interessante Möglichkeiten bietet, das herkömmliche Geldsystem durch neu zu schaffende Währungen zu ergänzen, den von einseitigen Profit-Erwartungen geprägten nationalen und internationalen Währungen spezielle – eher von sozialen, kulturellen oder ökologischen Werten geprägte – sektorale und regionale Währungen zur Seite zu stellen.

In dem Zusammenspiel der beiden Möglichkeiten, Geld zu erschaffen, ergeben sich praktische Möglichkeiten auf dem seit langem gesuchten Weg zu einer ausgeglichenen, den Menschen dienenden und von Menschen beherrschbaren Globalisierung. Es sieht so aus, als wenn die Zeit dafür reif ist.

# IX. Wie kann jeder an der Veränderung des Geldsystems mitwirken?

## Informationen weitergeben

Der wichtigste Schritt: Informieren Sie sich und tragen Sie dazu bei, dass anderen ebenfalls die Problematik unseres Geldsystems bewusst wird und wie eine Alternative aussehen könnte.

Das größte Hindernis für eine Umwandlung des gegenwärtigen Geldwesens liegt darin, dass so wenige Leute das Problem verstehen und noch weniger wissen, dass eine Lösung vorhanden ist. George Orwell schreibt in seinem Buch »1984«:

»Es gibt keinen heimtückischeren und sichereren Weg, das Fundament der Gesellschaft zu zerstören, als ihre Währungen zu entwerten. Dieser Vorgang stellte alle verborgenen Kräfte der wirtschaftlichen Gesetze in den Dienst der Zerstörung, und dies in einer Weise, die nicht einer unter einer Million erkennen kann.«<sup>1</sup>

Der erste Schritt in Richtung einer Veränderung sollte deshalb darin bestehen, sich genauestens über die Funktionsweise von Zins und Zinseszins zu informieren und anschließend zu lernen, die verschiedenen Lösungen mit den sich daraus ergebenden Folgen diskutieren zu können.

Probieren Sie anfangs im Familien- und Freundeskreis aus, inwieweit Sie den Sachverhalt vermitteln können. Dann sollten Sie Leute ansprechen, die Sie weniger gut kennen; zögern Sie nicht, mit Angestellten Ihrer Bank, Ihrem Versicherungsagenten, Ihren örtlichen Politikern, Journalisten und Presseleuten darüber zu reden. Viele Diskussionen mit Bankleuten

und Wirtschaftswissenschaftlern haben mich überzeugt, dass es keine wirklichen Schwierigkeiten gibt, außer den geistigen Blockaden, die sich durch Erziehung und begrenzende Vorstellungen über die Funktionsweise des Geldes aufgebaut haben.

*Machen Sie sich bewusst, dass Geld eines der zentralen Probleme im Leben vieler Menschen darstellt.* Es ist zutiefst mit dem Bild der Menschen von sich selbst und ihrer Beziehung zur Welt verbunden. Großzügigkeit oder Geiz, Offenheit oder Verschlossenheit, Wärme oder Kälte spiegeln sich im Verhalten zum Geld wider. *Es erweist sich gewöhnlich als schwierig, Geld getrennt von anderen Dingen zu betrachten.*

Machen Sie auch klar, dass das Gelddilemma aufs Engste mit einer Vielzahl anderer Probleme verbunden ist, die durch eine Lösung *nicht* alle automatisch zu lösen sind. Ein neues Geldsystem wird *nicht* von selbst für Arme, Alte, Kranke oder andere sozial Bedürftige sorgen, sondern lediglich die Hilfe für sozial Benachteiligte erleichtern. Das heißt aber nicht, dass wir ohne spezielle Programme und besonderes Engagement soziale und ökologische Probleme lösen können, wie das von allzu begeisterten Geldreform-Anhängern in der Vergangenheit manchmal behauptet wurde.

Wenn Sie das Geschehen in der Welt über die Medien verfolgen, werden Sie mehr und mehr die Dringlichkeit und Machbarkeit dieser Veränderung erkennen und gleichzeitig die Verantwortung sehen, die ein jeder, der eine Lösung kennt, für die Verbreitung dieses Wissens trägt. Wir müssen dafür sorgen, dass heute niemand mehr die Schule verlässt, ohne über die fundamentale Bedeutung des Geldes und unterschiedlicher Wege zur Veränderung der Problemlage informiert zu sein.

## Bewusster mit Geld umgehen

Als eine mögliche Sofortmaßnahme kann man als Investor und Konsument im heutigen Geldsystem bewusster mit Geld umgehen und darauf achten, dass das eigene Geld in ethisch vertretbare Produkte und Projekte investiert wird. Mehr und mehr Menschen werden sich heute der sozialen und moralischen Seiten ihrer Geldausgaben und -investitionen bewusst. Als Käufer kann man sich darüber informieren, ob die Produkte, die man erwirbt, umweltfreundlich und sozialverträglich hergestellt wurden. Die direkteste und einfachste Art, »ethisch« zu investieren, ist jene, soziale oder ökologische Projekte, denen es an Geld mangelt, durch zinsverbilligte oder zinsfreie Kredite zu unterstützen.

Wem das nicht möglich ist, der kann auch Institutionen wie die GLS-Gemeinschaftsbank, Oeko-Geno oder Oikocredit als Vermittler einsetzen, beziehungsweise kommerzielle Investmentfonds. Auf diese Weise hat sich in den USA inzwischen ein Geschäft in der Größenordnung von einigen Milliarden Dollar entwickelt. Nach den Worten von Hazel Henderson »wittert eine wachsende Menge von ganz normalen Menschen den Modergeruch des verrottenden Systems an ihrer Hauschwelle und kann nicht länger zulassen, dass ihr Geld genau dem entgegenwirkt, was sie für ihr eigenes Leben wünschen.«<sup>2</sup>

Auch hierzulande öffnet die Zauberformel »ethisches Investment« seit längerem Türen und Geldbeutel. Vor allem Frauen scheinen von der Idee fasziniert, für ihre Ersparnisse in Projekte zu investieren, über die weder Rüstungsproduktion noch Kernkraftwerke, noch Chemie – eben nichts, was auch nur entfernt als ökologisch bedenklich erscheint – finanziert werden.<sup>3</sup> Probleme hat nur das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen mit der Bezeichnung »ethisches Investment«: einmal weil es die Ansicht vertritt, dass sich die Ethik von Ka-

pitalanlagen weder definieren noch überprüfen lasse, und zum zweiten, weil man die Konkurrenz nicht einfach als »unethisch« ins Abseits stellen kann.

Einige Anlageberater haben sich inzwischen von dem Begriff »ethische« Geldanlagen getrennt, weil sie der Meinung sind, dass hier unter einem Deckmäntelchen nach profitablen Marktlücken gesucht werde, die sich letztendlich als knallharte Geschäfte herausstellen. Dass diese Argumente durchaus stichhaltig sind, bewies beispielsweise der von der französischen Paribas-Bank angebotene »Grüne Korb« mit Aktien des bundesdeutschen Atomriesen RWE – eines Unternehmens, dem in der ökologischen Energiepolitik eine ähnliche Rolle zukommt, wie dem Starfighter in der Friedensbewegung.

Deshalb kommen Menschen, die ethische Geldanlagen suchen, um eine genauere Prüfung dieser Anlagemöglichkeiten nicht herum. Dabei könnte die Regel »Zeit ist Geld« umgekehrt werden, denn wer Geld in ein lebensförderndes Medium zurückverwandeln will muss einen anderen Umgang mit Zeit in Kauf nehmen.

Die GLS-Gemeinschaftsbank, aber auch einige herkömmliche Banken bieten Sparbriefe an, die gezielt dem Umwelt-, Frauen- oder Bildungsbereich zugute kommen und sich je nach Wunsch der Anleger zwischen einer Null- und einer marktüblichen Verzinsung bewegen. Die Prüfung der »ethischen Bindung« ist hier in jedem Fall möglich, und es wird deutlich, dass »die Bereitschaft zum Zinsverzicht steigt, je geringer die Anonymität ist, das heißt, je stärker ein Anleger sich mit den Inhalten eines Projekts identifizieren kann.«<sup>4</sup>

Diese Angebote durchbrechen eine wichtige Marktregel, die immer noch für die meisten ethischen Investmentfonds gilt: dass Geld dort angelegt werden muss, wo die höchste Rendite zu erwarten ist. Obwohl das, eng »ökonomisch« gesehen, eher unvernünftig scheint, wollen jedoch immer mehr Menschen

lieber etwas weniger Zinsen bekommen, dafür aber wissen, dass ihr Geld in die richtigen Hände gelangt.

So wurde z. B. durch die TRION Geldberatungsgenossenschaft in Hamburg der enger werdende Kontakt zwischen einem biologisch wirtschaftenden Bauern und seinem Kundenkreis von etwa vierzig Familien dazu genutzt, dass der Landwirt bei einer genaueren Kenntnis des Bedarfs und einer Vorausfinanzierung der Kosten billiger und effektiver produzieren konnte. Man stellte die Wunschliste der Kunden für seine Produkte zusammen, er bekam über die Genossenschaft einen Kredit und stellte bereits im Oktober voller Überraschung fest, dass er einen Überschuss von 25 000 Euro erzielt hatte. Üblicherweise wäre dieses Geld wieder allen Mitgliedern anteilig zugeflossen. Stattdessen wurde einstimmig beschlossen, den gesamten Betrag einem gemeinnützigen Träger zu schenken.<sup>5</sup>

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, wie Geld als kreatives und soziales Gestaltungsmittel genutzt werden kann: Für den Landwirt ergibt sich ein risikoverminderter Anbau, die Familien in der Stadt kommen in den Genuss vollwertiger, gesunder und bezahlbarer Nahrungsmittel, und alle Beteiligten hatten den sichtbaren Beweis, dass sich Probleme gemeinsam besser meistern lassen. Statt dass Geld in einem undurchschaubaren Apparat verschwindet, werden seine Auswirkungen erkenn- und erfahrbar.

Gemeinsam mit Partnerbanken im In- und Ausland, die sich ebenfalls sozialen und ökologischen Gesichtspunkten verpflichtet fühlen, konzipieren die Geldberatungsinstitute, die diese Zielsetzungen verfolgen, individuell angepasste Lösungen für ihre Kunden.

Die inzwischen mit der Ökobank fusionierte GLS-Bank mit der angeschlossenen Gemeinnützigen Treuhandstelle versteht sich explizit als Zukunftswerkstatt und erprobt mit ihren Kunden und Partnern in über zweitausend Projekten

neue Formen im Umgang mit Geld. Kunden können in eine breite Palette unkonventioneller Angebote Geld leihen oder auch schenken und werden dabei sehr individuell von der Bank beraten.

Die Einrichtung kleiner Schenkungen und Stiftungen wird ebenso unterstützt wie der Aufbau größerer Projekte. So fördert die Bank intensiv den Aufbau eines Mikrofinanzinstituts in Deutschland zur Kredit-Versorgung kleiner Unternehmen, deren Betreuung sich für herkömmliche Banken nicht mehr rechnet. Ebenso engagiert sich die Bank beim Aufbau des RegioNetzwerks, der Arbeitsgemeinschaft regionaler Währungsinitiativen.

Die christliche Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit vergibt seit über 40 Jahren zinsgünstige Kredite an Handwerker-Genossenschaften in Entwicklungsländern. Die an die Anleger auszuzahlenden Zinsen werden gemeinsam von Kreditnehmern und -gebern festgelegt und liegen in der Regel zwischen ein und zwei Prozent jährlich.

Zahlreiche regionale Förderkreise betreiben weltweit Bewusstseinsarbeit im Umgang mit Geld und unserem Zins- und Zinseszinsystem.

Bewusste Geldanleger wählen ihre Anlagemöglichkeit nach ökonomischen *und* sozialen Gesichtspunkten aus. Sie streichen von der Liste ihrer potenziellen Investitionen als Erstes Firmen der Rüstungsindustrie und weiterhin solche, die durch inhumane Arbeitsbedingungen bekannt oder notorische Umweltverschmutzer sind. Sie investieren weder in Atomkraftwerksbetreiber noch solche Firmen, die mit repressiven Regierungssystemen zusammenarbeiten.

Langfristig können sie auch mehr Renditen erwirtschaften. So hat sich die Nuklearindustrie der USA mit ihren Milliarden verschlingenden Folgekosten und Unfällen für dortige Investoren schon heute als äußerst unrentabel erwiesen. Investitio-

nen an alternativen Energien hingegen sind immer häufiger lohnend.<sup>6</sup>

Ein bewusster Umgang mit Geld ist sofort durchführbar, ganz gleich, ob wir das Geldsystem früher oder später ändern. Als ein gutes Konzept erweist sich eine sozial und ökologisch orientierte Investition, *wenn sie kritisch und gut informiert getätigt wird*, in jedem Geldsystem.

## Modellversuche fördern

Zu den wichtigsten Voraussetzungen für ein verteilungsneutrales Geldsystem gehört, dieses im realen Leben zu erproben, um eine Vorstellung seiner Auswirkungen zu erhalten, wenn es in größerem Maßstab in Angriff genommen werden soll.

In den Kapiteln VII und VIII wurden verschiedene Möglichkeiten beschrieben, um neue Geldsysteme und Spar- und Leihgemeinschaften zu erproben. Sie können auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene miteinander kombiniert werden und durch die Einführung von so genannten Clearinghouses miteinander kooperieren.

Es wäre wünschenswert, dass Regionen oder Länder, die an der Durchführung solcher Experimente interessiert sind, sich miteinander abstimmen, um eine größere Zuverlässigkeit der Ergebnisse unter verschiedenen sozialen, kulturellen und ökonomischen Bedingungen zu erzielen. Die Gebiete, in denen ein neues Geldsystem eingeführt werden soll, müssten von ausreichender Größe sein, um für das ganze Land aussagekräftige Resultate zu liefern. Außerdem wäre ein hoher Selbstversorgungsgrad wünschenswert –, dass also viele der benötigten Güter und Dienstleistungen regional dem Handel und wirtschaftlichen Austausch zur Verfügung stehen.

In einem strukturschwachen Gebiet können komplementäre Währungen hingegen als ein sicheres Arbeitsbeschaffungspro-

gramm und als Anstoß für die Entwicklung einer vielfältigeren und stabileren Wirtschaft eingesetzt werden. Wahrscheinlich wäre der letztere Fall verlockender, da Regionen mit schlechter wirtschaftlicher Situation offener für einen Wandel sind, besonders wenn die Chance besteht – wie im Fall Wörgl (siehe Kapitel II) –, dabei zu gewinnen und nichts zu verlieren.

In seinem Artikel »Eine Strategie für eine konvertible Währung« plädierte Bernard Lietaer (ehemals Leiter der Abteilung für elektronische Datenverarbeitung der Belgischen Nationalbank) bereits 1990 für die Einführung eines umlaufgesicherten Geldes in den ehemaligen Ostblockstaaten.<sup>7</sup> Statt den Grundfehler unseres Geldsystems zu übernehmen, sollten sich diese Länder gleich bei der Einführung einer konvertiblen Währung den Geldumlauf durch Nutzungsgebühr sichern. Um den Übergang zur internationalen Akzeptanz zu erleichtern, schlägt er darüber hinaus vor, die neuen Währungen am Anfang über einen »Warenkorb« exportierbarer Güter abzusichern. Eine solche Maßnahme würde das Vertrauen in die Stabilität der Währung stärken und könnte, wenn dies erreicht ist, nach einiger Zeit ebenso entfallen wie die Golddeckung des Geldes bei anderen konvertiblen Währungen. Inzwischen hat Lietaer ein ähnliches Konzept für eine internationale, globale Währung entwickelt, die er »Terra« nennt.<sup>8</sup> Beide Vorschläge harren jedoch nach wie vor der Verwirklichung.

Um zuverlässige Ergebnisse zu erhalten, wäre es wichtig, Experimente nicht auf die eine oder andere Situation zu beschränken. Die Vielfalt der Erfahrungen und eine solide Begleitforschung können dann nachweisen, was ein zinsfreies Geld unter verschiedenen gesellschaftlichen Voraussetzungen bewirkt.

## Politik verändern

Die im vorliegenden Buch vorgeschlagenen Lösungen könnten die Vorteile einer wirklich freien Marktwirtschaft bieten, die frei ist von den negativen Begleiterscheinungen des heutigen Kapitalismus. Sie führen zu einer neuen Freiheit des Einzelnen und erlauben, individuelles Wachstum mit einer freien Marktwirtschaft und mit einem höheren Grad an sozialer Gerechtigkeit zu koppeln. Die Reformen würden die Ausbeutung der Mehrheit von Menschen durch Geld- und Bodenprivilegien unterbinden, und zwar ohne eine ineffiziente Planwirtschaft oder eine allmächtige Bürokratie. Sie könnten die Voraussetzungen für eine ökologische Marktwirtschaft schaffen, in der Waren und Dienstleistungen in optimaler Menge und Vielfalt produziert werden.

Wenn man sich hierzulande nach potenziellen, aktiven Förderern einer neuen Geldordnung umschaute, so müssten dies etwa 95 Prozent der Bevölkerung sein: die neuen Ökonomen, die Ökologen, die Frauen, die Pazifisten, die Grünen, die Grauen Panther, die enttäuschten Sozialisten, darüber hinaus jene 85 bis 90 Prozent, die im jetzigen Geldsystem ständig draufzahlen, und die Weitblickenden unter den zehn bis fünfzehn Prozent, die von den derzeitigen Bedingungen zwar profitieren, aber begriffen haben, dass ein gesundes System im Endeffekt auch ihnen zugute kommt. Es wird höchste Zeit, dass sie alle sich zusammenschließen und über Parteigrenzen hinweg Geld-, Boden- und Steuerreformen durchsetzen, die diesen Namen verdienen.

Der Weg zum Neutralen Geld führt letztlich über die politischen Instanzen und verspricht nur dann Erfolg, wenn man parlamentarische Mehrheiten für das Konzept gewinnen kann.

»Zwar erscheint es nicht ganz aussichtslos, eines Tages solche Mehrheiten zu mobilisieren. Aber einstweilen besteht

die größte Schwierigkeit darin, dass die Fachökonomien nicht begreifen können oder wollen, worum es geht, so dass sie den Politikern falsche Auskünfte geben, wenn sie um Rat gefragt werden. Man hat es mit einem Dilemma zu tun, das Keynes auf die Formel gebracht hat: Schwierig sind nicht die neuen Gedanken, schwierig ist vielmehr, von den alten loszukommen.«<sup>9</sup>

In seinem Buch »Das Kartenhaus unseres Wohlstands«, in dem er die heutige Geld- und Zinspolitik scharf kritisiert, macht der ehemalige Frankfurter Bankier Philipp von Bethmann jedem Sparer, der damit auch Geldverleiher, also Gläubiger ist, Mut, endlich mitzureden und mitzubestimmen:

»Das geht nämlich. Millionen von Sparern, die mit Milliarden dabei sind, können ganz schön mitreden. Sie können wählen. Sie können Druck ausüben, sie können streiken, protestieren und demonstrieren. Sie können noch viel mehr. Sie tun es kaum, das ist wahr. Sie lassen sich noch zu viel gefallen. Sie wissen zu wenig von ihrer Macht. Sie sind zu schüchtern. Das Kapitalistsein ist neu und ungewohnt. Man muss es erst lernen.«<sup>10</sup>

Was das heißt und bewirkt, protestieren und demonstrieren, haben uns unsere eigenen Landsleute im November 1990 gezeigt. Vielleicht ist es jetzt an der Zeit für uns – oder jene, die das Kapitalistsein schon länger praktizieren –, aufzuwachen und unser Recht auf ein Geld durchzusetzen, das als wertstabiles Zahlungsmittel, verlässlicher und gerechter Bewertungsmaßstab und wertbeständige Vermögensanlage dient. Geldpolitik ist eben nicht – wie die meisten meinen – nur etwas für Experten. Geldpolitik geht uns alle an und kann von allen verstanden werden ebenso wie das kleine Einmaleins.

Während in den hoch industrialisierten Ländern das Ausmaß der Umverteilung des Reichtums durch Geld- und Bodenrecht aufgrund der Ausbeutung der Entwicklungsländer nicht so deutlich zutage tritt, zahlen letztere den wirklichen

Preis für die beiden Unrechtssysteme, Geld- und Bodenrecht, welche die Kolonialmächte eingeführt haben und die sie heute, gestützt auf internationale Arbeitsteilung und Lohndifferenzen, brutaler ausbeuten als zu schlimmsten Kolonialzeiten. Obwohl die Menschen in Entwicklungsländern am meisten darunter leiden, besteht nur geringe Hoffnung, dass die notwendigen Veränderungen im Geldsystem zuerst in der Dritten Welt verwirklicht werden. Die politische Macht liegt in den Händen einer winzigen »Elite«, die sich ihre Pfründen ohne Waffengewalt kaum nehmen lassen wird.

In Deutschland engagiert sich mit wachsendem Erfolg die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung – INWO – für die politische Durchsetzung einer Geld- und Bodenreform. Seit einigen Jahren verzeichnet diese Initiative einen starken Mitgliederboom. Insbesondere über ihr Internetportal, aber auch durch Präsenz auf Kirchentagen, Demonstrationen und Sozialforen dringt die INWO zunehmend in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Dem gleichen Ziel haben sich die Christen für gerechte Wirtschaftsordnung sowie das Seminar für freiheitliche Ordnung verschrieben.

In einer öffentlichen Anhörung der UN-Weltkommission in Moskau sagte A. S. Timoschenko vom Staatlichen Rechtsinstitut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR bereits am 11. Dezember 1986:

»Wir können heute die Sicherheit eines Staates auf Kosten eines anderen nicht mehr unterstützen. Sicherheit kann nur universell sein, aber sie kann nicht auf politische und militärische Belange beschränkt werden, sondern muss ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte mit einbeziehen. Sie muss den Wunsch nach Frieden, den die gesamte Menschheit hat, endlich verwirklichen.«<sup>11</sup>

Der Kampf der Menschheit um soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit war lang und heftig. Im Laufe dieser Auseinandersetzungen wurden scharfe Trennungen aus politischer

und religiöser Überzeugung geschaffen. Der Irak und Tschechien sind nur die neuesten Beispiele dafür, wie zahllose Menschenleben dafür bedenkenlos geopfert werden. Es ist dringend erforderlich, dass wir einzusehen lernen, dass niemand seine Sicherheit auf Kosten anderer gewinnen kann, geschweige denn zu Lasten der Umwelt, von der unser aller Überleben abhängt. Um diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen, benötigen wir einige tief greifende und praktikable Veränderungen in unseren sozialen Rahmenbedingungen. Die Frage, ob wir unser Geldsystem, Boden- und Steuerrecht vor oder erst nach der nächsten großen Wirtschaftskrise oder ökologischen Katastrophe verändern werden, bleibt vorerst noch offen. In jedem Fall wird es nützlich sein, dann zu wissen, wie man Tauschmittel schafft, die allen dienen.

# Anhang

## Begriffe zum Begreifen (von Helmut Creutz)

»Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen auch die Worte nicht, und stimmen die Worte nicht, so kommen auch die Werke nicht zustande.«

*Konfuzius*

Da sich in unserer Umgangssprache bestimmte Gewohnheiten durchgesetzt haben, die einer Klärung der Geldproblematik und der Lösung im Wege stehen, möchte ich einige Begriffe und ihren Gebrauch in diesem Buch erläutern:

Als **Geld** (derselbe Wortstamm wie »gelten«) werden Banknoten und Münzen bezeichnet, die das einzige staatlich anerkannte Zahlungsmittel sind.

Die **Geldmenge** ist die Summe aller Banknoten und Münzen außerhalb der Notenbank. Sie kann nur durch den Staat beziehungsweise die Notenbank vermehrt werden. Dabei führt eine zu starke Vermehrung zur **Inflation**. Der Begriff »Geldmenge« wird heute irreführend auch für Mengenangaben benutzt, bei denen man das Geld mit Geldguthaben zusammenfasst.

**Guthaben** sind der Anspruch auf Rückerhalt von Geld. Sie entstehen durch eine zeitlich begrenzte Überlassung überschüssiger Geldbestände an Dritte oder Banken.

## **Geld und Guthaben ist nicht dasselbe**

- Im Gegensatz zum Geld können Guthaben nur durch Marktteilnehmer vermehrt werden. Wenn jemand eine Leistung erbringt, vermehrt er damit sein Guthaben oder sein (Bar-) Geld.
- Beides – Geld und Guthaben – dokumentiert sein Anrecht auf die Gegenleistung anderer Marktteilnehmer, und weil Guthaben auf der Bank auch in Bargeld ausgezahlt werden und umgekehrt Bargeld ohne Probleme in Guthaben umgewandelt werden kann, macht sich kaum jemand den Unterschied zwischen den beiden Begriffen klar.
- Deswegen sei hier noch ein Vergleich angebracht: Geld verhält sich zu Guthaben wie die Sprache zur Schrift. Mit Geld und Sprache kann man etwas direkt mitteilen oder begleichen, über Guthaben und Schrift nur etwas verzögert – und mit technischen Hilfsmitteln. Sprache ist ohne Schrift, Geld ohne Guthaben möglich. Aber Schrift orientiert sich an der Sprache und Guthaben am Wert des Geldes. Sprache ist nur bedingt erweiterbar, Geld nur durch den Staat vermehrbar, während Schrift im Sinne von Gedrucktem durch jedermann vermehrbar ist, ebenso wie Guthaben. Angesichts der wesentlichen Unterschiede ist es besser, Geld und Guthaben nicht unter dem Begriff »Geld« zusammenzufassen, ebenso wie sich Sprache und Schrift allein unter der Bezeichnung »Sprache« nicht ausdrücken lassen.

**Geldvermögen** bezeichnen die Summe von Geld *und* Guthaben, bezogen auf Einzelpersonen, Unternehmen, staatliche Stellen oder ganze Volkswirtschaften.

**Geldschulden** sind die Verpflichtung zur Rückgabe von Geld. Sie entstehen durch die zeitlich begrenzte Ausleihung von Geld und stellen die Gegenseite der Geldguthaben dar.

**Zins** (von lateinisch »census« = Steuer) ist der auf eine bestimmte Zeit bezogene Leihpreis für Geld, dessen Höhe durch Angebot und Nachfrage reguliert wird. Die Höhe des Zinses wiederum bestimmt die Sachkapitalverzinsung und ist Schwelle vor jeder Investition. Zins kann nur durch Abzug vom Arbeitsertrag aufgebracht werden. Eine andere Wertschöpfung gibt es nicht.

**Geldkreislauf** heißt die stetige Weitergabe von Geld. Sie ist die Voraussetzung für eine störungsfreie Funktion der Wirtschaft. Geld, das sich durch den Zins zur Spekulation eignet, kann diese Bedingung nicht erfüllen. Dagegen ist ein stetiger Kreislauf nur über eine konstruktive Geldumlaufsicherung durch eine Bereitstellungsgebühr zu erreichen.

**Neutrales Geld** unterliegt einer Bereitstellungsgebühr als Umlaufsicherung und ist deshalb im Gegensatz zum Zins tragenden Geld heute »verteilungsneutral«.

Die **Liquiditätsabgabe, Nutzungs- oder Bereitstellungsgebühr**, im Fachjargon »Demurrage« (in einem neuen Geldsystem) ersetzt den Zins als Umlaufsicherung, indem sie das Zurückhalten von Geld mit Kosten verbindet, die entfallen, wenn das Geld ausgegeben oder auf einem Sparkonto angelegt wird. Dort vermehrt es sich nicht durch Zinsen, doch es behält seinen stabilen Wert, weil ohne das Entstehen von Zinsen auch eine Hauptursache für die Inflation entfällt. Die Liquiditätsabgabe ist ein anderes Wort für Bereitstellungsgebühr. Sie steht im Gegensatz zur Liquiditätsprämie und stellt eine öffentliche Einnahme dar, die letztlich allen Marktteilnehmern zugute kommt. Sie entlastet hauptsächlich die achtzig Prozent der Bevölkerung, die heute die Liquiditätsprämien der Geldbesitzer erarbeiten.

**Liquiditätsprämie** ist ein Begriff, den Ökonomen für den Zins benutzen, um genauer auszudrücken, was Zins darstellt: eine Belohnung oder Prämie für die Aufgabe von Geldliquidität, Geldflüssigkeit, oder Kasshaltung von Geld oder Guthaben. Die Liquiditätsprämie stellt eine private Geldbereitstellungsgebühr dar, die an die Geldbesitzer abzuführen ist. Davon profitieren bei uns etwa zehn Prozent der Bevölkerung.

## Ich danke

*Helmut Creutz*, durch den ich zur Beschäftigung mit den Problemen des Geldes angeregt wurde und auf dessen Untersuchungen ich aufbauen konnte, für die unermüdliche Bereitschaft, Grundsatzfragen zu klären, seine Illustrationen und Grafiken sowie sein Papier »Wie stichhaltig sind die Einwände gegen eine Geldreform« als Kapitel IV für dieses Buch, ebenso wie seine überarbeiteten neuen Graphiken für die Neuauflage zur Verfügung zu stellen;

*Art Reade*, der mir half, das Thema »Geld« als eine meiner Aufgaben zu begreifen;

*Dr. Dieter Suhr* (+) für seine Vermittlung der rechtlichen und ökonomischen Zusammenhänge;

*Brigitte Voss* und *Per Almgren* für die Verbindung zur Praxis;

*Dr. Roland Geitmann* und *Werner Onken* für ihre konstruktive Kritik bei der Durchsicht des Manuskripts;

*Dr. Hugo T. C. Godschalk* für seine Diskussionsbereitschaft und Hilfe bei der Konkretisierung von Beispielen;

*Bernard Lietaer* für die inspirierende Zusammenarbeit und die Klärung der Lösungen im Bereich von Komplementärwährungen;

*Ralf Becker* für den wissenschaftlichen Beistand bei der Überprüfung und Aktualisierung der Inhalte und Zahlenangaben auf die heutige Zeit;

*Roland Spinola* für seine Mitwirkung bei der Überarbeitung der Graphiken;

*Fritz Andres* für das Einbringen seines Beitrags bei der Überarbeitung des Bodenkapitels;

*Brigitte Berg* für ihre Geduld und Präzision beim Schreiben und bei der Überarbeitung des Manuskripts für das erste Buch und die Neuauflage:

meinem Mann *Declan Kennedy* für seine moralische und praktische Unterstützung;

den vielen Menschen, die das Buch gelesen, bei Vorträgen zugehört, an Seminaren teilgenommen und mir geholfen haben, die Probleme und die Lösung, durch ihre Fragen, besser zu verstehen.

## **Aktuelle und umfassende Informationen finden Sie auf folgenden Internet-Seiten:**

[www.humonde.de](http://www.humonde.de)  
[www.INWO.de](http://www.INWO.de)  
[www.margritkennedy.de](http://www.margritkennedy.de)  
[www.monmeta.org](http://www.monmeta.org)  
[www.regionetzwerk.de](http://www.regionetzwerk.de)

[www.geld-boden.de](http://www.geld-boden.de)  
[www.sozialoekonomie.info](http://www.sozialoekonomie.info)  
[www.geldreform.de](http://www.geldreform.de)  
[www.roland-regional.de](http://www.roland-regional.de)

### **Zeitschriften:**

*Zeitschrift für Sozialökonomie*  
Gauke GmbH – Verlag für Sozialökonomie  
Postfach 1320  
D-24319 Lütjenburg  
Tel.: 0 43 81 / 70 12  
Fax: 0 43 81 / 70 13  
E-Mail: [info@gauke.de](mailto:info@gauke.de)

*r-evolution*  
INWO Versand  
Sambach 180  
D-96178 Pommersfelden  
Tel.: 0 95 02 / 92 13 66  
Fax: 0 12 12 / 5 12 59 71 40  
E-Mail: [a.heimbach@surfeu.de](mailto:a.heimbach@surfeu.de)

*Humanwirtschaft*

*Zeitschrift für eine menschliche Marktwirtschaft*

Humboldtstraße 108

D-90459 Nürnberg

Tel.: 09 11 / 4 30 07 71

Fax: 09 11 / 4 30 07 72

E-Mail: [service@humanwirtschaft.org](mailto:service@humanwirtschaft.org)

*Fragen der Freiheit*

Seminar für freiheitliche Ordnung

Badstraße 35

D-73087 Bad Boll

E-Mail: [info@sffo.de](mailto:info@sffo.de)

*Zeit • Punkt*

Westbahnhofstraße 10

CH 4500 Solothurn

Tel.: + 41-32 / 6 21 81 11

Fax: + 41-32 / 6 21 81 10

E-Mail: [welcome@zeitpunkt.ch](mailto:welcome@zeitpunkt.ch)

# Anmerkungen

## Kapitel I

1 Danach ergeben sich vom Jahr 0 bis 2005 bei jährlichem Zinszuschlag folgende ausgewählte Kontostände:

Jahr	Rechnungseinheit Euro	Rechnungseinheit kg Gold, Preis im Jahr 2000: 8680,- Dollar/kg {Annahme: 1 \$ = 1 Euro}	Rechnungs- einheit Goldene Erdkugeln (Masse der Erde 5,974 x 10 <sup>24</sup> kg)
0	0,01		
95	1,03		
100	1,31		
142	10,20		
189	101,10		
236	1001,55		
281	8.999	1	
1450	5,303 x 10 <sup>28</sup>	6,11 x 10 <sup>24</sup>	1
1733	5,261 x 10 <sup>34</sup>	6,06 x 10 <sup>30</sup>	1 Mio.
1875	5,370 x 10 <sup>37</sup>	6,19 x 10 <sup>33</sup>	1 Mrd.
2000	2,391 x 10 <sup>40</sup>	2,75 x 10 <sup>36</sup>	461 Mrd.
2005	3,052 x 10 <sup>40</sup>	3,52 x 10 <sup>36</sup>	589 Mrd.

PS: Bei Umrechnung auf einen Wechselkurs von 1 Euro = 1,20 Dollar ergäben sich für das Jahr 2000 exakt 533 Mrd., für 2005 dann 707 Mrd. Erdkugeln aus Gold.

Ralf Becker: *Der Josefspfennig*. Aachen 2005

- 2 Paul C. Martin: *Der Kapitalismus: Ein System, das funktioniert*. Langen-Müller/Herbich, München 1986, Seite 46
- 3 *Spiegel* Nr. 23/2005 Seite 132
- 4 Helmut Creutz: »Wachstum bis zum Crash«, *Schriftenreihe zum Thema Geld*, Heft Nr. 4, Seite 2
- 5 Dieter Suhr, *Geld ohne Mehrwert – Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionen*. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt/Main 1983

- 6 Stefan Brunnhuber, Harald Klimenta: *Wie wir wirtschaften werden – Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte*, Überreuter, Frankfurt/Wien 2003, S. 40

## Kapitel II

- 1 Silvio Gesell: *Die natürliche Wirtschaftsordnung*. Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1949, Seite 235–252
- 2 Gesell, ebenda
- 3 Dieter Suhr: *The Capitalistic Cost-Benefit Structure of Money – An Analysis of Money's Structural Nonneutrality and its Effects on the Economy* [Die kapitalistische Kosten-Nutzen-Struktur des Geldes – Eine Analyse der strukturellen Nicht-Neutralität des Geldes und ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft]. Springer Verlag, Heidelberg 1989
- 4 Peter Knauer: *Handlungsnetze – Über das Grundprinzip der Ethik*, Frankfurt a. Main 2002, Book on Demand ISBN 3-8311-0513-8, S. 132–134  
Der Begriff »Bereitstellungsgebühr« macht am deutlichsten, dass man zunächst einen Vorteil empfangen hat, den Liquiditätsvorteil des Geldes, der gesellschaftlich von denen produziert wird, die Geld annehmen und weitergeben, und dass man dafür eine Gebühr als Gegenwert bezahlt. Für den empfangenen Nutzen beteiligt man sich – je nachdem, wie lange man ihn behält – an den Kosten.
- 5 Werner Onken: »Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte: Schwankenkirchen, Wörgl und andere Freigeldexperimente« *Zeitschrift für Sozialökonomie*, Nummer 58/59, Mai 1983, Seite 3–20
- 6 Fritz Schwarz: *Das Experiment von Wörgl*. Genossenschaft Verlag, Bern 1952
- 7 Schwarz, ebenda
- 8 Hugo T. C. Godschalk: *Die geldlose Wirtschaft*. Vom Tempelaustausch bis zum Barter-Club, Basis Verlag, Berlin 1986, Seite 36–38
- 9 Hans R. L. Cohnen: »The Stamp Scrip Movement in the U.S.A.«. In: Suhr, a.a.O., 1989, Seite 113–115
- 10 Irving Fisher, *Stamp Scrip*, New York 1933, Seite 67
- 11 Cohnen, a.a.O., Seite 116
- 12 Helmut Creutz: »Die Sicherung des Geldumlaufs in der Praxis«. *Zeitschrift für Sozialökonomie*, Nummer 68, 1986, Seite 26–29
- 13 Dieser Abschnitt basiert auf Vorarbeiten von Fritz Andres, die sich in verschiedenen Aufsätzen befinden. Dazu gehören: »Der Boden – ein Kapitalgut? Anmerkungen zu einem Grundirrtum der Ökonomie und zu seinen Folgen in der Wirklichkeit« und »Zum Problem der Bodenverfügbarkeit« in *Fragen der Freiheit* Heft 250, »Für einen erweiterten Begriff der Nachhaltigkeit« und »Wieviel Erde braucht der Mensch?« in *Fragen der Freiheit* Heft 257 sowie »Umwandlung der Grundsteuer in eine Bodensteuer« in *Fragen der Freiheit* Heft 261. Weitere Vorschläge zur Bodenreform: Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, 73087 Bad Boll, und im Internet – [www.sffo.de](http://www.sffo.de)

- 14 Wenn hier von Zinsen die Rede ist, so geht es um den Realzins, d. h. den Gewinn, der dem Investor nach Abzug der Inflation verbleibt.
- 15 Pierre Fornallaz: *Die Ökologische Wirtschaft*, AT Verlag, Stuttgart 1986
- 16 Hermann Laistner: *Ökologische Marktwirtschaft*, Verlag Max Hueber, Ismaning 1986

### Kapitel III

- 1 »Sir Thomas Gresham, engl. Finanzpolitiker, 1519–1579, nach dem das Greshamsche Gesetz benannt wurde, wonach bei einer Doppelwährung *schlechtes Geld gutes Geld* aus dem Umlauf vertreibt; für die Schuldner ist es günstiger, ihre Verpflichtungen in *schlechtem Geld* zu begleichen und das wertvollere zu behalten.« Aus: *Brockhaus Enzyklopädie*. F. A. Brockhaus GmbH, Mannheim 1986, Seite 106
- 2 Klaus von Dohnanyi (Hrsg.): *Notenbankkredite an den Staat!* Beiträge und Stellungnahmen zu dem Vorschlag, öffentliche Investitionen mit zins- und tilgungsfreien Notenbankkrediten zu finanzieren. Nomos, Baden-Baden 1986, Seite 137–138 und Seite 139
- 3 UN World Commission on Environment and Development: *Our Common Future*, Oxford University Press 1987, Seite 5–7
- 4 Spiegel-Interview mit Alfred Herrhausen, a.a.O., Seite 59
- 5 John Maynard Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London 1936, (Neuaufgabe 1967), Seite 355
- 6 Wilhelm Hankel: *John Maynard Keynes*. München und Zürich 1986, Seite 69ff., zitiert in Dieter Suhr: *Alterndes Geld*. Novalis 1988, Seite 84
- 7 John L. King: *On the Brink of Great Depression II*. Future Economic Trends, Goleta, Ca., 1987, Seite 36
- 8 Ravi Batra: *The Great Depression of 1990*. Dell, New York 1985
- 9 John L. King: *How to Profit from the Next Great Depression*. New American Library, New York 1988
- 10 Der Spiegel 23/2005, S. 132
- 11 Jakob von Uexküll und Herbert Girardet: *Die Zukunft gestalten, Die Aufgaben des Weltzukunftsrates*. Kamphausen Verlag, Bielefeld 2005, Seite 49–50)
- 12 Werner Rosenberger: »Und die Antwort...« *Evolution* Nr. 2, Februar 1990, Seite 2
- 13 *Appell an das Ökumenische Konzil*. Dokumentation zur Eingabe katholischer Laien an die Kommission für das Laien-Apostolat betreffend Fragen der religiösen und sozialen Aktion zur Vorbereitung des von S. H. Papst Johannes XXIII. einberufenen Ökumenischen Konzils zu Rom 1962, III. Teil: »Verdammter Wucher – Damna Usura«. Abschnitt 1. Der Zins im Urteil der Bibel und der Jahrtausende, Seite 2
- 14 Ebenda
- 15 Josef Hüwe, nach dem Großen Griechisch-Deutschen Wörterbuch von Menge-Grüthling
- 16 Roland Geitmann: »Bibel, Kirchen und Zinswirtschaft«. *Zeitschrift für Sozialökonomie* Nr. 80, 1989, Seite 19

- 17 Günter Fabiunke: *Martin Luther als Nationalökonom*. 1963, Seite 229, zitiert in Roland Geitmann, a.a.O., Seite 21
- 18 Geitmann, a.a.O., Seite 21
- 19 Leonardo Boff, Bruno Kern, Andreas Müller: *Werkbuch: Theologie der Befreiung*. Anliegen Streitpunkte Personen. Patmos, Düsseldorf 1988, Seite 89–97
- 20 Ahmed Elnaggar: »Islamic Banking: Concept and Implementation«. *International Conference on Islam and Technology*. Universiti Teknologi Malaysia 1982
- 21 Roland Geitmann: »Natürliche Wirtschaftsordnung und Islam«. *Zeitschrift für Sozialökonomie* Nr. 85, 1990, Seite 74
- 22 Margrit und Declan Kennedy: »Permakultur – oder die Wiederaufforstung des Gartens Eden«. *Arch+*, Aachen, Mai 1982, Seite 18–24
- 23 Dieter Suhr: *Geld ohne Mehrwert*, a.a.O., 1983
- 24 Gesell, a.a.O.
- 25 Helmut Creutz: »Einkünfte aus Bodenbesitz und ihre Verwendung als Lohn für Erziehungsarbeit«. *Schriftenreihe zum Thema Geld und Boden*, Heft 67, 1989, Seite 13

## Kapitel IV

- 1 Dieser Beitrag erschien in der *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 89. Folge, April 1991, und wurde, da er die immer wieder gestellten Fragen beantwortet, die von engagierten Umweltschützern und Ökonomen kommen, die der Geldproblematik gegenüber offen sind, in gekürzter Form mit der Erlaubnis des Autors hier übernommen, das heißt auch die folgenden Anmerkungen stammen von Helmut Creutz.
- 2 Die »magische Untergrenze« liegt beim Kapitalmarktzins in der Bundesrepublik etwa bei sechs Prozent. Unter diese Grenze ist der Zins nur wenige Male kurzfristig gefallen. Selbst als die Inflation bei Null oder sogar darunter lag, wie 1986, blieb der Zins an dieser Marke hängen.
- 3 »99 Prozent der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als »nicht existent«. Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine wirkliche ökologische Wende möglich.« (Hans Christoph Binswanger, *esotera*, 12/88)  
 »Immer dann, wenn es in der ökonomischen Realität anders zugeht, als es die Modelle der Wirtschaftslehrbücher vorschreiben, sollten die Ökonomen, statt in der Rumpelkammer überholter Theorien herumzustöbern, nach den monetären Ursachen der Krise fahnden.« (Wilhelm Hankel: *John Maynard Keynes*. München 1986, Seite 121)
- 4 Diese Relation entspricht etwa den Gegebenheiten bei den heutigen Mietmieten, die zu 60 bis 65 Prozent von der Kapitalverzinsung beherrscht werden. In den offiziellen Berechnungen der Kostenmiete für die Sozialwohnungen liegt der Zinsanteil sogar bei 70 bis 80 Prozent.  
 Die hohen Mieten in den Citylagen werden vor allem von den oft horren-

den Bodenpreisen bestimmt, die genauso wie die Kosten für das Bauwerk über die Miete verzinst werden müssen. In extremen Fällen kann diese Bodenkaptalverzinsung über derjenigen der Baukosten liegen.

5 Laut *forbes* vom Juli 1989 gibt es in der Bundesrepublik 82 Milliardäre mit einem Gesamtvermögen von 195 Milliarden Mark. Bei sechs Prozent Verzinsung liegt das Vermögenseinkommen im Jahr bei 11,7 Milliarden Mark, was ein tägliches leistungsloses Einkommen von 390 000 Mark für jede Milliardärsfamilie ergibt. Allein für diese 82 Milliardäre müssen 1,3 Millionen Beschäftigte knapp drei Stunden mehr arbeiten, als es ihren eigenen Erfordernissen entspricht.

6 Bezogen auf den Unternehmenssektor ist die Wertschöpfung von 1960 bis 1989 auf das 6,8fache angestiegen, die Verschuldung auf das 11,6fache, während die Zinszahlungen für die Verschuldung auf das 15,9fache anwuchsen.

7 In der Hochzinsphase von 1979 bis 1982 hat die Bundesbank die Banknotenummenge von 79,4 auf 88,6 Milliarden Mark vermehrt, also um 9,2 Milliarden Mark = 13 Prozent. Diese Zunahme entsprach auch der des nominellen Bruttozialprodukts (BSP), das in den drei Jahren um 14 Prozent gestiegen war.

In der Niedrigzinsphase von 1985 bis 1988, in der das nominelle BSP um 15 Prozent zunahm, musste die Bundesbank die Geldmenge aufgrund der überhöhten Nachfrage nach Liquidität von 105 auf 151 Milliarden Mark ausweiten, also um 46 Milliarden Mark = 44 Prozent! Aufgrund des Wirtschaftswachstums wäre nur eine Ausweitung von 15 Prozent = 16 Milliarden Mark angebracht gewesen. Das heißt, in diesen drei Jahren wurde die Geldmenge um 30 Milliarden Mark zu viel vermehrt – um 30 Milliarden Mark, die nicht in den Umlauf kamen. Die von der Bundesbank immer benutzte Bezeichnung »umlaufende Geldmenge« ist sachlich also unzutreffend. Richtig wäre allenfalls der Begriff »herausgegebene Geldmenge«. Erst wenn es gelingt, diese mit der umlaufenden in Übereinstimmung zu bringen, ist eine stabilitätsgerechte Steuerung der Geldmenge möglich.

Aufschlussreich ist auch, dass mehr als die Hälfte der von 1985 bis 1989 vermehrten Geldmenge aus 1000- und 500-Mark-Noten bestand: zusammen 69 Prozent. In den drei Jahren von 1979 bis 1982 nahmen diese Noten nur um 28 Prozent zu. Auch diese Tatsache steht als Beweis für eine verstärkte Geldzurückhaltung.

8 »Der Begriff »Kapitalflucht« hat einen dramatischen Akzent. Nüchtern betrachtet steht dahinter die Tatsache, dass Wirtschaftssubjekte eines Landes Kapitaleinlagen im Ausland erwerben. Sie tauschen inländische Währung in Fremdwährung um und erwerben damit Auslandsaktiva, z. B. in Form von Bankeinlagen, ausländischen Wertpapieren und Immobilien.« (Dieter Duwendag: »Kapitalflucht aus Entwicklungsländern: Schätzprobleme und Bestimmungsfaktoren«, in: *Die Internationale Schuldenkrise*, Berlin 1986) Duwendag bestätigt, dass immer nur ein Tausch vorliegt. Der Inländer verfügt über ausländisches Geld, Geldguthaben oder -anlagen, der Ausländer über inländische Werte in gleicher Höhe, auch wenn die Verwendungen unterschiedlich sind.

9 »Es wird geschätzt, dass in Argentinien etwa 5 Mrd. Dollar in Scheinen »unter den Matratzen« versteckt sind, die (wenn sie geliehen sind) selbst-

verständlich verzinst werden müssen. D.h., das argentinische Volk zahlt also mindestens 350 Millionen Dollar im Jahr [an Zinsen, d.V.] oder verzichtet auf Einnahmen in dieser Höhe, weil es zu Recht kein Vertrauen in die eigene Währung hat.« (Hans Matthöfer: »Nur Schuldenerlass für Lateinamerika ist eine Lösung – Die Verantwortung der Industrieländer«. *Frankfurter Rundschau*, 15. Februar 1988)

10 Siehe Anmerkung 7

11 Werden die Geldhorte bei steigenden Zinsen aufgelöst, kommt es zu einem nicht durch Leistung gedeckten Nachfrageschub, der eine inflationäre Preiserhöhung und einen Zinsauftrieb zur Folge hat. Auf steigende Zinsen aber reagiert mit einem bis zwei Jahren Verspätung die Konjunktur. So kann man bei langfristigen Vergleichen feststellen, dass alle wichtigen Wirtschaftsindikatoren mit den Zinsschwankungen entweder gleich- oder gegengerichtet verlaufen. Diese Wechselwirkungen werden umso deutlicher, je höher der Verschuldungsgrad einer Wirtschaft ist und je prägnanter die Hochzinsphase ausfällt.

12 EHI, Globus 8478, aus: Aachener Nachrichten vom 24.05.03

13 Geht man davon aus, dass 1989 die Privathaushalte 40 Prozent ihrer Endnachfrage bargeldlos abwickelten, dann ergibt sich je Haushalt und Monat im Durchschnitt dafür ein Betrag von 1560 Mark, für alle Haushalte zusammen von 40,6 Milliarden Mark. Da die gesamten Guthabenübertragungen 1989 im Monatsdurchschnitt bei 1941 Milliarden Mark lagen, war die private Endnachfrage daran nur mit gut zwei Prozent beteiligt.

14 Den Tatbestand, dass ohne Überwindung des Wachstumszwangs auch alle Ökosteuermodelle letztendlich versagen müssen und dass der heutige Wachstumszwang vom Geldbereich ausgeht, hat der in Baden-Württemberg lehrende Johannes Jenetzky schlüssig nachgewiesen: »Abgaben als Instrument ökologischer Zielsetzungen«, in: *Steuerrecht im Wandel*, Stuttgart 1989  
Obwohl jeder nachdenkliche Mensch einsieht, dass auf einer begrenzten Erde kein unbeschränktes Wachstum möglich ist, setzen die Politiker weiter darauf und behaupten: »Unsere Wirtschaft ist auf niedrigeres oder gar »Nullwachstum« nicht eingestellt. Wachstumsstillstand bedeutet Massenarbeitslosigkeit und damit den katastrophalen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland.« So Hans Matthöfer, zitiert in: *Wege aus der Wohlstandsfalle*, 1980. Warum das so ist und wie man aus dem Dilemma herauskommen könnte, wird nicht untersucht.

Hinweis: Alle angegebenen Zahlen entstammen den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts beziehungsweise der Bundesbank, die vorgenommenen Berechnungen bauen darauf auf.

## Kapitel V

1 Wilhelm Roepke: *Die Lehre von der Wirtschaft*, Wien 1937; Seite 78; zitiert in Gunnar Heinsohn: *Privateigentum, Patriarchat, Geldwirtschaft – Eine sozialtheoretische Rekonstruktion zur Antike*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1984, Seite 28

- 2 R. W. Clower: *Monetary Theory – Selected Readings*. Harmondsworth 1969; Seite 7, zitiert in Heinsohn, a.a.O., Seite 29
- 3 Keizo Nagatani: *Monetary Theory*. Amsterdam, New York, Oxford 1978; Seite 113, zitiert in Heinsohn, a.a.O., Seite 29
- 4 Gunnar Heinsohn: *Privateigentum, Patriarchat, Geldwirtschaft*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1984, Seite 28–29
- 5 Ebenda, Seite 70
- 6 Paul C. Martin, 1986, a.a.O., Seite 184
- 7 Heinsohn, a.a.O., Seite 72
- 8 Hans Joachim Funk (Hrsg.): *Geld*. Edition Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main 1982, Seite 12
- 9 Ebenda, Seite 7
- 10 Ebenda, Seite 129
- 11 Ebenda, Seite 135
- 12 Ebenda, Seite 73, 74
- 13 Ebenda, Seite 92
- 14 Ebenda, Seite 76
- 15 Matriarchatsforscherinnen wie Heide Göttner-Abendrot: *Das Matriarchat*, Band 1, Kohlhammer, Stuttgart 1988 und Band 2, Stuttgart 1991 sowie Carola Meier-Seethaler: *Ursprünge und Befreiungen*, Fischer, Frankfurt/Main 1994 [1. Auflage 1991], stellen diese These allerdings in Frage. Ich werde ihre Ergebnisse in der nächsten überarbeiteten Fassung dieses Buches integrieren und danke Heide Göttner-Abendrot an dieser Stelle für ihre kritischen Hinweise.
- 16 Marcus Tullius Cicero: *De Officiis* 2, XXI. In der Übersetzung von Atzert. Limburg/Lahn 1951, Seite 73; zitiert in Heinsohn a.a.O., Seite 97
- 17 Cicero: *De Officiis* 1, VII; Seite 21, zitiert in Heinsohn a.a.O., Seite 97/98
- 18 Sir Galahad: *Mütter und Amazonen*. Ullstein, Frankfurt/Main 1987
- 19 Funk, a.a.O., Seite 167
- 20 Funk, a.a.O., Seite 189
- 21 Michael Wünstel: »Aus der Vergangenheit für unsere Zukunft lernen.« In: *Angebot und Nachfrage*, 3/91, Seite 5
- 22 Funk, a.a.O., Seite 189
- 23 Karl Walker: *Das Geld in der Geschichte*, Lauf 1959; zitiert in Hans Weiskamp: *Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens*. HMZ-Verlag, Hiltorf 1985, Seite 57
- 24 Wünstel, a.a.O., Seite 4
- 25 Adolf Damaschke: *Geschichte der Nationalökonomie*. Gustav Fischer Verlag 1910; zitiert in Wünstel, a.a.O., Seite 3
- 26 Damaschke, zitiert in Wünstel, a.a.O., Seite 3
- 27 Wünstel, a.a.O., Seite 4
- 28 Maria Mies: *Patriarchat und Kapital*. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Rotpunktverlag, Zürich 1989, Seite 97
- 29 Weiskamp, a.a.O., Seite 62
- 30 Mies, a.a.O., Seite 104
- 31 M. Hammes: *Hexenwahn und Hexenprozesse*. Fischer, Frankfurt am Main 1977, Seite 243; zitiert in Mies, a.a.O., Seite 105

- 32 Mies, a.a.O., Seite 105
- 33 Ebenda, Seite 9
- 34 Ebenda, Seite 278
- 35 F. Preisigke: »Girowesen im griechischen Ägypten«. Straßburg i.E. 1910; zitiert in Hugo T. C. Godschalk: *Die Geldlose Wirtschaft – vom Tempel-tausch bis zum Barter-Club*. Basis Verlag, Berlin 1986, Seite 17
- 36 Weitkamp, a.a.O., Seite 73
- 37 Bernard Lietaer: *Mysterium Geld – Emotionale Bedeutung und Wirkungs-weise eines Tabus*, Riemann, München 2000
- 38 Josef Hüwe: *Wirtschaft und Krieg*. Flugblatt der KONWO-Initiative, 1000 Berlin 37, Riemeisterstr. 15, 1990, Seite 2
- 39 Silvio Gesell: Leserbrief. *Zeitung am Mittag*, Berlin 1918

## Kapitel VI

- 1 Paul C. Martin: *Der Kapitalismus*. Ein System, das funktioniert. Langen-Müller/Herbich, München 1986
- 2 Paul C. Martin: *Aufwärts ohne Ende*. Die neue Theorie des Reichtums. Ullstein 1991
- 3 Ebenda, Seite 335
- 4 Ebenda, Seite 363–416
- 5 Ebenda, Seite 473–476
- 6 Paul C. Martin, Walter Lüftl: *Die Pleite*. München 1984
- 7 Ebenda, Seite 370
- 8 Martin, 1991, a.a.O., Seite 461
- 9 Ebenda, Seite 474
- 10 Ebenda, Seite 474
- 11 Ebenda, Seite 402
- 12 Bernd Guggenberger: »Zwischen Ordnung und Chaos«. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 28, 2. Februar 1991
- 13 Jesaja, 30, 13
- 14 Christoph Pfluger (Hrsg.): *Die neue Wirtschaft*, Bellach/Schweiz, Nr. 10, 1990, Seite 4
- 15 Ebenda, Seite 6
- 16 Jakob von Uexküll und Herbert Girardet: *Die Zukunft gestalten, Die Aufgaben des Weltzukunftsrates*. Kamphausen Verlag, Bielefeld 2005, Seite 11
- 17 Ebenda, S. 91–92
- 18 E. F. Schumacher: *Small is Beautiful: A Study of Economics as if People Mattered*. Blond and Briggs, London 1973
- 19 Hazel Henderson: *Das Ende der Ökonomie – Die ersten Tage des nachindustriellen Zeitalters*. Dianus-Trikont, München 1985
- 20 Paul Ekins: *The Living Economy – A New Economics in the Making*. Routledge, London & New York 1986
- 21 Ebenda, Seite 2
- 22 Jonathan Porritt: *Seeing Green: The Politics of Ecology Explained*. Blackwell, Oxford & New York 1984

- 23 Manfred Max Neef: »Reflections on Paradigm Shift«, in: Mary Inglis and Sandra Kramer (Eds.), *The New Economic Agenda*. The Findhorn Press 1984, Seite 143–154
- 24 Ebenda, Seite 151
- 25 Guy Dauncey: *After the Crash – The Emergence of the Rainbow Economy*. Marshall Pickering, Hants 1988
- 26 Georges Soros im Interview mit dem Spiegel Nr. 51/1998, S. 100 – Ders., *Die Krise des globalen Kapitalismus – Offene Gesellschaft in Gefahr*, Berlin 1998, S. 177
- 27 Henderson, 1985, a.a.O., Seite 428 und 432
- 28 Hazel Henderson: *Die Neue Ökonomie*. Heyne 1989, Seite 81
- 29 Hazel Henderson: »Living Earth's Lessons Co-Creatively«, in: Roger Benson (Ed.), *From Organization to Organism – A New View of Business and Management*. Findhorn Foundation 1988, Seite 37–59
- 30 Maria Mies: *Patriarchat und Kapital*. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Rotpunkt Verlag, Zürich 1989, Seite 286ff.
- 31 James Robertson: *Die lebenswerte Alternative*. Wegweiser für eine andere Zukunft. Fischer Alternativ 1979
- 32 Mies, a.a.O., Seite 277
- 33 Henderson, 1989, a.a.O., Seite 82
- 34 Werner Onken: »Silvio Gesell – Persönlichkeit und Werk«. Vortrag zur Gemeinschaftstagung des »Seminars für freiheitliche Ordnung« und der »Internationalen Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung« über *Rudolf Steiner und Silvio Gesell als Wegbereiter einer sozialen Zukunft*. Bad Boll, 28.10.1989, Seite 30.
- 35 Werner Onken, ebenda, Seite 32
- 36 Rudolf Steiner: Aufruf »An das deutsche Volk und an die Kulturwelt« in: *Kernpunkte der sozialen Frage* (1919), Dornach 1973/1980, Seite 125ff.
- 37 Silvio Gesell: *Die natürliche Wirtschaftsordnung*. A.a.O., Seite 12
- 38 Werner Onken, a.a.O., Seite 32
- 39 Ebenda, Seite 14–15

## Kapitel VII

- 1 Guy Dauncey: *After the Crash – The Emergence of the Rainbow Economy*. Marshall Pickering, Hants 1988, Seite 49
- 2 Ebenda, Seite 63
- 3 [www.openmoney.org/letsplay/](http://www.openmoney.org/letsplay/)
- 4 *WIR-Magazin*, Basel, Juni 1990, Seite 24
- 5 Karl Walker: *Wirtschaftsring – Moderne Absatzwege*. Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1959
- 6 Hugo Godschalk: *Die geldlose Wirtschaft*. Vom Tempeltausch bis zum Barter-Club. Basis Verlag, Berlin 1986, Seite 30ff.
- 7 Hannes Linhardt: »Kreditinstitute im Wettbewerb: Das Verhältnis von Landesaufsicht und Bundesrecht«, in: E. Dürr (Hrsg.), *Geld- und Bankpolitik*, Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Band 28, 2. Auflage, Köln, Berlin 1971, Seite 438

- 8 Godschalk, a.a.O., Seite 47
- 9 Per Almgren: J.A.K. – *An Interest Free Savings and Loan Association in Sweden*. S-14743 Tumba, Schweden, 1990, Seite 1
- 10 Um einen genauen Vergleich zum herkömmlichen Bankkredit zu erstellen, müssten hier die Zinsen, die dieses Geld neben einer Rückzahlung des Bankkredits erbringen würde, vom Sparvermögen im J.A.K.-System abgezogen oder einem potenziellen Sparvermögen im herkömmlichen Kredit zugerechnet werden. Aber ein Vergleich ist sowieso äußerst schwierig. Wie wäre zum Beispiel die Planungssicherheit – dass im J.A.K.-System keine Anpassung der Gebühren an Marktzinsfluktuationen vorgenommen werden – zu bewerten. Diese müsste im herkömmlichen Bankkredit extra bezahlt werden und würde sich natürlich nach den Erwartungen in Bezug auf steigende oder fallende Zinssätze richten, das heißt, von Jahr zu Jahr variieren. Wenn man eine »Effektiv-Zins-Berechnung« nach deutschem Bankrecht zugrunde legen würde, müsste der Bankkreditzins mit 8,5 und der J.A.K.-Kreditzins mit 3,78 angegeben werden. (Berechnung von Hermann Julius Bischoff, Januar 2005)
- 11 Vgl. Godschalk, a.a.O., Seite 44
- 12 E. Solvay: *Gesellschaftlicher Compatibilismus*. Brüssel 1897, Seite 18; zitiert in Godschalk, a.a.O., Seite 27

## Kapitel VIII

- 1 Erhard Glötzl, »Die Krise einer alternden Volkswirtschaft«, in Widowitsch, Breiner, Wall-Strasser (Hrsg.), *Roulette der Finanzmärkte: Alterssicherung in Zeiten des Neoliberalismus*, Promedia (Edition Forschung), Wien, 2002
- 2 Der Spiegel Nr. 23/2005, S. 129–136
- 3 Margrit Kennedy, »An eine Erbin«, in Carl Amery (Hrsg.), *Briefe an den Reichtum*. Luchterhand, München, 2005, S. 196–216
- 4 Margrit Kennedy, Bernard Lietaer, *Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*, Riemann, München, 2004, S. 174–176
- 5 Für eine ausführlichere Beschreibung sektoraler Komplementärwährungen siehe: Margrit Kennedy, *Komplementärwährungen zur wirtschaftlichen Lösung sozialer Probleme*, Zeitschrift für Sozialökonomie 42. Jg., 144. Folge, März 2005, S. 20–29
- 6 Am 6. und 7. Dezember 2004 diskutierten in Brasilia Vertreter des brasilianischen Bildungsministeriums und verschiedener anderer Ministerien sowie von Weltbank und UNESCO das Saber-Modell im Rahmen des internationalen Seminars »Know Global 2004 – Interaction: Knowledge and Development« erstmals öffentlich. Die Umsetzung steht Mitte 2005 noch aus.
- 7 Eine ausführliche Beschreibung dieses und verschiedener anderer Modelle und eine umfassende Begründung für Regionalwährungen befindet sich in: Margrit Kennedy, Bernard Lietaer, *Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*, Riemann, München, 2004.

## Kapitel IX

- 1 George Orwell: 1984, Erstauflage 1949, Ullstein 1990; zitiert in: W. Scheuerbrandt, »Unsere fehlerhafte Währungsverfassung als Ursache sozialer Ungerechtigkeit, politischer Fehlentwicklungen und Wirtschaften«. Vortrag gehalten am 16. November 1981 vor dem Verein für kulturelle und soziale Öffentlichkeitsarbeit e. V.
- 2 Hazel Henderson, quoted in : Jennifer Fletcher, »Ethical Investment« in: *International Permaculture Journal*. Permaculture International Ltd., Sydney, Australia 1988, Seite 38
- 3 Curt L. Schmitt: »Vertraulicher Brief« vom 13. Januar 1991
- 4 Prospekt der GLS-Gemeinschaftsbank, Bochum
- 5 Brigitte Voss: Trion. Brief vom 10. März 1991
- 6 Robert Schwartz, quoted in: *International Permaculture Journal*, a.a.O., Seite 39
- 7 Bernard Lietaer: »A Strategy for a Convertible Currency«. ICIS FORUM, Vol. 20, No. 3, July 1990, Seite 59-72. International Center for Integrative Studies, 121 Avenue of the Americas, New York, N. Y. 10013
- 8 Bernard Lietaer, *Das Geld der Zukunft – Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen*, Riemann, München 1999
- 9 Suhr: *Altern des Geld*, a.a.O., Seite 85
- 10 Johann Philipp von Bethmann: *Das Kartenhaus unseres Wohlstands*. Warum der Kapitalismus noch nicht triumphieren kann. Econ, Düsseldorf 1991, Seite 189
- 11 A.S. Timoschenko, quoted in: UN World Commission on Environment and Development, a.a.O., Seite 294

## Literaturhinweise

- Almgren, Per: *J.A.K. – An Interest-Free Savings and Loan Association in Sweden*. S-14743 Tumba, Schweden, 1990
- Amery, Carl (Hrsg.) *Briefe an den Reichtum*, Luchterhand, München 2005
- Amery, Carl: *Global Exit – Die Kirchen und der Totale Markt*, Luchterhand, München 2002
- Alt, Franz: *Die Sonne schickt uns keine Rechnung – Die Energiewende ist möglich*, Piper, München 1995
- Appell an das ökumenische Konzil, Dokumentation zur Eingabe katholischer Laien an die Kommission für das Laienapostolat betreffend Fragen der religiösen und sozialen Aktion zur Vorbereitung des von S. H. Papst Johannes XXIII. einberufenen ökumenischen Konzils zu Rom 1962. III. Teil: »Verdammter Wucher – Damnata Usura«; Abschnitt 1: Der Zins im Urteil der Bibel und der Jahrtausende, Seite 2
- Batra, Dr. Ravi: *The Great Depression of 1990*. Dell, New York 1985
- Baukhage, Manon, Daniel Wendt: *Tauschen statt Bezahlen – Die Bewegung für ein Leben ohne Geld und Zinsen*, Rotbuch Verlag, Hamburg 1998
- Beigewum (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Wien): *Mythen der Ökonomie – Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen*, VSA-Verlag, Hamburg 2005
- Bergmann Frithjof: *Neue Arbeit – Neue Kultur*, Arbor Verlag, Freiamt Schwarzwald 2004
- Bethmann, Johann Philipp von: *Das Kartenhaus unseres Wohlstands. Warum der Kapitalismus noch nicht triumphieren kann*. Econ, Düsseldorf 1991
- Bihl, Eric, Volker Freystedt: *Equilibriumismus. Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht*, Signum Verlag, Wien 2005
- Binn, Felix G.: *Arbeit, Geldordnung, Staatsfinanzen – Reorganisation der Volkswirtschaft*. Gauke Fachverlag für Sozialökonomie, Hannoversch-Münden 1983
- Binswanger, Hans-Christoph: *Geld und Magie. Deutung und Kritik der modernen Wirtschaft anhand von Goethes Faust*, K. Thienemanns Verlag, Stuttgart-Wien 1985
- Binswanger, Hans-Christoph, et.al.: *Arbeit ohne Umweltzerstörung. Strategien für eine neue Wirtschaftspolitik*, Fischer, Frankfurt/Main 1988
- Binswanger, Hans-Christoph, *Geld & Natur. Das wirtschaftliche Wachstum im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie*, K. Thienemanns Verlag, Stuttgart-Wien 1991
- Binswanger, Hans-Christoph: *Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen*, Gerling Verlag, München 1998

- Boff, Leonardo, Bruno Kern, Andreas Müller: *Werkbuch Theologie der Befreiung. Anliegen, Streitpunkte, Personen*. Patmos Verlag, Düsseldorf 1988
- Boris, Dieter, Nico Biver, Peter Imbusch, Ute Kampmann: *Schuldenkrise und Dritte Welt – Stimmen aus der Peripherie*. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987
- Boyle, David (Hrsg.): *The Money Changers. Currency Reform from Aristotle to e-cash*, Earthscan, London 2002
- Bozsoki, Jürgen: *Die »blinden Flecken« der Sozialdemokratie*, Edition Via Bene, Wien-Klosterneuburg 2000
- Brunnhuber, Stephan und Harald Klimenta: *Wie wir wirtschaften werden – Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten zukunftsfähiger Finanzmärkte*, Überreuter Verlag, Frankfurt 2003
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland: *Wie Weltbankmacht die Welt krank macht*. Kölner Volksblatt Verlag 1988
- Cicero, Marcus Tullius: *De Officiis 1, VII · De Officiis 2, XXI*
- Clover, R. W.: *Monetary Theory – Selected Readings*. Harmondsworth 1969
- Cohrssen, Hans R. L.: »The Stamp Scrip Movement in the U.S.A.«; in: Suhr, *The Capitalistic Cost-Benefit Structure of Money – Analysis of Moneys Structural Nonneutrality and its Effects on the Economy* (Die kapitalistische Kosten-Nutzen-Struktur des Geldes – Eine Analyse der strukturellen Nicht-Neutralität des Geldes und ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft), Springer Verlag, Heidelberg 1989, Seite 113–116
- Coray, Richard: *Quantitätstheorie, Preisniveau, Währung des Geldes*, Lenenberger Druck, Chur 1977
- Creutz, Helmut: *Bauen, Wohnen, Mieten – Welche Rolle spielt das Geld?* Fachverlag für Sozialökonomie, Hannoversch-Münden 1987. »Einkünfte aus Bodenbesitz und ihre Verwendung als Lohn für Erziehungsarbeit«. *Schriftenreihe zum Thema Geld und Boden* · »Ökologie und Ökonomie«; in: Margrit Kennedy, *Öko-Stadt, Band 1*, Fischer Alternativ 1984, Seite 61–75. »Wachstum bis zum Crash«. *Schriftenreihe zum Thema Geld und Boden*
- Creutz, Helmut, Dieter Suhr, Werner Onken: *Wachstum bis zur Krise! – Drei Aufsätze*. Basis Verlag, Berlin 1988
- Creutz, Helmut: *Das Geldsyndrom*. Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig, München 1993 (1. Auflage), erweiterte Taschenbuchausgabe Verlagshaus Mainz, Aachen 2001
- Creutz, Helmut: *Die 29 Irrtümer rund ums Geld*, Signum Wirtschafts Verlag, München/Wien 2004
- Damaschke, Adolf: *Geschichte der Nationalökonomie*, Gustav Fischer Verlag, 1910
- Dauncey, Guy: *After the Crash – The Emergence of the Rainbow Economy*. Marshall Pickering, Basingstoke, UK, 1988
- Der Spiegel: Gleichgewicht des Schreckens, in: *Kapitalismus Total Global* (VII), Spiegel Nr. 23, Spiegel-Verlag, Hamburg, 2005
- Diehl, Emil Georg: *Zwei Berufs-Ökonomen und ein Außenseiter*. Emil Georg Diehl, Villingen 1977
- Diener, Bertha Eckstein (unter dem Pseudonym Sir Galahad): *Mütter und Amazonen*. Wien 1929

- Dohnanyi, Klaus von (Hrsg.): *Notenbankkredite an den Staat! Beiträge und Stellungnahmen zu dem Vorschlag, öffentliche Investitionen mit zins- und tilgungsfreien Notenbankkrediten zu finanzieren*, Nomos, Baden-Baden 1986
- Dohnanyi, Klaus von (Hrsg.), *Notenbankkredite an den Staat! Beiträge und Stellungnahmen zu dem Vorschlag, öffentliche Investitionen mit zins- und tilgungsfreien Notenbankkrediten zu finanzieren*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1986
- Douthwaite, Richard, Dan Wigman: *Barataria – A Community Exchange Network for the Third Millennium*, Strohaln Netherlands, Rural Scotland Enterprise Connacht Ulster Ireland, La Kalle Spain 1999
- Douthwaite, Richard: *Die Ökologie des Geldes*, F.E.S.T., Heidelberg 2002
- Douthwaite, Richard: *Short Circuit. Strengthening Local Economies for Security in an Unstable World*, The Lilliput Press, Dublin 1996
- Douthwaite, Richard: *The Ecology of Money*, The Schumacher Society, Bristol, 1999
- Douthwaite, Richard: *The Growth Illusion – How economic growth has enriched the few, impoverished the many, and endangered the planet*, The Lilliput Press, Dublin 1992
- Ekins, Paul: *The Living Economy – A New Economics in the Making*. Routledge, London & New York 1986
- Eschbach, Andreas: *Eine Billion Dollar*, Gustav Lübbe Verlag, Bergisch-Gladbach 2001
- Estermann, Thomas: *Schuldenfreies Tauschgeld – Talent*, INWO, Aarau Schweiz 1994
- Fabig, Kai: »Auch das Geld soll im Dorf bleiben«, TAZ, Hamburg, 28. September 1990
- Fabiunke, Günter: *Martin Luther als Nationalökonom*. 1963
- Fisher, Irving: *Stamp Scrip*, New York 1933
- Fletcher, Jennifer: »Ethical Investment«, in: *International Permaculture Journal*. Permaculture International Ltd., Sydney, Australia, 1988
- Fornallaz, Pierre: *Die ökologische Wirtschaft*. AT Verlag, Stuttgart 1986
- Forrester, Viviane: *Der Terror der Ökonomie*, Paul Zsolnay Verlag, Wien 1997
- Frey, Yoshi: *Die gläubigen Schuldner – Die spirituellen Gründe des Geldwahns*, Book on Demand, Norderstedt 2005
- Führer, Hans-Joachim: *Friedensfalken – Die Zukunft zwischen Grauen und Verheißung*. Gauke Verlag, Hannoversch-Münden 1985
- Funk, Hans Joachim (Hrsg.): *Geld*. Edition Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main 1982
- Gahrman, Arno und Henning Osmers: *Zukunft kann man nicht kaufen – ein folgenschwerer Denkfehler in der globalen Ökonomie*, Horlemann Verlag, Bad Honnef 2004
- Galuska, Joachim, Hrsg., *Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business. Die spirituelle Dimension im wirtschaftlichen Handeln*, J. Kamphausen Verlag, München 2005
- Geis, Heinz-Günter: *Finanzierungskonzepte für den Selbsthilfebereich – Bank und finanzwirtschaftliche Aspekte*, Band 254 Schriftenreihe des Bundesmi-

- nisters für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Verlag W. Kohlhammer, Köln 1990
- Geitmann, Roland: »Bibel, Kirchen und Zinswirtschaft«. *Zeitschrift für Sozialökonomie*, Nr. 80, 1989
- George, Henry: *Progress and Poverty*. San Francisco, 1879. Centenary Edition of a Great Classic. Hogarth Press, London W.C. 2, 1979
- George, Susan: *A Fate Worse Than Debt*. 1987. Deutsch: *Sie sterben an unserem Geld – Die Verschuldung der Dritten Welt*. rororo Aktuell, Reinbek bei Hamburg 1988
- Gesell, Silvio: *Die natürliche Wirtschaftsordnung*. Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1949 (Nachdruck: Verlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1991). *Gesammelte Werke*, Band 1–7 (1891–1913). Fachverlag für Sozialökonomie, Hannoversch-Münden 1988–1990. Leserbrief. *Zeitung am Mittag*, Berlin 1918
- Godschalk, Hugo: *Die geldlose Wirtschaft*. Vom Tempeltausch bis zum Barter-Club. Basis Verlag, Berlin 1986
- Göttner-Abendrot, Heide: *Das Matriarchat*, Band 1 und 2. Kohlhammer, Stuttgart 1988 und 1991
- Greco, Thomas H.: *Money – Understanding and Creating Alternatives to Legal Tender*, Chelsea Green Publishing Company, Vermont, USA 2001
- Groll, Franz: *Wie das Kapital die Wirtschaft ruiniert – Der Weg zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft*, Riemann Verlag, München 2004
- Grubiak, Olive und Jan: *The Guernsey Experiment*. Monetary Science Publications, Ohio, Neuauflage 1975
- Gründler, Elisabeth C.: *Komplementäres Geld. Vorteile, Erscheinungsformen und Funktionsweisen*, Sunflower Foundation, Money Museum, Zürich 2005
- Guggenberger, Bernd: »Zwischen Ordnung und Chaos«. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 28, vom 2. Februar 1991
- Hammes, M.: *Hexenwahn und Hexenprozesse*. Fischer, Frankfurt am Main 1977
- Hayek, Friedrich A. von: *Entnationalisierung des Geldes – Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufsmittel*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1977
- Hazel Henderson: *Beyond Globalization – Shaping a Sustainable Global Economy*, Kumarian Press, West Hartford, Connecticut, USA, 1999
- Heidt, Wilfried: *Der dritte Weg – Die Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus – Anregungen zur Theorie und Strategie*, Verlag edition dritter weg, Achberg 1973
- Heinrichs, Johannes: *Revolution der Demokratie – eine Realutopie*, Maas Verlag, Berlin 2003
- Heinsohn, Gunnar, Otto Steiger: *Eigentum, Zins und Geld – Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft*, Rowohlt Verlag, Hamburg 1996
- Heinsohn, Gunnar: *Privateigentum, Patriarchat, Geldwirtschaft – Eine sozialtheoretische Rekonstruktion zur Antike*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1984
- Henderson, Hazel: *Creating Alternative Futures*. Perigee Books, New York 1978 · *Das Ende der Ökonomie – Die ersten Tage des nachindustriellen*

- Zeitalters*. Dianus-Trikont, München 1985 · »Living Earth's Lessons Co-Creatively«, in: Roger Benson (Ed.), *From Organization to Organism – A New View of Business and Management*. Findhorn Foundation 1988, Seite 37–59
- Henderson, Hazel, et. Al. (Hrsg.): *Calvert-Henderson – Quality of Life Indicators. A New Tool for Assessing National Trends*, Calvert Group Bethesda, Md., USA 2000
- Hermann, G. Heinrich: *Die 7 Hermann-Briefe*. Gauke GmbH, Hannoversch-Münden 1982
- Herrmannstorfer, Udo: *Scheinmarktwirtschaft, Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft*, Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1997
- Hoffmann Günter: *Tausche Marmelade gegen Steuererklärung – Ganz ohne Geld, die Praxis der Tauschringe und Talentbörsen*, Piper, München 1998
- Hoffmann, Hans: *Die währungs- und wirtschaftspolitischen Einflüsse der Elemente der Geldmenge auf die Stabilität der inneren Kaufkraft des Geldes*. Gauke Verlag, Hannoversch-Münden 1977
- Hubert, Eva-Maria: *Tauschringe und Marktwirtschaft – Eine ökonomische Analyse lokaler Komplementärökonomien*, Dunker und Humblot, Berlin 2004
- Huber, Joseph: *Vollgeld – Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung*, Duncker & Humblot, Berlin 1998
- Hüwe, Josef: »Wirtschaft und Krieg«. Flugblatt der KONWO-Initiative, 1000 Berlin 37, Riemeisterstraße 15, 1990, Seite 2
- Jünemann, Elisabeth, Hans Ludwig (Hrsg.): *Vollbeschäftigung ist möglich – Makroökonomische Simulation der Wirkung eines zusätzlichen Erziehungseinkommens*, Merziger Verlag, Merzig 2002
- Internationale Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung: *Die Zukunft der Ökonomie – Eine Denkschrift an Wirtschaftswissenschaftler*. Gauke Verlag, Hannoversch-Münden 1984
- Kannenberg-Rentschler, Manfred: *Die Dreigliederung des Geldes und das freie Geistesleben – ein Beitrag zur internationalen Schuldenkrise*, Verlag am Goetheanum, Dornach, Schweiz 1988
- Kastner, Heiko: *Mythos Marktwirtschaft – Die irrationale Herrschaft des Geldes über Arbeit, Mensch und Natur. Eine ganzheitliche Analyse der modernen Ökonomie*, SWI Verlag, Bochum 2002
- Kennedy, Declan und Margrit: »Permakultur – oder die Wiederaufforstung des Gartens Eden«. *Arch+*, Aachen Mai 1982, Seite 18–24
- Kennedy, Margrit: *Ein Ausweg aus der Krise – Neues Geld braucht die Welt*. Permakultur Publikationen, Steyerberg 1991
- Kennedy, Margrit und Bernard Lietaer: *Regionalwährungen – Ein neuer Weg zu nachhaltigem Wohlstand*, Riemann Verlag, München März 2004
- Kessler, Wolfgang, Ante Schneeweiß (Hrsg.): *Geld und Gewissen, tu Gutes und verdiene daran*, Publik-Forum Verlag, Oberursel, 2004
- Keynes, John Maynard: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London 1936 (Neuaufgabe 1967)

- King, John L.: *How to Profit from the Next Great Depression*. New American Library, New York 1988 · *On The Brink of Great Depression II*. Future Economic Trends, Goleta, Ca., 1987
- Kitzmüller, Erich und Herwig Büchele: *Das Geld als Zauberstab und die Macht der internationalen Finanzmärkte*, LIT Verlag, Wien 2004
- Korten, David C.: *When Corporations Rule the World*, Earthscan, London 1995
- Laistner, Hermann: *Ökologische Marktwirtschaft – Ein Plädoyer für die Vernunft*. Verlag Max Hueber, München 1986
- Leidtko, Rüdiger: *Wem gehört unsere Republik! – Hundert Konzerne und ihre Verflechtungen*. Eichborn Verlag, Frankfurt am Main 1988
- Leverkus, Erich: *Freier Tausch und fauler Zauber*. Vom Geld und seiner Geschichte. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt/Main 1990
- Lietner, Bernard A.: *A Strategy for a Convertible Currency*. ICIS Forum, Vol. 20, No. 3 International Center for Integrative Studies. New York, Juli 1990, Seite 59–72
- Lietner, Bernard A.: *Das Geld der Zukunft – Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen*, Riemann Verlag München 1999
- Lietner, Bernard A.: *Mysterium Geld – Bedeutung und Wirkungsweise eines Tabus*, Riemann Verlag, München 2000
- Lietner, Bernard, Stephen M. Belgin: *Of Human Wealth – Beyond Greed and Scarcity*, Access Foundation, Boulder, Colorado USA, 2003
- Lietner, Bernard: *Die Welt des Geldes – Das Aufklärungsbuch*, Arena Verlag, Würzburg 2001
- Linhardt, Hannes: »Kreditinstitute im Wettbewerb: Das Verhältnis von Landesaufsicht und Bundesrecht«, in: E. Dürr (Hrsg.), *Geld- und Bankpolitik*. Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 28, 2. Auflage, Köln, Berlin 1971
- Martin, Paul C. & Walter Lüftl: *Die Pleite*, München 1984
- Martin, Paul C.: *Aufwärts ohne Ende. Die neue Theorie des Reichtums*. Ullstein 1991 · *Der Kapitalismus. Ein System, das funktioniert*. Langen-Müller/Herbich, München 1986
- Max-Neef, Manfred: »Reflections on Paradigm Shift«, in: Mary Inglis and Sandra Kramer (Eds.), *The New Economic Agenda*. The Findhorn Press 1984, Seite 143–154
- Mees, Rudolf: *Geld, was ist das eigentlich? Kaufen, Leihen, Schenken bewusst handhaben*. Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1988
- Meier-Seethaler: *Ursprünge und Befreiungen*. Fischer, Frankfurt am Main 1994 [1. Auflage 1991]
- Merchant, C.: *The Death of Nature: Women, Ecology and The Scientific Revolution*. Harper & Row, San Francisco 1983. Deutsch: *Der Tod der Natur, Ökologie, Frauen und die neuzeitliche Naturwissenschaft*. C. H. Beck, München 1987
- Mies, Maria: *Patriarchat und Kapital – Frauen in der Internationalen Arbeitsteilung*. Rotpunkt Verlag, Zürich 1989
- Moewes, Günther: *Geld oder Leben – Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern*, Signum Verlag, München 2004

- Moewes, Günther: *Weder Hütten noch Paläste – Architektur und Ökologie in der Arbeitsgesellschaft* – Eine Streitschrift, Birkhäuser Verlag, Berlin 1995
- Musil, Robert: *Geld. Raum. Nachhaltigkeit. Alternative Geldmodelle als neuer Weg der endogenen Regionalentwicklung?* Verlag für Sozialökonomie, Lütjensburg 2005
- Musil, Robert: *Geld, Raum und Nachhaltigkeit*, Verlag für Sozialökonomie, Lütjensburg 2005
- Nagatani, Keizo: *Monetary Theory*. Amsterdam, New York, Oxford 1978
- Needleman, Jacob: *Money and the Meaning of Life*, Doubleday, New York, 1991
- Nell-Breuning, Oswald von: *Kapitalismus – kritisch betrachtet. Zur Auseinandersetzung um das bessere »System«*, Herder, Freiburg 1986
- Noebe, Will: *Um die Güter der Erde*. Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1960
- Onken, Werner: »Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte: Schwankenkirchen, Wörgl und andere Freigeldexperimente.« *Zeitschrift für Sozialökonomie*, Nr. 58/59, Mai 1983, Seite 3–20 · *Perspektiven einer ökologischen Ökonomie*. Gauke GmbH, Hannoversch-Münden 1983 · »Silvio Gesell – Persönlichkeit und Werk«, in: *Rudolf Steiner und Silvio Gesell als Wegbereiter einer sozialen Zukunft*. Bad Boll 1989
- Perkins, John: *Bekenntnisse eines Economic Hit Man – Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia*, Riemann Verlag, München 2004
- Pfluger, Christoph (Hrsg.): *Die neue Wirtschaft*, Bellach/Schweiz, Nr. 10, 1990
- Pieper, Niklas: *Die rechtliche Struktur bargeldloser Verrechnungssysteme – unter besonderer Berücksichtigung von Barter Clubs and LET-Systemen*, Weisensee Verlag, Berlin 2002
- Popp, Klaus, *Zinswahnsinn – Das Ende von Wachstumszwang und Ausbeutung*, INWO, Frankfurt 1998
- Porritt, Jonathan: *Seeing Green: The Politics of Ecology Explained*. Blackwell, Oxford & New York 1984
- Riegel E.C.: *The New Approach to Freedom – together with Essays on the Separation of Money and State*, The Heather Foundation, San Pedro, California, USA 1976
- Robertson, James, John Bunzl: *Monetary Reform – Making it Happen*, International Simultaneous Policy Organization, London 2003
- Robertson, James: *Die lebenswerte Alternative. Wegweiser für eine andere Zukunft*. Fischer Alternativ 1979 · *The Sane Alternative – A Choice of Futures*. Wallingford Oxon, OX 10 9NK, England 1983
- Roepke, Wilhelm: *Die Lehre von der Wirtschaft*. Wien 1937
- Rose, Mathew D.: *Eine ehrenwerte Gesellschaft – Die Bankgesellschaft Berlin*, Transit, Berlin 2003
- Rosenberger, Werner: »Und die Antwort ...« *Evolution* Nr. 2, Februar 1990
- Salzmann, Friedrich: *An die Überlebenden – Gedanken von Silvio Gesell*. Freiheit-Verlag, Heidelberg 1948
- Scheer MdB, Hermann: *Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne*, Antje Kunstmann Verlag, München 1999
- Schily, Otto: *Flora, Fauna und Finanzen – Über die Wechselbeziehung von Natur und Geld*, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1994

- Schmitt, Klaus: *Silvio Gesell – »Marx« der Anarchisten! – Texte zur Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und der Kinder und Mütter vom patriarchalischen Bodenrecht*. Karin Kramer Verlag, Berlin 1989
- Schulz, Reinhold: *Menschenrecht oder Untergang*. Moorburg-Verlag, Hannover 1985
- Schumacher, E. F.: *Small is Beautiful: A Study of Economics as if People Mattered*. Blond and Briggs, London 1973
- Schwarz, Fritz: *Das Experiment von Wörgl*. Verlags-Genossenschaft Freies Volk, Bern 1951
- Schwarz, Wilfried: *Die große Vergeudung – Ist die Marktwirtschaft noch zu retten?* Pahl-Rugenstein, Köln 1987
- Senf, Bernd: *Der Nebel um das Geld. Zinsproblematik, Währungssysteme, Wirtschaftskrisen. Ein Aufklärungsbuch*, Gauke Verlag, Lütjenburg 1996
- Sennett, Richard: *Der flexible Mensch*, (Originaltitel: *The Corrosion of Character*, Norton, N.Y. 1998), Siedler, Berlin Verlag, Berlin, 2000
- Sikora, Joachim, Agnieszka Komoch (Hrsg.): *Complementary Currencies in Europe, Proceedings of an International Conference held in the Catholic Social Institute (KSI, Katholisches Sozial Institut) Bad Honnef Juli 2004* (CD-ROM, Vertrieb: info@ksi.de)
- Sikora, Joachim (Hrsg.): *Vision – Von der gesellschaftlichen Vision zur politischen Programmatik*, KSI, Bad Honnef, 2004
- Sikora, Joachim, Günter Hoffmann: *Vision eines »Regionalen Aufbruchs«*, KSI, Bad Honnef 2005
- Simmel, Georg: *Philosophie des Geldes*, 1920, Neuauflage, Parkland Verlag, Köln 2001
- Simonis, Udo Ernst: *Ökonomie und Ökologie – Alternative Konzepte*. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1980
- Solvay, E.: *Gesellschaftlicher Compatibilismus*. Brüssel 1897
- Soros, Georges: im Interview mit dem Spiegel Nr. 51/1998, S. 100, *Die Krise des globalen Kapitalismus – Offene Gesellschaft in Gefahr*, Berlin 1998, S. 177
- Soros, George: *Die Krise des globalen Kapitalismus – Offene Gesellschaft in Gefahr*, Alexander Fest Verlag, Berlin 1998
- Spiegel-Interview mit Alfred Herrhausen: »Ich sehe die Risiken ganz genau«, *Spiegel* Nr. 25, Hamburg 1987
- Spiegel, Peter: *Das Terra Prinzip. Das Ende der Ohnmacht in Sicht. Wirtschaftler werden Revolutionäre*, Horizonte Verlag, Stuttgart 1996
- Steiner, Rudolf: *Kernpunkte der sozialen Frage* (1919), Dornach 1973/1980
- Stiglitz, Joseph E.: *Globalization and its Discontents*, W.W. Norton Company, New York, London 2002
- Stuart, James Gibb: *The Money Bomb*. William Mac Lellan, Glasgow 1983
- Suhr, Diert: *Alterndes Geld – Das Konzept Rudolf Steiners aus geldtheoretischer Sicht*. Novalis Verlag, Schaffhausen 1988 · *Geld ohne Mehrwert – Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten*. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt/Main 1983 · *The Capitalistic Cost-Benefit Structure of Money – An Analysis of Money's Structural Nonneutrality and its Effects on the Economy* (*Die kapitalistische Kosten-Nutzen-Struktur des Gel-*

- des – Eine Analyse der strukturellen Nichtneutralität des Geldes und ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft). Springer Verlag, Heidelberg 1989
- Suhr, Dieter, Hugo Godschalk: *Optimale Liquidität – Eine liquiditätstheoretische Analyse und ein kreditwirtschaftliches Wettbewerbskonzept*. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt/Main 1986
- Teichert, Volker: *Perspektiven sozial-ökologischer Bilanzierung*, Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf, 1995
- Uexküll, Jakob von und Herbert Girardet: *Die Zukunft gestalten, Die Aufgaben des Weltzukunftsrates*. Kamphausen Verlag, Bielefeld 2000
- UN World Commission on Environment and Development: *Our Common Future*. Oxford University Press, Oxford 1987
- Valentin, Otto: *Überwindung des Totalitarismus*. Hugo Mayer Verlag, Dornbirn 1952
- Walker Karl: *Neue europäische Währungsordnung. Indexwährung, flexible Wechselkurse, Europa-Mark. Eine kritische Untersuchung und ein Vorschlag*, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg, 1962
- Walker, Karl: *Das Geld in der Geschichte*. Lauf 1959 · *Demokratie und Menschenrechte*. Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1947 · *Wirtschaftsring – Leistungen, Geld, Erfolg. Moderne Absatzwege*. Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg 1959
- Waring, Marilyn: *If Women Counted – A New Feminist Economics*, Macmillan, London 1988
- Weitkamp, Hans: *Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens*. HMZ-Verlag, Hilterfingen 1983
- Winkler, Gabriela, Claude-Alain Perrochet, *Arbeitslosigkeit – Folge des Geld- und Wirtschaftssystems*, INWO Schweiz 1996
- WIR-Magazin*, Basel, Juni 1990
- Wirth, Roland: *Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Eine Neubewertung der Freiwirtschaftslehre*, Hauptverlag, Wien 2003
- Wünstel, Michael: »Aus der Vergangenheit für unsere Zukunft lernen«, in: *Angebot und Nachfrage*, 3/91

## Register

- Acheson, Dean 52  
Adel (im Mittelalter) 143  
Almgren, Per 239  
Allmende 140f.  
Andres, Fritz 240  
Arbeitskräfte (Wanderung) 121  
Arbeitslosengeld 67  
Arbeitslosigkeit 12, 26, 51, 70, 88, 90, 152f., 167, 188, 194  
Aristoteles 93  
Armut 86ff.  
– (Definition), 168f.  
–, ideelle 169  
–, materielle 169  
Aufschuldungseffekt  
  siehe Zins- und Zinsseszineffekt  
Augsburg 143  
Außenhandel 72  
Austausch von Gütern (Waren) und Dienstleistungen 19  
Australien 184  
  
Bankenwesen 54, 72ff., 100, 104, 111, 137, 160, 196  
–, Werbung 79f.  
Bar-sur-Aube 160  
Barter-Clubs 189, 192f., 198ff.  
–, kommerzielle 202  
–, Steuerhinterziehung 202 [siehe auch  
  Geldwesen [-system],  
  neues)  
Barter-Systeme siehe  
  Barter-Clubs  
Basel 141, 144, 190  
Batra, Ravi 81  
BCI siehe Barter-Clubs  
Becker, Ralf 33, 239  
Bedarfsbefriedigung 110  
Berlin 13, 191  
Bern 141  
Beschäftigtenzahlen 71  
Beschäftigungslosigkeit  
  siehe Arbeitslosigkeit  
Bethmann, Johann  
  Philipp von 232  
Bibel, AT 93f., 163  
Biedenkopf, Kurt 205  
Billiglohnländer 185  
  (siehe auch Entwicklungsländer)  
Bodenpreise 60f.  
Bodenrecht 140  
–, im Mittelalter 141  
Bodenreform 60ff., 83, 99, 122, 167, 182  
–, Bodenrente 64f.  
–, Bodensteuer 74  
–, Nutzungsrechte 62f.  
Bodenschätze siehe  
  Rohstoffe  
Bodenspekulation 59, 63, 141 (siehe auch  
  Spekulation)  
Bodin, Jean 146f.  
Börsenwesen 141, 160  
Bourges 143  
Brakteatengeld (-pfennig) 59, 100, 138ff., 141f., 149f., 156  
–, Entstehung 138f.  
–, Halbbrakteaten 138  
–, Münzverrufung 138, 146, 150  
–, Schlagschatz (Prägesteuer) 139f.  
Brasilien 80, 162  
–, Bildungswährung 209ff.  
Bremen 13, 144  
Brüning, Heinrich 152  
Bruttosozialprodukt 37f., 79f., 159, 171f.  
BSP siehe Bruttosozialprodukt  
  
Ceauşescu, Nicolae 92  
Chartres 143  
Chicago 160  
»Chiemgauer« 13, 214, 215ff.  
China 133, 151, 219  
Christen 94  
Clausius, Rudolf 165  
Clower, R. W. 127  
Club of Rome 44  
Cohrssen, Hans R. L. 52f.  
Comox Valley 184, 201  
Constitutio Criminalis 148  
Courtney 188  
Creutz, Helmut 106ff., 163, 239

- Daimler-Benz AG 84  
Dänemark 193f.  
Danzig 142  
Darlehen siehe Kreditgeschäft  
Dauncey, Guy 172f., »Debitismus« siehe Kapitalismus  
Deflation 157  
Deutsche Bank 136f., 141  
Deutsches Reich 138ff. (siehe auch Deutschland)  
-, Reichsbank 52, 152  
Deutschland 51, 65, 76f., 84, 86, 163, 169, 191ff., 198 (siehe auch Deutsches Reich)  
-, Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen 192, 225  
-, Bundesbank 53  
-, Grundsteuer 65  
-, Statistisches Bundesamt 86, 121  
-, Vermögensverteilung 86ff.  
-, Verschuldung 91, 96f., 163  
Dohnanyi, Klaus von 74f.  
Dollars, »grüne« 184f., 186ff., 198ff. (siehe auch LET-System)  
Dreißigjähriger Krieg 146  
Dritte-Welt-Länder siehe Entwicklungsländer  
Eckstein Diemer, Bertha 135  
Eichel, Hans 75  
Einkommen 35, 66, 73, 106, 174  
-, leistungsloses 80, 111, 174  
-, steuerfreies 67  
-, Umschichtung 34, 103, 106  
Einkommensteuer und Sozialabgaben 66 (siehe auch Steuerreform)  
Einstein, Albert 80  
Ekins, Paul 166  
England, 133, 151  
Entwicklungsländer 11f., 64f., 67, 75, 85, 90f., 149, 163f., 170, 174f., 233  
-, Ausbeutung 85, 175, 233  
-, »Entwicklungshilfe« 90  
-, Verschuldung 11f., 75f., 90f., 163f., 167f.  
Erde, Ökologie der 103ff.  
»Erlassjahr 2000« 92f.  
Europäische Akademie der Wissenschaften 44, 46  
EZB 53  
Faschismus 85  
Fisher, Irving 52  
Frankfurt/Main 144  
Frankreich 50, 51, 133, 159f.  
Frauen 100ff., 145ff., 167, 172, 187, 225 (siehe auch Matriarchat)  
-, Ausbeutung 102, 168  
-, Gleichberechtigung 100f., 168  
-, Hexenverfolgung 146f.  
-, Mütter- und Erziehungsgeld 101  
-, Rolle in der Geschichte 128, 145ff.  
-, Tätigkeit 93f., 101f.  
-, Unterdrückung 134, 147  
Freiburg 143, 144  
Freier Markt siehe Marktwirtschaft, freie  
Freigeld, 49, 50f., 52, 189 (siehe auch Geldwesen, [-system], neues)  
Freizeit 110  
Friedmann, Milton 158  
Friedrich I. Barbarossa, röm.-dt. Kaiser 139  
Friedrichs, Hans 121  
Fugger, Handelshaus 146  
»Fureai Kippu«-System 208f.  
Gandhi, Mahatma 93  
Geitmann, Roland 241  
Geld  
- (als Spekulationsmittel 48, 83, 101, 164, 187f.  
- (als Tauschmittel 34f., 119, 164, 178, 183ff., 234  
-, »Dickpfennig« 146, 150  
-, Entstehung 127ff.  
-, »ewiger Pfennig« siehe »Dickpfennig«  
-, Funktion 19ff., 127f.  
-, Geschichte 125f., 127ff., 138ff., 149ff.  
-, Hortung 51, 115f., 140, 200  
-, Konzentration 34, 43, 68, 106f., 175, 179  
-, lokales 51, 166, 172f. (siehe auch Geldwesen [-system], neues

- bzw. Währungen, komplementäre)  
 -, Münzgeld 131 f., 141  
 -, Nutzen stiftendes 207 ff.  
 -, Umverteilung 34  
 -, Wertfestsetzung 131 f.  
 -, Zinsabschaffung als Umlaufsicherung 43  
 -, zinsfreies siehe Geldwesen [-system], neues  
 Geldinstitute siehe Bankwesen  
 Geldordnungskorrektur siehe Geldreform  
 Geldreform 8, 53 ff., 66 f., 70 ff., 74 ff., 81 f., 151, 173, 182, 223 ff., 229 ff. (siehe auch Geldwesen [-system], neues)  
 Geldsystem, zinsloses siehe Geldwesen [-system], neues  
 Geldtheorie, quantitative 147  
 Geldvermögen, Akkumulation siehe Geld, Konzentration  
 Geldwesen [-system], heutiges 10 f., 12, 19 ff., 34 f., 44 ff., 73, 79, 81 ff., 153, 155 ff., 159 ff., 177 f., 185, 202, 213, 221 f.  
 Geldwesen [-system], neues 12, 26, 48, 53 ff., 70 ff., 74 ff., 82 f., 92, 101, 102, 166, 176 f., 180 ff., 183 ff., 198 ff., 204 ff., 207 ff., 213 ff., 221 f., 223 ff., 229 ff.  
 -, Dreiseriengeld 58  
 -, J.A.K.-System 184, 193 ff., 231 f.  
 -, Klebegeld 58  
 -, Knappheitsindikator 56 ff.  
 -, Kreditvergabe 56 ff.  
 -, LET-System 13, 184 ff., 201, 208, 231 f.  
 -, Liquiditätsverzichtsprämie 56  
 -, Markengeld 53  
 -, Modellversuche 231 ff.  
 -, Nutzungsgebühr (als Umlaufsicherung) 27, 48 f., 53 ff., 71 f., 112 f., 119, 151, 179 f., 200 ff., 230  
 -, Papiergeld 151  
 -, Risikoprämie 56 ff.  
 -, Stempelgeld 58  
 -, Umtausch von Geldscheinen 58  
 -, Vor- und Nachteile 198 ff.  
 -, Wechselkurs 71 f., 114 f.  
 -, Werterhaltung 59  
 -, WIR-Ring 184, 189 ff., 198, 208 f., 214, 231 f.  
 -, Zukunftsmodelle 155 ff.  
 Gelleri, Christian 13, 215  
 George, Susan 167  
 Gesell, Silvio 47 ff., 80, 101, 153, 180 f.  
 Girardet, Herbert 164 f.  
 Glötzl, Erhard 204  
 GLS-Gemeinschaftsbank 225 f., 227  
 Godschalk, Hugo T.C. 192, 241  
 Gresham, Sir Thomas 98  
 Grundstückspreise 60 f.  
 Guernsey 168  
 Guggenberger, Bernd 163  
 Guthaben, 235 f.  
 »Halljahr« 94  
 Hamburg 74, 225  
 Handel 36 f., 130 f.  
 Handwerk 141 ff.  
 Hannover 144  
 Heinsohn, Gunnar 128 ff., 136, 156  
 Henderson, Hazel, 165 ff., 172 ff., 177, 225  
 Herkules (griech.-röm. Mythol.) 134  
 Herodot 130 f.  
 Herrhausen, Alfred 76  
 Hildegard von Bingen 145  
 Hitler, Adolf 151, 152 f.  
 Honecker, Erich 92  
 Hüwe, Josef 99  
 Hypothekenzinsen (-belastungen) 28  
 Industrie 96 f.  
 -, Konzentration 96  
 Industrielle Revolution 85  
 Industrienationen 37 f., 64, 75, 174  
 -, Verschuldung 37 f.  
 Inflation 37 ff., 40, 82, 119, 155 f., 194  
 Internationaler Währungsfonds 149  
 Investitionen 47, 103, 115  
 -, ethische (ökologische) 105, 225 ff.  
 -, Verringerung 47  
 Investoren 115  
 Irak 234  
 INWO (Initiative für

- Natürliche Wirtschaftsordnung) 233
- J.A.K.-System 184, 193 ff., 231 ff.  
 –, Rechenbeispiel 196 f.  
 –, Darlehen 195 ff.
- Jesaja 163
- Jesus von Nazareth 93
- Juden 94
- Kanada 183
- Kapitalakkumulation  
 siehe Geld, Konzentration
- Kapitaleinkünfte siehe Einkommen, leistungsloses
- Kapitalflucht 82 f., 113 f.  
 –, Währungsumtausch 113
- Kapitalismus 11, 35, 95, 132 f., 149, 155 ff., 181, 204 [siehe auch Patriarchat]
- Karl V., röm.-dt. Kaiser 148
- Karl der Große, röm.-dt. Kaiser 141
- Karthager 130 f.
- Kaufkraftstabilisierung 116
- Kaufkraftzuwachs 108
- Keynes, John Maynard 80, 158
- Kinder 100 f.
- King, John L. 12, 41, 80 f.
- Kirche, katholische 93 f., 146 [siehe auch Mittelalter]
- Klimaproblem 64 f.
- Kollaps, ökologischer  
 siehe Zusammenbruch, ökologischer
- Köln 144
- Kommunismus 95, 181, 187, 204
- Komplementärwährungen, regionale siehe Währungen, komplementäre
- Koran 95
- Korngirosystem 151 (Friedrich) Krupp AG 84
- Kunst 100
- Lagny 160
- Laistner, Hermann 66
- Länder, islamische 95  
 –, Bankenwesen 95
- Länder, kapitalistische  
 siehe Industrienationen
- Länder, kommunistische  
 siehe Länder, sozialistische
- Länder, sozialistische 92 f., 104, 230
- Landreform siehe Bodenreform
- Landwirtschaft 98 ff., 227  
 –, biologische Anbauweise 99  
 –, Boden- und Steuerreform 99  
 –, Industrialisierung 98 f.  
 –, Raubbau 99  
 –, Subventionen 99
- Laterankonzil, zweites 93
- Leibeigene 144
- LET-System 13, 184 ff., 201, 208, 231 f.  
 –, Bankservice 201  
 –, Bruttosozialprodukt 188  
 –, »green« (grüne) Dollars 184 f., 187 ff., 198 ff. (siehe auch Geldwesen [-system], neues)
- Lietaer, Bernard 209, 230, 239
- Linhardt, Hannes 192
- Linton, Michael 188 f.
- Lokalwährung siehe Geld, lokales bzw. Geldwesen [-system], neues
- London 160, 174
- Lübeck 144
- Lüftl, Walter 159
- Luther, Hans 152  
 –, Martin 93 f.
- Marcos, Ferdinand E. 92
- Marktwirtschaft, freie 11 f., 33 ff., 96, 231  
 –, ökologische 231
- Martin, Paul C. 26, 129, 156 ff., 160 ff., 175
- Marx, Karl 36, 80
- Massenproduktion 66  
 –, Mechanisierung 66
- Matriarchat 128 ff. (siehe auch Frauen)
- Maximilian I., röm.-dt. Kaiser 145
- Max-Neef, Manfred 169, 172
- Mayer, Thomas 13
- Mies, Maria 146, 148, 175
- Mietkosten 28
- Mittelalter 85, 138 ff.  
 –, Bodenrechte (Allmende) 140 f., 147  
 –, Bürgertum 146 f.  
 –, Feiertage 144  
 –, Frauen 145 ff.  
 –, Geldrecht 139, 147  
 –, Handwerk 141 ff.  
 –, Justiz 147
- Mobutu, Sese Seko 92

- Mohammed 93  
 Moses 93, 158  
 München 145  
 Münzgold 131 ff.  
 –, Entstehung 131, 138
- Nagatani, Keizo 127  
 Neuseeland 184  
 Neutrales Geld siehe  
   Geldwesen [-system],  
   neues  
 Newton, Sir Isaac 181  
 New York 160  
 Nicäa, Konzil von 93  
 Noriega, Manuel Anto-  
   nio 92  
 Notgeld 51  
 Nürnberg 144
- Ökobank 227  
 Oeko-Geno 225  
 Oikocredit 225  
 Ökonomie, neue siehe  
   Geldwesen [-system],  
   neues  
 Ökosteuern und Abga-  
   ben 70f. 122f.  
 Onken, Werner 180f.,  
   241  
 Orwell, George 223  
 Ostblockstaaten siehe  
   Länder, sozialistische  
 Österreich 51 f.  
 –, Nationalbank 51
- Papiergeld, umlaufgesi-  
   chertes siehe Geldwe-  
   sen [-system], neues  
 Paribas-Bank 226  
 Patriarchat 128 ff., 136,  
   145 ff.  
 –, Einche 135  
 –, Hexenverfolgung  
   146 ff.  
 –, Inquisition 145 f.  
 –, Schuldknechtschaft  
   135 f.
- , Schuldverträge 129  
 Planwirtschaft 231  
 Politik 72 ff., 231 ff.  
 –, Änderung 231 ff.  
 Porritt, Jonathan 168  
 Privatbesitz siehe Pri-  
   vateigentum  
 Privateigentum 128 ff.,  
   132 ff.  
 Projekte, ökologische  
   9 f.  
 –, Finanzierung 10  
 Provins 160
- Reade, Art 239  
 Reagan, Ronald 83  
 Recht, römisches 134,  
   145  
 »Regenbogenökono-  
   mie« 173  
 Regensburg 144  
 Regenwälder, tropische  
   99  
 »Regio« 214 f.  
 Reichtum 81 ff.  
 –, (Definition) 168 f.  
 –, ideeller 169  
 –, materieller 169  
 Ressourcen siehe Roh-  
   stoffe  
 Robertson, James 167,  
   175  
 Roepke, Wilhelm 127  
 Rohstoffe 43, 66, 167  
 –, Ausbeutung 76, 85,  
   122 f., 167  
 –, Verknappung 43  
 Römisches Reich 128,  
   136 f.  
 –, Geldwesen 137  
 Roosevelt, Franklin  
   Delano 52  
 Rosenberger, Werner 92  
 Rüstungsindustrie siehe  
   Waffenproduktion  
 RWE 226
- »Saber«-System 209 ff.  
 Sachsen 143  
 Salvigsen, Stan 160  
 Sankt Gallen 141  
 Schacht, Hjalmar 192  
 Schleyer, Hanns Martin  
   98  
 Schuldenerlass 73  
 Schuldenmachen siehe  
   Verschuldung  
 »Schuldenwirtschaft«  
   siehe Kapitalismus  
 Schumacher, E. F. 166  
 Schwarzarbeit 67  
 Schwartz, Gibson 209  
 »Schwarzer Freitag«  
   151  
 Schweden 193 f.  
 Schweiz 50 f., 83, 183,  
   189 ff.  
 Siemens AG 84  
 Smith, Adam 181  
 Solvay, E. 202  
 Soros, George 172  
 Sowjetunion 104  
 Spar- und Leihgemein-  
   schaft 202  
 Spekulation (Boden-,  
   Geld-) 68, 115, 123,  
   164, 187 (siehe auch  
   Geldwesen [-system],  
   neues)  
 Spinola, Roland 239  
 Sprague, Russel 52  
 Stalin, Jossif W. 202  
 Steiner, Rudolf 180 f.  
 Steuerreform 66 ff., 83,  
   99, 181  
 Straßburg 144  
 Stuttgart 144  
 Suhr, Dieter 52, 100, 239  
 Summers, Larry 206
- Tagelöhner 143  
 Tally-System 151  
 Tauschringe 13, 50 f.,  
   198 ff. (siehe auch

- WIR-Ring, Barter-Clubs)
- Timoschenko, A. S. 233
- Tokio 160
- TRION-Geldberatungs-genossenschaft 227
- Troyes 160
- Tschetschenien 234
- Überschuldung 90 ff., 106
- UdSSR siehe Sowjetunion
- Uexküll, Jakob von 164 f.
- Ulm 144
- Umschuldung 73
- Umweltprobleme 12, 106, 122 f., 162, 165
- Umweltschutz 75, 103 f., 179 f.
- Umweltsteuernsystem siehe Ökosteuern
- USA 41 f., 52 f., 83 f., 104, 152, 164, 185, 198, 202, 225
- , Hochzinspolitik 83
- , Kreditaufnahme 41
- , Stamp Scrip Movement 52 f.
- , Verschuldung 41, 164
- , Wirtschaftswachstum 41
- Verschuldung 42, 159 ff., 163 f., 179
- Voss, Brigitte 239
- Wachstum, ökonomisches siehe Wirtschaftswachstum
- Wachstumszwang siehe Wirtschaftswachstum, zwanghaftes
- Waffenproduktion 104, 228
- Währungen, komplementäre 13 f., 43, 184, 204 ff., 207 ff., 213 ff., 217 ff., 220 f. 230
- Walker, Karl 138, 141
- Warschauer-Pakt-Staaten siehe Länder, sozialistische
- Washington 174
- Weimarer Republik 151 f. (siehe auch Deutsches Reich)
- Weitkamp 138
- Welser, Handelshaus 146
- Weltbank 149
- Weltkrieg, Erster 153
- , Zweiter 80, 205
- Weltwirtschaftskrise 151
- Weltzukunftsrat 165
- Werbung 111
- Wichmann (Erzbischof) 139
- Wien 141, 144
- WIR-Ring 189 ff., 198, 208 f., 214, 231 f. (siehe auch Geldwesen [-system], neues)
- Wirtschaftsordnung, natürliche 48, 80
- Wirtschaftswachstum
- , Abnahme (Stillstand) 121 f., 165 ff.
- , begrenztes 165 ff., 205
- , exponentielles 22, 33, 43, 157, 162 f., 166, 176, 205 f.
- , lineares 22 f.
- , qualitatives 176 f.
- , quantitatives 98
- , unbegrenztes 155 ff.
- , zwanghaftes 10, 12, 21, 26 f., 41, 45, 54, 66, 103, 110, 121, 156 ff., 160 ff., 219
- Wirtschaftswissenschaft 80
- Wörgl (Tirol) 13, 50 f., 71, 168, 230
- , Arbeitsbestätigungen 50 f. (siehe auch Geldwesen [-system], neues)
- Worms 145
- Wucher, Wucherer siehe Zinswucher
- Wünstel, Michael, 138, 141
- Würzburg 144
- Zahlenlotto 57
- Zahlungsverkehr 117 f.
- Zins
- , Gewinn (Gegenüberstellung) 119 f.
- , Zinsanteil in Preisen 30 ff.
- Zinsentstehung 128 ff.
- Zinsniveau 45 f.
- Zinssenkung 122 ff.
- Zins- und Zinseszinsdefekt 12 f., 20, 24 ff., 27 ff., 79 f., 90 ff., 96 ff., 105, 107 ff., 137, 155 ff., 167 f., 202, 204, 223
- Zinsverbot 93 ff., 138 ff.
- Zinswucher 93 f.
- Zusammenbruch, ökologischer 107, 234
- , wirtschaftlicher 26, 68, 82, 172 ff.
- Zuwachsraten 23
- Zwingli, Ulrich 93 f.



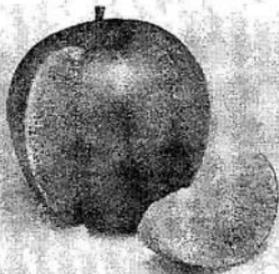


## Kultbuch für Querdenker

Steven D. Levitt  
Stephen J. Dubner

# Freakonomics

Warum wohnen Drogenhändler bei ihren Müttern? Führt mehr Polizei zu weniger Kriminalität? Sind Swimmingpools gefährlicher als Revolver? Macht gute Erziehung glücklich?



Überraschende Antworten  
auf alltägliche Lebensfragen

**GOLDMANN**

15451

»Eines der originellsten Wirtschaftsbücher.«

*Financial Times Deutschland*

Mehr Information unter [www.goldmann-verlag.de](http://www.goldmann-verlag.de)

**GOLDMANN**

# GOLDMANN

Einen Überblick über unser lieferbares Programm  
sowie weitere Informationen zu unseren Titeln und  
Autoren finden Sie im Internet unter:

**[www.goldmann-verlag.de](http://www.goldmann-verlag.de)**

Monat für Monat interessante und fesselnde  
Taschenbuch-Bestseller

Literatur deutschsprachiger und internationaler Autoren

∞

Unterhaltung, Kriminalromane, Thriller,  
Historische Romane und Fantasy-Literatur

∞

Klassiker mit Anmerkungen, Anthologien  
und Lesebücher

∞

Aktuelle Sachbücher und Ratgeber

∞

Bücher zu Politik, Gesellschaft, Naturwissenschaft  
und Umwelt

∞

Alles aus den Bereichen Esoterik, ganzheitliches Heilen  
und Psychologie

**Die ganze Welt des Taschenbuchs**

Goldmann Verlag • Neumarkter Straße 28 • 81673 München

**GOLDMANN**

# Wider den ökonomischen Analphabetismus

© Udo Hesse



Noch nie gab es soviel Geld wie heute und dennoch fehlt es überall. Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit werden zumeist mit falschen politischen Entscheidungen oder mit individuellem Fehlverhalten begründet. Selten werden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und unser Finanzsystem grundsätzlich in Frage gestellt. Aber genau hier sind die tieferen Ursachen des Dilemmas verborgen.

Margrit Kennedy räumt mit weit verbreiteten Missverständnissen rund ums Geld auf und zeigt, wie tragfähige Alternativen zum bestehenden Finanzsystem aussehen können.

Sie beschreibt die Funktionsweise des Geldes – wenige gewinnen, weil viele verlieren – und wie das verändert werden kann.

Sie erklärt, warum das Geld die Welt nicht nur in »Schwung hält«, sondern dabei immer wieder zerstörerische Krisen verursacht, und wie das zu vermeiden ist.

Sie zeigt, wie die gewaltigen Schulden der Industrieländer und der Dritten Welt ebenso wie unsere wirtschaftlichen Probleme verbunden sind mit dem Mechanismus, der das Geld heute in Umlauf hält: Zins als »Zuckerbrot« und Inflation als »Peitsche«.

Margrit Kennedy stellt allgemein verständlich dar, wie Tauschmittel, die allen dienen, eingeführt werden können. Und sie zeigt, was jeder Einzelne dafür tun kann.



ISBN 978-3-442-12341-4 WG 2970



€ 7,95 [D]

€ 8,20 [A]

[www.goldmann-verlag.de](http://www.goldmann-verlag.de)

**GOLDMANN**